



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 52. Sitzung – Endgültige Fassung –

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 11. Juni 2015, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Dr. Thomas Kurz, ehem. BK (Beweisbeschluss Z-89)	4
- Guido Müller, Vizepräsident BND (Beweisbeschluss Z-90)	48
- Hans Josef Vorbeck, BK (Beweisbeschluss Z-91)	104

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn Guido Müller (Anlage 1) und die Anmerkung des Zeugen Dr. Thomas Kurz (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Burkhard Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Allers, Fried-Heye Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Kühnau, Dan Lochner, Martin Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes Dähne, Dr. Harald Geiger, Nicolas Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Issel, Jana Leuxner, Alexander
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung	
Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Pabst, Daniel Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Darge, Dr. Tobias Fremke, Eva Hauer, Florian Hecheltjen, Martin Köning-Laforet, Elisabeth Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Grätsch, Gabriele
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Henschen, Elmar Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat	
LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Steinbach, Arvid
LV Nordrhein-Westfalen	Rohlfing, Heinrich



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.30 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 52. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich zum einen dem Kollegen Ströbele ganz herzlich nachträglich zum Geburtstag gratulieren. Sie hatten am vergangenen Sonntag Geburtstag. Es ist kein runder, aber eine sehr schöne Zahl. Ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Genauso herzlich beglückwünsche ich den Kollegen Marian Wendt zu seinem Geburtstag. Er hatte am Dienstag einen runden Geburtstag, 30-jährigen Geburtstag. Ich denke, er kommt noch. Ich hoffe, er feiert nicht noch, sondern wird gleich bei unserer Sitzung sein. Also auch ihm herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Pressevertreter darf ich auch heute wieder ganz herzlich begrüßen, und ich darf mich für die Berichterstattung und das hohe Interesse bedanken.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- Dr. Thomas Kurz, ehem. BK
(Beweisbeschluss Z-89)
- Guido Müller, Vizepräsident BND
(Beweisbeschluss Z-90)
- Hans Josef Vorbeck, BK
(Beweisbeschluss Z-91)

Der Beweisbeschlüsse Z-89, Z-90 und Z-91 stammen vom 21.05.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag – Bundestagsdrucksache 18/843 – durch Vernehmung der Zeugen Herrn Dr. Thomas Kurz, Herrn Guido Müller und Herrn Hans Josef Vorbeck.

Zunächst werden alle Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nichtöffentliche Vernehmung statt. Das vielleicht auch für die Vertreter der Presse als Information.

Vernehmung des Zeugen Dr. Thomas Kurz

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Dr. Thomas Kurz. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Kurz, Sie haben die Ladung am 1. Juni erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie der Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Ganz herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

darf den Rechtsbeistand bitten, sich kurz vorzustellen.

RA Dr. Gerhard Michael: Mein Name ist Dr. Gerhard Michael, und ich bin als Zeugenbeistand für den Zeugen anwesend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr Rechtsanwalt, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Das ist, glaube ich, logisch; denn Sie werden den Sachverhalt ja nicht kennen, sondern Ihr Mandant. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung mit Ihnen beantragen, und dann machen wir das auch so; dann können Sie sich mit Ihrem Mandanten besprechen.

Herr Dr. Kurz, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann die Fragen in einer dementsprechenden eingestuftem Sitzung stellen kann und vorher einen Beschluss zur Einstufung der Sitzung treffen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also die Sicht der Dinge aus Ihrem Blickwinkel in Gänze ohne Unterbrechung durch Fragen vorzutragen. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, erst mal Guten Tag, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Mein Name ist Thomas Kurz. Ich bin Angehöriger des Auswärtigen Amtes, seit 24 Jahren Diplomat, zurzeit in Ankara eingesetzt als zweiter Mann, Vertreter des Botschafters an der dortigen Botschaft. Eine Adresse läuft, in dem Fall die zustellungsfähige Adresse, über das Auswärtige Amt, Botschaft Ankara.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrer Vernehmung zu äußern. Sie haben, wenn Sie dies wünschen, das Wort.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, möchte ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann hätte ich einige Fragen an Sie. Mich würde einmal interessieren, wie Ihr beruflicher Werdegang ist. Sie haben gerade Ihre Zeit im Auswärtigen Amt geschildert. Können Sie etwas sagen: Nach Schule, Studium - das würde mich interessieren -, wie ist Ihr Werdegang gewesen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich habe 1981 in Bad Kreuznach Abitur gemacht, anschließend Zivildienst in Bad Kreuznach und habe dann in Freiburg mein Studium aufgenommen: Geschichte, Germanistik und Philosophie. Habe in Freiburg und in Paris studiert. Habe in Geschichte schließlich promoviert - mein Doktorvater ist Heinrich August Winkler, der gerade hier im Bundestag gesprochen hat - und bin dann seit 1991 beim Auswärtigen Amt, wo ich erst eine zweijährige Ausbildung mitgemacht habe. Dann war ich ein Jahr lang - das war damals üblich für Anfänger - in der Zentrale in der Wirtschaftsabteilung eingesetzt. Dann drei Jahre zweiter Mann an der Botschaft in Uganda. Dann war ich in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, zuständig für Mittelosteuropa. War dann in Wien bei unserer OSZE-Vertretung, zuständig vor allem für Fragen der Rüstungskontrolle. Danach stellvertretender Referatsleiter in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, etwa eineinhalb Jahre lang, und von dort bin ich im Januar 2005 als Referatsleiter ins Bundeskanzleramt gewechselt und war dort dreieinhalb Jahre. Im Anschluss war ich Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, wiederum drei Jahre lang. Von dort aus ein Jahr lang Afghanistan, Kunduz, als Leiter des zivilen Bereichs dort in Nordafghanistan, für uns. Und seit drei Jahren bin ich, was ich eingangs schon sagte, zweiter Mann an unserer Botschaft in Ankara.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Mich interessiert jetzt besonders die Zeit 2005 bis 2008, wie Sie sich vorstellen

können. Da waren Sie Referatsleiter im Bundeskanzleramt für Auftragssteuerung des BND, wenn ich das richtig sehe.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Eine der Zuständigkeiten, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Also, ruhig das Mikrofon nutzen; das erleichtert den Stenografen die Arbeit ungemein. Ganz herzlichen Dank. - Im BND-Gesetz sind die Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes definiert, und nach § 1 Absatz 2 des BND-Gesetzes sammelt der BND „zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland“ Informationen, „die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung ... sind“. - Wer bestimmt denn, was von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung ist?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das bestimmt die Bundesregierung. Das war mit meine Aufgabe, den gemeinsamen Willen der Bundesregierung zu ermitteln. Es gab dazu ein formales Instrument - das gibt es immer noch -, das Auftragsprofil des BND zu erstellen. Das ist unter meiner Federführung, also unter der Federführung des Bundeskanzleramtes, passiert, aber unter Zustimmung/Mitarbeit der anderen beteiligten Ressorts. Dazwischen gibt es jede Menge Ad-hoc-Steuerungen. Je nach der Lageentwicklung, wenn irgendetwas passiert, wurde konkret nachgesteuert, als der BND konkrete Aufträge bekommen hat. Das war eigentlich der einzige - - war eine zentrale Zuständigkeit für mich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Arbeit des BND richtet sich im gesetzlichen Rahmen des BND-Gesetzes dann nach dem Auftragsprofil der Bundesregierung, dem APB abgekürzt, das dann die regionalen und thematischen Schwerpunkte festsetzt, die Sie versucht haben mit Ihrer Funktion herauszulesen - was will die Bundesregierung? - und dann dieses APB an den BND weitergesteuert haben.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, so ist es, ja. Es gibt dazu mehrere Abstimmungsrunden unter den Ressorts, bis schließlich dann das Endprodukt steht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dieses Aufklärungsprofil, wie würden Sie das rechtlich einordnen? Was ist das?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, ich bin kein Jurist; deswegen zögere ich jetzt etwas, was ich dazu sagen soll. Ich meine, es ist ganz klar: Der BND - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Man fragt ja so ein bisschen: Was macht man da für ein Paper? Ist das eine Dienstvorschrift? Ist das eine Weisung? Ist das - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das Bundeskanzleramt ist die vorgesetzte Dienstbehörde des BND, und damit ist es ganz klar eine Weisung an den BND, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, der BND ist rechtlich daran gebunden.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Er kann nicht sagen: Uns interessiert aber was anderes viel mehr, und das ist doch auch viel besser zu ermitteln. Die wollen das; aber wir können was anderes. - Nein, die haben der Weisung zu folgen.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: So ist es, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich könnte mir vorstellen, dass in diesen Arbeitsschwerpunkten zum Beispiel auch Afghanistan drinsteht, weil wir da mit Soldatinnen und Soldaten sind und das sicherlich zum Beispiel im Bereich Force Protection ein wesentliches Ziel-land ist für das Aufklärungsprofil des Bundesnachrichtendienstes; da verrate ich, glaube ich, kein Geheimnis.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, das ist richtig, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das Erfassen von Daten über französische Behörden ist aber doch vermutlich nicht im Auftragsprofil des BND enthalten, oder doch?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, das ist eine Kategorie jetzt, die Sie benennen, so etwas steht da

überhaupt gar nicht drin, auch nicht, wie man - - Es steht nur drin, welche Informationen gewonnen werden sollen, wozu, aber nicht, wie die gewonnen werden. Das steht da nicht drin.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, bei Afghanistan steht drin: Land Afghanistan. - Und was würde da noch drinstehen? Also, wir wollen jetzt keine Details verraten, nur damit ich es mir halbwegs erschließen kann, die Systematik.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Gut - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können auch ein fiktives Land nehmen von mir aus.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, Sie können sich vorstellen, es wird ein Land genannt „Land X“ und dann Unterkategorien, je nach Priorität, meinetwegen das Militär des Landes, die Wirtschaft des Landes, die Regierungspartei, je nachdem, je nach Schwerpunkt. So etwas steht dadrin, relativ knapp. Und es steht auch jeweils dabei, ob ein Thema nur gemonitort werden soll oder ob man sich mit nachrichtendienstlichen Mitteln mit einem Land befasst. So etwas steht dadrin, aber mehr nicht; nichts zu den Methoden, außer denen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Monitoring wäre dann über den BND-Mitarbeiter in der Botschaft zum Beispiel in dem Land, dass der eine Presseschau macht etc., oder was er an sonstigen Dingen erfährt.

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn es jetzt um konkrete Details im APB geht, wie wird das APB aufgebaut, was ist Monitoring, dann würden wir da in eingestufte Sitzung was dazu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber man unterscheidet auf jeden Fall den Monitoring-Bereich von dem nachrichtendienstlichen Bereich, der mich jetzt im Kern interessiert. Ich wollte nur ausscheiden - - Also, ich will jetzt nicht wissen, ob da eine Zeitung ausgeschnipselt wird. Nicht, dass wir die Zeit vergeuden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aus Ihrem Zeitraum, 2005 bis 2008, können Sie sich erinnern, dass Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Auftragsprofil waren - im Aufklärungsprofil, um das deutlich zu sagen?

RD Philipp Wolff (BK): Da geht es jetzt tatsächlich um den Inhalt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eindeutig.

RD Philipp Wolff (BK): Also, da kann er sicher was in eingestufte Sitzung dazu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie erinnern sich in dem Zeitraum 2005 bis 2008, dass der Bundesnachrichtendienst Kooperationen eingegangen ist und betrieben hat, dass es das gab.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Dass es das gab, ist mir bekannt. Im Detail war ich dafür nicht zuständig und kannte solche auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, im Aufklärungsprofil wird nichts darüber gesagt, ob man diese Dinge im Rahmen einer Kooperation gewinnen kann. Das ist dann Ausfüllung des Auftrags durch den BND.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dass es aus dem Jahre 2002 Vereinbarungen mit der amerikanischen Seite gegeben haben mag, ist Ihnen darüber etwas bekannt, wie eine Kooperation abläuft, ob es da Ausschlussländer gibt oder nicht oder - - Ist Ihnen darüber etwas bekannt? Sagt Ihnen der Begriff „Memorandum of Agreement“ was?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das sagt mir etwas; aber Sie sagen selbst, es war vor meiner Zeit. Also, im Detail kann ich dazu nichts sagen. Ich weiß, dass es so etwas gab, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mal so: Ist Ihnen bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst im Aufklärungsprofil auch deutsche Bürger hat?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Die Akustik - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst im Aufklärungsprofil, was Sie ja quasi erarbeitet und an den BND weitergegeben haben, auch deutsche Bürger hat?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn wir über den Inhalt reden - und da geht es jetzt um den Inhalt -, dann kann er was in eingestufte Sitzung dazu sagen. Aber auch die Frage, ob das drinsteht oder nicht, ist eben der Inhalt. Deswegen bitte ich wirklich, das in eingestufte Sitzung zu behandeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte mir zumindest die Sorge genommen, dass diejenigen, die einen deutschen Pass haben und nach Syrien gehen und für den IS kämpfen, vom BND überwacht werden; aber wenn das nicht der Fall wäre, wäre ich natürlich etwas beunruhigt. Also, ich hoffe, es ist auch der eine oder andere drin im Aufklärungsprofil; ich hoffe nur, der Richtige. Aber da wir jetzt ja gar nicht wissen, wer - okay.

Wenn im Rahmen des Aufklärungsprofils jetzt die typischen Einsatzländer, zum Beispiel - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt mal ganz kurz eine Zwischenfrage!)

- Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal ernsthaft an die Bundesregierung die Frage: Also, es geht ja nicht um einzelne Personen, sondern es geht um abstrakte Dinge bei dem Auftragsprofil. Wenn es jetzt um einzelne Personen geht, würde ich das verstehen; aber es geht doch um allgemeine Dinge, die man hier sagen sollte meiner Ansicht nach, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir tasten uns ja heran, peu à peu. - Okay, ich gehe mal von



Nur zur dienstlichen Verwendung

der anderen Seite dran. Wenn Sie im Rahmen der Erstellung des Aufgabenprofils geschaut haben, welche Länder und in welchen Ländern welche Einrichtungen, will ich es mal nennen, Aufklärungsgegenstand des BND sein sollen, gibt es da große Unterschiede? Sie hatten das ja angedeutet. Zum Beispiel Land X, da wird geguckt: das Militär. Da wird geguckt: die politische Führung. Bei Land Y werden auch andere Ebenen angeschaut. Wie haben Sie das festgemacht in Ihrer Arbeit? Haben Sie da den Verteidigungsminister gefragt, haben gesagt: „Was ist für dich wichtig?“? Haben Sie den Außenminister gefragt: „Was ist für Sie wichtig?“? Also ganz allgemein: Wonach entscheidet sich das?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, das war und ist wohl immer noch auch heute so ein Willensbildungsprozess zwischen den Ressorts, das heißt, es wurde erst einmal das bestehende zu bearbeitende oder neu zu erstellende Profil an die jeweiligen Ressorts übersandt, und dann gab es eine Serie von Besprechungen, die ich geleitet habe, wo dann genau diese Prioritäten, wie Sie sie jetzt erwähnen, festgezurr wurden, gemeinsam, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es da - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: - wo Ideen eingebracht wurden und dann festgelegt wurde, was wirklich reinkommt und was auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es da Länder, wo man gesagt hat: „Mensch, das ist sensibler, mit Blick auf: Da könnten Deutsche betroffen sein“, oder: „Das ist unsensibler“? War das etwas, womit Sie sich Gedanken gemacht haben? Brauchen ja keine Länder sagen.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das spielte - - Sie müssen sehen, das ist ja auch eine Zeit lang her, dass ich das gemacht habe. Das spielte in meiner Erinnerung für diese Aufgabenstellung der Erstellung des Profils keine Rolle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Thema G-10-Filterung im Rahmen der Auftrags Erfüllung durch den BND für das Auftragsprofil und das Aufklärungsprofil, war das ein Begriff? Sagt Ihnen das was?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Sagt mir selbstverständlich etwas; aber es spielte für das Auftragsprofil keinerlei Rolle. Dafür war ich - - Auch die ganze Gruppe war dafür nicht zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie gingen davon aus: Das haben andere auf dem Schirm; Sie machen das Aufklärungsprofil, und andere müssen dann gewährleisten, wie es technisch funktioniert, dass entsprechende G-10-Filterung auch funktioniert usw. usf.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, so ist es; so war die Zuständigkeit auch klar geregelt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt hat ein Zeuge - ich weiß gar nicht mehr, wer es war; ich kann es auch nicht wörtlich wiedergeben; entschuldigen Sie das - gesagt: Der Österreicher war für uns genauso wie der Afghane. - Ich hoffe, ich zitiere es jetzt halbwegs richtig.

(Christian Flisek (SPD):
Alle zum Abschluss
freigegeben!)

Es ist nur aus dem Gedächtnis zitiert. - Kann man das so sagen: „Aufklärungsprofil gleich Aufklärungsprofil“? Sie müssen jetzt nicht auf Österreich und Afghanistan eingehen. Ist da X und Y - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, also diesen Anspruch würde ich so nicht unterstreichen. Der ist nicht richtig aus meiner Sicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum nicht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, was ich sagen darf. In eingestufte Sitzung kann ich das sicherlich beantworten. Ich glaube, ich kann schon sagen, dass es eine relativ strikte Regel gab, allgemein, dass wir uns nicht um EU kümmern - also, „wir“ meine ich jetzt: der BND -; EU ist tabu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich kann das gut nachvollziehen. Wie ist das, was Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

als diese Regel empfinden, denn dem BND mitgeteilt worden? Also, das müssen ja in der Hierarchie die Mitarbeiter irgendwann auch mal so verinnerlichen, zum einen die G-10-Filterung: „Lasst uns bloß aufpassen, keine deutschen Sachverhalte“, aber auch dass wir im Grunde nicht die europäischen Partner unter die Lupe nehmen wollen, sage ich jetzt mal ganz schwammig und untechnisch. Wie kriegt das denn derjenige Sachbearbeiter, der zum Beispiel in Bad Aibling oder sonst wo sitzt, und Daten, gegen Selektoren zum Beispiel, laufen lässt, auf den Schirm? Woher weiß der das denn? Wer sagt ihm das? Waren Sie das oder - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, aber das kann ich Ihnen nicht beantworten; das ist Sache des Dienstes selbst, bzw. ich wurde ja angelernt; ich hatte ja da keine Vorerfahrung. Ich habe das kennengelernt als ein ehernes Gesetz: Das ist so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit wem beim BND - - Wer war denn da Ihr Gesprächspartner immer, damit das Aufklärungsprofil dem BND mitgeteilt wurde, oder haben Sie das per Mail geschickt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Gesprächspartner ist der Leitungsstab gewesen des BND. Ja, das ist der Gesprächs-

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dazu gehörten dann der Präsident und die Abteilungsleiter, oder?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es wurde ein Mitarbeiter bestimmt, der das federführend macht, jedenfalls in die Verhandlungen geht, federführend, auch wiederum mit ein paar anderen Kollegen, der sich das dann natürlich auch wieder billigen lassen musste. Oder was heißt „eigentlich“? In dem Fall war er eher beratend und musste die Weisung entgegnehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann wahrscheinlich der Leiter Leitungsstab, vermute ich mal in der Regel, oder?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das war es zu der Zeit nicht. Beauftragt dafür war der Leiter des Lagezentrums des BND. Der hatte die Aufgabe, das in diesen Ressortabstimmungen vertreten zu ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dem war zumindest auch bewusst - so würden Sie es bewerten -, dass Europa nicht auf dem Schirm ist im Rahmen des Aufklärungsprofils.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ganz klar, EU-Europa nicht, ganz klar, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich meinte jetzt erst mal im Kern EU. Sie haben recht, dass Sie das so präzise sagen. - Wenn das dem Leiter Lagezentrum auf dem Schirm war, wird das doch wahrscheinlich dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und den Abteilungsleitern auch auf dem Schirm gewesen sein, oder?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Sie fragen mich jetzt nach einer Einschätzung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, wenn Sie es - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: - - würde ich sagen: Auf jeden Fall ja; ja klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, Sie sollen nur das sagen, was Sie wissen; den Rest müssen wir dann andere fragen. - Ist Ihnen bekannt, dass es da mal irgendeine Dienstanweisung im BND zu gegeben hat, weil - - Ich frage deswegen so nachgiebig, weil ich würde gern wissen, wie der Sachbearbeiter, der sich mit 1 000 technischen Dingen und Sachen am Tag so beschäftigen muss, das mitgeteilt bekommt. Also, der muss ja wissen: Oh, hier, Europa darf ich nicht, G 10 darf ich nicht. - Ist Ihnen da bekannt aus Ihrer Zeit 2005 bis 2008, dass es da irgendwas im BND gegeben hat, eine Dienstanweisung, ein Booklet oder was auch immer, wie man das so handeln kann?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ist mir nicht bekannt, wäre auch nicht in meine Zuständigkeit gefallen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Mit dem Leiter Lagezentrum wurde dann das Aufklärungsprofil noch intensiv besprochen, oder wurde das quasi abgegeben und „Setzen Sie mal um!“, und dann musste er machen? Oder gab es da noch so eine Art Feintuning?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Im Prinzip war es so, wie Sie es sagen: Nimm, mach! Aber da der Dienst ja in seiner Person bei den Beratungen dabei war, konnte er natürlich auch mal mit beraten, was er auch getan hat. Vor allem war immer wieder ein bisschen ein Problem, dass, wenn man die Ressorts fragt: „Was wollt ihr denn alles wissen?“, dann immer mehr kommt. Es musste manchmal auch etwas gegen die Ressourcen abgeglichen werden, was möglich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und gab es da so eine Art Controlling auch, dass man sagte: „Das ist das Aufklärungsprofil, und wir schauen nach einer regelmäßigen Zeit“ - Sie müssen keine Details sagen - „hin, ob das erfolgreich war“? Gab es da so eine Art Wechselsteuerung, dass man sagte: „Das klappt nicht; wir müssen das Aufklärungsprofil ändern, weil so kommt nichts raus“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das war eigentlich auch meine tägliche Aufgabe, die Qualitätskontrolle, wenn Sie so wollen, das, was rauskommt. Zu meiner Aufgabe gehörte es: Ich habe jeden Tag alle Ausgangsberichterungen des Dienstes auf den Tisch bekommen und gerade unter Qualitätsgesichtspunkten, und dann noch häufig zurückgemeldet, dass wir es da anders machen, oder so was.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aus Ihrer Zeit, haben Sie sich da Gedanken gemacht, wie denn diese Informationen durch den Bundesnachrichtendienst gewonnen werden? Werden die durch SIGINT oder durch HUMINT erworben? Waren das mal Diskussionen? Wo kamen da denn die Erkenntnisse her?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es war für mich keine Diskussion. Habe so was natürlich gelegentlich

am Rande mitbekommen. Aber das geht aus der Ausgangsberichterstattung nicht hervor, was für eine Quelle das hat, und das weiß ich auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, Sie haben quasi das Aufklärungsprofil definiert, besprochen und dann die Rückläufer geguckt. Wo die herkommen, wie die gewonnen worden sind, war nicht Ihre Sache.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, das stand auch nicht dabei, und das war auch nicht meine Sache.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es da mal irgendwie Rückmeldungen aus dem Amt, also aus dem BND: „So können wir das nicht, dafür brauchen wir andere Voraussetzungen, dann müssen die Politik, das Kanzleramt uns auch die und die Möglichkeiten einräumen, sonst können wir das nicht erfüllen“, also gab es mal solche Gespräche?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wenn ich Sie richtig verstehe, glaube ich, in dem Sinne, den ich in Ihrer Frage höre, nicht. Es gab gelegentlich halt: Macht mal langsam, Kapazitätsengpässe, wir können nicht mehr als schreiben. - So was gab es gelegentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und letzter Frageteil: Ist Ihnen in Ihrer Zeit etwas bewusst über die Kooperation insbesondere in Bad Aibling mit der NSA - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht mehr als das Faktum, dass es das gab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wissen Sie, wie lange es diese Kooperation gab?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie intensiv die Meldungen, die Sie hinterher bekommen und dann auch sich anguckten im Sinne der Qualitätskontrolle, aus der Kooperation mit der NSA gewonnen wurden, haben Sie da Erkenntnisse drüber gekriegt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Ihnen - - Aus den Meldungen konnten Sie später nicht sehen: „Das ist etwas, das kommt aus der Kooperation mit der NSA, und das ist etwas, das kommt ganz aus Eigenerkenntnissen des BND“? Das war nicht ersichtlich?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, das war in keiner Weise ersichtlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Damit wäre ich insoweit erst mal durch mit meinen Fragen.

Und jetzt kommen die Ausschussmitglieder nach Fraktionsstärke mit ihren Fragen. Für die Fraktionen ergibt sich nach der sogenannten Berliner Stunde ein festes Zeitbudget: für die CDU/CSU 27 Minuten für ihre Fragen, für die SPD 17 Minuten für ihre Fragen, für die Fraktion Die Linke acht Minuten; das Gleiche gilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit acht Minuten. In der ersten Fragerunde beginnt die Fraktion Die Linke mit ihren Fragen, und ich vermute, Frau Kollegin Renner würde anfangen. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Kurz, ich hätte eine Frage zu den von Ihnen eingangs geäußerten Aufgabenzuweisungen an den BND, Auftragsprofil und Ad-hoc-Steuerung. Wie werden diese, wie Sie sagten, ja auch zum Teil sehr kurzfristigen Profiländerungen dokumentiert?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das würde ich nicht als Profiländerungen bezeichnen, sondern das sind Aufträge, die in der Regel als E-Mail an den Dienst gerichtet wurden, und zwar nicht nur vonseiten des Bundeskanzleramtes, sondern so was kam auch von anderen Ressorts, sollte aber immer über uns laufen, dass wir es dann einsteuern.

Martina Renner (DIE LINKE): Es läuft über Sie. Sie prüfen das. Nach welcher Maßgabe?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es sollte über uns laufen. Nicht alle Ressorts haben sich daran immer

gehalten. Das war wahrscheinlich auch ein Anspruch, der nicht immer durchzusetzen war. Geprüft, ob das plausibel ist, auch vor dem Hintergrund, ob das eine Frage ist, die der BND überhaupt beantworten kann, und ob das nicht Ressourcen unnötig in Anspruch nimmt - mehr nach solchen Kriterien.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Ressorts können denn gegenüber dem BND Steuerung übernehmen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Steuerung kann kein anderes Ressort übernehmen. Die können Fragen stellen, die als Nächstes auf der Hand liegt. Das sind das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium, die beiden; aber durchaus auch mal Innenministerium oder so. Aber die Hauptkundschaft sind natürlich Auswärtiges Amt und BMVg.

Martina Renner (DIE LINKE): Dass es eigentlich über Ihren Schreibtisch, also das Bundeskanzleramt, laufen sollte, ist das irgendwo formuliert, oder ist das eine Verabredung?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nach meiner Erinnerung, muss ich hinzufügen, war es eher eine Verabredung, auch immer etwas, was immer wieder mal eingefordert werden musste, weil sich dann doch solche Direktkontakte ein bisschen ver-selbstständigen. Das betrifft vor allem, denke ich, das BMVg.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Martina Renner (DIE LINKE): Und für die Fälle, dass es über Ihren Schreibtisch gelaufen ist, waren im Haus dann noch andere in der Prüfung beteiligt oder nur das Referat 621?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es kommt ein bisschen darauf an, welche Fragen es waren. Mein Referat 621 war für die allgemeine Lage zuständig. Die Gruppe war insgesamt eine Lagegruppe. Es gab dann spezielle Referate für Terrorismus und für Proliferation. Wenn Anfragen aus diesem Bereich kamen, waren es die Kollegen mit dieser Zuständigkeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen Steuerungen, konnte man dort zum Beispiel auch steuern, dass zu bestimmten Kommunikationswegen Datenerfassung durch den BND vorgenommen werden soll?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ging nur um Informationsgewinnung aus öffentlichen Quellen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, es wurde einfach die Frage gestellt: Wir hatten eine Krise in Mali, in der Elfenbeinküste, und wir brauchen mehr Informationen dazu. - Diese Art Fragen. Das ist, was nachgesteuert wurde ans Auftragsprofil.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist aber eine sehr allgemeine Fragestellung; daraus kann doch der BND dann gar nicht ableiten, was er jetzt machen soll. Also, ich frage immer mit Blick - - Sie sitzen hier, wie unsere anderen Zeugen heute auch, zu der Problematik Rechts- und Fachaufsicht - einfach noch mal, um das Thema heute zu umreißen. Also, ich frage mich: Dann, wenn man nur sagt: „Wir haben in Mali eine Krise, was habt ihr denn da?“, ist das doch eine sehr unspezifische Anforderung.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, in der Krisenlage eigentlich nicht. Ich meine, es könnte auch konkreter sein: „Kümmert euch um die Umgebung des Präsidenten! Was wisst ihr?“, oder so was. Aber wie die das dann machen, das hatte mit dieser Art Auftrag nichts zu tun, oder ob sie es überhaupt machen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das heißt, ob die da nun zum Beispiel Daten erfassen dazu, Abhörmaßnahmen initiieren usw., das war nicht Teil dieser Steuerung, was gemacht werden soll.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, aber vielleicht darf ich noch mal was richtigstellen: Das Bundeskanzleramt war ja damals - - Die Abteilung 6 war zweizügig. Das war übrigens auf der Website zum Untersuchungsausschuss falsch dargestellt, hatte ich gesehen. Es war zweizügig. Die Gruppe, in der ich war - und es kommt ja noch ein weiterer

Kollege aus dieser Gruppe heute - - Wir waren die Lagegruppe. Für diese Rechts- und Fachaufsicht war die andere Gruppe zuständig. Also alles, was diesen Bereich, auf den Sie zielen, glaube ich - - Was diese Fragen angeht, müsste an die anderen Kollegen gerichtet werden, aus der anderen Gruppe dieser Abteilung.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann müssen Sie mir vielleicht sagen - und ich muss jetzt leider auf einen Presseartikel verweisen aus 2015, vom 28.04., der *Bild*-Zeitung -, ob die dort genannten Angaben richtig sind. Dort heißt es unter der Überschrift: „Für de Maizière wird es immer enger“ - Zitat - :

2008 ging eine entsprechende BND-Meldung beim Referatsleiter K. im Kanzleramt ein. Adressat war die Abteilung 6. Nach Bild-Informationen ging es dabei um die Vorbereitung einer US-Reise des damaligen Kanzleramtschefs und heutigen Innenministers Thomas de Maizière.

So weit erst mal.

Ist der Vorgang so richtig geschildert?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es gab, glaube ich, im Februar 2008 diese Reise von Bundesminister de Maizière, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und es ist auch richtig, dass die entsprechende Meldung bei Ihnen als Referatsleiter einging?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht „Meldung“; ich hatte auch eine Zuständigkeit für Außenbeziehungen, also für Ausland und auch für Vertreter anderer Nachrichtendienste hier in Berlin. In dieser Zuständigkeit gab es - - Protokollarisch gingen Dinge an mich, dass ich mit dem BND zusammen die Termine zusammenführen musste und so was. Das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Weiter heißt es dann:



Nur zur dienstlichen Verwendung

In der Vorlage für de Maizière
hieß es

- schon 2008 -

dass die NSA

- und das ist jetzt ein Zitat -

„eigene Interessen verfolgt, die
über gemeinsame Interessen hi-
nausgehen.“

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

- Das ist aus der *Bild*-Zeitung, Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur den Zeugen
darauf hinweisen, dass es sich hier um einge-
stuftete Unterlagen handelt.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

RD Philipp Wolff (BK): Sie können gerne aus der
Bild-Zeitung zitieren, Frau Renner. Aber der
Zeuge kann, wenn er aus den Unterlagen etwas
sagen soll, das hier nicht tun, sondern in einge-
stufter Sitzung.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Aus dem Gedächtnis
soll er doch was sagen!)

Martina Renner (DIE LINKE): So, wir haben ja
hier alle jetzt keine Verschlussache vor uns lie-
gen. - Ich würde gerne einfach mal ganz allge-
mein fragen: Ist 2008 die Problematik erörtert
worden, dass die NSA eigene Interessen verfolge?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich glaube, allgemein
kann ich dazu - - So spezifisch, wie Sie es jetzt
sagen, nicht. Es gab um den Jahreswechsel
2007/2008 verschiedene Initiativen von amerika-
nischer Seite überhaupt - das war nicht NSA-spe-
zifisch -, Kooperation, Bezug vor allem auf Terro-
rismusbekämpfung auszuweiten; das gab es in
diesem Zeitraum. Und es gab bei diesen Besuchs-
vorbereitungen - es ging meistens um Begegnun-

gen auf hochrangiger Ebene - immer wieder war-
nende Stimmen aufseiten des BND, die in diese
Richtung gehen, die Sie erwähnen, die sagen: Die
Amerikaner verfolgen auch eigene Interessen.
Seid vorsichtig!

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sagen,
wer diese warnenden Stimmen im BND waren?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, das kann ich
nicht. Das ist in diesem - - einfach Absender für
uns - - Alles, was an uns kam, kam fast immer
vom Leitungsstab des BND, egal was; das kam
von denen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und können Sie
das noch etwas konkretisieren? Also, worauf be-
zogen sich die Warnungen? Also, Sie sagten, da
sollten neue Operationen eingespielt werden.
Und worin bestand dann die Warnung genau?

RD Philipp Wolff (BK): Da geht es jetzt wirklich
um die Inhalte der Dokumente. Da würde ich - -
kann der Zeuge was dazu sagen, aber in einge-
stufter Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso? Also, ich
frage jetzt nicht zu den Operationen; die waren ja
nur Anlass für diese Sorgen. Ich will zu den Ope-
rationen gar nichts wissen. Wir reden jetzt hier
nicht zu Operationen, falls Sie jetzt auch wieder
auf Ihren Kernbereich operativen Handelns ab-
stimmen. Ich will wissen, wie diese Sorgen - -
also auf was diese Sorgen abzielten. Vor was
hatte man Sorgen? Dass die Amerikaner was ma-
chen?

RD Philipp Wolff (BK): Das sind nachrichten-
dienstliche Erkenntnisse. Die Frage war ganz
konkret: Worauf bezogen sich die Warnungen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Das können nachrichten-
dienstliche Erkenntnisse sein. Das ist der Inhalt.
Das ist genau das Spezifikum, über das wir re-
den. Und das ist eingestuft als Information, und
deswegen kann der Zeuge dazu in eingestufte-
ter Sitzung was sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie selbst an Gesprächen mit Vertretern der Five Eyes teilgenommen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, ich wüsste nicht, dass Deutsche daran überhaupt teilnehmen. Aber - - Nein, habe ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Zwischen Deutschland und Five Eyes.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Ja, Sie klären das, was ich meinte.

Martina Renner (DIE LINKE): Gepiept?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zeit angehalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, danke.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Noch mal wiederholen die Frage. Entschuldigung.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es ging ja jetzt um die Frage, dass man in diesem Zeitraum auch über Kooperationen gesprochen hat zwischen Five Eyes, und Sie sagten, bei NSA - es gibt ja auch noch andere US-amerikanische Nachrichtendienste - haben Sie selbst an Gesprächen zwischen Vertretern deutscher Behörden, Regierungsstellen und Vertretern US-amerikanischer Regierungsstellen, Geheimdienst teilgenommen - britischer Five Eyes, also das ganze Programm.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es gehörte zu meiner Aufgabe, Kontaktpflege zu tätigen. Ich kannte die. Wir haben auch allgemein über Lagethemen gesprochen, aber sonst nichts, auch nicht in einer Besprechung mit all denen, sondern es gehörte zu meiner Aufgabe, auch Ansprechpartner zu sein, aber im Bundeskanzleramt, nie um operative Dinge mit den Vertretern, Residenten halt vor Ort.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das bezieht sich auf Gespräche mit Residenten hier in Berlin?

Oder waren Sie auch in den USA oder in Großbritannien?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das bezieht sich auf hier. Ich habe auch auf Reisen mal nach Paris und nach Washington den damaligen Abteilungsleiter begleitet; aber auch da ging es nicht um operative Dinge.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen Gesprächen auch hier mit den Residenten, können Sie sich daran erinnern, dass es auch mal Angebote gab für konkrete Hilfestellungen, insbesondere zum Beispiel die Bereitstellung für Erfassungstechnik durch Five Eyes?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, kann ich mich nicht erinnern. Da wäre ich auch der falsche Ansprechpartner gewesen. In meiner Anwesenheit, mit mir wurde so was nie besprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir gleich zum Ende kommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich würde - - Das können wir dann gerne in der nächsten Runde vertiefen. - Ist Ihnen die Problematik der Suchbegriffe „EADS“ und „Eurocopter“ in den NSA-Selektoren vor 2015 bekannt geworden?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: In der Zeit, als ich im Kanzleramt war, 2005 bis 2008, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Kurz, vielleicht jetzt gleich anschließend an die letzte Frage von der Frau Kollegin Renner: Ist Ihnen überhaupt in Ihrer Zeit das Thema US-Selektoren in irgendeiner Weise während Ihrer Tätigkeit und Zuständigkeit bekannt geworden?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, in keiner Weise.

Christian Flisek (SPD): In keiner Weise? Also das können Sie kategorisch ausschließen? Da gab es



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine Unterredung, keine Vorlage, keinen Vermerk, nirgendwo mal eine Andeutung: kritische Selektoren?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nichts.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht. Und wenn, wie gesagt, dafür war ich nicht zuständig. Andere Kollegen in der Abteilung mögen das gewusst haben, ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Darum frage ich ja auch so weitgehend. Eventuell durch Gespräche mit anderen Kollegen, in deren Zuständigkeit?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht mehr, als dass es dort eine Kooperation gab; wusste ich nicht. Und mehr kann ich nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Sie haben gesagt, Sie waren ja zuständig im Kanzleramt auch für diese gesamten Auslandsbeziehungen. Wie muss ich mir denn das vorstellen? Wenn jetzt da so ein Kooperationsprojekt, vielleicht ein neues, an den Start kommt? Ist da das Kanzleramt immer eingebunden gewesen? Wer wurde da informiert? Wer musste das genehmigen? Oder gab es vielleicht - - War das sozusagen dann eine eigene Zuständigkeit des BND? Hat man im Kanzleramt als Aufsichtsbehörde gesagt: „Immer wenn ein Kooperationsprojekt eingesetzt wird, dann habt ihr uns das vorzulegen und genehmigen zu lassen“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Kann ich Ihnen nichts zu sagen. Für diese Fragen war die andere Gruppe, die ich eben schon mal erwähnt habe, zuständig, für solche Fragen. Und was die jeweils wusste, kann ich gar nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Dann sagen Sie doch mal ganz konkret, wenn Sie sagen, Sie waren für die Auslandsbeziehungen zuständig, was war denn dann noch mal konkret da in dem Bereich Ihre Zuständigkeit, außer, Reisen zu organisieren?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, das war - - Erstens, wie gesagt, auch die Kontrolle der entsprechenden Berichterstattung und dann - -

Christian Flisek (SPD): Welche - ich muss gleich nachhaken - Berichterstattung?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Die Ausgangsberichterstattung des BND. Da habe ich ja zu diesem Zuständigkeitsbereich ganze Welt - - Die ist bei mir jeden Tag gelandet, und da habe ich so was wie eine Qualitätskontrolle gemacht, Feedback, auch bei den Ressorts nachgefragt: Seid ihr damit zufrieden, oder wollt ihr mehr haben? Das war das im Wesentlichen.

Wenn Sie jetzt meinen, dass ich - das war schon mehr eine protokollarische Funktion - die Anlaufstelle war, jedenfalls für eine gewisse Ebene von Vertretern anderer Nachrichtendienste hier: Das ging wenig mehr über Kontaktpflege hinaus. Oder wir haben uns über die Lage im Irak, in Afghanistan, im Nahen Osten unterhalten. Das war das.

Christian Flisek (SPD): Und wer war jetzt dann zuständig für die Frage im Kanzleramt: Wie verhält sich das mit Geheimdienstkooperationen? Wer genehmigt die? Wer kontrolliert die?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das war die Gruppe 62 damals. Also, die andere Gruppe, die zuständig war für Haushalt, für Personal, für solche Operationen. Das ist die Gruppe für Rechtsaufsicht, Budget, ja, alles.

Christian Flisek (SPD): Und Sie haben eine Qualitätskontrolle gemacht, das heißt, wir reden über Meldungen, die dann eingegangen sind.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, Ausgangsberichterstattungen. Wirkliche Meldungen habe ich nicht zu Gesicht bekommen, hat das Kanzleramt in der Regel gar nicht zu Gesicht bekommen, sondern das Ausgangsprodukt des BNDs, was an die Ressorts geht, das - -

Christian Flisek (SPD): Ausgangsberichterstattung.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, so nannte sich das.

Christian Flisek (SPD): Versuchen Sie es mal jetzt, ohne dass man jetzt ein Beispiel nennt, aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

so abstrakt wie möglich oder wie nötig. Was heißt das: „Ausgangsberichterstattung“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das ist das, was die Analyseabteilung des BND erstellt, um ihrer Berichtspflicht gegenüber der Bundesregierung nachzukommen. Das kann ganz unterschiedliche Formen haben: von größeren Ausarbeitungen über militärische Beschaffungen in Algerien bis hin zu relativ kurzen Porträts eines Regierungschefs oder so etwas. Ausgangsberichterstattung - da sind eingeflossen dann Meldungen, die sie nennen, nachrichtendienstliche hoffe ich mal. Aber welche und in welchem Ausmaß und woher diese Information kommt, die sie letztlich da in dieser Ausgangsberichterstattung sehen, die an uns ging, das weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Und Sie haben das dann verteilt, oder was?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wenn Sie es bitte noch mal wiederholen.

Christian Flisek (SPD): Sie haben das dann verteilt an die Ressorts, oder?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: In der Regel ging das direkt an die Ressorts. Ich habe es nur innerhalb des Bundeskanzleramts verteilt.

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich - Kollege Hahn hat das ja zu Recht gesagt -: Wohin gehen denn dann Meldungen? Wer kriegt denn dann Meldungen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nur der BND selbst.

Christian Flisek (SPD): Jetzt haben Sie gesagt, mit der Frage, wie so ein Kooperationsprojekt genau abläuft usw., damit hatten Sie eigentlich nichts zu tun. Jetzt gibt es aber Medienberichte, da heißt es, in Ihrer Funktion - Frau Renner hat ja darauf hingewiesen - hätten Sie eine Stellungnahme vom BND zu einem Kooperationsprojekt mit aus-

ländischen Nachrichtendiensten angefordert, insbesondere auch zu dem hier im Ausschuss relevanten Projekt „Eikonol“.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich glaube, da müssen wir wieder auf - - wenn es um eingestufte Dokumente geht.

Christian Flisek (SPD): Ich will nur wissen, ob Sie so was angefordert haben.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Solche Projekte wie dieses von Ihnen erwähnte kannte ich nicht. Der Begriff ist mir überhaupt jetzt erst begegnet durch Presseberichterstattung im Rahmen Ihrer Ausschusstätigkeit hier; kannte ich damals nicht.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Haben Sie einen Bericht vom Nachrichtendienst angefordert, ohne dass da jetzt über „Eikonol“ geredet worden ist, über Projekte, die der BND mit ausländischen Nachrichtendiensten, insbesondere mit US-amerikanischen Diensten, führt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nach meiner Erinnerung: Nein, nicht über Projekte, sondern nur - - Wenn überhaupt, kann eine Zuständigkeit von mir nur im Rahmen solcher Gespräche zustande gekommen sein für den Chef des Bundeskanzleramts damals. Und da habe ich mit Sicherheit nicht nach konkreten Kooperationsprojekten gefragt, sondern nur etwas, was ich eben schon mal erwähnte: wie das einzuschätzen ist, dass die Amerikaner ganz allgemein abstrakt eine verstärkte Zusammenarbeit wollen. Mehr habe ich dazu nicht gemacht.

Christian Flisek (SPD): Und was war der Grund für so eine Frage?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich kann mich jetzt auch nur an ein einziges Mal erinnern. Ich glaube, das war ein Gespräch des Ministers mit dem amerikanischen DNI, dem Director of National Intelligence. Da wollte er einfach - - hatte er einfach eine konkrete Nachfrage, ich soll noch mal nachhaken, wie das und das, was er wollte, einzuschätzen ist. Das war der Anlass. Das hätte ich zuständigkeitshalber vielleicht auch an die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kollegen geben können. Aber da ich dieses Gespräch betreut hatte und in dem Fall auch dabei war, habe ich das an den Dienst weitergegeben, diese Bitte um Einschätzung.

Christian Flisek (SPD): Aber mir ist nicht ganz klar, was da der Hintergrund war.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: In dem Fall könnte ich Ihnen das sogar sagen. Das weiß ich noch. Aber ich glaube, da es auch in dem Fall um eingestufte Dokumente geht, könnte ich das nur in einer späteren Sitzung machen.

Christian Flisek (SPD): Nein. Ich will ja gar nicht über die Dokumente reden. Ich will nur wissen jetzt politisch: Was war da der Hintergrund, warum man gesagt hat: „Herr Dr. Kurz, fragen Sie mal nach“?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es tut mir leid. Ich glaube, ich würde das - - Ich bin jetzt sehr unsicher an dieser Stelle, wie weit ich das in dieser Sitzung hier sagen darf in diesem Rahmen. Ich würde das dann lieber beantworten in einer - -

Christian Flisek (SPD): Na ja, wissen Sie, Herr Dr. Kurz, bei diesen Einschätzungen, da ist es jetzt nicht so mit „lieber“ oder „nicht lieber“.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Da müssen Sie mal mit dem Herrn Wolff jetzt reden - der ist ja da Experte in den Fragen -, und halten Sie mal eine Rücksprache mit ihm. Weil ich will jetzt nicht über konkrete Dokumente reden. Ich will nur wissen, was der Hintergrund für diese Frage war.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand sowie RD Philipp Wolff (BK))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich ganz kurz fragen, ob auch Rücksprache mit dem Pressesprecher des BND da

eben gehalten wurde oder - - Nein. Ich frage nur aus Interesse.

RD Philipp Wolff (BK): Nur ganz kurz: Er hat gesagt, dass man das versteht, was wir sagen; wir sollen nicht so laut reden. Das war das Einzige.

(Martina Renner (DIE LINKE): Guter Agent!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt weiß ich, was der BND-Pressesprecher hier macht.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wir machen mit der Befragung weiter.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, nein. Die Beratung hat ergeben, dass ich dazu in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen muss.

Christian Flisek (SPD): Das ist jetzt Aussage von Ihnen, Herr Wolff?

RD Philipp Wolff (BK): Also, er muss konkret inhaltlich Bezug auf die Gespräche nehmen, und diese Gespräche sind eingestuft.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Wie war denn damals in der Zeit, wo Sie diese Zuständigkeit hatten, so, ich sage mal, in Sachen Geheimdienstkooperation die Stimmung zwischen Deutschland und den US-Amerikanern? War die eher euphorisch - Aufbruch -, oder war das eher so: Na ja?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nach meiner Einschätzung weder noch. Es gab eine enge Zusammenarbeit, regelmäßige Kontakte - wahrscheinlich viel breiter, als ich das überhaupt einschätzen kann und gesehen habe - mit einer insgesamt, glaube ich, positiven, für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit, die deswegen eher positiv war. So ist meine Einschätzung.

Vielleicht müssen Sie eines noch im Kopf behalten: Wir hatten alle, die Sicherheitsbehörden, in der Zeit, als ich da anfing - - 2005 waren wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

noch etwas in der Bredouille mit 9/11, dass die Leute aus Deutschland kamen und bei uns nicht entdeckt worden waren. Das schwebte so immer noch über dieser Zusammenarbeit; ganz klar.

Christian Flisek (SPD): Dr. Kurz, man merkt, Sie sind beim Auswärtigen Amt. Das meine ich als Kompliment. Das ist eine sehr diplomatische Sprache. Weil wir haben Zeugen natürlich hier gehabt, auch aus dem BND, die, sage ich mal, in dem Zeitfenster die Stimmung oder die Atmosphäre zwischen Deutschland und den USA ein bisschen anders dargestellt haben.

Also, wir haben uns über das Projekt „Eikonale“, das ja hier Gegenstand auch der Arbeit im Untersuchungsausschuss ist, intensiv unterhalten. Das fiel damals in diese Zeit rein. Das war ein Projekt - ich erkläre Ihnen das, was wir gesagt haben; der Name selber ist Ihnen nicht so in Ihrer Arbeit geläufig gewesen -, das mit hohen Erwartungen gestartet ist, dann aber sozusagen abgebrochen wurde, weil es eben nicht diesen Ertrag gebracht hat. Und die Amerikaner waren, sage ich mal zusammengefasst, so ein bisschen angefressen, weil sie da in Vorleistung gegangen sind und eigentlich nicht das bekommen haben, was sie sich erwartet haben. Deswegen war man da nicht so ganz erfreut. Davon haben Sie nichts mitbekommen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: In dem konkreten Fall, den Sie jetzt nennen: Nein. Auf der Ebene, auf der ich Gespräche geführt habe oder die ich begleitet habe, war dieses nicht der Fall, gab es eigentlich keine Verstimmungen, sicher mal Meinungsverschiedenheiten zum einen oder anderen Punkt, aber keine Verstimmungen.

Christian Flisek (SPD): Und hat Ihnen denn in Ihrer Funktion der BND irgendwann mal berichtet, dass es da eine etwas schlechtere Stimmung gibt und wie man damit jetzt umgeht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Wäre ich auch der falsche Ansprechpartner gewesen dafür. Nein.

Christian Flisek (SPD): Inwiefern jetzt der falsche Ansprechpartner? Das ist - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wenn es um Operationen geht, die nicht ordentlich laufen oder so und die so wichtig sind, dass sie ans Kanzleramt rangetragen werden müssen, dann wäre entweder direkt mit dem Leiter der Abteilung oder mit der anderen Gruppe darüber gesprochen worden.

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber man kriegt doch da irgendwie - - Ich meine, ich schätze Zuständigkeiten im deutschen Verwaltungsrecht sehr hoch ein, ja? Aber das bedeutet ja nicht, wenn ich nicht zuständig bin, dass ich nichts mitbekomme. Und das bedeutet: Sie sind ja hier Zeuge und berichten uns von Ihren Wahrnehmungen, ja? Und die sind nicht begrenzt durch Wahrnehmungen in Ihrem Zuständigkeitsbereich, sondern die beziehen sich auf Wahrnehmungen, die Sie gemacht haben in Ihrer Arbeit im Bundeskanzleramt insgesamt, im Austausch mit Kollegen aus anderen Abteilungen.

Ich meine, ich kenne das so ein bisschen: Manchmal hat man den Eindruck - das kenne ich auch aus dem BND -, da redet keiner mit keinem außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs. Ich finde das ein bisschen lebensfremd, und deswegen würde ich Sie noch mal ganz gerne fragen: Haben Sie in Ihrer Zeit da mitbekommen, dass es Schwierigkeiten gibt zwischen amerikanischen und deutschen Geheimdiensten, dass man überlegt hat: Wie machen wir da weiter?

Ich meine, wir hören hier die ganze Zeit, wie wichtig diese Kooperation ist, wie essenziell sie ist für das deutsche Sicherheitsinteresse. Und ich sage mal, ich streite das grundsätzlich auch nicht ab. Aber wenn man das so hoch hängt, dann gehe ich doch davon aus, dass alle Mitarbeiter, die da irgendwo auch im Kanzleramt mit zu tun haben, egal wie ihre Zuständigkeiten sind, mitbekommen, wie das jeweils auch im Zweifel in der anderen Truppe läuft.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. - Ich möchte noch ein Wort sagen. Ich will mich keineswegs mit Beamtenzuständigkeiten da irgendwie rechtfertigen, herausreden, möchte aber darauf aufmerksam machen, dass das in dem Bereich, in dem ich da im Bundeskanzleramt tätig war, noch mal einen ganz anderen Stellenwert hatte. Da ging es nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

drum, wer - Zuständigkeit - muss was machen, sondern das ist ein echtes begründbares Need-to-know-Prinzip. Deswegen können Sie davon ausgehen, dass ich davon wirklich nichts wusste, von solchen Operationen, was wahrscheinlich gut war, dass ich das nicht wusste und andere, die nicht direkt dafür zuständig sind, und dass ich entsprechend auch nichts mitbekommen habe, hätte, wenn das da irgendwo Probleme gab. Nein.

Christian Flisek (SPD): Mhm - Ja, dann wäre natürlich jetzt mal meine Frage: Für die Fragen, die uns hier interessieren, wer ist denn da sozusagen in Ihrer Zeit noch alles für uns interessanter Ansprechpartner?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Kann ich gerne sagen. Ich - - Ja, eigentlich die andere Gruppe der Abteilung 6.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Es sind immer die
anderen! Die sagen das
auch immer!)

- Nein. Komplette die andere Gruppe. Nicht die, die Sie heute haben hier, sondern die andere Gruppe.

Christian Flisek (SPD): Die andere Gruppe?

(Lachen der Abgeordneten
Martina Renner (DIE
LINKE))

Das ist die?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Gruppe 62. Wir waren die Gruppe 61.

Christian Flisek (SPD): Herr Vorbeck?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Auch nicht Herr Vorbeck, sondern Wenckebach und seine Mitarbeiter.

Christian Flisek (SPD): Wenckebach und seine Mitarbeiter. - Jetzt muss ich mal gerade selber - -

(Abg. Christian Flisek
(SPD) blättert in seinen
Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigung. Darf ich aktiv was korrigieren? Ich habe mich mit den Zahlen gerade versprochen. Wir waren Gruppe 62, und die anderen waren 61.

(Martina Renner (DIE
LINKE): Es sind immer die
anderen!)

Christian Flisek (SPD): Also, die anderen waren 61? Das sind die, die Sie meinen, die was dazu sagen. Das ist Bartodziej?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Der war einer der Referatsleiter dort, ja.

Christian Flisek (SPD): Der steht hier als Leiter der Gruppe 61.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Dann haben Sie nicht den Organisationsplan aus der Zeit, über die ich was sagen kann.

Christian Flisek (SPD): „15. Mai 2008“ steht hier.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Da war er nicht Leiter der Gruppe. Das war Herr - -

Christian Flisek (SPD): Nein. 15. September 2008. Entschuldigung.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Da war ich schon weg.

Christian Flisek (SPD): Da waren Sie schon weg. - Und „15. Mai 2008“ steht da auch drin.

RD Philipp Wolff (BK): Das müsste gerade die Wechselzeit gewesen sein. Also, ich habe es jetzt auch nur ungefähr im Gedächtnis. Aber gerade da wurde, glaube ich, Bartodziej Gruppenleiter.

Christian Flisek (SPD): Also, wir gehen gerade mal hier so die ganzen Organigramme durch, und ich sage mal, Herr Bartodziej ist bis 2007, September, drin, und vorher ist dann Herr Wenckebach drin. Juni 2007.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, dann kann ich das aus der Erinnerung jetzt nicht mehr sagen. Denn die Zeit, die ich jetzt vor mir habe, war Herr Wenckebach Gruppenleiter der Gruppe 61.

Christian Flisek (SPD): Und was war das für ein Zeitpunkt? Kreisen Sie das jetzt noch mal ein.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Mein Dienst dort war vom Januar 2005 bis Juli, ich glaube, 2008 - -war ich dort.

Christian Flisek (SPD): Und die ganze Zeit, sagen Sie, ist Herr Wenckebach zuständig gewesen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das war meine Erinnerung. Aber jetzt, wo Sie fragen, glaube ich, dämmer mir, dass er gegen Ende meiner Zeit pensioniert wurde, glaube ich. Aber das ist wirklich lange her. Das war - - Ja. Gegen Ende meiner Zeit wurde er, glaube ich, pensioniert.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Dann frage ich jetzt noch mal anders: Haben Sie in Ihrer Zeit, in Ihrer Zuständigkeit direkten Kontakt mit dem damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, Herrn de Maizière, gehabt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Sehr wenig. Das war im Wesentlichen Aufgabe des Abteilungsleiters. Ich habe allerdings - - Zu meinen Aufgaben gehörte es, diese wöchentliche ND-Lage vorzubereiten, die er ja geleitet hat, und da war ich dabei.

Christian Flisek (SPD): Sehr wenig. - Wenn Sie Kontakt hatten zu ihm: Die wenigen Fälle, welche waren das?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, an direkt persönlichen Kontakt nur unter vier Augen, wenn Sie so wollen, kann ich mich im Moment nur an einen einzigen erinnern. Das war mein Abschlussgespräch bei ihm, als ich zur Bundesakademie für Sicherheitspolitik bin von dort. Da habe ich eine Zeitlang mit ihm gesprochen. Da ging es aber um die Akademie, nicht um die Abteilung 6.

Christian Flisek (SPD): Und Sie haben dann nur diese wöchentlichen Lageberichte vorbereitet, und das lief über den Abteilungsleiter?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das geht auch - - findet ja bis heute statt, diese ND-Lage. Da werden halt - - war meine Aufgabe, zu koordinieren zwischen den verschiedenen Sicherheitsbehörden, wer was vorträgt, in welcher Reihenfolge, wer kommt - diese Dinge. Das vorzubereiten, das war meine Aufgabe. Und die wurden in der Regel geleitet von Bundesminister de Maizière, eben vom Chef des Bundeskanzleramtes. Aber der Kontakt, die Gespräche mit ihm waren fast ausschließlich - „ausschließlich“ kann ich sagen - über den Abteilungsleiter.

Christian Flisek (SPD): Und ist Ihnen da irgendwann mal auch über Ihren Abteilungsleiter vermittelt oder direkt von der Hausspitze ein Eindruck vermittelt worden, da wird jetzt mal gerade so, was die amerikanisch-deutschen Kooperationen betrifft mal gründlicher nachgesehen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. - Wenn ich so jetzt Ihre Frage aus der Erinnerung habe: Nein. Wir hatten gerade, was ich eben schon erwähnte, um die Jahreswende 2007/08 eine Reihe von Besuchen gegenseitig; aber diese Fragestellung stellte sich da nicht. Es gab eine ganze Reihe von Themen; die meisten waren irgendwie Regionalthemen. Aber so was, wie Sie jetzt sagen: Nein.

Christian Flisek (SPD): Und bei diesen Besuchen, waren Sie da unmittelbar dann auch dabei?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich war da - - Zum Teil. Ich war, glaube ich, vor allem dabei bei dem Gespräch, das der Innenminister, der amerikanische, also der Homeland Security Minister, Anfang des Jahres 2008 mit de Maizière führte. Da war ich dabei.

Christian Flisek (SPD): Und wenn Sie jetzt das mal nehmen: Was ist da - ohne jetzt in die Details zu gehen, aber jetzt nur atmosphärisch - besprochen worden? Hat man da mehr über Probleme geredet, oder hat man da mehr über vielleicht neue Projekte, gemeinsame Kooperationen gesprochen? War man da eher euphorisch? Oder - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich schätze mal, 80, 90 Prozent dieser Unterhaltung waren irgendwie



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lageaustausch: Wie steht's in Afghanistan? Wie steht's um Iran oder solche Dinge? Die war sachlich-freundlich, die Atmosphäre, also weder eine besonders euphorische noch das Gegenteil - die Kategorie würde ich da anlegen -, sondern das waren sachliche, freundliche Gespräche, wo nicht - - Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendwo mal Probleme dort behandelt worden wären, echte Probleme.

Christian Flisek (SPD): Aber noch mal: Bad Aibling kannten Sie?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das kannte ich, ja. Aber - -

Christian Flisek (SPD): Und auch, was in Bad Aibling gemacht wurde?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nur sehr prinzipiell. Also nicht konkret. Ich kannte keine Projekte dort, weder die Namen noch was dort wie passiert ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt müssten wir zur nächsten Fraktion kommen. Als nächste Fraktion stellt jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Kurz, erst mal herzlichen Dank für Ihr Kommen und Ihre Aussagen bisher. - Ich wollte noch mal anfangen bei der grundsätzlichen Frage. Sie haben es ja vielleicht gehört - Sie werden ja so ein bisschen verfolgen auch, was wir hier diskutieren -, dass der Chef des BND hier sehr offensiv vorgetragen hat, dass alles - alles! - außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland Ausland ist und es insofern rechtmäßig sei, dort als BND aktiv zu sein. Und Sie haben ja den schönen Satz gesagt: EU ist tabu; das sei ein ehernes Gesetz. - Was ist denn unter einem „ehernen Gesetz“ zu verstehen? Heißt das, das entspricht der Gesetzeslage? Oder ist das eine Stilfrage? Denn, um das zu ergänzen: In Ihren Leitungsrunden werden ja häufiger diese Konflikte - was ist eigentlich rechtlich zulässig - mal besprochen worden sein. Anders kann ich mir

das gar nicht vorstellen. Also, wie ist das mit „EU ist tabu“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Ich glaube, ich hatte es eben schon gesagt. Das war etwas, was mir als Neuankömmling - ich kannte dieses Geschäft ja nicht, als ich da 2005 aufschlug - einfach so gesagt wurde als ein Ist: So ist es. - Wenn Sie mich jetzt fragen: „Was war das?“, kann ich nur interpretieren. Meines Erachtens ist das eine politische Kategorie gewesen, keine, die nicht irgendwo rechtlich verankert ist. Das ist aber - - Wahrscheinlich bin ich da nicht bis ganz zu Ende aussagefähig dazu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis ganz zu Ende?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich meine, es könnte sein, dass es auch irgendwo anders festgeschrieben ist, was mir nicht bekannt ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Okay.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Mir wurde es als Faktum vermittelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in Ihrer Zeit - 2005 bis 2008, sage ich mal so grob, April 2005 bis Sommer 2008 - ist das nicht vorgekommen, dass es da Konflikte gab, weil man sich an dieses eherne Gesetz in der Abteilung 6 gehalten hat?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht, dass ich von irgendetwas wüsste. Nein, ich wüsste von keinen solchen entsprechenden Konflikten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre ein solcher Konflikt denn bei Ihnen diskutiert worden? Oder lassen Sie mich besser formulieren: Hätte ein solcher Konflikt bei Ihnen diskutiert werden müssen? Denn Sie waren ja schließlich verantwortlich für das verbindliche Auftragsprofil des BND.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigung, wenn ich das wieder sage. Aber wenn so etwas vorge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

kommen wäre, dann wäre das eine Sache der anderen Gruppe gewesen, die auch zum Beispiel das Parlamentarische Kontrollgremium bedient, wo so was wahrscheinlich auch vorgetragen worden wäre. Aber das hätten die gemacht. Und ich kannte weder die Tagesordnung noch irgendwas, was die dort tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das müssen Sie mir noch mal erklären, weil ich das jetzt nicht übersehen kann. Warum wäre die Wenckebach-Gruppe dafür zuständig gewesen und nicht die Kurz-Truppe, sage ich jetzt mal? Also aus welcher Zuordnung ergibt sich das?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Aus der Rechtsaufsicht über den Dienst wäre das dort gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm. - Nicht dass, wenn wir den Wenckebach einladen, der sagt: Also, das ist ein Auftragsprofilproblem. Da müsst ihr mit Kurz reden. - Könnte uns das passieren?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das denke ich eher nicht. Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann sollten wir das vielleicht tatsächlich machen. - Wurde mal diskutiert im Hinblick auf Kooperationen oder so eine gesamte Diskussion „Was passiert hier eigentlich?“, was die Amerikaner machen, was im Auftragsprofil der USA stattfindet?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich kann mich jetzt nicht erinnern an irgendein Beispiel. Nein. Nicht nach meiner Erinnerung, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat man mal das Auftragsprofil der Franzosen oder der Engländer besprochen? Oder gibt es da vielleicht sogar Treffen und man beredet es mal: „Was macht ihr eigentlich, und was machen wir?“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Das kennen wir natürlich nicht. - Gut. Es gibt natürlich themenbezogene Besprechungen: Was macht ihr? Was

machen wir? Aber die jeweiligen Auftragsprofile dürften mit das Geheime sein, was diese Dienste haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Obwohl andererseits, wenn Sie sich überlegen: „Was sind die Interessen Frankreichs? Was sind die Interessen Hollands?“, oder so weiter, kann man sich ungefähr vorstellen, was wahrscheinlich da drinsteht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber solche Analysen wurden bei Ihnen in der Abteilung nicht gemacht sonst?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor ich jetzt zu diesem Februar 2008 komme, noch eine Frage im Hinblick auf die Praxis, wie das Auftragsprofil zustande kommt. Ich meine, Sie sitzen da und Sie tragen Erkenntnisse zusammen aus verschiedenen Abteilungen, Leute machen Vorschläge; so stelle ich mir das vor. Macht nicht der BND selbst auch Vorschläge?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das ist gut möglich. Er bringt sich - - Er sitzt mit in dieser Diskussion, die ich erwähnt habe. Nach meiner Erinnerung hat er eher Vorschläge gemacht aus der Sicht der Ressourcen: Können wir nicht das ein oder andere Mal runterfahren? Wir sind einfach „overstretched“ in dem Bereich. - Das war seine Aufgabe. Und dann mussten wir abwägen: Geben wir dem nach oder nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass der BND mal versucht hat, irgendwie was ins Spiel zu bringen, was dann nicht gemacht wurde, daran können Sie sich jetzt nicht erinnern?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich kann mich nicht erinnern. Ich glaube nicht, dass das mal der Fall war in der Zeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - So, jetzt zu diesen Geschehnissen



Nur zur dienstlichen Verwendung

2008. Von „Eikonol“ hatten Sie nie was gehört?
Der Begriff ist nie gefallen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Der ist mir jetzt erst begegnet im Umfeld dieses Untersuchungsausschusses.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen denn die Beendigung einer Kooperation irgendwie zur Kenntnis gekommen, die man mit den Amerikanern zusammen macht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Auch damals nein. Damals nicht. Auch das weiß ich jetzt erst aus Presseberichterstattungen zu Ihrer Tätigkeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Dann brauche ich ja auch vielleicht gar nicht auf die Gründe dieser Beendigung, die ich etwas anders sehe als der Kollege Flisek, einzugehen.

Aber jetzt mal zu der Sache selbst: Also, irgendwie gab es da ja, wenn man sich die Aktivitäten anguckt, Reisen und Gespräche und Vermerke. War das eine Zeit, in der intensiv diskutiert wurde zwischen dem Bundeskanzleramt und den USA irgendwie, was man jetzt macht? Also, wir würden immer sagen: kompensiert für die beendete Geschichte. - Können Sie sagen, worum es da grundsätzlich ging? Also, ging es vielleicht nicht nur um den BND, sondern ging es vielleicht auch um Abteilungen, für die Sie gar nicht zuständig sind?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigen Sie. Da kann ich mir jetzt nichts drunter vorstellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt ja noch andere Dienste in Deutschland, -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ach so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zum Beispiel das Bundesamt für Verfassungsschutz. Und es könnte ja auch sein, dass das irgendwie eine Rolle gespielt hat seinerzeit und Sie damit irgendwie Kontakt hatten.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, hatte ich nicht. - Ich kann zu Ihrer Frage nur sagen, noch mal wiederholen, was ich eben sagte: Um diesen Jahreswechsel 07/08 gab es immer wieder in Gesprächen Wünsche der Amerikaner, die Zusammenarbeit zu verstärken. Ich kenne das aber nur auf diesem abstrakten Wunschniveau, nicht, dass sich das auf irgendwelche Projekte, Operationen bezog, die gut oder schlecht liefen. Kann ich nichts zu sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber Sie wussten, es geht um SIGINT oder - - Das wussten Sie schon?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das wusste ich so weit, ja, und, wie gesagt, auch, dass der BND immer wieder bei der Vorbereitung solcher Gespräche ein bisschen gewarnt hat, dass die Amerikaner eigene Interessen dabei verfolgen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigene Interessen, die den Interessen der Deutschen, dem Auftragsprofil der Bundesregierung auch entgegenstehen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich glaube, ich kann mich - - Daran kann ich mich nicht erinnern. Zumindest - -

RD Philipp Wolff (BK): Wir sind jetzt auch wieder in dem Bereich der Dokumente, die man in eingestufte Sitzung behandeln kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, das Thema Selektoren sei Ihnen überhaupt nicht begegnet in Bezug auf amerikanische Selektoren oder die Praxis, dass das Auftragsprofil, an dem Sie jeden Tag arbeiten, am Ende im Bereich SIGINT in Selektoren übersetzt wird auch vom BND. Das war Ihnen nicht bewusst, oder?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage auch in der Runde.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das einzige, was mir dabei bewusst war, war, dass selbstverständlich SIGINT in technischer Aufklärung einen wesentlichen Bestandteil der Erkenntnisgewinnung des



Nur zur dienstlichen Verwendung

BND bildet. Aber Details kannte ich nicht. Ich glaube nicht mal, dass mir damals der Begriff „Selektoren“ begegnet ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber ganz kurz noch eine Verständnisnachfrage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Nachfrage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Mechanismus, dass man bestimmte Begrifflichkeiten festlegt, um dann die Informationen dem Auftragsprofil entsprechend - - Dieses Prozedere war Ihnen schon bekannt, dass es um Telefonnummern, E-Mail-Adressen, vielleicht auch bestimmte geografische Orte geht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das Prinzip war mir sicher bekannt, ohne dass ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU mit ihren Fragen, und Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Vielen Dank. - Herr Dr. Kurz, Sie haben jetzt schon mehrfach erwähnt, Ihnen sei das Projekt „Eikonol“ nicht bekannt, auch andere Projekte seien Ihnen konkret nicht bekannt. Wer in Ihrem Haus, in Ihrer Abteilung hatte denn Kenntnis über konkrete laufende Projekte des BND? Es muss, wenn die Abteilung 6 im Kanzleramt die Rechts- und Fachaufsicht ausüben soll über den BND, ja irgendjemand auch dann Kenntnis über aktuelle Projekte erlangen.

Wir hatten ja auch schon Kollegen von Ihnen da, die dann - - Also, es wird im Moment so ein bisschen von der einen Gruppe in die andere verwiesen. Vielleicht können Sie uns jetzt mal genau konkret sagen, wer denn hier unterrichtet wird über laufende Projekte des BND und wie das abläuft. Gibt es da standardisierte Verfahren? Wird regelmäßig berichtet? Fragt das Kanzleramt nach?

Berichtet der BND von sich? Vielleicht können Sie dazu was ausführen.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wahrscheinlich nicht im Detail. Was es gibt, ist ein wöchentliches - - Ich möchte im Prinzip auf den Leiter der Abteilung da immer wieder verweisen. Es gibt ein wöchentliches - - Es gab immer ein wöchentliches Treffen des Abteilungsleiters mit dem BND-Präsidenten. Da kann ich nur vermuten - darüber weiß ich nichts -, dass auch solche Dinge besprochen wurden. Das weiß ich aber nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, und welche Kollegen von Ihnen in Ihrer Abteilung, die ja die Fachaufsicht auch ausübt, wissen denn Bescheid über laufende Projekte des BND? Weil Sie sagen ja, Ihnen sind keine bekannt. Und ich kann mir jetzt nicht vorstellen, dass dann gar keiner Bescheid weiß.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigen Sie, wenn ich mich wiederhole, aber das ging an die Schiene Abteilungsleiter und die Wenckebach-Gruppe, die Gruppe 61. Wenn jemand Bescheid wusste, dann die. In unserer Gruppe eher nein, niemand, schätze ich mal.

Nina Warken (CDU/CSU): Und in welchen Bereichen hatten Sie dann, konkret Sie selbst, Ihre Gruppe, Kontakt zu Mitarbeitern des BND?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nur, was die Fragen Auftragsprofil - eben Auftragssteuerung, meine ich damit - und konkrete Berichterstattung angeht. Das war unseres. Aber nicht, wie dieses zustande kommt.

Nina Warken (CDU/CSU): Gibt es da standardisierte Abläufe, Meldewege, oder melden Sie sich dann anlassbezogen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Standardisiert ist nur das, was ich erwähnte: die Erstellung dieses Auftragsprofils. Ansonsten geht es ad hoc, je nach Themen und Lageentwicklung.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn Kooperationen mit anderen, mit ausländischen Nachrichten-



Nur zur dienstlichen Verwendung

diensten begonnen werden, sind Sie da auch eingebunden in Ihrer Gruppe? Informiert der BND das Kanzleramt dann vor Beginn einer Kooperation oder erst, wenn die Kooperation schon läuft? Wie geht das vonstatten?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Dazu kann ich nichts sagen. Damit war ich nicht befasst.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Es war vorhin schon Thema, dass ja nach bisherigem Ergebnis der Beweisaufnahme im BND im Jahr 2005 schon aufgefallen ist, dass die US-Seite eben die Zusammenarbeit in Bad Aibling versucht hat auszunutzen, um auch an Information über EADS, Eurocopter und französische Behörden zu gelangen. Da gibt es zum Beispiel auch einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*. Jetzt hatten Sie vorhin gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass Sie über diesen Vorgang nichts wussten während Ihrer aktiven Zeit im Kanzleramt. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, ich kannte den Bericht aus der *Bild*-Zeitung, und an etwas solches konnte ich mich nicht erinnern. Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Hätte über so einen Vorfall Ihre Abteilung unterrichtet werden müssen, bzw. wer hätte da unterrichtet werden müssen seitens des BND?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, ich - das ist jetzt reine Spekulation - weiß nicht davon, dass in meiner Zeit so was gemeldet wurde, dass deutsche Firmen da auf dem Radar waren. Wenn, hätte die Bundesregierung sicherlich informiert werden müssen nach meiner Einschätzung, aber der Abteilungsleiter selbst wahrscheinlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Zusammenarbeit zwischen BND und NSA in Bad Aibling fiel also - habe ich das richtig verstanden? - nicht direkt in die Zuständigkeit Ihres Referats?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht, was die dort getan haben. Ich kannte den Vertreter dort. Der kam auch gelegentlich im Kanzleramt vorbei. Aber nicht, was die dort getan haben. Das entzieht sich

praktisch vollkommen meiner Kenntnis, außer auf einer sehr abstrakten Ebene.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie, ob oder - - Gut, Sie wussten jetzt von dem Vorgang nichts. Haben Sie Erinnerung, dass sich zu dem Zeitraum, als diese Ereignisse dann erstmals aufgefallen sind, sich irgendwie die Zusammenarbeit geändert hat? Sind Ihnen Maßnahmen bekannt, die da ergriffen wurden? Oder können Sie dazu gar nichts sagen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, tut mir leid. Kann ich nichts sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hat die Kollegin Renner vorhin schon aus der *Bild*-Zeitung berichtet. Es gibt auch einen Bericht des ZDF-Magazins „Frontal 21“. Es soll ja seit spätestens 2008 das Kanzleramt darüber informiert gewesen sein, dass eben die US-Nachrichtendienste versuchten, die Zusammenarbeit auszunutzen. In dem Beitrag in „Frontal 21“ heißt es dazu wörtlich - ich lese mal kurz vor -:

Am 14. Februar 2008 schrieb der Leitungsstab des Bundesnachrichtendienstes an den Leiter des Referats 621 (Auslandsbeziehungen) im Bundeskanzleramt, Dr. Kurz, dass US-Geheimdienstkoordinator John Michael McConnell dem BND anbiete, gemeinsam deutsche Internet-Knoten auszuspähen. Der BND warnte das Kanzleramt, „dass die US-Seite versucht, die Nachrichtengewinnung auf Bereiche auszudehnen, die nicht im deutschen Interesse sind.“ Am Vortag hatte Kanzleramtsminister de Maizière eine „Mappe für Reise Chef BK nach Washington“ erhalten. Auch dort wurde auf die Gefahr der Nachrichtengewinnung gegen deutsche Interessen hingewiesen.

Können Sie die Berichterstattung im Magazin „Frontal 21“ so bestätigen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also erst mal, dass es diese Reise gab - ja - und dass ich auch bei der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorbereitung getroffen habe. Aber ich habe zum Beispiel - da bin ich mir relativ sicher - die zitierten Unterlagen nie gesehen, wo so etwas dringestanden haben könnte. Ich kenne das nur auf der Ebene, die ich hierzu mehrfach dargelegt habe, dass es amerikanische Bestrebungen gab - auch von einem Knoten wusste ich sicherlich nichts -, diese SIGINT-Kooperation auszudehnen und dass der BND darauf hingewiesen hat an verschiedenen Gelegenheiten: Passt auf!

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Ihr Name steht doch drauf!)

Nina Warken (CDU/CSU): Welche Unterlagen kannten Sie denn? Also, Sie sind aber angeschrieben worden - das stimmt? -, mit diesem Hinweis, dass die Kooperation ausgedehnt werden sollte und es Probleme gibt? Das ist zutreffend?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, ich wollte nur sagen: Das ist wahrscheinlich - ich kann es nur vermuten - daher zu erklären, dass ich das nicht gesehen habe, da ich nicht ausreichend geheimberechtigt war für diese Stufe, dass da Dinge drin waren, für die ich nicht berechtigt war. Ich vermute, dass das der Grund ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Das müssen Sie mir jetzt genauer erklären. Es soll ja dieses Schreiben gegeben haben Leitungsstab BND an Sie. Und dieses Schreiben haben Sie auch nicht gesehen, obwohl es an Sie gerichtet war?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich bin jetzt nicht sicher, welches Schreiben genau Sie meinen. Aber es gibt bestimmt Fälle, wo ich solche Schreiben - -

Nina Warken (CDU/CSU): Ich kann auch leider jetzt nur aus diesem Bericht - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Es gibt sicherlich Fälle, wo ich auch, wenn etwas an mich adressiert war, das deswegen nicht bekommen habe, weil ich dafür nicht ermächtigt war, und dass es deswegen an jemand anderes ging, wahrscheinlich in der Regel an meinen Vorgesetzten.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, dann mal die Frage: Falls wir jetzt in unseren Akten Dokumente finden, die an Sie gerichtet waren, kann es sein, dass Sie die gar nicht gelesen hatten?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das ist möglich, ja. Sie können hundert Prozent sicher sein: Wenn ich eins gesehen habe, habe ich irgendwas drauf vermerkt. Dann finden Sie mich da drauf. Wenn das nicht der Fall ist, dann habe ich das nicht gesehen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wie machen Sie das bei Mails?)

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und das war während Ihrer ganzen Zeit im Bundeskanzleramt so? Oder von wann bis wann war das so? Diese Ermächtigung - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Diese Ermächtigung - - Ich bin dafür kein Fachmann. Vielleicht kann jemand anderes das erläutern.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein. Ich weiß. - Wann Sie dann diese Ermächtigung hatten, würde mich interessieren. Also, Sie waren ja eine gewisse Zeit in der Funktion und sagten, Sie hatten zunächst die Ermächtigung nicht. Haben Sie die dann später bekommen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Ich hatte die ganze Zeit die gleiche, dieselbe. Das ist eine Ü3-Überprüfung. Ich hatte da eine eigene Überprüfung, bevor ich ins Kanzleramt kam noch mal. Aber es gibt noch weitergehende. Aber ich kenne mich da, ehrlich gesagt, nicht aus. Da müssen wir Kollegen fragen, die sich da auskennen. Ich weiß nur, dass es welche gab, die andere Kollegen dort hatten und ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und während Ihrer ganzen Zeit, sodass Sie auch nicht im Nachgang - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Blieb immer gleich; ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Das heißt: Haben Sie die Unterlagen dann jetzt sehen können, bevor Sie hierher zu uns gekommen sind? Oder - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, ich habe Akteneinsicht genommen, und da habe ich das gesehen zum ersten Mal, dass da welche drin waren, die ich damals offenbar - nicht nur offenbar - nicht bekommen habe.

Nina Warken (CDU/CSU): Das ist ja interessant. - Aber der Vorgang an sich, den hatten Sie jetzt gerade schon auch beschrieben: Zusammenarbeit, Internetknoten und Warnung an das Kanzleramt. Ist Ihnen dann auf anderem Wege damals bekannt geworden, dass es da eine geplante Erweiterung der Kooperation gab und dass es Warnungen gab? Ist Ihnen das bekannt gewesen?

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn es um den Inhalt geht, bitte ich, das wirklich in eingestufte Sitzung zu behandeln.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich kann dazu gern - - was ich mehrfach gesagt habe, dass ganz allgemein mir solche Wünsche und die entsprechende Bewertung bekannt waren, aber ich kann gar nichts - auch nicht in eingestufte Sitzung - zu eventuellen Operationen oder so sagen. Die kannte ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, können Sie dann was dazu sagen, wie darauf reagiert wurde, dass da, sage ich mal, auch Warnungen seitens des BND ausgesprochen worden sind? Und wer wurde dann informiert innerhalb des Kanzleramts?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, kann ich nichts zu sagen, weil ich - - Was in den Gesprächsunterlagen - - und was dann damit passiert ist in Gesprächen, bei denen ich nicht dabei war, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wer insgesamt von diesem Vorgang Kenntnis hatte, ob dann auch der Chef des Bundeskanzleramts in Gesprächen oder auf sonstige Weise darüber unterrichtet worden ist, können Sie auch nicht sagen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Weiß ich nicht, nein. Wo diese Sachen zusammengelaufen sind, war beim Abteilungsleiter, der die verschiedenen Stränge in der Hand hatte. Was darüber hinaus weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie wurden auch nicht darüber in Kenntnis gesetzt, dass es zum Beispiel so ein Schreiben an Sie gab, Sie es aber nicht lesen durften, sondern Sie wussten dann auch gar nicht von der Existenz solcher Schreiben?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: So ist es, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Ich denke, da hätte ich jetzt in öffentlicher Sitzung momentan keine weiteren Fragen. Da es ja jetzt auch konkret um Dokumente geht, die eingestuft sind, würde ich dann spätestens in der nichtöffentlichen Sitzung wieder darauf zurückkommen und jetzt im Moment erst mal abgeben an den Kollegen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, Herr Zeuge, nur noch mal eine Nachfrage: Jetzt haben Sie ja gesagt, in den Akten haben sich jetzt Schreiben befunden, die an Sie gerichtet waren, die Sie ja aber gar nicht kennen. Und Ihre Erklärung ist: Sie waren nicht ermächtigt, diese anzusehen. Das ist ja schon sehr schwammig.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja. So ist es. - Wobei das ist - - Ich habe mich ja gefragt: Warum habe ich die nicht gesehen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Das ist Spekulation. Ich weiß es nicht. Aber ich vermute, es ist eine begründete Vermutung, dass das so ist.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, das ist Ihre Erklärung dazu?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: So ist es; ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Mhm. - Und die nächste Nachfrage - vielleicht hatte ich das



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt einfach falsch verstanden -: Sie haben gesagt, der Vertreter der NSA war auch hin und wieder im Kanzleramt und war Ihnen auch bekannt. Hat der denn mit Ihnen gesprochen? War das ein Partner von Ihnen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wenn er im Kanzleramt war, hatte er Termine mit dem Abteilungsleiter, und da war ich sicherlich auch zweimal dabei, bei den Terminen; ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, Sie haben den zweimal gesehen bei Sachen. - Wir wundern uns halt nur ein Stück. Sie müssen mal sehen: Sie sind da Aufsichtsbehörde, und das läuft ja da alles so durch. Jetzt kommt jemand von den Amerikanern, und auf alles, was wir Sie fragen, sagen Sie uns: Ja, das ist nicht meine Zuständigkeit. Das weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, wovüber die gesprochen haben. Wenn, dann vielleicht der Abteilungsleiter. - Bei den zwei Treffen, was haben Sie denn da mit dem NSA-Vertreter besprochen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nach meiner Erinnerung - das ist wirklich lange her - waren das mehr oder weniger höflichkeitsprotokollarische Besuche. Auch der Abteilungsleiter 6 im Bundeskanzleramt war niemand, der über Operationen mit dem NSA-Vertreter spricht, sondern das waren protokollarische Höflichkeitskontakthaltebesuche.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und da macht man sich dann als Gruppenleiter nicht Gedanken, warum, weshalb, wieso, fragt auch nicht genauer nach? Sie wurden dazugebeten, haben das gemacht, und gut war?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Das ist Praxis. Nicht nur die Amerikaner, auch andere kamen immer mal wieder und haben einfach Kontakt gehalten, so Kontaktpflege betrieben, wie das Diplomaten auch tun. Man hatte nicht immer ein konkretes Anliegen, sondern es geht darum, den Kontakt zu pflegen. Das war fast immer - im Kanzleramt jedenfalls - Inhalt der Gespräche.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Spiegelt man das dann als Aufsichtsbehörde in den

BND wider, dass man dann sagt: „Hier, heute war der und der da. Das und das liegt an“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Die wurden jeweils vorher mit befasst: „Was liegt denn im Moment so an? Was gibt es? Was könnte der wollen?“, und haben dann Unterlagen zugeliefert. Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das wird Ihnen zugearbeitet; richtig. Aber spiegeln Sie das denn dann auch zurück zum BND?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich kann mich konkret nicht erinnern, in welcher Form. Ich vermute jetzt mal gesprächsweise, aber auf jeden Fall nicht schriftlich. Wir haben zu solchen Gesprächen, die, wie gesagt, protokollarischen Charakter hatten, keine Vermerke gemacht. Also, wenn es irgendwie einen Punkt gab - ich kann mich aber an keinen erinnern -, dann haben wir das höchstens mündlich und gesprächsweise vermittelt. Aber ich kann mich an keinen einzigen konkreten Punkt erinnern.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich in öffentlicher Sitzung auch keine Frage. Dann ist die Union durch, Frau Mittag.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Gut. - Dann geht es in der zweiten Runde weiter. Die Fraktion Die Linke. Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Gut, Frau Vorsitzende, dann habe ich noch ein paar Fragen. Sie haben sich ja vorhin bei dieser Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Referaten auch auf das Need to know bezogen. Ist das denn für die Aufsichtsbehörde ein günstig gewählter Ansatz, dass man sagt: „Hier sind Informationen relevant, aber die werden nur von einem Teil des Referates überhaupt zur Kenntnis genommen“? Weil Sie sind ja weiterhin *ein* Referat. Zwischen Ihnen ist ja keine Betonwand, ja?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Eine Abteilung mit fünf oder sechs Referaten. - Nein, natürlich, da ist keine Betonwand, aber gerade solche Dinge, die da ans Eingemachte gehen, die blieben nach einem ganz strikten Need-to-know-Prinzip uns



Nur zur dienstlichen Verwendung

allen Übrigen oder allen, die nicht direkt zuständig waren, vorbehalten. Und ich glaube, das hatte in dem Fall auch gute Gründe. Das ist was anderes als so Beamtenmikado oder Zuständigkeitsgerangel, sondern das hatte da gute Gründe.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Das ist genau die Frage, die wir uns auch immer stellen. Also: Hat der Bundesnachrichtendienst über heikle Operationen nicht unterrichtet, oder hat man im Bundeskanzleramt wenigstens in Teilen sich darauf verständigt, lieber solche Dinge nicht wissen zu wollen? Das deutet jetzt eher auf die zweite Variante hin.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Dann haben Sie mich missverstanden. Ich bin sicher - aber das ist nur eine Vermutung -, dass diese Dinge mit dem Abteilungsleiter zumindest besprochen wurden, immer wenn irgendwas kritisch war, aber eben mit den zuständigen Leuten, nicht mit denen, die dafür nicht zuständig waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht mit den Referatsleitern.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das habe ich auch nicht gesagt; Entschuldigung. Aber mit den zuständigen Referatsleitern.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber nicht mit Ihnen als nicht zuständige Referatsleiter. - Dann würde mich mal interessieren: Welche wichtigen Dinge muss denn der Bundesnachrichtendienst melden gegenüber dem Bundeskanzleramt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich glaube, in dieser - - So eindeutig kann ich die Frage nicht mit Ja oder welche - - beantworten, sondern das ist wahrscheinlich ja jeweils eine Abwägungsfrage: Wann ist etwas - - Die können nicht jeden Mist, sage ich mal, melden ans Kanzleramt, tun sie ... (akustisch unverständlich); aber das ist halt eine Abwägungsfrage mit politischem und rechtlichem Fingerspitzengefühl: Was muss ich der Aufsichtsbehörde melden und was nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Dienstvorschrift „Meldung wichtiger Vorkommnisse“ gibt es nicht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Doch. Es gibt so etwas - habe ich in Erinnerung -, aber auch da war ich nicht zuständig. Ich glaube, das heißt fachtechnisch: besondere Vorkommnisse gemeldet werden müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann das nicht wissen. Besondere Vorkommnisse?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja. Also konkret, wenn irgendwas schief läuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Da sind wir ja bei hier. Deswegen gibt es ja diesen Untersuchungsausschuss. - Und diese kennen Sie?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. War ich nicht für zuständig. Kenne ich nicht. Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hätte denn gegenüber Ihnen wichtige Vorkommnisse melden müssen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Niemand. Bei mir wäre höchstens, wenn jemand - - Bei mir wäre vielleicht was gewesen: „Wir beobachten hier in der Zentralafrikanischen Republik etwas oder irgendwo; das müssen wir uns mal näher ansehen“ oder so was. Das, so was wäre bei mir aufgeschlagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aha. - Jetzt bin ich immer noch am Rätseln, wieso Sie Post bekommen, die Sie gar nicht aufmachen dürfen. Für Ihre anderen Verwendungen im Bereich des Auswärtigen Amtes haben Sie nie eine Geheimschutzermächtigung benötigt. Also, man kann in den Botschaften sein, und es wird nie überprüft, oder wie ist - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Selbstverständlich haben wir, sind wir - - Es gibt ja verschiedene Stufen der - - Aber, wie gesagt, ich bin da kein Fachmann. Ich hatte mehr, als die Kollegen im Auswärtigen Amt normalerweise haben, diese Ü3-Überprüfung; die habe ich auch heute nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

mehr. Das verliert man dann wieder. Die hatte ich eigens für diese Verwendung im Kanzleramt bekommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, na ja; gut. Dann müssen wir vielleicht nachher noch mal klären, wenn wir die einzelnen Schreiben vorlegen können, dann auch in eingestufte Sitzung, wie das alles zustande kommt, dass Sie sie nicht vom Inhalt her so kennen. Können Sie mir noch sagen - das müsste ja dann auch in Ihrem Bereich von Bedeutung gewesen sein -, was deutsche Interessen sind?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Auf dieser abstrakten Ebene würde mir das jetzt schwerfallen, das zu beantworten. Da haben sich viele Politologen und Leute und Thinktanks die Köpfe drüber zerbrochen. Kann ich Ihnen jetzt so nicht beantworten: Was sind deutsche Interessen? - Oder was wollen Sie von mir hören an der Stelle?

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, man muss ja manchmal entscheiden als vorgesetzte Behörde, ob das, was der BND macht oder machen soll, den gesetzlichen Grundlagen entspricht. Und dann gibt es eine zweite Ebene: ob es den deutschen Interessen entspricht. So haben wir das hier von den anderen Zeugen vorgetragen bekommen.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Okay. Nein, wenn Sie das so konkretisieren, dann würde ich sagen: Deutsche Interessen in Bezug auf die Aufgaben des BND sind in dem Auftragsprofil zusammengegossen. Da steht drin, wofür wir uns interessieren: deutsche Interessen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Das heißt, das ist eine - - Ist das abschließend?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. Ja, erst mal als Dokument ist es abschließend. Jedes Jahr wird es renoviert, erneuert, aktualisiert. Aber vor allem gibt es die geschilderten Ad-hoc-Aufträge immer wieder auch, über die wir uns auch in der Regel gebeugt haben: Passt das? Ist das wirklich gerechtfertigt, das vom Dienst zu verlangen, oder nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es so etwas, dass man dabei auch achtet, dass es einen besonderen Schutz gibt deutscher Interessen, jetzt noch mal anders gefragt, also nicht nur dass es dem entspricht, sondern gibt es auch noch eine bestimmte Schutzpflicht des BND gegenüber deutschen Interessen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigung, aber das verstehe ich jetzt auch nicht, worauf Sie abzielen.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt ja einmal natürlich diese ganz klaren Dinge wie G-10-Grundrechtsschutz usw. Aber dann gibt es darüber hinaus - so haben wir gehört - natürlich auch Dinge, die nicht gesetzlich festgelegt sind, sondern - - dass man natürlich keine deutschen Firmen ausspäht, auch wenn sie im Ausland tätig sind, usw. Das ist vielleicht nicht gesetzlich normiert; aber das sind deutsche Interessen. Ist über so etwas mal geredet worden, inwieweit man deutsche Interessen schützt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Dann wäre das auch nicht in meine Zuständigkeit gefallen, weil G-10-Fragen und so auch bei anderen Kollegen liefen. Nein, kann ich mich nicht erinnern, dass so was mit mir, in meiner Gegenwart besprochen worden wäre.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Was muss ich mir denn unter „Global Reach“ vorstellen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich kann es mir nur übersetzen. Aber was damit gemeint ist? Wenn das ein spezifischer Begriff ist, kann ich Ihnen nichts dazu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Der etwas zur Justifizierung von Geheimdiensttätigkeiten sagt.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Tut mir leid. Kann ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen in irgendwelchen Schriftstücken, die über Ihren Schreibtisch gegangen sind, nicht vorgekommen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht nach meiner Erinnerung. Also, ich kann damit - - Wenn das ein Fachbegriff ist, kann ich nichts damit anfangen. Wenn Sie es erläutern - ich weiß nicht -, klingelt was vielleicht bei mir; aber mit dem Begriff kann ich nichts anfangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie in der BND-Zentrale in Pullach selbst gewesen mal?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich war sehr häufig hier in Berlin natürlich, und ich war, glaube ich, ein einziges Mal in Pullach, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in Außenstellen des BND, waren Sie dort mal?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein. In Bad Aibling war ich einmal, aber sonst nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und der Besuch in Bad Aibling war in welchem Zusammenhang?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Da habe ich auch nur den - - Das war ein Kennenlernbesuch des Abteilungsleiters. Den habe ich dahin begleitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Wen hat er dort kennengelernt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Die Einrichtung überhaupt. Er war halt noch relativ neu und wollte sich das mal ansehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und was ist Ihnen dort gezeigt worden?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich erinnere mich sogar noch, was mir gezeigt worden ist; aber ich glaube, das darf ich jetzt hier nicht sagen. Das können wir gerne dann später noch mal - - Das kann ich aus verschiedenen Gesichtspunkten hier nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, andersherum: Haben Sie die JSA besucht? Das können Sie ja noch beantworten.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wir haben den - - Beim Besuch war auch der NSA-Vertreter, von dem

schon mehrfach die Rede war, der auch in Berlin uns besuchte, dort zugegen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie neben dem Kontakt zu dem NSA-Vertreter auch Kontakt zu Vertretern anderer US-amerikanischer Geheimdienste?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Würden Sie bitte noch mal - - Ich bitte um Entschuldigung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach so, ja. - Hatten Sie neben dem Kontakt zu dem schon erwähnten NSA-Vertreter auch Unterredungen mit anderen US-amerikanischen Geheimdienstvertretern?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nur mit den - - Ich kannte natürlich die offiziellen Residenten hier in Berlin; die kannte ich, ja. Wie gesagt, da gab es relativ regelmäßige Begegnungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die auch protokolларisch waren, zu denen man auch Vorbereitungen getroffen hat, die verschriftlicht wurden?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auswertungen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist informell alles?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da ging es nie um Operationen, wie man zusammenarbeitet?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht mit mir. Ob darüber mit dem Abteilungsleiter gesprochen wurde: Das würde ich fast mal vermuten - vielleicht, ja -, aber nicht mit mir, nicht dass ich irgendwie davon Kenntnis hätte.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren das jetzt mehr dienstliche Termine? Also, ich bin jetzt ein bisschen am Schwanken, was ich mir darunter vorstellen muss.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, selbstverständlich waren es dienstliche Termine. Aber die - - Wie gesagt, da ging es - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die in entspannter Atmosphäre stattfanden, ohne Protokoll?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Zum Teil, ja. Zum Beispiel - wahrscheinlich gibt es das heute immer noch - lädt der Resident der CIA, der ja auch die anderen alle vertritt, zum Weihnachtsessen die gesamte Community ein; so was, ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe noch nie eine Einladung gekriegt! - Gegenruf: Herr Hahn, kein Neid!)

- Sie sind auch noch nicht so lange in Ihrem Amt, oder? Das kommt vielleicht noch.

Martina Renner (DIE LINKE): Manche Dinge muss man auch nicht alle mitmachen. - Jetzt durften wir ja kürzlich irgendwie zur Kenntnis nehmen, dass die CIA einen Agenten im BND angeworben hat: Markus R. Wenn Sie jetzt diese Meldung und vielleicht andere noch hinzunehmen - Kanzlerinnenhandy ausspioniert, Regio-Software irgendwie gegen Bundeskanzleramt geschickt; das ist ja eine Behörde, für die Sie mal gearbeitet haben, etc. -, kommen Ihnen da jetzt an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch Dinge aus der Vergangenheit doch noch mal kritisch vor? Oder bewerten Sie Dinge heute in einem anderen Licht, was die Zusammenarbeit, vielleicht auch das Weihnachtsessen angeht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, nicht wirklich. Ich muss sagen: Das ist aber nur eine Einschätzung und meine persönliche Meinung. Mich hat das überrascht. Ich glaube, dass wir so was nicht erwartet hätten, dass sie so was tun. Aber, ja, kann ich nur - - Also, konkret festmachen daran tue ich nichts, auch nicht, dass wir irgendwas, was ich überschauen kann, falsch gemacht hätten, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Sie haben im öffentlichen Teil keine Fragen mehr? - Dann geht es weiter mit Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kurz, wissen Sie, was mich wundert? Dass der Bundesnachrichtendienst ganz geheime Dinge ins Kanzleramt schickt an jemanden, der die gar nicht lesen darf. Fünf Jahre, nein, drei Jahre waren Sie da tätig, und beim BND hat sich nicht rumgesprochen, dass Sie gar nicht geheime Papiere lesen dürfen.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, ich glaube nicht, dass es da um viele Papiere geht. Das dürfte die Ausnahme gewesen sein; aber offenbar ist das tatsächlich etwas, was die schlicht nicht wussten, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Und wenn jetzt der Bundesnachrichtendienst ans Kanzleramt Schreiben verschickt, wer prüft die eigentlich, dass, wenn da jetzt eine Adresse draufsteht - - wenn da draufsteht, an wen die geleitet werden sollen, dass der die nicht kriegt, sondern ein anderer die kriegt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das prüft die VS-Registrierung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Die VS-Registrierung für Verschlusssachen. Da gibt es eine eigene Registrierung im Kanzleramt. Die prüfen das.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, auch wenn es eine Mail ist oder so?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Na, über Mail wird so was ja nicht verschickt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Über E-Mails wird so was nicht verschickt. Also, um Mails kann es



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich nicht handeln, sondern nur um echte Schreiben, die eingestuft sind. Die können nicht über E-Mail laufen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Briefe oder wie? Post?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigung, was meinen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Briefe oder Post oder Boten? Wir haben ja gehört, der Bundesnachrichtendienst beschäftigt Boten.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, das geht über Boten. Über Boten wir das übermittelt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kommen dann per Boten. Die kommen dann - ich stelle mir das vor - hier im Kanzleramt an, und dann fragen sie unten nach Herrn Kurz: „Ich habe einen Brief für den“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, das geht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann sagt einer: „Der darf das gar nicht haben“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das kommt alles in der VS-Registrierung an, und die haben dort ein sehr strenges Regiment. Die sehen sich das genau an, und denen fällt so was auf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der liest das vorher und sagt dann: „Das geht aber über das hinaus, was Herr Kurz kriegen darf“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Der liest es nicht. Da ist ja eine Einstufung obendrauf auf diesen Dokumenten, und der sieht: Herr Kurz hat diese Einstufung nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Ach, so ist das; interessant. - Haben Sie eigentlich mal - - Sie haben ja gesagt, Ihnen war bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst

darauf hingewiesen hat, dass die NSA eigene Interessen verfolgt - - und so mit dem Zusatz: „Passt auf!“ ans Kanzleramt dann gerichtet, oder an wen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, ans Kanzleramt insofern gerichtet, weil es - - In dem Rahmen, in dem ich das kenne, ging es immer nur um Gesprächsvorbereitungen. Ich war ja, wie gesagt, nie in der Sache zuständig, sondern habe diese Dinge zusammengeführt. Und nur so kenne ich und auch nur auf dieser abstrakten Ebene kenne ich das.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, auf der abstrakten Ebene; wir reden ja nur abstrakt. - Und was haben Sie dann - - Jetzt sollten Sie aufpassen, das Kanzleramt. Was haben Sie denn da gemacht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wie gesagt, es ging fast immer dabei um Gespräche, bei denen ich nicht dabei war, um Gespräche des Ministers.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gerade der interessiert uns ja.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, ich weiß; aber - - Nein, ich kann es Ihnen nicht sagen. Selbst wenn - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat der dann gesagt: „Oh, jetzt soll ich aufpassen“ und hat dann gleich eine Arbeitsgruppe eingesetzt oder was man da macht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich glaube, wir sind - - Nein, ich weiß es nicht. Wenn, wäre es ja nur so - und das würde ich wiederum nicht kennen -, wenn das in irgendeine Abkommen oder konkrete Operationen eingeflossen wäre oder eben nicht eingeflossen wäre; aber dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Ich glaube, das war auch nicht die Intention dieser Warnung, sondern es war eine allgemeine - was weiß ich? -: „Seid nicht leichtgläubig“ oder so irgendwas, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, aber wir haben ja solche Unterlagen, und Sie sagen ja, Sie haben die offenbar auch gelesen, nachdem das in der *Bild*-Zeitung stand,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und haben dann festgestellt: Das durfte ich gar nicht lesen. - Wieso dürfen Sie es jetzt eigentlich lesen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich habe dafür jetzt eine neue Verpflichtung unterzeichnet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Haben Sie jetzt - - Also sind Sie jetzt noch mal höher überprüft worden?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, der rechtliche Status - - Da kann ich nichts zu sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir wollen ja jetzt Ihren rechtlichen Status nicht klären, sondern nur, ob Sie noch mal überprüft worden sind.

RA Dr. Gerhard Michael: Das kann rechtlich Herr Wolff besser erklären.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich kann es vielleicht erklären. Es geht da nicht um eine gesonderte Überprüfung. Es geht um die Anrechtsverpflichtung. Das ist eine FmA-Verpflichtung. Die kann ausgestellt werden bei Bedarf. Die ist anscheinend, was wir nachvollziehen können, damals nicht ausgestellt worden. Wir haben, um eine ordnungsgemäße Vorbereitung jetzt zu ermöglichen, insbesondere um dem Zeugen auch die Unterlagen zur Verfügung stellen zu können, um die es jetzt geht, ihn gesondert FmA-ermächtigt, um ihm diese Dokumente vorzulegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Teilen Sie denn eigentlich - - Na ja, Sie wollen wir jetzt nicht befragen. - Dann frage ich das den Zeugen: Wird eigentlich dem Bundesnachrichtendienst nicht mitgeteilt, an wen der Bundesnachrichtendienst in der Aufsichtsbehörde Bundeskanzleramt Briefe richten darf oder nicht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Im Prinzip - - Ja, die hätten es wissen können, denke ich mal; das war wahrscheinlich ein Versehen. Aber im Prinzip

gingen solche Dinge zu Reisevorbereitungen schon richtigerweise an mich. Aber sie haben wahrscheinlich schlicht nicht berücksichtigt, dass in diesem Fall ich nicht der berechtigte Adressat war. Das ist sicherlich mehr einfach ein Versehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch mit Reisenachbereitung was zu tun gehabt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wenn Sie jetzt mit „Nachbereitung“ meinen, ob aus einer solchen Begegnung - es ging ja nicht nur um Reisen oder um einkommende Reisen - irgendwas Konkretes, ein Projekt oder was, in der Folge rumkam, dann nicht. Nein, dann weiß ich das nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel „Passt auf!“. Wenn ich aufpassen soll - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht, wenn sich das in einer irgendwie konkreten Operation oder eben Verhinderung oder Nichtmitmachen einer Operation niedergeschlagen hätte. Nein, davon weiß ich nichts. Wenn es so etwas gegeben hätte, wäre ich nicht beteiligt worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eigentlich mal was davon gehört, dass die Filtersysteme, die dort bei der Aufnahme von Daten eingesetzt wurden, um G-10-Verkehre auszufiltern, nicht hundertprozentig sicher sein sollen und das auch nie sein werden?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, da ist mir - - Damals war ich damit nicht befasst; weiß ich von damals nicht. Ich habe jetzt Ähnliches in den Akten gesehen, ja; aber damals als Zeuge Kenntnis hatte ich davon nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie in den Akten gesehen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Da kann ich dann später Stellung zu nehmen, aber jetzt nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, da könnte so was drinstehen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

aha. - Wir haben ja vorhin jetzt immer von Anfang 2008 geredet. Können Sie sich erinnern, dass ein Gespräch zwischen Herrn McConnell und dem Kanzleramtsminister stattgefunden haben soll schon im Dezember 2007 und dass das dann nachher aufgearbeitet worden ist?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, das hat stattgefunden; das weiß ich. Was heißt „aufgearbeitet“?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, ein Resümee gezogen, Konsequenzen gezogen oder Ähnliches.

RD Philipp Wolff (BK): Also, zu den Inhalten bitte ich dann in eingestufte Sitzung Stellung zu nehmen, weil die entsprechenden Dokumente sind eingestuft.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, es - - Das, was Sie wahrscheinlich sich - - Mit meinen Umsetzungen ist mir gar nichts bekannt. Ich weiß von einem einzigen Vorgang, zu dem ich was sagen könnte, dann aber, weil die Dokumente eingestuft sind, in geschlossener Sitzung.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Zeit auch abgelaufen. Dann habe ich jetzt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir wollten nur einen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollten - - Wo wir gerade dabei sind: Wir haben ja vereinbart, dass, wenn wir es nicht vorlesen, wir ihm das vorlegen können in der Sitzung und - was der Kollege Ströbele gerade angesprochen hat - dass er da einmal raufgucken kann; hier sind auch so handschriftliche Vermerke, ob die vielleicht von Ihnen kommen. Wollen wir das kurz noch machen? Wir können auch gerne unterbrechen; dann machen wir das in zehn Minuten. Aber sachzusammenhangsmäßig wäre es logischer jetzt.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Legen Sie es eben vor, dass er noch mal reingucken kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Also, noch mal: Das ist jetzt - für alle, ohne den Inhalt des Schreibens preiszugeben - dieses Schreiben vom 16.01.2008, eine kritische schriftliche Einschätzung zu diesem Kooperationsangebot. Und da haben Sie auch nicht das Deckblatt gesehen? Nichts?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Doch, selbstverständlich; das kenne ich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich da mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mach mal weiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe da mal nur eine Frage. Sie haben vorhin gesagt, das durften Sie gar nicht lesen. Jetzt haben Sie es doch gelesen, sogar abgezeichnet.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, das hier ist nur Geheim. Das darf ich lesen. Dazu war ich eingestuft. Davon war nicht die Rede, von diesem Dokument.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, dieses Dokument durften Sie lesen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Da steht - - Wozu ich nicht, was Kollege Wolff dargelegt hat - - Wozu ich nicht berechtigt war, war - - Wie heißt das?

RD Philipp Wolff (BK): Geheimanrecht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Anrecht, genau; das nicht.

RD Philipp Wolff (BK): Das ist die sogenannte Fernmeldeaufklärungsverpflichtung, FmA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um das Schreiben vom 14.02. oder - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, dieses durfte ich sehen und habe ich gesehen, ja; bin ich auch mit Anmerkungen drauf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann machen wir da nachher weiter in geheimer Sitzung.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Okay, danke. - Dann geht es jetzt weiter bei der SPD-Fraktion.

RA Dr. Gerhard Michael: Darf ich ganz kurz?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Bitte.

RA Dr. Gerhard Michael: Wir sind jetzt drei Stunden dran. Ich glaube, dass der Zeuge jetzt auch eine Pause gebrauchen könnte.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja, gerne. Wie lange die Pause? Bis halb oder 20 vor?

RA Dr. Gerhard Michael: Eine Viertelstunde?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Viertelstunde, 5 nach halb? - Okay. Dann unterbrechen wir jetzt die Sitzung für eine Viertelstunde.

(Unterbrechung von
14.19 bis 14.37 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Alle sind wieder an Bord? - Dann steigen wir wieder in die Sitzung ein, und dran ist jetzt die SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Zunächst einmal, Herr Dr. Kurz - noch mal -: Auch in Ihrer Zeit, in der Sie zuständig waren, gab es da irgendwelche Anhaltspunkte, die Ihnen bekannt sind, dass es, gegebenenfalls ausgehend von den US-Diensten, in Bezug auf Deutschland Wirtschaftsspionage gegeben hat?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, ist mir nichts bekannt; kein Fall. Wenn, könnte ich dazu etwas sagen in dem Komplex zu dem Dokument, worüber eben gesprochen wurde, vielleicht später. Aber erst mal: Nein, ist mir nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Hat man denn das generell für möglich gehalten?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich glaube, man muss unterscheiden. Also, das, was Industriespionage oder Konkurrentenspionage oder so was ist: Nein, haben wir auch nicht für möglich gehalten, hätten es auch nicht für sinnvoll gehalten.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Sie haben gesagt, da muss man unterscheiden.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also - -

Christian Flisek (SPD): Was unterscheiden Sie jetzt von was anderem?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigung. - Wirtschaftsspionage könnte etwas Strategisches sein, dass man aufklärt: „Wo stellt sich ein Land auf, welche Bereiche werden entwickelt, was wird staatlich unterstützt?“ oder so was. Das ist Wirtschaftsspionage in meiner Sicht. Wenn es aber darum geht, irgendwie eine Firma auszuspionieren, Patente oder irgend so was - -

Christian Flisek (SPD): Wettbewerbsvorteile.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Direkte Wettbewerbsvorteile, genau das. Da sind wir damals davon ausgegangen, dass die Amerikaner so etwas nicht tun.

Christian Flisek (SPD): Gab es dafür Anhaltspunkte? Oder war das einfach nur guter Glaube?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es gab erstens keine Anhaltspunkte positiv, dass so etwas vorgekommen wäre. Das andere ist mehr eine Erwägungsfrage, mehr in der Hinsicht: Die Amerikaner haben keine Staatswirtschaft. Selbst wenn sie ein Patent irgendwo finden würden, was würden sie denn damit machen? - Das ist eher die Frage, dass es - -

Christian Flisek (SPD): Was haben die Amerikaner? Keine Staatswirtschaft? Wenn sie ein Patent finden würden, was würden sie damit machen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Keine Staatswirtschaft. - Ich meine, ein Land, das Staatsfirmen hat, kann natürlich Patente direkt jemandem geben. Aber wem sollte eine amerikanische Regierung - -

Christian Flisek (SPD): Ja, Patente - schauen Sie - brauche ich gar nicht auszuspionieren, weil die sind sowieso offengelegt. Wenn ich ein Schutzrecht habe, dann brauche ich einfach nur zu gucken, wo das ist, weil das wird ja dann offengelegt. Also, das ist ja Quatsch, ja? Es geht darum, sozusagen in der Phase vor einem Schutzrecht Forschung und Entwicklung auszuspionieren, und das ist natürlich hochinteressant.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigung, das meinte ich. Es war unspezifisch, was ich gesagt habe; aber genau das meinte ich. Und wir sind davon ausgegangen, dass die Amerikaner das nicht tun.

Christian Flisek (SPD): Also, das war guter Glaube?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es gab nie einen Anhaltspunkt, dass dem so sein könnte.

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt mal andersrum: Dass amerikanische Dienste in ihren Auftragsprofilen die Beschaffung von Informationen im Kontext von Proliferation hatten, das ist bekannt.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das ist nicht bekannt, da ich das Auftragsprofil nicht kenne; aber würde ich mal stark vermuten, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Und jetzt stelle ich mal die Frage: Wie würden Sie denn da eine saubere Abgrenzung hinbekommen? Weil wenn ich jetzt mal Proliferation mir angucke, das klingt ja jetzt erst mal grundsätzlich nicht schlimm; aber da gibt es auch den ganzen Bereich zum Beispiel von Dual-Use Gütern.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wollen Sie meine Einschätzung jetzt dazu, wie ich mir das vorstelle, oder befragen Sie mich aus meiner damaligen Tätigkeit als - -

Christian Flisek (SPD): Aufgrund Ihrer Wahrnehmungen.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, ich - - Dazu kann ich nur frei rasonieren, mir darunter was vorstellen, aber nicht irgendwie begründet, was - - Anhand von Beispielen oder konkreter kann ich dazu nichts sagen. Ich kann frei darüber rasonieren.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wahrscheinlich gibt es keine klare Abgrenzung, keine ganz scharfe; aber selbstverständlich muss Proliferation im Auftragsprofil eines jeden Nachrichtendienstes stehen.

Christian Flisek (SPD): Ich halte jetzt mal einfach fest, dass in Ihrer Zeit Sie keine Wahrnehmungen aufgrund Ihrer Tätigkeit im Bundeskanzleramt hatten innerhalb oder außerhalb Ihres Zuständigkeitsbereiches, die sich auf eine Wirtschaftsspionage der Amerikaner bezogen haben im Sinne Erlangung von Wettbewerbsvorteilen, auch nicht im Rahmen möglicher Proliferation.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Aha. - Und dass Sie da sozusagen diese Wahrnehmungen nicht haben, führen Sie eher darauf zurück, dass Sie - das ist jetzt allerdings in der Tat spekulativ - sagen: Das gab es wahrscheinlich wohl eher nicht. - Und es ist nicht der Fall, dass das eher dem Umstand geschuldet war, dass man nach dem Need-to-know-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Prinzip irgendwie gesagt hat: Das weiß nur derjenige, der davon wirklich in seinem Zuständigkeitsbereich auch arbeitsmäßig betroffen ist.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, ich gehe davon aus, dass das Erste richtig ist: dass es das nicht gab. Wenn, wäre dafür ja auch ein anderer Dienst zuständig, so was zu bemerken.

Christian Flisek (SPD): Und EADS, Eurocopter, so was ist da nie irgendwie mal problematisiert worden?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Christian Flisek (SPD): Dieses Schreiben, das Ihnen vorhin vorgelegt wurde vom 16.01., das problematisiert das Verhältnis natürlich ja schon zwischen - - Also, dass die geheimdienstliche Kooperation zwischen Amerikanern und deutschen Diensten - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn es um die Inhalte des Schreibens geht, bitte ich, das wirklich in der eingestuften Sitzung zu machen.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Dann frage ich Sie so: Unter der Tatsache, dass Ihnen dieses Schreiben ja gerade mal vorgelegt wurde, wollen Sie die Frage, die ich in meiner ersten Runde gestellt habe, nämlich dass Ihnen irgendwas aufgefallen ist, dass es Probleme gab im Verhältnis der Nachrichtendienste Deutschland - USA - - Wollen Sie das noch mal korrigieren?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, ich gehe mal davon aus, dass wir auf den Inhalt des Schreibens dann später noch zurückkommen. Im Moment sehe ich keinen Anhaltspunkt, dass ich etwas korrigieren müsste.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Wir haben dann in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir in der nächsten Fragerunde wieder zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner beginnt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch zwei Fragen. Sie sind dann aus dem Bundeskanzleramt in die Bundesakademie für Sicherheit gewechselt. Diese hat im Jahr 2000 - das war zugegebenermaßen vor Ihrer Zeit - eine Tagung durchgeführt zum Thema „Wirtschaftsspionage durch befreundete Staaten“. Das Thema scheint ja doch irgendwo so weit bekannt oder drängend gewesen zu sein, dass man sich damit beschäftigt. Können Sie sich daran erinnern, dass in dem Zeitraum, wo Sie im Bundeskanzleramt waren, das mal als Thema aufkam: Wirtschaftsspionage durch befreundete Staaten?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein; andere Staaten durchaus, aber nicht befreundete.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso beschäftigt sich denn die Akademie im Jahr 2000 damit? - Wissen Sie nicht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Ich kenne auch nicht die Tagesordnung, was dort wirklich Thema war; das kann ja alles Mögliche sein unter dem Titel. Weiß ich nicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ging darum, dass es Anzeichen dafür gab, dass die NSA bzw. die CIA Wirtschaftsunternehmen ausspioniert. Dazu hatte man aus verschiedenen Dokumenten Anhaltspunkte, auch aus Dokumenten, die in der Gauck-Behörde aufgetaucht waren, und hat dann diese Frage dort diskutiert. Es ging auch um ein Dokument aus 95 zur US-Lauschanlage in Bad Aibling im Zusammenhang mit dem Echelon-System, zu journalistischen Recherchen zu diesem Thema, und man hat dann diese Frage dort ausführlich diskutiert.

Das Ergebnis war, dass man dann feststellte - zuletzt durch Herrn Ministerialdirigent Hans-Josef Vorbeck, den wir heute auch noch hören werden -: Wir sind im Grunde darauf angewiesen, den Amerikanern zu glauben. - Ich frage das deswegen, weil Sie ja so dezidiert sagen, das ist nie irgendwo aufgekommen in Ihrer Dienstzeit: EADS, Selektoren, Ausspionierung von Unternehmen europäischer Staaten. - Und das ist vor Ihrer Zeit und nach Ihrer Zeit usw. immer latent



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thema gewesen: im Zusammenhang mit Echelon, im Zusammenhang mit anderem. Wir kennen diese EADS-Problematik ab 2005. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass das im zuständigen Referat kein Thema war.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, erstens - ich wiederhole es noch mal - wäre ich nicht das zuständige Referat gewesen. Zum Zweiten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, Abteilung. Entschuldigung, in der zuständigen Abteilung; da muss ich mich korrigieren, ja.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja. - Ich kann es nur, wenn Sie so - - Im Hintergrund - - Ich meine, Sie fragen mich jetzt wieder nach einer Einschätzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das, was Sie nennen, war alles nicht in meiner Zeit. Echelon kenne ich als interessierter Zeitungsleser, und soweit ich weiß, wurde da nie - - konnte da nie etwas nachgewiesen werden, dass es tatsächlich amerikanische Wirtschaftsspionage gegeben hätte; aber da will ich mich jetzt nicht weiter drauf einlassen. Sie fragen mich nach den Erfahrungen aus meiner Zeit. Die Antwort: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): War kein Thema?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Es gab nie einen Anlass, dass es Thema gewesen wäre. Dass man beim Essen vielleicht mal darüber gesprochen hat: „Gibt es das?“, mag sein; weiß ich nicht mehr. Aber es gab keinen Anlass, irgendwann mal über irgend so etwas zu sprechen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch mal eine Frage zu der Geheimschutzordnung im Bundeskanzleramt. Wir kennen ja hier nur NfD, VS-Vertraulich, Geheim und Streng Geheim; mehr kennt der Deutsche Bundestag nicht. Bei Ihnen gibt es noch mehr? Schutzschriftenrecht - können Sie mir erklären, was das ist?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich kann es leider nicht erklären. Ich weiß, dass es das gibt. Es gibt auch

noch andere; aber ich bin da kein Experte. Ich weiß es - - Ich kann das nicht erklären, welche Stufen es noch gibt. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo werden denn diese zusätzlichen Stufen, die wir nicht kennen, festgelegt?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich nehme an, dass das BMI dafür zuständig ist. Aber das - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und was muss man dafür tun, um die zu bekommen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Man bekommt eine Überprüfung. Aber, bitte, ich bin wirklich niemand, den Sie da fragen können. Man wird überprüft jeweils, wenn es - - Ich nehme an, wenn die dienstliche Zuständigkeit, dienstliche Verwendung das erfordert, solche Sachen zu kennen, dann wird man dafür eigens überprüft. Für meine Stufe wurde ich vor dem Einsatz im Kanzleramt auch noch mal überprüft.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Wir kennen auch nur die Ü3, und dann ist das der höchste Ritterschlag. Und dann gibt es aber irgendwie so ganz andere Dinge, wo wir noch nicht mal wissen: Ist das dann die Ü4, die Ü5 oder die Ü keine Ahnung irgendwie? - Also, wer entscheidet darüber? Weil Sie sagen ja, Sie haben dieses Schreiben nicht aufmachen können, weil es wegen, weiß ich nicht - - Anrechtsschutzschrift war. Wer entscheidet darüber, wer das aufmachen kann und wer Anrecht hat?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, ich kann nur von meinem Fall - - Wissen Sie, ich kam da reingeschneit als Angehöriger des Auswärtigen Dienstes, hatte von diesen Dingen, außer dass ich für das Auswärtige Amt mal eine Sicherheitsüberprüfung hatte, keine Ahnung. Mir wurde gesagt: Du brauchst eine Ü3. - Die habe ich bekommen und habe dann im Kanzleramt auch erst gelernt: Es gibt auch noch was anderes. Aber wer das warum wann wie bekommen hat, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen wir auch nicht; das ist ganz interessant.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigung?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Also, es muss ja in der Geheimschutzordnung im Bundeskanzleramt festgelegt sein, dass es etwas anderes gibt als Streng Geheim als höchste Stufe. Und was heißt das dann? Also, können Sie mir mal erklären, was „Geheimanrecht“ ist? Das dürfen nur drei Leute angucken, und danach müssen sie es verbrennen? Oder was ist das?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Kann ich Ihnen nicht sagen; weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was ist der Unterschied zwischen „Anrecht“ und „Schutzschrift“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Weiß ich auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es wird im Bundeskanzleramt, in der zuständigen Behörde, die die Rechts- und Fachaufsicht hat, mit Einstufungen gearbeitet, die für die Mitarbeiter jetzt nicht klar sind, wer das hat und wie man die bekommt. Nehme ich das jetzt so mit?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: „Für die Mitarbeiter“ ist wahrscheinlich nicht richtig, das festzustellen. In meinem Fall ist es so, ja; da war es nie relevant.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte der Abteilungsleiter denn die Rechte?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das weiß ich nicht. Aber ich würde doch mal schwer vermuten, dass er alles hatte, was man braucht, was es gibt; aber das ist reine Spekulation. Ich weiß es nicht, was der hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist ja so: Wenn man so eine Tätigkeit beginnt - das ist ja bei uns nicht anders als bei Ihnen -, dann werden ja die Mitarbeiter verpflichtet, und dann gibt es Überprüfungen. Und dann wird aber auch gesagt, auf welcher Grundlage das alles erfolgt.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nicht nach meiner Erfahrung, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich sage Ihnen mal, wie das aussieht: Das sieht so aus, als würde das, was für den Geheimdienst gilt, auch für die vorgesetzte Ministerialbehörde gelten: ein Fortwirken des Geheimdienstes in die Regierungsebene - so sieht es für mich gerade aus -, in die Fach- und Rechtsaufsicht.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Dem kann ich jetzt nicht folgen, warum Sie das meinen.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Akmann will dem widersprechen?

(Zuruf: Oder bestätigen!)

MR Torsten Akmann (BMI): Ich würde mir nie erlauben, Ihnen zu widersprechen; nein, Scherz beiseite. - Also, es gibt in der Tat dieses Schutzwortanrecht, und nach meiner Erinnerung - - Es ist wirklich nur eine Erinnerung, und wir können Ihnen dazu gerne in der nächsten Beratungssitzung vortragen. Wir würden das aufarbeiten. Ich meine, es gibt eine Ressortvereinbarung zwischen dem Bundeskanzleramt, dem Bundesverteidigungsministerium und auch dem BMI, wo dieses niedergelegt ist. Also, wir arbeiten das gerne für Sie auf und würden Ihnen das nächste Mal dazu berichten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Wenn wir das schriftlich bekämen, wären wir sehr froh, weil wir uns gerne erschließen würden, wie es sein kann, dass es sozusagen - - Also, ich sage hier mal: Wir haben ja im BND schon diese Feststellung getroffen von abgeschotteten Bereichen - bei der Selektorenprüfung spielte das eine Rolle -, über die andere nichts wissen. Und jetzt erscheint es so, dass im Bundeskanzleramt wieder solche abgeschotteten Bereiche sind, auf welcher Grundlage auch immer - jetzt habe ich mich wahrscheinlich vertan -, mit Schutzwortanrecht - richtig jetzt? -, wo wir aus unserer Geheimschutzordnung es überhaupt nicht herleiten können, was das sein kann und wer einen dazu befähigt und was man dazu haben muss außer viel Need to know im Blut. Also, deswegen wäre es schön, wenn wir dazu mal aufgeklärt würden - - und wer über so etwas verfügt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, von mir aus habe ich dann auch keine Fragen mehr in der öffentlichen Sitzung. Vielleicht mein Kollege Dr. Hahn noch?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Hahn?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf geht's!

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben ja nun zu vielen Dingen gesagt, Herr Dr. Kurz, wo Sie nicht zuständig sind; aber fürs Auftragsprofil waren Sie definitiv zuständig. Nun haben Sie vorhin gesagt, das wird irgendwie jährlich verändert. Mein Wissensstand war bis dahin der - deshalb frage ich noch mal nach -, dass das alle vier Jahre oder so geändert wird, immer so zu Beginn der Wahlperiode, wenn neue Koalitionen sind oder wie auch immer. Ist diese Information falsch, und ist tatsächlich Ihre Aussage zutreffend, dass das jedes Jahr geändert wird, das Auftragsprofil des BND?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, es gibt dafür keine feste Regel. So die Richtlinie „vier Jahre“ war richtig; die war aber nicht an Legislaturperioden gebunden. Was es gibt - - Und es ist in der Tat so, dass es *etwa* alle vier Jahre - das können aber auch mal drei oder sechs sein; ich weiß nicht, wie die Praxis heute ist - neu geschrieben wird. Was jedes Jahr stattfindet, ist eine Aktualisierung; das findet jedes Jahr statt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und dann gibt es eine komplette Neufassung nach jedem Jahr mit dieser Aktualisierung, oder?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, es gibt keine Neufassung, sondern - - Ich bin jetzt überfragt, wie das war. Ich glaube, da werden einfach mit Anhängen die Aktualisierungen drangehängt. Es wird jedenfalls nicht das Dokument umgeschrieben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und nun haben sich ja vielfältig in der Öffentlichkeit alle möglichen Institutionen aufgeregt über mögliche Wirtschaftsspionage seitens der Amerikaner. Da

Sie ja das Auftragsprofil entscheidend mitgeschrieben haben, jetzt das des BND: Können Sie hier ausschließen, dass auch der BND große Interessen hat an wirtschaftlichen Entwicklungen in anderen Ländern, an bestimmten Industriezweigen, an bestimmten Firmen im Ausland? Stehen also solche Sachen in dem Auftragsprofil? Sie können ja jetzt über Details nicht reden; das ist mir schon klar. Aber betreibt auch der BND Spionage im Wirtschaftsbereich im Ausland aufgrund des von Ihnen erarbeiteten Auftragsprofils?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das würde ich lieber in - - oder möchte ich in der späteren Sitzung beantworten, was da - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe jetzt keine Firmen gefragt. Sie können doch die Frage - - das leicht aus der Welt schaffen, dass auch der BND jetzt in die Gefahr kommt, Wirtschaftsspionage möglicherweise zu betreiben. Sie haben das Auftragsprofil geschrieben. Wir haben vorhin festgestellt aufgrund der Fragen des Vorsitzenden, dass es Länder gibt, die dort genannt sind, verschiedene Länder, die also von Interesse sind, und, wie gesagt, jetzt nicht zu den einzelnen Ländern, aber wenn dahinter in Klammern steht, was Sie dort in den Ländern interessiert - - Der Vorsitzende hat gefragt nach Politikern, hat gefragt nach bestimmten Institutionen. Das haben Sie alles richtig beantwortet vorhin und, nehme ich an, korrekt. Und ich frage jetzt nach wirtschaftlichen Interessen, ob die dort auch drinstehen und der BND demzufolge auch so etwas wie Wirtschaftsspionage im Ausland betreibt.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, was ich Ihnen dazu sagen kann, ist, dass Fragen, die unsere strategischen Interessen betreffen, Fragen wie Proliferation oder Rüstungsbereiche - - Da können Sie davon ausgehen, dass wir den BND damit auch beauftragen. Das kann ich, glaube ich, im Moment hier dazu sagen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und andere Wirtschaftszweige? Computerindustrie - weiß ich nicht -, Öl usw.?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Das ist zum einen nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrages. Zum anderen geht es jetzt um konkrete Inhalte. Herr Hahn, da ist Ihnen auch klar, dass der Zeuge hier keine Angaben dazu machen kann.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, Herr Wolff. Ich glaube, dass Sie da irren. Zum einen gehört es zum Auftragsprofil, weil uns immer gesagt wird, Grundlage der Arbeit des BND - - zum Auftrag des Untersuchungsausschusses: Aufgaben des BND werden festgelegt in diesem Profil. - Und um zu prüfen, ob der BND sich daran gehalten hat, auch in Kooperation mit Five Eyes oder bei eigenen Operationen, müssen wir auf das Profil zu sprechen kommen. Und wir reden ja jetzt hier in der öffentlichen Sitzung ausschließlich über die Frage, ob in diesem Profil, das er ja kennt und sich auch noch mal angeguckt hat, er ausschließen kann, dass dort auch Wirtschaftsunternehmen anderer Länder enthalten sind, die Gegenstand der Überwachung durch den BND sind. Weil das wäre dann natürlich genau das Gegenstück zu dem, was die Amerikaner gemacht haben, und das gehört dann sehr wohl hier in den Untersuchungsausschuss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich erlaube mir mal, den Kollegen Hahn zu ergänzen. Er meint wahrscheinlich das Profil, das dann auch in der Kooperation zugrunde gelegt wird.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Auch das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann wären wir im Untersuchungsauftrag.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Auch das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur das.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Entschuldigung, das habe ich jetzt nicht verstanden, inwiefern Kooperation zugrunde gelegt - - Das ist ja geheim; das kennen die anderen ja nicht. Oder?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie es uns sagen, kennen wir es.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich habe die Frage schlichtweg nicht verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir beziehen uns natürlich mit dem Untersuchungsauftrag nicht auf die Arbeit des BND in Gänze, sondern dann, wenn es um die Kooperationen zum Beispiel mit der NSA geht. Deswegen gehe ich davon aus, dass Sie nicht zwei Profile erstellen, sondern eins. Und gerade das, was eben auch der Kooperation zugrunde gelegt wird, das interessiert uns, was in der Kooperation mit einem der Five-Eyes-Staaten, wahrscheinlich jetzt speziell der NSA, verwendet wird.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, zum Inhalt kann ich wirklich nichts sagen. Dazu bin ich nicht berechtigt; so weit erstreckt sich meine Aussagegenehmigung nicht. Ich bin auch nicht ganz sicher, worauf Sie hinaus wollen. Natürlich, wenn ich die Lage in Land XY dargestellt haben will, gehört selbstverständlich die wirtschaftliche Entwicklung mit dazu, die zu bewerten. Aber ich würde das nicht als Wirtschaftsspionage bezeichnen, sondern das gehört selbstverständlich zum Lagebild dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Jetzt müssten wir wechseln. Jetzt kommen wir zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich würde noch mal gern eine Nachfrage machen, noch mal mit Ihrer Sache, wie Sie eingestuft sind, dass Sie da Schreiben nicht sehen konnten oder nicht gesehen haben. Wer hat denn an Ihrer Stelle dann die Schreiben gelesen, die vom BND kamen und an Sie adressiert waren?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Das konnte ich jetzt, aber was naheliegend ist, bei der Akteneinsichtnahme, die ich noch mal zur Vorbereitung hatte, entnehmen: Das war mein Vorgesetzter. Dem wurde das offenbar von der VS-Registrierung dann gegeben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und das war?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Mein Vorgesetzter war Herr Vorbeck.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Der Herr Vorbeck. Also hat der Herr Vorbeck das gelesen. Dann hätte das jetzt - - Der hätte ja unter Umständen auch als Ihr Vorgesetzter den BND darauf hinweisen können, dass das anders läuft. Hat er nicht gemacht; gut. Aber hätte das denn einen Umfang haben können, dass Sie da bei ganzen Aktionen - die Frau Renner hat das vorher so ein Stück angedeutet, wenn da etwas an Sie adressiert war, das Ihnen aber gar nicht vorgelegt wurde -, dass Sie also bei eventuellen Operationen gar nicht eingebunden waren?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Gut, in Operationen wäre ich sowieso nie eingebunden gewesen. Meine Vermutung ist einfach, dass - - Dieser hohe Geheimhaltungsgrad betrifft alles - egal was da drinsteht -, was den Bereich SIGINT angeht, und dafür war ich nicht berechtigt - alles, egal ob das wichtig ist oder nicht für die Operation oder nur Kinkerlitzchen; das ist egal.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, gut. Aber wie viel Prozent Ihres Aufgabengebietes hat das denn unter Umständen ausgemacht? Waren das 30 Prozent, 40 Prozent? Ich meine, das ist ja schon erstaunlich.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Gar keine, weil ich dafür nicht zuständig war. Wie gesagt, der Bezug dahin kommt überhaupt nur, weil über meine Zuständigkeit für Außenbeziehungen das in die Sprechmappen kam, mit 60 anderen Themen, für die ich auch nicht zuständig war; aber nur daher ist das zu erklären, über meine - - also eine sekundäre Zuständigkeit. Deswegen kam das in die Mappen rein. Sonst hatte ich damit nichts zu tun.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und jetzt im Nachhinein, als Sie jetzt diese Akteneinsicht genommen haben, wie viele Schreiben betrifft das, die Sie da nicht gesehen haben?

(RA Dr. Gerhard Michael
unterhält sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, das kann ich natürlich nicht sagen. Ich habe jetzt nur - - Vielleicht in dem, was ich jetzt gesehen habe, waren es zwei, soweit ich weiß. Also, es dürfte verschwindend wenig gewesen sein, verschwindend wenig.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, jetzt bei der Akteneinsicht haben Sie das bei zwei Schreiben explizit festgestellt; aber im Großen und Ganzen können Sie es schwer einschätzen.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: So ist es, ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich hätte noch eine ergänzende Frage zu meinen eingangs gemachten Fragen. Sie hatten anfangs gesagt, in der Zeit, in der Sie im Bundeskanzleramt waren, war die Partnerschaft, die Kooperation mit den Amerikanern positiv, die Stimmung war gut, und so konnte man, sagen wir mal, die Grundbewertung machen. Würden Sie sagen, heute ist die Stimmung komplizierter?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Gut, jetzt fragen Sie mich nicht als Zeugen, sondern als Einschätzung der - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wahrnehmungen. Zeugen können auch wahrnehmen, um das zu bewerten; Ihre damaligen.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Meine Wahrnehmung wäre - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mich interessiert natürlich der damalige Zeitraum. Aber wenn Sie sagen, heute ist es noch besser - -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, heute dürfte es eher komplizierter sein, würde ich so schätzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Aber das ist meine Wahrnehmung als interessierter Zeitgenosse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie erinnern sich aber, dass wir in der Zeit zwischen 2006 und 2009 den BND-Untersuchungsausschuss hatten, -

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - auch Kurnaz-Untersuchungsausschuss genannt, und dass von amerikanischer Seite Statements kamen: „Die Beziehungen sind auf dem Tiefpunkt angelangt“ zu dieser Zeit.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Erinnere ich mich jetzt nicht dran; aber dass das keine einfache Geschichte war zwischen den Ländern, ist klar. Aber da erinnere ich mich jetzt nicht daran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, beide Länder kommen schon damit klar, wenn Parlamente ihre Arbeit machen, würde ich sagen. Oder?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist immer
richtig!)

- Danke, das wollte ich nur noch mal herausarbeiten; danke schön. Ich habe keine Fragen mehr.

Jetzt kommen wir zur nächsten Fraktion. Als Nächstes ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Fragen an der Reihe. Herr Kollege Ströbele, der die letzte Ansicht von mir hoffentlich teilt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich wollte nur -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - noch mal auf diese Schreiben kommen, die an Sie gerichtet sind und die Sie aber gar nicht kriegen. Also, selbst wenn da in der Adresse steht: „Kanzleramt“ und Ihr Name, Ihr

voller Titel und alles und dann: „Sehr geehrter Herr Dr.“ und alles - - Und trotzdem erfahren Sie da nichts von? Oder - - Ich meine, das war ja offenbar nicht einmal, sondern wir haben ja jetzt schon zwei - jeweils einen Vorgang - relativ wichtige Vorgänge. Rufen Sie da nicht mal an und sagen: „Schickt mir nicht immer Briefe, die ich gar nicht aufmachen darf oder die ich gar nicht kriege“? Also, das ist doch ein absurdes Theater, was da gespielt wird.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich würde das nicht so bewerten. Wie gesagt, ich konnte mich ja nicht melden. Da ich davon gar nichts wusste, konnte ich das nicht korrigieren. Derjenige, der es dann - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Sie kriegen nicht mal eine Mitteilung, dass da ein Brief an Sie war, aber den Sie nicht kriegen?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein, der ist ja auch nicht an mich persönlich. Von daher würde ich das nicht überbewerten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn da steht: „Sehr geehrter Herr“?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, oder: „Verantwortlicher in Vertretung“ oder so irgendwas steht da.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, steht da nicht.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Also, muss nicht unbedingt - - Ja, wie gesagt, ich würde es nicht überbewerten. Das ist sicherlich aufseiten - - Normalerweise war ich Adressat solcher Schreiben. Dass das in dem Fall der Einstufung bei mir nicht - - dass ich das nicht sehen konnte, das war den Kollegen wahrscheinlich schlicht nicht bewusst; das dürfte nicht mehr als ein Versehen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber der Herr de Maizière durfte die dann lesen - oder nicht? -, wenn die zur Vorbereitung einer Reise dienten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Auch da bin ich - - müsste ich das BMI fragen. Ich glaube, Minister müssen nicht sicherheitsüberprüft werden. Die dürfen immer alles sehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das vorher auch nicht gedacht, dass wir bei diesen schönen Briefen, die immer an Sie gerichtet sind, da völlig auf dem Holzweg sind, weil Sie das gar nicht kriegen dürfen. Aber man lernt nie aus, und deshalb habe ich noch mal gerne zwei Vorhalte an Sie. Vielleicht kann man Ihnen diese Akte jetzt geben. Da steht allerdings drin „Schutzwortanrecht“. Aber Sie sagen, jetzt dürfen Sie ja angucken.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dürfen immer noch nicht angucken?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Wie ich darauf hingewiesen habe - - Jetzt wurde mir das - - Das, was jetzt kam, durfte ich sehen. Dafür habe ich jetzt eine eigene Verpflichtungserklärung unterzeichnet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht da um diese Schreiben. Das eine ist vom 14. Februar 2008, und das andere ist vom 15. Februar 2008. Dürfen Sie die sehen oder nicht?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Jetzt darf ich sie sehen. Ich bin nicht ganz sicher, auf welche Sie sich beziehen. Aber ich habe die jetzt in der Vorbereitung gesehen, aber, wie gesagt, dafür eine eigene Verpflichtung unterzeichnet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich würde Ihnen die gerne mal vorlegen lassen, dass Sie sagen, nicht nur, ob Sie die oder wann Sie die zum ersten Mal gesehen haben, jetzt bei der Vorbereitung oder vorher vielleicht, und zweitens dann vielleicht mal erläutern, wer sich hinter den jeweiligen Kürzeln, die darauf handschriftlich vermerkt sind, verbirgt oder wer das sein könnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, vorhalten, um einen Sachverhalt zu bejahen oder zu verneinen, können wir in der Sitzung hier machen, aber keine inhaltliche Diskussion und auch keine Benennung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Ich will ja nur wissen, wen wir da fragen können, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja klar, das können wir benannt kriegen. Aber in der öffentlichen Sitzung können wir das nicht machen. Den ersten Teil aber auf jeden Fall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich will ja nur wissen: Soll ich Herrn Vorbeck fragen danach oder Herrn de Maizière oder wen - ,

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weiß ich, habe schon verstanden.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und sein Rechtsbeistand
lesen in diesen Unterlagen)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also, vor allen Dingen bei dem zweiten Schreiben; das ist, glaube ich, der 15.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Die Paraphen sind leicht zu erkennen. Das ist mein damaliger Vorgesetzter, Herr Vorbeck, den Sie heute noch sehen, und ich habe die zum ersten Mal jetzt gesehen, als mir vorgestern die Akten gezeigt wurden hier.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und oben, ist da auch noch - - Ist das Herr Fritsche?

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ich sehe jetzt: Auf einem legt Herr Vorbeck das Herr Fritsche vor, und der zeichnet ab, dass er es gesehen hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass er es gesehen hat. Okay. Dann haben wir das geklärt. Ja. Bleibt uns nichts anderes, als



Nur zur dienstlichen Verwendung

die danach zu fragen, wenn er sie nicht gesehen hat. Also, jetzt können Sie wahrscheinlich nichts dazu sagen. Im Nachhinein haben Sie sie gesehen, haben Sie gesagt, also nicht nur heute, sondern bei der Vorbereitung. Aber dann könnten Sie auch nur wiedergeben, was Sie da gelesen haben, und nicht, was sich - - Okay.

Zeuge Dr. Thomas Kurz: Ja, richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? Gibt es noch Fragen? Oder Ende?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine Fragen mehr. Das wollte ich wissen, weil noch Zeit wäre. Deswegen wollte ich die Zeit nicht abschneiden. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine weiteren Fragen. - Dann frage ich mal in die Runde: Gibt es noch Fragen in öffentlicher Sitzung an den Zeugen? - Ich sehe, das ist bei keiner Fraktion der Fall.

Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. Kurz am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Bevor die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen folgen kann, werden aber zunächst - ich hatte

es ja zu Anfang gesagt - die weiteren Zeugen öffentlich vernommen, und dann im Anschluss wird die nichtöffentliche Sitzung begonnen. Herr Dr. Kurz, ich darf mich an dieser Stelle schon mal ganz herzlich bei Ihnen bedanken für die Bereitschaft, hier in öffentlicher Sitzung zur Verfügung zu stehen. Ich bitte Sie, sich bereitzuhalten für die danach folgende nichtöffentliche Befragung.

Ich würde nun bitten, den nächsten Zeugen, Herrn Müller, in den Ausschuss zu geleiten, dass wir direkt weitermachen können. Ich würde jetzt auch nicht unterbrechen, weil ich glaube, das erfolgt relativ zügig. Jetzt also eine ganz kurze Unterbrechung. Ich sage jetzt mal keine Zeit. In zwei, drei Minuten müssten wir das haben.

(Unterbrechung von
15.11 bis 15.18 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Guido Müller

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, ich darf nun als nächsten Zeugen Herrn Guido Müller begrüßen. Ich freue mich, dass Sie da sind. Ich stelle fest: Der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen.

Herr Müller, Sie haben die Ladung für die heutige Sitzung am 1. Juni 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Müller, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst

oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also dann in eingestufte Sitzung fortfahren kann und mit Ihnen die Fragen klären kann. - Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie dies wünschen. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, ihre Fragen nacheinander, Fraktion für Fraktion, zu stellen. Dies geschieht dann nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie bitten, sich zu Beginn Ihrer Ausführungen dem Ausschuss vorzustellen mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift.

Zeuge Guido Müller: Mein Name ist Guido Müller, Vizepräsident des BND, Anschrift: über den BND in Pullach erreichbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Bevor ich Ihnen jetzt Gelegenheit



Nur zur dienstlichen Verwendung

gebe zu Ausführungen im Sinne von § 24 Absatz 4 zum Gesamtzusammenhang des Gegenstands Ihrer Vernehmung, möchte ich doch noch Herrn Rechtsanwalt Eisenberg bitten, sich vorzustellen. Wir kennen Sie zwar alle, aber es ist trotzdem heute Ihr erster Auftritt. Von daher überprüfen wir mal, ob immer noch alles beim Alten ist.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Schön, dass Sie heute wieder da sind. - Herr Zeuge, Sie haben zu Anfang Ihrer Ausführungen die Möglichkeit, zum Gegenstand Ihrer Vernehmung im Zusammenhang vorzutragen, das bedeutet also, nicht durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden, sondern den Sachverhalt in Gänze nach Ihrer Sicht der Dinge darstellen zu können. Möchten Sie hiervon Gebrauch machen?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Guido Müller: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken für die Möglichkeit, heute als Vizepräsident für zentrale Aufgaben und Modernisierung, Beauftragter für den Haushalt, Wirtschaftsschutz und Geheimschutzbeauftragter sprechen und antworten zu dürfen.

Es ist mir ein persönliches Anliegen, zu verdeutlichen, dass die Aufklärung und Versachlichung, die durch Sie im Untersuchungsausschuss, aber auch in den Medien und in Blogs geleistet werden, auch in unserem ureigensten Interesse sind. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BND arbeiten für den Schutz und die Sicherheit unseres Landes. Sie benötigen für die Arbeit das Vertrauen von Bevölkerung und Parlament. Dafür müssen wir unsere Arbeit auch der Öffentlichkeit erklären. Deshalb sind parlamentarische Kontrolle sowie Dienst- und Fachaufsicht nicht nur

für einen demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar, sondern auch ganz klar im persönlichen Einzelinteresse eines jeglichen Mitarbeiters des BND. Wir dienen gerne und mit hoher Motivation.

Unsere Mitarbeiter sind durch umfängliche Einstellungs- und Sicherheitsüberprüfungen auf Herz und Nieren geprüft worden. Sie leisten hervorragende Arbeit. Ich habe keinen Hinweis, dass meine Kolleginnen und Kollegen morgens mit der Attitüde zum Dienst erscheinen: Wie können wir heute die deutsche oder die internationale Rechtsordnung verletzen?

Wir gewinnen Informationen im Auftrag der Bundesregierung und nicht zum Selbstzweck. Wir befinden uns hierbei oft in einem Spannungsverhältnis; denn unsere Quellen sind keine Lämmer. Gefahrenbereiche wie internationaler Terrorismus, Cyberangriffe oder der Schutz unserer Soldaten im Einsatz erzwingen von uns bei der Abwägung, wie wir die geforderten Informationen aus dem Ausland beschaffen können, auch die Entscheidung zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel. Dazu zählt neben nachrichtendienstlichen Verbindungen oder der Satellitenbildauswertung natürlich auch die technische Aufklärung.

Leider ist es nicht so, dass die technischen Systeme des Bundesnachrichtendienstes in der Vergangenheit in einem Guss entwickelt und installiert wurden. Manches ist ausgesprochen komplex gewachsen oder gar von Dritten übernommen worden. Dies nachträglich mit rationaler Analyse erklären zu wollen, ist ausgesprochen kompliziert. Sachverhalte, die heute verständliche politische Fragen aufwerfen, wurden früher womöglich aus technischer Begeisterung und Belastung des Tagesgeschäfts nicht erkannt. Daraus aber einen Vorsatz oder, wie medial erhoben, den Vorwurf des Landesverrats zu konstruieren, ist zurückzuweisen.

Soweit Mängel auftreten, sage ich ganz klar: Ja, die gibt es, die gibt es natürlich auch bei uns, und niemand möchte dies beschönigen. Wir arbeiten daran, diese früher zu erkennen und abzu-



Nur zur dienstlichen Verwendung

stellen. Wir haben möglicherweise auch noch Defizite in der Aufarbeitung von Mängeln. Darum wurde seit Bekanntwerden der Veröffentlichungen im Juni 2013 durch die Leitung frühzeitig reagiert. Präsident Schindler steht an der Spitze. Ich nenne die jetzt mal Task Force „Aufklärung“. Den Namen gibt es nicht. Das ist auch keine technische Bezeichnung, aber die Gruppe, die die Aufklärung macht. Von Anfang an leitet er diese Gruppe persönlich und mit hohem Engagement. Er hat stets verlangt, dass der Bundesnachrichtendienst alle Zweifel an seinen Aktivitäten restlos aufklären muss und es dabei keine Rückhalte geben darf.

Selbstverständlich ist die Leitung für alle Kolleginnen und Kollegen des Bundesnachrichtendienstes jederzeit erreichbar. Zur Förderung der offenen Kommunikationskultur habe ich im September, am 16. September 2013, alle Kolleginnen und Kollegen schriftlich zum Gespräch, unabhängig von Dienstweg und Hierarchie, eingeladen. Jeder kann mich anrufen, jeder kann mir mailen, und grundsätzlich bekommt jeder einen Termin.

Etwaige Mängel im BND gehören aufgeklärt und abgestellt. Als Bundesnachrichtendienst befinden wir uns immer auf einem Drahtseilakt zwischen Geheimhaltung und veröffentlichter Information. Es wird aus angeblich geheimen Papieren in den Medien berichtet, zitiert. Eine Welle an verständlichen Fragen entsteht in Parlament und Öffentlichkeit. Dadurch ist aber die Geheimhaltung keineswegs aufgehoben. Wir sind weiterhin an die Geheimhaltung gebunden. Ohne diese Einschränkungen könnten meine Kollegen und auch ich viel leichter Vorwürfen entgegenzutreten, aufklären und richtigstellen. Unwidersprochene Presseberichte müssen, nur weil ihnen nicht aktiv widersprochen worden ist, nicht zwangsläufig wahr sein.

Lassen Sie mich etwas zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen sagen, mit denen sich der Bundesnachrichtendienst als Ihr Auslandsnachrichtendienst tagtäglich konfrontiert sieht.

Es besteht kein Zweifel daran, dass in der Ostukraine täglich geschossen und gestorben wird. Es besteht kein Zweifel daran, dass internationaler Terrorismus deutsche Ziele ins Visier genommen hat. Ganze Teile Nahosts stehen mittlerweile unter der Kontrolle von Terroristen. Es besteht kein Zweifel daran, dass die organisierte Kriminalität am Schicksal Hunderttausender Migranten verdient. Es besteht kein Zweifel daran, dass Terroristen und Schleuser gemeinsame Sache machen. Es besteht kein Zweifel daran, dass täglich Tausende von Cyberangriffen deutsche und europäische Infrastrukturen bedrohen. Es besteht kein Zweifel daran, dass wir allen im Ausland entführten deutschen Staatsbürgern helfen. Und es besteht auch kein Zweifel daran, dass unter internationale Sanktionen gestellte Staaten versuchen, deutsche und europäische Firmen für Zwecke der Proliferation zu missbrauchen. Natürlich gibt es auch kriminelle Aktivitäten. Um einmal ganz deutlich zu sagen, was unsere Herangehensweise an dieses Thema Proliferation ist: Es darf kein Rabta¹ 2.0 geben, kein Rabta¹ 2.0.

Die von der Bundesregierung von uns eingeforderten Informationen können wir nur gemeinsam mit unseren nationalen und internationalen Partnern gewinnen. Dafür müssen wir selbst auch vertrauenswürdiger Partner sein. Vor diesem Hintergrund sehe ich mit Sorge, dass unsere Kooperationen, insbesondere im internationalen Bereich, Schaden nehmen könnten.

Wir dienen dem Schutz und der Sicherheit unseres Landes. Ohne Zweifel und völlig zu Recht steht unser gesamtes Handeln unter fachaufsichtlicher und parlamentarischer Kontrolle. Meine Kolleginnen und Kollegen verdienen für ihre Arbeit den gleichen Respekt wie jeder andere Mensch. Als Dienstleister für Parlament, Bundesregierung und Sicherheitsbehörden verfassen wir im Monat 300 Berichte. Dazu zählen Warnhinweise, Meldungen und Analysen. Darüber hinaus beantworten wir durchschnittlich 900 Anfragen im Monat. Im Jahr 2014 haben wir von der Arbeitsebene an bis zum Präsidenten über 2 000 Briefings gegenüber externen Stellen gegeben.

1) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Neben diesen sicherheitspolitischen Fragestellungen arbeiten wir derzeit auch unsere Geschichte auf. Unter dem Stichwort „Force Protection“ tragen wir täglich zum Schutz unserer Soldaten, aber natürlich auch von Verbündeten bei. Bei Entführungen deutscher Staatsbürger im Ausland sind wir jedes Mal gefordert. Gemeinsam mit anderen beobachten wir die Reisebewegungen europäischer und natürlich auch deutscher Dschihadisten, die im Kampf sind. Derzeit reden wir, um ein kurzes Beispiel zu geben, von 4 100 Europäern, die in den Dschihad gezogen sind, 680 Deutsche, 200 davon, über 200 davon, sind zurück. Im Schengen-Raum bedeutet dies: Mein Terrorist ist dein Terrorist. Jeder, der zurückkehrt, kann sich im Schengen-Raum frei bewegen.

All dies tun wir momentan verteilt auf zwei Hauptstandorte, während wir gleichzeitig unseren Neubau intensiv begleiten. Natürlich ist der BND auch eine Verwaltungsbehörde wie jede andere Bundesbehörde mit zentralen Diensten für Personalwesen, Inneres, Schule, Informationstechnik und Sicherheit. In allen Bereichen leisten Kolleginnen und Kollegen engagiert ihren Dienst. Damit möchte ich deutlich machen, dass es den vielfältigen Aufgaben, mit denen der Bundesnachrichtendienst konfrontiert wird, nicht gerecht würde, wenn man uns nur auf den hier behandelten Komplex reduzieren würde.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, erlauben Sie mir nun ein paar Ausführungen zu meiner Funktion als Referatsleiter im Bundeskanzleramt und insbesondere zu Fach- und Dienstaufsicht. Von Mitte 2007 bis April 2013 wurde mir die Leitung des neu eingerichteten Referates 623 im Bundeskanzleramt anvertraut. Von Anfang an habe ich versucht, diese Aufgaben und die damit verbundene Fach- und Dienstaufsicht aktiv zu gestalten. Zunächst galt es, geeignetes Personal für das Referat zu finden. Ende des Jahres 2007 waren wir dann mit mir zusammen fünf Kolleginnen und Kollegen im gehobenen und höheren Dienst sowie eine Kollegin im Vorzimmer. Wir waren für die Themen Sicherheit, Controlling, Operationen, aber auch Lagebearbeitung für die Aufklärung von Proliferation und organisier-

ter Kriminalität zuständig sowie Wirtschaftsschutz. Später kam das Thema Cybersicherheit hinzu.

Grundlage unseres Verständnisses von Fach- und Dienstaufsicht und unserer Herangehensweise waren im Wesentlichen zwei Aspekte. Wir wollten Mängel möglichst frühzeitig erkennen und abstellen, und wir wollten dem BND aktiv helfen, sich weiterzuentwickeln, moderner, leistungsfähiger zu werden. Bewusst haben wir das nicht nur als nachträgliche Kontrolle praktiziert, sondern auch als zielorientierte Steuerung, neudeutsch Controlling, und Anregung, damit der BND eigenständig seinen Auftrag effizient erfüllen konnte, unter dem Motto: Gestalten, nicht verwalten.

Im Übrigen waren wir eingebunden in die Hierarchie der Abteilung. Das heißt, wesentliche Vorgänge flossen über Vorlagen, Rücksprachen, Besprechungen an Herrn Ministerialdirigent Vorbeck und später Herrn Ministerialdirektor Heiß. Wie geschah dies nun in der Praxis? Wir begannen, Fragen zu Berichten und Schreiben des BND zu stellen, um die zugrunde liegenden Vorgänge besser verstehen und einschätzen zu können. Dabei haben wir sowohl auf offizielle Vorgänge, auf Anregungen, Eingaben von Bürgern, auf Fragen aus parlamentarischen Gremien, aber natürlich auch auf Medienberichte reagiert. Natürlich fragen wir sehr oft schriftlich, natürlich aber ja täglich telefonisch und sehen uns zum direkten Gespräch.

Außerdem haben wir für den direkten Austausch das Format des Jour fixe in einer strukturierten Form neu eingeführt. Wir haben also alle vier bis sechs Wochen Vertreter derjenigen Fachbereiche, für die wir inhaltlich zuständig waren, zum Gespräch gebeten. In der Regel waren dies der jeweilige Abteilungsleiter bzw. dessen Vertreter in Begleitung des Leitungsstabes, in Einzelfällen auch der Präsident. Ziel war es dabei, in diesen Gesprächen einzelne Vorgänge zu vertiefen und zu hinterfragen. Daraus resultierten Anregungen, aber natürlich auch Weisungen zum weiteren Vorgehen. Erkannte Mängel wurden abgestellt. Daher gliederte sich jedes dieser Gespräche in die Punkte Aktuelles, Strukturen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz dazwischen gehen bzw. unterbrechen. Herr Wolff ist immer so sorgsam, wenn es um Details geht aus dem operativen Geschäft. Jetzt werden hier total die Abläufe des Bundesnachrichtendienstes, wann, wie Besprechungen ablaufen dargestellt. Ist das okay aus Sicht des Kanzleramts?

RD Philipp Wolff (BK): Das ist okay. Hier geht es nicht um inhaltliche Details.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann, hoffentlich, haben wir bei den nächsten Fragestellungen der Ausschussmitglieder auch ein solches Okay, wenn es um Details geht, die vielleicht dann etwas kritischer sind. - Danke schön.

Zeuge Guido Müller: Herr Vorsitzender, ich möchte Sie nur darauf hinweisen: Ich versuche gerade, meine Tätigkeit im Kanzleramt zu beschreiben.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau! Und wir wollen nachher dazu was wissen, inwiefern das korrespondiert mit dem BND!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Das war der Hintergrund meiner Anmerkung.

Zeuge Guido Müller: Jetzt bin ich komplett raus.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihung! Aber nicht meinetwegen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können sich in Ruhe wieder sammeln. Das schaffen Sie.

Zeuge Guido Müller: Ich versuche es noch mal. - Die Punkte, die wir strukturiert angegangen sind, waren: Aktuelles, Strukturen, Personal, Probleme, Sonstiges. Mit anderen Worten: Wir haben den BND bewusst aufgefordert, aktiv auf Mängel und Probleme hinzuweisen, um diese dann gemeinsam angehen zu können. Letztlich ging es um die kritische Begleitung der BND-Aktivitäten,

aber auch um gegenseitiges Vertrauen und schließlich um Qualitätssicherung der Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes.

Dabei haben wir immer auch den Grundsatz der Eigenverantwortung gewahrt, beispielsweise durch Festlegung, welche Führungsebene im Bundesnachrichtendienst für welche Entscheidung verantwortlich zeichnet. Zugleich haben wir immer unsere umfassende Unterstützung angeboten. Ich gebe zu: Wir haben stets einen Balanceakt zwischen Kontrolle, Hilfe, Ertüchtigung und Motivation betrieben. Das Format des Jour fixe erwies sich meines Erachtens als ergänzendes Mittel, geeignet für Fach- und Dienstaufsicht. Vielfach konnten im einzelnen Gespräch Missverständnisse unmittelbar aufgeklärt werden. Dabei herrschte stets eine offene, vertrauensvolle, konstruktive Kommunikationsatmosphäre.

Selbstverständlich gehörten zu unseren Fach- und Dienstaufsichtspflichten auch Kontrollbesuche beim BND. Ich selbst habe eine ganze Reihe dieser Besuche durchgeführt. Die Idee bei meinen Besuchen war immer, neben der Fach- und Dienstaufsicht allen Kolleginnen und Kollegen im BND die Möglichkeit zu bieten, auch einmal direkt ins Gespräch zu kommen und ihre Anliegen unmittelbar vorzutragen. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich auch an meine Besuche in Bad Aibling. Ich erinnere mich zum Beispiel daran, dass ich Ende 2007 das erste Mal in Bad Aibling war. Und ich nehme vorweg, dass bei all meinen Besuchen in Bad Aibling kein Hinweis auf Selektoren gegeben wurde, das Wort noch nicht einmal fiel.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Etwas anderes hätte uns auch gewundert!)

Die Zusammenarbeit mit den US-Partnern wurde seinerzeit als wichtig und ausgesprochen gut funktionierend dargestellt. Erstmals hat mein Referat eine Residentur des BND - das ist eine Auslandsvertretung, die wir im Ausland unterhalten - kontrolliert und entsprechende Prüfungen des Bundesrechnungshofes begleitet. Lassen Sie mich einige konkrete Beispiele nennen, damit



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich vielleicht verdeutliche, was Dienst- und Fachaufsicht zu dieser Zeit bedeutet hat.

Wir haben beispielsweise immer den Schwerpunkt auf die Sicherheit der im Ausland eingesetzten Kolleginnen und Kollegen gelegt. Bei krisenhaften Entwicklungen, bei Zuspitzungen, bei Unruhen oder kriegsähnlichen Zuständen haben wir zum Beispiel dafür gesorgt, dass die Sicherheit der Kollegen vor Ort evaluiert wird und adäquate Maßnahmen zu ihrem Schutz zu ergreifen sind. So konnten wir beispielsweise gemeinsam mit dem BND ganz kurzfristig erreichen, dass in einem vom BND in Afghanistan genutzten Gebäude Splitterschutzfolien auf die Fenster aufgebracht wurden. Nur wenige Tage später gab es unmittelbar in der Nähe dieses Dienstgebäudes einen Sprengstoffanschlag. Dank der Schutzfolie ist niemand zu Schaden gekommen.

Wir haben den sogenannten „Leitfaden Sicherheit“ entwickelt und in den BND eingeführt, ein kleines Handbuch, in dem für neu eingestellte Mitarbeiter die wichtigsten sicherheitlichen Aspekte der täglichen Arbeit - wie verhalte ich mich richtig - dargestellt und weiterführende Hinweise gegeben werden.

Wir haben den Umgang mit sogenannten besonderen Vorkommnissen neu geregelt. Dazu haben wir zunächst neu definiert, was eigentlich ein besonderes Vorkommnis ist. Zur Erläuterung, ohne hier zu tief ins Detail gehen zu wollen: Besondere Vorkommnisse, meldepflichtige Vorkommnisse sind in der Regel Ereignisse, die die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder des Bundesnachrichtendienstes selbst gefährden könnten, die bei Bekanntwerden zum Beispiel der Tätigkeiten des BND negativ auf ihn einfließen würden oder aber unverzügliche personelle, rechtliche, sicherheitliche oder soziale Maßnahmen erforderlich machten. Um einmal abstrakte Beispiele zu nennen: die Enttarnung von Operationen des BND oder von nachrichtendienstlichen Verbindungen, aber auch nachrichtendienstliche Angriffe in den BND, auf den BND oder auch schwere Unfälle im Ausland. Nach dieser Definition haben wir die Meldepflicht für diese Vorkommnisse neu geregelt und sodann auf den

BND eingewirkt, diese Vorkommnisse aktiver zu melden.

In Fragen der rechtlichen Bewertung oder disziplinarischen Ermittlungen wurden die Vorgänge an Referat 611 abgegeben bzw. gemeinsam bearbeitet. Insgesamt war unser Ziel, den Informationsfluss und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu verbessern. Letztlich konnten wir den BND in die Lage versetzen, dem Parlamentarischen Kontrollgremium gegenüber früher und umfassend vortragen zu können. Ein konkretes Beispiel der Dienst- und Fachaufsicht: In einem anonymen Brief an das Parlamentarische Kontrollgremium, der dankenswerterweise dem Bundeskanzleramt im Jahr 2008 zur Stellungnahme übergeben wurde, war der erste Hinweis auf den Ihnen sicher bekannten Fall um den afghanischen Minister Farhang/Frau Koelbl. Seinerzeit wurde eine Prüfgruppe des Bundeskanzleramtes zur Aufklärung des Sachverhaltes über Wochen in den BND entsandt. Ergebnis war neben personellen Konsequenzen im BND die organisatorische Neugestaltung des Fachbereichs.

Wie ich bereits erläuterte, haben wir immer auf das Thema Sicherheit und Geheimschutz ein besonderes Augenmerk gelegt. Dabei haben wir immer versucht, Sicherheit nicht als Be- oder Verhinderungsmittel zu sehen, sondern, im Gegenteil, als Serviceleistung. So führten wir gemeinsam mit dem BND eine interne Kennzeichnung für Verschlusssachen ein, die Geheimhaltungsgrade und Aufbewahrungsfrist sofort erkennen lässt. Diese Kennzeichnungsart hat sich nach kurzer Zeit so bewährt, dass sie heute in die allgemeine Verschlusssachenanweisung aufgenommen wurde.

Mein Referat war aber nicht nur für Fach- und Dienstaufsicht zuständig. Wie Sie wissen, hat die Abteilung 6 im Bundeskanzleramt auch Ressortfunktion. Das heißt, wir haben die Interessen des BND bei den Ressorts wie beispielsweise dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Verteidigung oder dem Bundesministerium des Innern vertreten und die Arbeit des BND im Sinne dieser Ressorts begleitet und gesteuert. So haben wir in verschiedenen ressortübergreifenden Gremien aktiv mitgewirkt. Zu nennen wären



Nur zur dienstlichen Verwendung

hier beispielsweise die Ressortkreise Außenwirtschaft, Wirtschaftsschutz oder IT-Gefährdung. Zusammenfassend dient die Fach- und Dienstaufsicht nach meinem Verständnis dazu, den BND kritisch, aber auch helfend und gestaltend zu begleiten.

Ich bitte um Verständnis, dass ich zu den Geheim eingestuftem Sachverhalten, insbesondere zu Zahlen, Orten, Namen, in der öffentlichen Sitzung keine Angaben machen kann, da ich gegen die Verschlussanweisung und meine Aussagegenehmigung verstoßen würde. Zumal bin ich der Geheimschutzbeauftragte des Bundesnachrichtendienstes.² Es ist meine Aufgabe, den Geheimschutz im BND zu überwachen und durchzusetzen. Ich bitte um Verständnis, dass ich dies auch als Vorbild für alle meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun muss.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stehe nun gerne für alle Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. - Ich würde gern mit einigen Fragen zu Ihrem beruflichen Werdegang beginnen. Wir kommen dann sicherlich auch immer wieder zu Ihren Ausführungen, die Sie bisher gemacht haben.

Vielleicht sagen Sie uns noch ganz kurz etwas zu Ihrer Ausbildung und wie Sie nach Ihrer Ausbildung zum Bundesnachrichtendienst gekommen sind. Sie hatten es ja schon angerissen. Ich würde aber gern noch mal, sagen wir mal, bis in den Bereich 1990 die Vorgeschichte etwas näher wissen.

Zeuge Guido Müller: Also, ich habe Abitur gemacht, war Grundwehrdienstleistender und habe mich dann für die Ausbildung des gehobenen nichttechnischen Dienstes im BND beworben. Wer sich mit der Fachhochschule des Bundes auskennt, weiß: Da gibt es eine Ausbildung, die der BND gemeinsam mit der Fachhochschule des Bundes durchführt. Ich bin sozusagen ein Absolvent dieser Einrichtung und habe den Diplom-Verwaltungswirt abgeschlossen, war dann in der Quellenführung beim BND, HUMINT-Quellen,

habe also menschliche Quellen gesucht und betreut, bin dann beurlaubt worden als Beamter des gehobenen Dienstes, habe dann den Abschluss Magister in Politikwissenschaften abgelegt und habe mich in dem zweiten Studium² erneut beim BND bewerben müssen und habe ein zweites Mal das Auswahlverfahren, nunmehr für den höheren Dienst, abgelegt und bin dann am 01.07.1995 - wenn ich das Datum genau weiß, ich meine: ja - in den höheren Dienst übernommen worden als Angestellter. Ich musste mich also entlassen lassen als Beamter, wurde dann Angestellter, bin in der Funktion kurzzeitig noch mal im Quellenführen eingesetzt worden, war dann Referent für Partnerverbindungen im Bereich Nah-/Mittelost.

In dieser Funktion hatte ich mit einer Operation zu tun, die ich nicht als Operation, sondern, wenn Sie so wollen, als Back-up, Liaison-Back-up, mit betreut habe, die einen humanitären Zweck mit einem israelischen Gefangenen hatte. In dieser Funktion kam ich in Kontakt mit Herrn Vorbeck, der, glaube ich, nach mir als Zeuge geladen ist, der damals ein Referat im Kanzleramt gerade übernahm und diese Operation, wenn man so will, politisch begleitet hat, diese humanitäre Aktion. Nun haben wir viele Wochenenden zusammen verbracht, der Herr Vorbeck und ich, aber jeweils in Büros, ich in Pullach und er in Bonn. Und irgendwann kam die Frage, ob ich mir vorstellen könnte, ins Kanzleramt zu wechseln.

So bin ich 1997 Referent in der Abteilung 6 geworden. Da habe ich dann, wenn Sie so wollen, die Zeit Bundeskanzler Helmut Kohl/Chef BK Bohl, dann später Bundeskanzler Schröder/Chef BK Steinmeier begleitet.³

Ich bin dann 2003 in den BND zurückgegangen, habe dort eine operative Dienststelle zur Aufklärung der internationalen Terrorfinanzierung hier in Berlin geleitet und bin 2006 ins Bundeskanzleramt zurückgegangen. 2007 habe ich dort das eben beschriebene Referat übernommen. Im April 2013 bin ich als Vizepräsident in den BND zurückgewechselt.

2) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

3) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - 1997 als stellvertretender Referatsleiter haben Sie die Bereiche Exportkontrolle, Proliferation, Wirtschaftsspionage und internationale OK quasi mit Ihrem Referat betreut. Also, der Bereich Wirtschaftsspionage: Da kennen Sie sich aus, kann man sagen, zum Beispiel.

Zeuge Guido Müller: Ich erinnere mich, dass die Bundesregierung seinerzeit einen Bericht geschrieben hat, den ich jetzt aber nicht à jour habe, wenn Sie erlauben, der damals im Kabinett zur Kenntnis genommen wurde. Dieser Bericht beinhaltete - - Wenn ich das richtig im Kopf habe, war der Geheim eingestuft. Ich habe mir den auch nicht für die Sitzung jetzt angesehen, wenn es dessen bedurft hätte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir auch nicht.

Zeuge Guido Müller: Ich rekapituliere mal - und das ist nun wirklich lange her -: Da standen drin bestimmte Staaten, die uns bedrohten oder wo eine Gefahr herkam aus Sicht der Sicherheitsbehörden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wird ja auch jährlich im Verfassungsschutzbericht festgehalten.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Guido Müller: Aber es war eben vielleicht etwas tiefer als im Verfassungsschutzbericht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir nicht sagen, weil er ist ja Geheim eingestuft. Aber da geht gar nicht meine Frage hin. Die Frage war ja: Im Bereich Wirtschaftsspionage, da kennen Sie sich grundsätzlich aus, weil es könnten ja gleich noch mal Fragen kommen, die in den Bereich Wirtschaftsspionage gehen.

Zeuge Guido Müller: Ich war damit beschäftigt. Aber ich bin sicherlich kein Spezialist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Schauen wir mal. - Jetzt würde mich interessieren: Als Sie dann wieder im Bundeskanzleramt waren, Referatsleiter 623, 2007 bis 2011, da sind ja ähnliche Bereiche bei Ihnen gewesen: Proliferation, internationale organisierte Kriminalität, Controlling, Sicherheit, Cybersicherheit, Wirtschaftsschutz. Ist Wirtschaftsschutz jetzt das Gleiche wie Schutz der Wirtschaft vor Wirtschaftsspionage? Oder ist das was anderes?

Zeuge Guido Müller: Ich würde sagen, es geht weiter, ohne dass ich jetzt denen im Ressortkreis des Innenministeriums, also in der Federführung des Innenministeriums, zu weit vorgreifen möchte, weil die Federführung ist dort. Aber ich würde einfach sagen: Als wir das Thema Wirtschaftsschutz betrieben haben, ging es auf der einen Seite sicherlich um die Abwehr von Wirtschaftsspionage.

Um das auch ganz klar zu sagen: Der BND betreibt keine Wirtschaftsspionage; nicht, dass ich am Ende - ich sage jetzt mal - in den Geruch komme, wir würden Wirtschaftsspionage machen. Es geht auch um Informationen, die, wenn Sie so wollen, im BND oder in den Sicherheitsbehörden so oder so existieren.

Ich will Ihnen ein Beispiel machen: Da ist in einem Land X zu befürchten oder zu besorgen, dass KMU verstaatlicht werden. Das ist für bestimmte deutsche Unternehmen von Interesse, weil die da vielleicht Investitionen getätigt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie denn im BND - - Oder: Wie definieren Sie denn im BND Wirtschaftsspionage? Das ist ja sicherlich auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter relevant, zu wissen: Reden wir da von dem Gleichen? - Wie definieren Sie denn Wirtschaftsspionage? Also, jetzt nicht Sie persönlich, sondern im BND.

Zeuge Guido Müller: Also, ich habe jetzt keine griffige Idee. Ich sage jetzt mal: Wenn es die gibt, eine in einer Dienstvereinbarung niedergelegte Definition - - Ich sage Ihnen jetzt: Es geht darum, dass wirtschaftliche Vorteile für Unternehmen



Nur zur dienstlichen Verwendung

gewonnen werden. Darum geht es in der Wirtschaftsspionage: aus Wirtschaftsunternehmen für Wirtschaftsunternehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn man das abwehrt: Kann man das von vornherein erkennen? Wenn Sie so einen Angriff merken, -

Zeuge Guido Müller: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - kann man dann von vornherein erkennen: Sind das jetzt Daten, die probiert werden zu gewinnen, um einem Unternehmen in einem Drittstaat oder wo auch immer eben auf der Welt einen Vorteil zu gewähren? Oder kann man das so zu Anfang eigentlich schon erkennen?

Zeuge Guido Müller: Ich glaube, das ist in der Tat eine der Krux: Was ist Wirtschaftsspionage, Konkurrenzausspähung, und was ist - in Anführungszeichen - der Versuch, Proliferationsinformationen zu erlangen? In der Tat ist die Trennschärfe ausgesprochen kompliziert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Ist Ihnen da so zu Beginn Ihrer Amtszeit ein Sachverhalt mal besonders bemerklich geworden, wo es um diese -

Zeuge Guido Müller: Trennschärfe geht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: -Trennschärfe geht, wo es überhaupt um das Thema geht: „Mensch, kommen wir hier in Bereiche rein, wo vielleicht Wirtschaftsspionage der Fall ist?“, und das auch noch in Bezug auf den einen oder anderen Partner?

Zeuge Guido Müller: Kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind Ihnen die Begriffe „EADS“ und „Eurocopter“ bekannt?

Zeuge Guido Müller: Habe ich schon gehört.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind die Ihnen in der Amtszeit begegnet, speziell in der Amtszeit 2007, 2008, 2009, so in den Jahren?

Zeuge Guido Müller: 2007, 2008, 2009? - Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2010?

Zeuge Guido Müller: Da würde ich gern in der geheimen Sitzung zu vortragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie kennen einen Artikel aus dem *Spiegel* vielleicht.

Zeuge Guido Müller: Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach einem Pressebericht sollen Sie ja einen Brief vom BND erhalten haben. Das ist der *Spiegel* vom 2. Mai 2015. Der Bericht ist überschrieben mit „Der unheimliche Dienst“. Welcher da gemeint ist, weiß ich nicht.

Der Titel: „Sachstand Zusammenarbeit Abteilung TA mit NSA“.

Darin soll es heißen, also darin heißt es - ob das wahr ist, weiß ich nicht; aber vielleicht können Sie mir da helfen -:

„Dass die NSA weiterhin gemäß US-Interessen deutsche Ziele aufklärt, kann allerdings nicht verhindert werden.“ ... „NSA hat jedoch in 2005 Erfassungskriterien zu den Firmen EADS, Eurocopter und verschiedenen französischen Behörden in JSA eingestellt.“

Wissen Sie was drüber? Aus dem *Spiegel*.

Zeuge Guido Müller: Den *Spiegel* habe ich gelesen. Es ist aber für mich ausgesprochen schwierig, zu antworten. Ich hatte versucht, in der Vorbemerkung darauf hinzuweisen, dass es mir ausgesprochen schwerfällt, obwohl ich das gerne machen würde, einen geheimen Vorgang im Zweifel zu besprechen. Ich möchte den Vorgang weder bestätigen noch dem widersprechen, aber ich würde gerne zu dem Vorgang in der geheimen Sitzung eine Aussage treffen, und ich darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. - Dann gehe ich mal anders dran. Wenn wir jetzt - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dort ist ja auch gesagt worden „und verschiedenen französischen Behörden“. Nun kommt es mir nicht auf die französischen an. Sie wissen, was Selektoren sind?

Zeuge Guido Müller: Mittlerweile ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn wir jetzt einen Selektor haben, der kein direkt deutscher Selektor ist, sondern ein europäischer. Das kann eine E-Mail-Adresse sein mit „fr“-Endung, das kann eine Vorwahlnummer sein „+33“. Das sind ja jetzt keine deutschen Selektoren, die also durch eine G-10-Prüfung ausgeschieden würden. Die könnten aber im deutschen Interesse sein. Wie definiert denn der BND die Begrifflichkeit „in deutschem Interesse“ - das ist eine sehr wesentliche Begrifflichkeit -, um diese Trennschärfe für den Sachbearbeiter deutlich zu machen? Wissen Sie das?

Zeuge Guido Müller: Ich muss jetzt unterscheiden zwischen dem, was ich in welcher Funktion gewusst habe. Also, 2010 habe ich das, was Sie beschreiben, alles nicht gewusst. Ich habe das auch bis März oder April dieses Jahres nicht gewusst, was Sie beschreiben. Ich habe mich aber natürlich auf diese Sitzung vorbereitet und habe gesehen, dass das in der Tat ein nicht klarer Punkt ist, erstens; zweitens, dass die dritte Stufe bei der - wie nenne ich das? - Ausfilterung deutsche Interessen betrifft. Und ich habe natürlich auch lernen müssen, dass es dafür keine Dienstvorschrift gibt. Insofern stimme ich Ihnen vollkommen zu, dass es ausgesprochen schwierig ist, das zu definieren. Ich sage Ihnen aber: Meiner Meinung nach sollte das definiert sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist eine wesentliche Erkenntnis. - Aber ich sage mal so: Sie haben ein exzellentes Studium an der Fachhochschule des Bundes genossen, haben dann noch den Aufstieg in den höheren Dienst gemacht. Jetzt stelle ich mir aber den Sachbearbeiter vor, der mit dieser komplexen Aufgabe betraut ist, der entscheiden soll: „Sind Dinge im deutschen Interesse?“, die, wenn sie eingestellt sind, ja Konsequenzen erzielen, wenn möglicherweise Treffer deswegen produziert werden bei dem Datenabgleich. Und der soll jetzt im Zweifel

zwischenstaatliche Vereinbarungen beurteilen und kennen können, soll wissen können, was im deutschen Interesse ist, soll etwas von G-10-Prüfung zumindest gehört haben.

Wie kriegt man das denn hin, wenn man da nicht entweder eine ganz intensive Schulung und Einführung macht oder zumindest so eine Art Taschenkarte hat, hätte ich bei der Bundeswehr gesagt, dass man mal wenigstens weiß: Wie komme ich eigentlich mit diesem Daily Business hier klar?

Zeuge Guido Müller: Ich stimme vollkommen mit Ihnen überein. Ich glaube auch, dass der Präsident hier versucht hat, zu erklären, dass er wie andere davon ausgegangen ist, dass eine solche Dienstvorschrift existiert. Wir wissen aber nun: Es gibt keine Dienstvorschrift. - Ich kann Ihnen natürlich jetzt nicht was erklären, wo Sie mit Recht sagen: „Wäre das nicht besser?“ - Ja, wäre besser. Noch einmal: sollte definiert sein.

Ich versuche es vielleicht mal hilfsweise mit G 10. In allen Bereichen, in allen Abteilungen haben wir einen Justiziar sitzen. Wir haben in der Abteilung TA einen extra - ich sage jetzt mal - Rechtspartikel, also dieses Referat TAG. Wir haben ein Justizariat. Und die gemeinsam sollen, wenn Sie so wollen, sicherstellen, dass kein G-10-Verstoß entsteht. Ich glaube, dass wir in der Tat in der Vorzeit - und ich sage: „ich glaube“, weil ich da auch nicht für zuständig war in der Vorzeit und es auch nicht aktiv weiß - möglicherweise ein Defizit gehabt haben, weil wir uns ausschließlich auf G 10 kapriziert haben. G 10 war, wenn Sie so wollen - ich sage das jetzt mal -, die Monstranz. Um die ging es, und die musste auf jeden Fall eingehalten werden; soll sie auch weiterhin. Nicht, dass Sie jetzt glauben, ich würde jetzt sagen: Das brauchen wir nicht mehr. - So. Aber das war das. Und von dieser Seite kommen wir. Und ich befürchte, dass man dann den anderen Teil nicht genug definiert hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das deckt sich mit dem - Sie haben es gerade gesagt -, was auch Herr Schindler gesagt hat. Er hat am 21. Mai hier bei uns gesagt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben jedenfalls bei unserer bisherigen Suche weder eine Weisung noch eine Dienstvorschrift gefunden, die quasi das MoA von 2002 in irgendeiner Weise umsetzt.

Das hat er in öffentlicher Sitzung gesagt.

Haben Sie denn eine Erklärung? Sie haben ja auch gesagt: hat es nicht gegeben. Aber können Sie eine Erklärung finden, warum man sich da keinen Kopf, weder im BND noch im Kanzleramt, gemacht hat? Und das ja bis vor einiger Zeit, muss man ja sagen, eigentlich bis heute mehr oder weniger. War man da bezüglich der technischen Fähigkeiten auf der Ebene, die entscheiden hätte müssen, dass man eine solche Dienstvorschrift braucht, nicht informiert genug? Also, sprich: Ist die Kooperation, insbesondere mit dem amerikanischen Partner, so schnell gegangen, dass man da führungsmäßig nicht hinterhergaloppieren konnte, die technische Kompetenz, die man durch die Kooperation gewann? Sollte es keine geben, damit Erfolge nicht blockiert wurden? Wie können Sie sich das vorstellen?

Herr Schindler sagte nämlich weiter auch:

Also heute würden wir sofort einen Erlass vom Kanzleramt kriegen und sagen: „Nun macht mal so eine schöne Dienstvorschrift“
...

Warum denn in den Jahren davor nicht - ich sage mal -, in rund zehn Jahren? Können Sie das erklären? Also, ich will es jetzt gar nicht als Vorwurf - - nur ich würde gern wissen, warum nicht.

Zeuge Guido Müller: Ich kann natürlich nicht was erklären - - Sie ziehen mich - ich sage jetzt mal, und so fühle ich mich ein wenig - immer weiter aufs dünne Eis nach dem Motto: Du musst doch erklären, was du nicht gewusst hast. - Ich versuche das und will es auch gerne tun.

Noch mal: Ich glaube, dass wir eher fixiert waren auf G-10-Verkehre. Das war und ist, glaube ich, auch perfekt organisiert. Glaube ich schon. Wir

waren der Überzeugung - - Sie fragen mich nachher: Haben Sie denn das MoA gekannt? - Ich habe es nicht gekannt. Aber die, die das MoA gekannt haben, gingen offensichtlich davon aus, dass es nicht denkbar ist, dass das MoA möglicherweise nicht eingehalten wird. Ich kannte das MoA nicht. Ich will auch nicht verhehlen: Ein Teil von dem, was Sie schon gesagt haben, kann das Problem sein. Ein Teil kann natürlich sein: Was sind das für Schnittmengen bei der Definition dessen, was getan wird?

Ich will Ihnen ein Beispiel machen anhand eines internationalen Terroristen. Der internationale Terrorist, der von einem Land ins andere wechselt, würde ja dann - in Führungszeichen -, wenn er zum Beispiel nach Deutschland wechselt, nicht mehr von Interesse sein. Möglicherweise hat es damit zu tun, dass man eben nicht genug definiert hat: Was ist das Interesse des einzelnen Partners? Das kann ich aber nicht definieren, weil ich das MoA nicht kenne. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt frage ich mal die letzte Frage zu diesem Bereich, oder die letzten Fragen, vielleicht werden es zwei. Sie waren ja bis April oder bis 2013 im Kanzleramt, sind zum 01.04.2013 dann Vizepräsident BND geworden. Als dann die Snowden-Veröffentlichungen kamen, haben Sie sich nicht da mal gefragt: „Wie ist das mit dieser Kooperation und mit den möglichen Selektoren?“? Ist da nicht wieder was aufgeblitzt, wo man sagen kann: „Mensch, da war doch was. Da müssen wir noch mal genau hingucken, ob da so alles knusprig war, weil doch jetzt wahrscheinlich viele, viele Fragen auch vom Deutschen Bundestag kommen werden“? - Die kamen dann ja auch, Kleine Anfragen aus dem Deutschen Bundestag. Da gab es ja viel zu bearbeiten. Ist da nicht wieder was, irgendwie, wo man gesagt hat: „Da müssen wir mal genau hingucken“? - Okay.

Zeuge Guido Müller: Ja. Und ich erinnere mich auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil bei uns das erst 2015 aufblitzte, was ich meine.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ja, das, was Sie meinen, kann ich nicht wirklich errahnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich kann ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Guido Müller: Ich vermute jetzt, dass Sie auf die Selektoren abheben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Guido Müller: Sie haben mich aber gefragt, ob es nicht ein Grummeln gab und „Hätte man nicht was fragen müssen?“ Ich habe damals gefragt, ob die eingesetzte Soft- und Hardware auf Backdoors untersucht wurde. Wenn ich geahnt hätte, dass es diese Selektorenproblematik gegeben hätte, hätte ich bestimmt nicht nach Backdoors gefragt, weil die brauchte es ja dann nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wen haben Sie damals auf Backdoors hin gefragt?

Zeuge Guido Müller: Ich habe - - Wie bitte? Wen ich gefragt habe?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wen haben Sie damals auf Backdoors hin gefragt?

Zeuge Guido Müller: Ich habe den BND intern nach den Veröffentlichungen befragt: Haben wir untersucht, was wir eingesetzt haben? Gibt es da Soft - - und Backdoors und dergleichen? Das habe ich getan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, in Ihrem Aufgabenbereich als dann Vizepräsident des BND, das war ja im Juni 2013. Ich weiß ja nicht - -

Zeuge Guido Müller: Ob ich das in der Funktion, die ich heute habe, die ich vorher beschrieben habe, oder in Vertretung des Präsidenten - - das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Aber ich habe das als Vizepräsident in Auftrag gegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jedenfalls nicht vonseiten des Kanzleramtes beauftragt.

Zeuge Guido Müller: Nein, nein. Ich habe das - - Sie haben mich gefragt „nach Snowden“. Und nach Snowden war ich ja im BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So sehe ich das auch. Also, hätten Sie vorher schon was gefragt, hätte ich das besonders interessant gefunden.

Zeuge Guido Müller: Ich kann jetzt nur sagen, wann ich gefragt habe. Das war danach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Wissen Sie noch, wen in Ihrem Amt Sie dann gefragt haben, jetzt strukturmäßig?

Zeuge Guido Müller: Ja. Also meine Aufträge - - Wie sage ich das richtig? Der BND funktioniert an ein paar Stellen natürlich wie ein Flaschenhals. Das heißt, der Leitungsstab des Präsidenten, der Leitung, ist der Flaschenhals für „raus“, Aufträge Kanzleramt, wie „rein“, Präsident, Vizepräsident, in die Firma. Das heißt, ich habe nicht etwa - ich sage jetzt mal - unten angerufen, was ich tun könnte. Ich sage jetzt mal, je nachdem, wie schnell was gehen muss, kann man das auch machen. Dann erwarten wir aber, dass das eben auch durchdekliniert wird, eben ganz normale Hierarchiewege.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben bei D. B. wahrscheinlich angerufen.

Zeuge Guido Müller: Bei wem?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei D. B.

(RA Johannes Eisenberg
unterhält sich mit dem
Zeugen)

Ich kann Ihnen jetzt nicht den Klarnamen sagen.

Zeuge Guido Müller: Ah, jetzt verstehe ich Sie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da können wir uns gleich mal drüber unterhalten.

Zeuge Guido Müller: Auch dazu etwas. Wir haben aus einer bestimmten Tradition heraus und



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus bestimmten Sicherheitserwägungen unterschiedliche Namen. Das heißt, hin und wieder kenne ich Menschen unter anderen Namen. Wir haben manchmal auch eine andere Sprache. Das führt manchmal dazu, dass ich erst überlegen muss. Ich habe jetzt gedacht, Sie sprechen von einer Organisationseinheit, die wir auch mit Abkürzungen haben, und habe versucht, die in meinen Abteilungen zu finden. Ich habe mit PL, mit dem Stab, gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Guido Müller: Das ist der Leitungsstab. Damit habe ich gesprochen. Das ist keine Person. Ich kann mich auch nicht mehr erinnern, wer die Person war. Ich habe den Zuständigen gebeten, das einzusteuern. Das ist auch bearbeitet worden. Und ich habe mir ja die Unterlagen angesehen. Das müsste in Ihren Unterlagen auch sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber im Bereich Selektoren haben Sie keine Veranlassung gesehen, da jemanden anzuweisen, zu sagen: „Mensch, überprüf doch mal, wie sich das aus ... (akustisch unverständlich)“

Zeuge Guido Müller: Ich kannte keine Selektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kannten Sie da gar nicht.

Zeuge Guido Müller: Ich kannte weder das Wort noch kannte ich den Umstand. Und ich versuche es, wenn Sie erlauben, noch einmal: Wenn ich gewusst hätte, dass es Selektoren im System gegeben hätte, was wir heute wissen, hätte ich sicherlich nicht nach Backdoors gefragt, weil Backdoors brauche ich nicht, wenn ich Selektoren habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kannten Sie das vielleicht unter dem Begriff „Datenbegriff“ oder „Suchbegriff“? Die kannten Sie dann aber, einen von den beiden: Datenbegriff oder Suchbegriff?

Zeuge Guido Müller: Ich habe bestimmt das Wort Suchbegriff, ich habe bestimmt auch das Wort

Datenbegriff schon gehört. Ich habe es aber nicht unter „Selektoren“ subsumiert, weil ich den Begriff nicht kannte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sind ja Synonyme. Das geht ja ein bisschen wie Kraut und Rüben durcheinander. Die einen sagen „Suchbegriff“, die anderen sagen „Selektor“, die anderen sagen sonst irgendwas dazu. Ich will mich da nicht um die Begrifflichkeit streiten. Aber wenn wir das Gleiche meinen, das sind die Begriffe, die von einer Seite eingesteuert werden, auf die man dann Kommunikationsstrecken durchsucht, und dann gibt es möglicherweise einen Treffer oder nicht. Das kann eine E-Mail-Adresse sein, das kann eine Handynummer sein.

Zeuge Guido Müller: Es gab auch mal den Begriff „Profil“. An den kann ich mich erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann meinen wir damit dann das Gleiche? Nicht, dass Sie sagen: Profil ist aber jetzt was anderes.

Zeuge Guido Müller: „Profil“ ist für mich besetzt mit dem Auftragsprofil der Bundesregierung. Da ist „Profil“ drin. Dass das einzelne Begriffe, sogar - ich sage jetzt mal - per EDV oder sonst was, sein sollten, habe ich nicht darunter verstanden. Das Wort „Profil“ ist für mich: Ich interessiere mich für das, das und das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich mache jetzt mal hypothetisch. Wenn die Amerikaner, die NSA, einen bestimmten Suchbegriff dem BND zur Verfügung gestellt hätten und dieser Suchbegriff wäre eine Handynummer, hätten Sie das dann als Profil bezeichnet?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie hätten Sie das dann genannt?

Zeuge Guido Müller: Merkmal, Suchmerkmal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Merkmal. Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Also, unsere Suchbegriffe oder Suchmerkmale sind anders bezeichnet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ja gut. Wir nehmen Ihren Begriff. - Ist Ihnen 2013 denn in den Sinn gekommen, jetzt mal die Suchmerkmale zu hinterfragen, die der BND anwendet und die er von der NSA bekommen hat?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gar nicht. Okay. - Ist das irgendjemandem vielleicht mal eingefallen, die Suchmerkmale zu hinterfragen, irgendjemandem im großen BND?

Zeuge Guido Müller: So, wie ich das heute weiß, ist offensichtlich dem Herrn B. das eingefallen. Das habe ich aber erst im Zuge der Maßnahmen der Aufklärung - ich sage jetzt mal: dieses Jahr März/April - mitbekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müsste ich nur noch zusammenkriegen - dann bin ich eigentlich schon zufrieden -, warum das gerade dem Kollegen B. aufgefallen ist und nicht Ihnen. Ich hatte ja eben mal einen Zeitungsartikel im *Spiegel* angesprochen. Da lese ich nichts von B. Wieso war der denn so sensibel da und nicht vielleicht sogar Sie? Ist das ein besonders sensibler Kollege?

Zeuge Guido Müller: Bestimmt. Also, das will ich nicht in Abrede stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit Sicherheit.

Zeuge Guido Müller: Aber, ich versuche - - So. Ich würde gerne in der geheimen Sitzung das klarstellen oder formulieren. Aber wenn ich 2010 etwas gelesen hätte, wo drinstünde, das ist erledigt, dann erinnere ich mich natürlich 2013 nicht an einen Vorgang, der sich erledigt hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstehe. Okay. Gut. - Ich hätte zwar noch viele Fragen, aber ich glaube, die Fraktionen haben auch viele Fragen, und wir haben ja auch einen engen Zeitrahmen. Deswegen danke ich Ihnen schon mal

ganz herzlich und würde jetzt an die Fraktionen übergeben. Die Fraktionen erhalten nach ihrer Stärke jeweils die Fragerechte. Die CDU/CSU hat 27 Minuten, die SPD 17 Minuten, die Linke 8 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen haben auch 8 Minuten. In der ersten Fragerunde beginnt die Fraktion Die Linke.

Wenn Sie zwischen den Fragen der Fraktionen mal eine Pause brauchen oder irgendetwas, sagen Sie Bescheid. Dann machen wir das natürlich. Sie müssen sich dann nur zu Wort melden. - Ich gebe jetzt Frau Kollegin Renner als Erster das Wort für die Fragen der Fraktionen.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Müller, ich würde gerne wissen: Haben Sie an verantwortlicher Stelle auch im Rahmen von Operationen mit der NSA zusammengearbeitet?

Zeuge Guido Müller: Also, ich versuche - - Ich gehe im Moment in mich. Ob ich mit der NSA operativ zusammengearbeitet habe?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Guido Müller: Ich kann das für den untersuchten Beweisgegenstand ausschließen.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, es geht ja jetzt mir nicht darum, ob das auf den untersuchten Beweisgegenstand zutrifft, sondern wie weit Sie mit der NSA in verantwortlicher Position operativ zusammengearbeitet haben, gibt ja Auskunft über Ihr Verhältnis zu diesem AND. Da geht es um die Zeugen.

Zeuge Guido Müller: In verantwortlicher Aufgabe ist - - Was meinen Sie? Welche Funktion meinen Sie? In den ganzen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Operation geleitet?

Zeuge Guido Müller: Nein. In welcher Zeit? Ich kann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das weiß ich doch nicht. Ich weiß doch nicht, was Sie gemacht haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Das habe ich aber - - Also, ich habe Operationen gefahren verantwortlich in den Jahren 2003 bis 2006. Und in der Zeit habe ich keine Operationen mit der NSA geführt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und seit wann sind Sie beim BND?

Zeuge Guido Müller: Seit 1987.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, auch davor nicht, vor 2003.

(RA Johannes Eisenberg unterhält sich mit dem Zeugen)

- Doch. Bis 2001 ist hier Untersuchungsgegenstand, Herr Eisenberg. Das hört man bis hier, Ihr Gesummse.

Zeuge Guido Müller: Ich war in der Zeit von 1997 bis 2003 Mitarbeiter im Bundeskanzleramt und habe da auch keine Operationen geführt.

Martina Renner (DIE LINKE): Na, wir werden das noch mal klären. - Ich habe so eine Frage zum Organigramm, und zwar zu dem Referat 623. Das sieht so aus, als wäre das mit der Übernahme durch Sie erst geschaffen worden. Ist das richtig? Lese ich das richtig?

Zeuge Guido Müller: Das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war denn die Veranlassung, das neu zu schaffen?

Zeuge Guido Müller: Das ist jetzt für mich schwierig zu beantworten. Aber ich versuche es. Die Entscheidung der Schaffung einer Organisationseinheit wird ja durch den Abteilungsleiter und den Chef BK betrieben. Ich würde sagen, es wurde die Dienst- und Fachaufsicht gestärkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also gab es vorher Defizite, und man musste deswegen ein neues Referat schaffen. Weil es fällt auf - -

Zeuge Guido Müller: Ich kann das nicht bewerten, Frau Abgeordnete, weil ich bin sozusagen - -

Es ist ja, wenn Sie so wollen: Die Entscheidung ist gefällt worden. Warum, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das überzeugt mich jetzt nicht so ganz, weil man kommt dann dahin und es wird extra ein neues Referat geschaffen. Ich denke, da wird man doch als Erstes fragen: Was ist der Vorlauf? Warum war das - -

Zeuge Guido Müller: Ich habe mich beworben und war sehr glücklich, dass ich es geworden bin.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Gut. Das konnten wir jetzt auch nicht klären. - Sie sagten vorhin, aus der Causa Kölbl heraus waren organisatorische Neugestaltungen notwendig. Können Sie sagen, was das war? Ich hatte bis jetzt immer gedacht, das wäre mehr um einen inhaltlichen Vorgang gegangen.

Zeuge Guido Müller: Ich gucke jetzt mal, aber ich versuche das. Es gab vorher dezentrale Bereiche, die ähnliche Maßnahmen betrieben. Und man hat das zentralisiert, was da betrieben worden ist, um insbesondere die Dienst- und Fachaufsicht innerhalb des BND über diesen Bereich zu verbessern. Ich erinnere mich auch, dass der Bereich von einem Juristen danach geleitet wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist dann welcher Bereich, der dann entstanden ist, zentralisiert wurde?

Zeuge Guido Müller: Das weiß ich nicht mehr, wie der heißt. Aber da kann bestimmt der Herr Wolff helfen. Sonst müssen wir das nachliefern.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, das MoA kennen Sie nicht.

Zeuge Guido Müller: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder kannten Sie nicht?

Zeuge Guido Müller: Ich habe gesagt: Ich kenne es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Bis heute?

Zeuge Guido Müller: Bis heute.

Martina Renner (DIE LINKE): Als Vize des BND, mit der Diskussion, die wir zu diesem MoA und seinen Annexen haben?

Zeuge Guido Müller: Schauen Sie, ich bin als Zeuge über meine Wahrnehmung geladen worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Guido Müller: Ich habe mich nicht vorbereitet im Sinne von: Was hätte ich alles gelesen haben können? Es sind 250 000 Seiten im BND, 60 000 haben wir an Sie weitergeleitet, 250 000 haben wir im Nachgang noch mal eingehend geprüft, ob sie einschlägig sind. Ich habe mich vorbereitet. Und in der Tat könnte man sagen: Warum habe ich das MoA nicht gelesen? Da gibt es aber bestimmt noch andere Dinge, die ich hätte lesen können. Ich gebe zu, aus Ihrer Sicht: Warum muss das sein? - Ich bin aber mit dieser Task Force „Aufklärung“ nicht betraut. Das macht der Herr Schindler persönlich. Und ich sage jetzt mal: Es sind auch ein, zwei Dinge noch zusätzlich zu tun. Deswegen bin ich jetzt nicht auch noch - ich sage jetzt mal - in die Gruppe hineingegangen und habe jetzt - in Anführungszeichen - für diese Sitzung dies betrieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann befürchte ich, nachdem wir zu Selektoren und MoA eine Fehlanzeige haben, dass, wenn ich Sie jetzt nach „Eikonale“ frage, Sie auch sagen: Das kenne ich nicht.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig, nicht? Ja, das deckt sich mit dem, was Herr Kurz heute Morgen hier ausgeführt hat. Er kannte auch keine Selektoren, kein MoA und kein „Eikonale“ und auch kein EADS. Da haben wir die einzige Stelle, wo wir bei Ihnen wenigstens schon einen kleinen Fortschritt haben.

Dann machen wir es mal ganz allgemein. Was wissen Sie denn zu operativer Zusammenarbeit mit Five Eyes, bei denen Daten in Deutschland erfasst wurden? Aus Ihrer Dienstzeit, nicht heute.

Zeuge Guido Müller: Also, aus der Zeit im Bundeskanzleramt sage ich Ihnen, dass der Begriff „Five Eyes“ ein Begriff war, der umgangssprachlich genutzt wurde, der aber, soviel ich weiß, nie bestätigt wurde, dass es die Five Eyes überhaupt gibt. Ich weiß, dass wir mit unterschiedlichen Partnern zusammenarbeiten, und ich habe an mehreren Besprechungen und auch an Reisen teilgenommen, wo das Kanzleramt sich mit Partnerdiensten/der Aufsicht über Dienste getroffen hat. Und wenn die Existenz der Five Eyes offiziell bestätigt wäre, würde ich Ihnen sagen: Da waren auch Five-Eyes-Staaten dabei. - Ich weiß nicht, ob es eine offizielle Bestätigung der Five Eyes gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann machen wir es anders. Was wissen Sie - - Dann hängen wir uns doch jetzt nicht an dem Begriff „Five Eyes“ auf. Dann fragen wir doch: Was wussten Sie aus Ihrer hier in Rede stehenden Dienstzeit zu Operationen im Bereich von SIGINT, also Datenerfassung in Deutschland für die NSA?

Zeuge Guido Müller: Ich weiß aus dieser Zeit, dass es eine Kooperation gibt. Und ich versuche es - - Ich kenne keine Operation mit Namen erinnern. Möglicherweise waren in den Unterlagen Operationen, die - ich sage jetzt mal - ganz andere Bezüge haben wie das, wonach Sie gefragt haben, mit Deutschlandbezug. Ich weiß natürlich, dass es Bad Aibling gibt. Ich weiß auch, dass es eine Kooperation gibt. Ich wusste, dass in Bad Aibling eine gemeinsame Stelle betrieben wird, und ich wusste auch, dass das physikalisch getrennt ist. Das ist jedenfalls mein Wissen, dass es physikalisch getrennt war, im Sinne von: Es gab keinen direkten Zugriff - das ist mein Wissen - auf unsere Datensysteme im BND. - Mein Problem, während ich spreche, ist „unser“. Ich rede jetzt für das Kanzleramt und meine aber das Datensystem des BND.

Ich wusste, dass die Amerikaner diese Stelle betrieben haben und irgendwann übereignet haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Verhandlungen, die Grundlagen, das MoA waren mir nicht bekannt. Ich weiß, dass wir mehrfach Gespräche geführt haben über Reduzierung oder Nichtreduzierung von Personal. Da kann ich mich dran erinnern. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, dass wir konkrete Operationen besprochen hätten. Sicherlich habe ich aber mitbekommen, dass es Operationen gibt. Ich war aber nicht - - Wie sage ich das jetzt richtig? Dass ich der Teil war, der wusste, um was es in dieser Operation wirklich ging - -

Ich ging davon aus, bis im März/April dieses Jahres, dass es überhaupt keine Möglichkeit gibt, direkt in das System einzugreifen. Davon bin ich ausgegangen. Deswegen auch die Frage, irgendwann 2013: Das, was wir da übernommen haben irgendwann - Software, Hardware -, ist das untersucht worden seinerzeit auf Backdoors und - ich sage jetzt mal - Möglichkeiten, Informationen beiseitezuschaffen?

Martina Renner (DIE LINKE): War Ihnen bekannt, dass bei der Deutschen Telekom Daten erfasst werden?

Zeuge Guido Müller: Ich würde gern darüber in geheimer Sitzung Auskunft geben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt müssten wir wechseln. Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Als Nächste erhält die Fraktion der SPD das Wort.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Müller, Sie haben ja eine sehr beeindruckende Karriere hingelegt, haben immer zwischen Kanzleramt in den letzten Jahren und BND hin und her gewechselt. Ist das typisch, oder sind Sie da eher ein Ausnahmefall?

Zeuge Guido Müller: Das ist schwer zu sagen, ist es typisch.

Christian Flisek (SPD): Nein, das ist nicht schwer zu sagen. Sie kennen Ihre Kollegen, wissen, was die so für Karrieren gemacht haben. Ist das üblich, dass man zwischen Kanzleramt und BND hin und her wechselt?

Zeuge Guido Müller: Ja, das ist üblich.

Christian Flisek (SPD): Wie viele sind da so unterwegs?

Zeuge Guido Müller: Das kann ich Ihnen nicht abschließend sagen.

Christian Flisek (SPD): Pi mal Daumen. Aber Sie sind kein Einzelfall.

Zeuge Guido Müller: Im Moment bestimmt 20 - ich sage jetzt mal -, 20 Mitarbeiter des BND für eine gewisse Zeit im Kanzleramt und kehren - so ist meine feste Überzeugung und meine Hoffnung - alle wieder zurück.

Christian Flisek (SPD): Können Sie sich vorstellen, warum ich das nachfrage?

Zeuge Guido Müller: Darf ich noch einen Zusatz sagen?

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Guido Müller: Es gibt natürlich auch Karrieren vom BND ins Kanzleramt als junger Referent und dann einen Weg im Kanzleramt. Ich kann Ihnen das klar sagen. Ein Vorbild für mich war während meiner Karriere der Herr Staubwasser, der als Referent aus dem BND ins Kanzleramt gegangen ist und Ministerialdirigent geworden ist, und natürlich der Herr Vorbeck.

Christian Flisek (SPD): Können Sie sich vorstellen, warum ich mich dafür interessiere?

Zeuge Guido Müller: Das fällt mir schwer. Wenn Sie mir - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ich werde Ihnen das erläutern, warum ich mich dafür interessiere. Weil ich mir die Frage stelle: Das Kanzleramt ist die Rechts- und Fachaufsichtsbehörde über den Bundesnachrichtendienst. Und wenn man da so permanent lustig über die verschiedenen Instanzen und Hierarchieebenen hinweg hin und her wechselt, dann frage ich mich: Man hat ja sozusagen immer auch Loyalitäten zu seinem ehemaligen Dienst. Ja?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ich arbeite für dieses Land, und das tue ich da wie dort.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. Lassen Sie mich mal.

Zeuge Guido Müller: Entschuldigung.

Christian Flisek (SPD): Lassen Sie mich mal.

Zeuge Guido Müller: Okay.

Christian Flisek (SPD): Und ich sehe da einen Interessenkonflikt. Sehen Sie den nicht auch?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Christian Flisek (SPD): Warum nicht?

Zeuge Guido Müller: Ja, weil ich für dieses Land arbeite.

Christian Flisek (SPD): Gut. Kennen Sie das Projekt „Monkeyshoulder“, über das die Presse berichtet hat?

Zeuge Guido Müller: Darüber würde ich gerne - -

Christian Flisek (SPD): Ich frage nur, ob Sie es kennen. Ich will nicht mit Ihnen die Einzelheiten besprechen. Ich frage nur, ob Sie „Monkeyshoulder“ kennen. Darüber hat die Presse berichtet.

Zeuge Guido Müller: Ich kenne die Berichterstattung.

Christian Flisek (SPD): Kennen Sie es außerhalb der Berichterstattung?

Zeuge Guido Müller: Darüber würde ich gern Geheim mit Ihnen sprechen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann wissen Sie wahrscheinlich auch, wenn ich dieses Projekt anspreche, warum ich da ein Problem sehe. Weil die Presse berichtet - und ich unterstelle das jetzt mal als zutreffend -, dass „Monkeyshoulder“ ein Projekt sei, wo es im BND intern die Anweisung

gab, dass dem Kanzleramt davon nichts zu erzählen ist.

Zeuge Guido Müller: Darüber ist mir nichts bekannt.

Christian Flisek (SPD): Gut. Und wenn es dann Leute gibt, die immer hin und her wechseln, frage ich mich, wenn man anschließend im Kanzleramt war oder wenn man im Kanzleramt war und anschließend in den BND kommt, zum Beispiel in der Rolle des Vizepräsidenten, was ja eine absolute Spitzenposition ist, und dann erfährt man vielleicht im Rahmen seiner Tätigkeit über Dinge, über die man als Rechts- und Fachaufsichtsbehörde bewusst nichts hätte erfahren sollen, dann frage ich mich: Wie geht man damit eigentlich um?

Zeuge Guido Müller: Sie meinen, wie ich damit umgehe?

Christian Flisek (SPD): Wie man damit umgeht.

Zeuge Guido Müller: Ich habe damit kein Problem, weil das nicht der Fall ist.

Christian Flisek (SPD): Das ist nicht der Fall?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also, es gibt keine Projekte, die ausländische Kooperationen betreffen, wo die Anweisung innerhalb des BND ist: „Dem Kanzleramt soll das nicht gemeldet werden“?

Zeuge Guido Müller: Mir ist das nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Wem könnte denn das außer Ihnen bekannt sein, wenn es dem Vizepräsidenten nicht bekannt ist?

Zeuge Guido Müller: Also, vielen Dank, was Sie mir alles - ich sage mal - zutrauen. Aber ich habe schon auch Zuständigkeiten. Und eine geplante Operation, die heute starten würde, würde nicht zwangsläufig auf meinem Schreibtisch landen. So. Und mir ist nicht bekannt, dass es eine solche Anweisung gibt. Wenn Sie sagen: „Wem ist die



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann bekannt?“, kann ich nicht wirklich wechseln. Ich würde es Ihnen gerne sagen, aber da ich es nicht kenne, weiß ich es nicht, wem es dann bekannt wäre. Ich kann Ihnen nicht antworten zu etwas, was ich nicht weiß. Ich weiß nichts von dieser Anweisung.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie kennen das Projekt „Monkeyshoulder“.

Zeuge Guido Müller: Ich habe das in den Medien gelesen, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja gut, da werden Sie sich noch mal vorbereiten müssen dann in der geheimen Sitzung. Da werde ich Sie noch mal intensiv zu befragen. - Sie sind heute immer noch Vorsitzender des Sozialwerks des Bundeskanzleramtes. Ist das richtig?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich finde das komisch, sage ich Ihnen ganz offen.

Zeuge Guido Müller: Ich habe mein ganzes Leben mich sozial engagiert. Ich habe als junger Mensch Behindertensport beaufsichtigt beim Schwimmen. Ich habe Menschen ohne Arme und ohne Beine das Schwimmen beigebracht und habe sie beaufsichtigt.

Christian Flisek (SPD): Ja, ist alles gut. Nur ich muss Sie jetzt unterbrechen, weil das geht von meiner Redezeit ab. Und das ist jetzt tatsächlich nicht gegenständlich zum Untersuchungsgegenstand.

Zeuge Guido Müller: Aber Sie hatten doch das Sozialwerk angesprochen.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Noch mal: Mir geht es darum, dass es hier eine Situation gibt, die eine enge personelle Verwebung ist zwischen dem Objekt der Aufsicht - das ist der Bundesnachrichtendienst - und der Aufsichtsbehörde selbst. Und mir kommt das komisch vor - das sage ich Ihnen ganz offen -, weil es hier Netzwerke gibt, die man sich immer in den jeweiligen

Stufen natürlich aufgebaut hat, personelle Netzwerke. Die schaltet man nicht aus. Die sind ja auch manchmal ganz gut. Aber ich stelle mir die Frage, und das ist ja etwas, was wir als Untersuchungsausschuss beantworten müssen: Wie effizient und stringent kann eine Aufsicht funktionieren, wenn Karrieren, wie Sie sie beispielhaft geführt haben, eigentlich zu dieser Verflechtung und Verwebung führen?

Für mich sind das Interessenkonflikte, die da zutage treten. Sie müssen im Zweifel ehemaligen Kollegen massiv auf die Finger klopfen, wenn Sie im Kanzleramt sind, bzw. Sie wissen umgekehrt, wie die denken und ticken. Verstehen Sie? Das ist für mich schwierig.

Zeuge Guido Müller: Ich bin mir nicht sicher, ob das BMVg dann funktionieren würde, wenn wir keine Soldaten - -

Christian Flisek (SPD): Ob das was?

(Zuruf des Abg. Burkhard Lischka (SPD))

Zeuge Guido Müller: Ob das BMVg dann funktionieren würde, wenn wir keine Soldaten ins BMVg geben. Das ist mein Ressort. Das ist nichts anderes als mein Ressort.

Christian Flisek (SPD): Na ja. Kollege Lischka hat ja zu Recht darauf hingewiesen, dass es dort die ähnlichen, vielleicht nicht noch schwierigeren Probleme gibt. Diese Problematik, der werden wir uns als Parlamentarier stellen. Und ich finde, Ihre Karriere ist dafür exemplarisch, Herr Müller. Aber da werden wir dann noch mal näher drauf eingehen.

Sie hatten in Ihrem Einleitungsstatement - da hatte ich genau mal hingehört - gesagt: Wir sind permanent ansprechbar. Wir sind permanent vor Ort. Wir sind permanent im Gespräch, auch mit den Mitarbeitern des BND. - Das haben Sie alles gesagt so, als Sie im Kanzleramt waren, zu Ihrer Phase. So habe ich das richtig eingeordnet, dass man permanent da die Gespräche sucht. Jetzt stelle ich Ihnen mal die Frage: Wie können Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich eigentlich erklären, dass das Thema Selektoren, was wir hier gerade, vor allen Dingen in diesen Tagen, erörtern, von dem Sie ja sagen, Sie wissen es erst auch seit März, dass das die ganze Zeit lang unter den Teppich einer Unterabteilung gekehrt worden ist? Ich frage Sie mal: Woran machen Sie das fest? Sie teilen doch die Einschätzung hoffentlich, dass das ein massives Defizit innerhalb der Organisation des Bundesnachrichtendienstes ist. Oder?

Zeuge Guido Müller: Ich habe die Bewertungen des Kanzleramtes natürlich gesehen und akzeptiere sie.

Christian Flisek (SPD): Nein. Ich frage Sie nach Ihrer Bewertung. Teilen Sie die Ansicht, dass die Tatsache, dass die Selektorenproblematik jetzt erst im März aufgrund eines Beweisbeschlusses dieses Untersuchungsausschusses der Hausspitze bekannt wurde, -

Zeuge Guido Müller: Ja.

Christian Flisek (SPD): - ein massives Defizit in der Organisation des BND darstellt?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Christian Flisek (SPD): Teilen Sie. Gut. - Und jetzt stelle ich Ihnen die Frage als jemandem, der Vizepräsident ist: Wie erklären Sie sich das, dass das damals so passiert ist, dass offensichtlich hier ein Unterabteilungsleiter diese Entscheidung getroffen hat? Drüber war ein Abteilungsleiter, der nicht gemeint hat, er müsste seinen Unterabteilungsleiter zu diesem Thema näher befragen, in Zeiten, wo wir Snowden hatten, Mitte 2013. März 2014 haben wir einen Untersuchungsausschuss zu diesem Thema bekommen. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Guido Müller: Zunächst einmal kann ich es nicht nachvollziehen und habe es auch nicht verstanden. Ich befürchte auch, dass ich das nicht abschließend aufklären kann. Aber ich habe mit allen drei Beteiligten ein Gespräch geführt, und zwar nacheinander, weil ich es auch nicht verstehen konnte. Das heißt, ich habe mit General

Pauland gesprochen und habe ihn gefragt: Sagen Sie mal - -

Christian Flisek (SPD): Entschuldigung, mit wem haben Sie gesprochen?

Zeuge Guido Müller: General Pauland. Ich habe ihn gefragt. Für mich ist nicht verständlich, warum er den B. nicht gefragt hat. Es ist nach wie vor nicht nachvollziehbar. Das habe ich zu ihm gesagt. Und er hat mir sehr glaubhaft versichert, dass er geglaubt hat, dass er was falsch machen würde, wenn er den B. nach etwas fragt, was offensichtlich ja aufgeschienen ist - ich sage jetzt mal - knapp zwei Jahre später, also das Defizit. Er drückt ihn auf das Defizit. Er hat gesagt - und ich werde das nicht bewerten -, dass für ihn außer Frage stand - dass er das glaubt, nehme ich ihm auch vollkommen ab -, dass er einen Mitarbeiter, der ihm unterstellt ist, zumal Soldat, damit in eine schlechte Situation bringt.

Ich habe Herrn B. gefragt, warum er das niemandem gesagt hat. Ich habe ihm sogar gesagt bei dem Gespräch, ich würde verstehen, dass er mir sagt, aus Aussageverweigerungsrecht. Er hat gesagt: Nein, er sagt mir das. Aus seiner Sicht hat er das falsch eingeschätzt, und er bedauert das zutiefst. Das hat er mir gesagt.

Christian Flisek (SPD): Mit wem haben Sie noch gesprochen? Sie haben gesagt, Sie haben mit allen drei Beteiligten gesprochen.

Zeuge Guido Müller: Mit Herrn K. Mit Herrn K. habe ich gesprochen.

Christian Flisek (SPD): K.?

Zeuge Guido Müller: Ja. W. K.

Christian Flisek (SPD): W. K.

Zeuge Guido Müller: Ja. W. K.

Christian Flisek (SPD): Wir haben immer nur diese Doppelabkürzungen. K.? Das wird dann alles noch viel schlimmer für uns.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ja, Entschuldigung. - Und er hat mir gesagt, er ging davon aus, dass es bei Herrn B. in guten Händen ist. Er war zu der Zeit auch nicht - ich sage jetzt mal - unten in Pullach, sondern war hier in der Task Force die ganze Zeit in Berlin gefordert. Und ich sage jetzt mal: Für ihn ist es offensichtlich nicht klar geworden, welche Brisanz oder welche, ja doch, politische Brisanz - - und was da bekannt geworden ist. So hat er mir das erklärt.

Christian Flisek (SPD): Ja, das hört sich ja alles sehr menschlich jetzt an, wenn Sie davon so berichten. Ich meine, die Zeugen haben uns im Übrigen - - Wir haben sie gefragt, mit wem sie darüber gesprochen haben.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Christian Flisek (SPD): Nach meiner Erinnerung hat keiner von denen von einem Gespräch mit Ihnen berichtet.

Zeuge Guido Müller: Ich habe das zur Vorbereitung dieser Besprechung, dieser Vernehmung getan.

Christian Flisek (SPD): Nachträglich.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wann war das?

Zeuge Guido Müller: Also, gefühlt letzte Woche.

Christian Flisek (SPD): Gefühlt?

Zeuge Guido Müller: Ja, ich habe mir das doch jetzt nicht aufgeschrieben. Wenn Sie die Daten haben wollen, kann ich die bestimmt nachliefern.

Christian Flisek (SPD): Na ja, ich habe auch einen vollen Terminkalender. Aber die Gespräche, die ich letzte Woche geführt habe, die kann ich Ihnen noch alle aus dem Kopf sagen. Das brauche ich nicht fühlen. Das habe ich im Kopf. Ab acht Wochen fange ich an zu fühlen.

Zeuge Guido Müller: Also, ich versuche es. Eines war meiner Meinung nach freitags und die anderen alle in einer Woche. Deswegen - - Verstehen Sie, ich versuche, nichts Falsches zu sagen.

Christian Flisek (SPD): Das ist ja auch gut.

Zeuge Guido Müller: Ich versuche, hilfreich zu sein, und versuche, in der Tat aufzuklären.

Christian Flisek (SPD): Herr Müller, was ziehen Sie denn jetzt, wenn Sie das so schildern - - Sie haben gerade gesagt, Pauland haben Sie gefragt, warum hat er sich den B. nicht vorgeknöpft.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich sage es jetzt mal so ein bisschen zugespitzt. Dann haben Sie gesagt, der Herr Pauland hat Ihnen gesagt: Nein, also, er hat irgendwie das Gefühl, wenn er da jetzt irgendwie nachtritt, dann ist das ein Fehler. - Insbesondere haben Sie noch gesagt - - Soldat haben Sie genannt. Da gibt es scheinbar irgendwie so einen Kodex, den wir irgendwie auch nicht ganz kennen, dass man so was nicht macht.

Zeuge Guido Müller: Ich habe nicht von Kodex gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Nein, das habe ich gesagt. Aber scheinbar gibt es so einen Kodex, -

Zeuge Guido Müller: Nein. Ich habe - -

Christian Flisek (SPD): - dass der eine Soldat dem anderen - -

Zeuge Guido Müller: Er hat mir - ich sage das jetzt mal - eine ZDv zitiert, die ich aber nicht kenne - ich bin mir sicher aber, dass, wenn Sie das möchten, wir das nachliefern können -, nach der er geglaubt hat, so zu handeln. Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, weil ich mir das auch nicht gemerkt habe. ZDv 10/30, ich weiß das nicht mehr. Das ist kein Kodex, sondern er hat gedacht, als Vorgesetzter müsse er so handeln. Das war nicht, dass er, wenn Sie so wollen - - na ja, den will ich nicht. Es ging darum, dass er als Vorgesetzter richtig handeln wollte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich frage mich - - Wissen Sie, die Fragen, die wir uns hier stellen, sind doch ganz einfach die: Wie kann jemand wie D. B., der wahrscheinlich in seinem Bereich zumindest den einzig sensiblen BND-Mitarbeiter hat, den wir bisher hier in diesem Ausschuss kennengelernt haben, nämlich den Mathematiker, den Dr. T., der geprüft hat mal mit einem ganz anderen Auftrag, sollte Töpfchen bilden, Länderanalysen machen - - Und dann kommt der da und findet da so Selektoren und denkt sich: Das kann ja wohl nicht sein. - Und dann fängt der an, sucht mal ein bisschen weiter, kommt da auf fast 1 000 Suchbegriffe, zeigt die dem B., und dann sagt der: Ja, guck noch mal weiter, aber nicht mehr lange. - Und dann machen die da so eine Stichprobe, vermutlich 2 000 Suchbegriffe. Und dann sagt der: Jetzt ist es aber auch gut. Jetzt ist Schluss. - Und wir wissen oder Sie wissen auch, wie groß das Suchprofil der US-Amerikaner ist. Dann sagt er: Schluss jetzt.

Er drückt die aus, schickt die nach Bad Aibling, per Boten, an W. K. Der fängt dann noch mal neu an, lässt seinen Mitarbeiter ran, nimmt nicht die Liste vom Dr. T. Wir wissen bis heute nicht, warum. Wir wissen auch gar nicht, ob die Liste vom Dr. T. - - wo die jemals gelandet ist in der ausgedruckten Form. Dann fängt er noch mal an, kommt auf ein ähnliches Ergebnis, auch nicht mehr, stellt die Dinger raus, und das war's. Ja, das war's.

Gleichzeitig lesen wir in den Akten Bewertungen auch - ich sage es jetzt mal abstrakt -, wo gesagt wird: Also, diese Kooperationsbeziehungen da, schon riskant für uns als BND. Wenn da mal das eine oder andere rauskommt, kann uns das ganz schön den Boden unter den Füßen entziehen. - Verstehen Sie?

Dann entscheiden Mitarbeiter auf dieser Ebene: Schluss hier. Melde ich nicht mehr weiter. Ich mache auch nicht mehr weiter. - Also nicht nur, dass wir diesen Fund gemacht haben, dass man da nicht sagt: Da gibt es vielleicht in diesem großen Profil nicht nur 2 000, da gibt es Hunderttausende kritischer Begriffe. Da muss mal einer eine Generalinventur machen, weil scheinbar ist uns

da über Jahre was durchgerutscht. Wahrscheinlich haben wir uns auf G 10 konzentriert wie nur was, haben das ordentlich gefiltert - unterstelle ich jetzt mal als wahr, weil wir das die ganze Zeit gehört haben -, aber andere Dinge sind uns komplett durchgerutscht. - Verstehen Sie?

Aus meiner Sicht - wir beschäftigen uns jetzt seit Wochen hier im Ausschuss nur damit - existenziell für die Frage, für den Leumund des BND in der Öffentlichkeit, existenziell. Und ich stelle mir die Frage, was für eine Führungskultur in diesem Hause herrscht, dass das nicht gemeldet wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten danach wechseln.

Christian Flisek (SPD): Wie erklären Sie sich das? Was ist das für eine Führungskultur? Ist das Angst der Mitarbeiter?

Zeuge Guido Müller: Ich kann das nicht erklären. Ich halte es für falsch.

Christian Flisek (SPD): Dann erklären Sie mir bitte jetzt noch eines: Welche Maßnahmen haben Sie denn in Bezug auf die Führungskultur in Ihrem Hause, Fehlerkultur, jetzt ergriffen, um diese massiven Missstände, wo Sie ja selber sagen, das sind massive Missstände, abzustellen?

Zeuge Guido Müller: Ich weiß das. Ich habe das nicht mitgebracht. Der Präsident hat hier fünf Punkte dargelegt, was er angewiesen hat, um ad hoc etwas zu verändern. Ich hatte versucht, zu sagen, dass ich vorzeitig schon lange versucht habe, in die Kommunikation zu kommen mit allen Kolleginnen und Kollegen. Und in der Tat sind wir dabei, bestimmte Dinge auch noch aufzuarbeiten. Aber mit Verlaub: Wenn jemand was falsch gemacht hat - und das, glaube ich, ist der Fall - - jetzt zu sagen: Warum hast Du das falsch gemacht? Wir müssen jetzt dahin kommen, dass mehr Vertrauen entsteht, dass alle sich melden, wenn denn jemand in eine solche Situation gekommen wäre.

Christian Flisek (SPD): Nach meiner Ansicht haben ja drei Leute was falsch gemacht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. Und in der Form, wie das gelaufen ist, habe ich sogar den Verdacht, dass es kollusiv ist, weil irgendwo muss doch mal einer gewesen sein, der gesagt hat: Freunde, so geht das nicht. - Die Wahrscheinlichkeit, dass drei Leute in ihrer Einschätzung komplett danebenliegen - - Sie haben ja gesagt, Sie haben eine Richtlinie für besondere Vorkommnisse. Darauf kommen wir auch noch mal gleich zu sprechen. Oder die Kollegen machen das. Schauen wir mal. Dass drei Leute komplette Fehleinschätzung haben - -

Zeuge Guido Müller: Ich habe nicht verstanden, wer die drei Leute sind.

Christian Flisek (SPD): Pauland, D. B. und W. K.

Zeuge Guido Müller: Aber Herr Pauland hat doch nichts gewusst.

Christian Flisek (SPD): Ja. Aber der Herr Pauland hat auch das nicht zum Anlass genommen, dann weiterzumelden. Er hat auch nicht - - Er hat das überhaupt nicht zum Anlass genommen, mit den Leuten überhaupt mal ernsthafte Gespräche zu führen. Hat er nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Das müssen wir in der nächsten Runde klären. - Wir kommen jetzt als Nächstes zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, und der Kollege von Notz hat die nächsten Fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Müller! Vielen Dank, dass Sie gekommen sind und wir miteinander hier sprechen können. Ich will erst mal Bezug nehmen auf Ihr Eingangsstatement. Das hat der Kollege Flisek ja eben am Schluss kurz angesprochen. Sie hatten erläutert, dass die Meldepflichten verändert worden sind. Da würde ich gerne mal wissen: Wann genau und für welche Fälle und vor welchem Hintergrund wurde das geändert?

Zeuge Guido Müller: Also, das Datum habe ich nicht. Ich kann Ihnen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir reicht der Monat oder das Jahr.

Zeuge Guido Müller: Der Monat, den packe ich auch nicht. Gefühlt war das 2008, 2009, in der Erinnerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2008 haben Sie die Meldepflichten verändert.

Zeuge Guido Müller: Ja. Denke ich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor welchem Hintergrund?

Zeuge Guido Müller: Die Idee war - das war jedenfalls das, was uns im Referat angetrieben hat -, vor die Welle zu kommen. Es war so, dass wir für eine lange Zeit - damit meine ich die Bundesregierung und den BND auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie mich konkreter fragen, Herr Müller. Entschuldigung, ich habe immer nur acht Minuten.

Zeuge Guido Müller: Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber lassen Sie mich konkreter fragen. Gab es einen konkreten Fall?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Man hat das einfach so gemacht, weil man dachte - -

Zeuge Guido Müller: Nein, man hat es nicht einfach so gemacht. Man wollte vor die Welle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor die Welle.

Zeuge Guido Müller: Ich versuche es noch einmal, wenn ich darf. Ich mache es schnell.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Wir sind viel kritisiert worden, dass insbesondere die parlamentarischen Gremien sehr spät informiert wurden. Ich erinnere mich, dass ein Abgeordneter, der auch hier im Raum ist, medial gesagt hat: Ich erfahre alles aus den Medien.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau! - Heiterkeit)

- Woher wussten Sie das, Herr Ströbele?

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Ihnen nicht!

Die Idee war, dass wir früher umfassender verstehen, was geschieht. Darum haben wir das präzisiert und haben gesagt: Da, wo das - ich sage jetzt mal - außenpolitisch, politisch, sicherheitlich Relevanz hat, da wollen wir früher und vor die Welle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und? Hat das funktioniert? Soll ich Ströbele fragen, oder?

Zeuge Guido Müller: Aus meiner Sicht sind wir besser geworden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber Sie haben das nicht vor einem konkreten Ereignis geändert.

Zeuge Guido Müller: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. So. - Es gibt viele Fragen. Aber ich will in der kurzen Zeit, die ich hier in der ersten Runde habe, tatsächlich auch noch mal auf diese Zeit im August 2013 kommen. Was waren denn die Diskussionen innerhalb des BND nach den Snowden-Veröffentlichungen? An was für Runden haben Sie teilgenommen? Sie haben eben gesagt, Sie hätten nach Hintertüren gefragt. Wie hat das stattgefunden? Hat das Bundeskanzleramt rückgekoppelt und gesagt: Wir haben da *Spiegel* gelesen, irgendwo Site B, da fließen Daten ab. Sind wir das? Um Gottes Willen. - Wie ist das gelaufen?

Zeuge Guido Müller: Es gab - ich habe die Task Force genannt - eine Gruppe, die der Präsident ad hoc einberufen hat. Und ich würde sagen, bis Ende Oktober war ich da sporadisch dabei, nicht immer, weil ich ja auch andere Tätigkeiten noch nebenher hatte und auch weiter machen musste. Um auch vorweg - - Es gab auch keinen, ich sage jetzt mal, Grund, warum nicht mehr. Vielleicht war es eine Reise, wo er oder ich - - Es war einfach so, dass ich auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind auch in die USA geflogen?

Zeuge Guido Müller: Ich bin auch schon in den USA gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In dem Nachklapp zu Snowden, in den Wochen nach Snowden?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie da Dinge erfahren, die Ihnen vielleicht neue Ideen gegeben haben, was das Problem sein könnte? Also, wenn Sie bis dahin nicht wussten, was Selektoren sind -

Zeuge Guido Müller: Wir haben nicht über Selektoren gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nein, genau - oder Erfassungskriterien.

Zeuge Guido Müller: Haben wir nicht drüber gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber haben Sie vielleicht ein Bewusstsein bekommen in diesen Gesprächen in den USA, was das Problem sein könnte?

Zeuge Guido Müller: Ich gehe noch mal zurück auf die erste Frage, wenn Sie erlauben, weil ich die noch nicht abgeschlossen hatte. Wir haben da gesessen, und ich erinnere mich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo haben Sie gesessen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Im BND, beim Präsidenten im Büro. Und wir haben gesagt: Prism, was ist denn Prism? - Und dann erinnere ich mich: Ja, Prisma. Wie viele Namen gibt es? Was kennt man? - Und dann gab es, glaube ich, eine Antwort. Ich sage das jetzt aus der Erinnerung. Ich habe mich darauf nicht vorbereitet. Plötzlich gab es sieben Prism oder fünf, so. Auf jeden Fall kannten wir plötzlich Prism. Wir, die wir da saßen, kannten kein Prism, um das klar zu sagen. Wir haben also in der Tat aus den Medien Formulierungen gefunden, die wir nicht einschätzen konnten, die 500 Millionen Metadaten zum Beispiel. Wir haben nicht gewusst, was das für eine Zahl ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber Sie haben die Metadaten ja gar nicht gemessen.

Zeuge Guido Müller: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Guido Müller: Also konnten wir das nicht erklären. Wir haben aber gedacht: Was kann das sein? So.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht was, was ich nicht messe, aber einfach ausleite. Wäre so mein erster Gedanke, und ich bin jetzt nicht seit 15 Jahren beim BND.

Zeuge Guido Müller: Die Idee, dass was ausgeleitet wird, ist überhaupt nicht thematisiert worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben eben gesagt, Sie hätten nach Backdoors gefragt.

Zeuge Guido Müller: Ja, so ist es. Das war meine Sorge.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also. Dann war das ja wohl ein Thema.

Zeuge Guido Müller: Also, ich sage jetzt mal, ich erinnere mich nicht aktiv daran, dass das in der Gruppe thematisiert war. Aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo haben Sie das denn thematisiert? Sie haben das ja vorhin explizit gesagt.

Zeuge Guido Müller: Ja, ja. Ich habe - - Ich sage jetzt mal: Vielleicht war das Ausfluss einer Runde. Ich kriege das jetzt nur nicht genau, das war an dem und dem Tag; das fällt mir schwer. Aber es kann auch sein, dass ich einfach mir selbst überlegt habe, ich frage jetzt mal: Was war mit Backdoors?

Wir sind zu Beginn - das ist alles zu Beginn der Veröffentlichungen - sicherlich nicht, um das auch so zu sagen, so strukturiert, wie Sie das heute analytisch erwarten würden. Wir haben uns hingesezt und haben gesagt: Was ist das Wichtigste? Worum kümmern wir uns jetzt? - Und dann sind alle in die Akten marschiert und haben versucht, das aufzuklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Müller, - -

Zeuge Guido Müller: Die Begrifflichkeit ist anders.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das glaube ich.

Zeuge Guido Müller: Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie arbeiten ja nun bei einem Geheimdienst, der selbst mit diesen Methoden arbeitet. Sie geben Projekten einen anderen Namen nach innen als nach außen. Dass die Amerikaner vielleicht auch auf ähnlich geniale Ideen kommen, dürfte ja nicht ein so fern liegender Gedanke sein. Ja? Insofern scheint mir das jetzt nicht so abseitig zu sein.

Ich frage Sie das in der Form, weil ich mir das gar nicht denken kann bei einem professionellen Geheimdienst wie dem BND. Man kriegt auf einmal Zugang zu diesen internen NSA-Unterlagen, und da steht schwarz auf weiß, dass man von den Amerikanern beschissen wird. Und dann fährt man in die USA und sitzt da mit denen in Runden und diskutiert. Und justament genau zu dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeitpunkt, an dem Sie in den USA sind und das diskutieren, fällt einem Unterabteilungsleiter in Bad Aibling, oder erst mal in Pullach, wie Schuppen aus den Haaren: Du, da könnte doch mal jemand in diesen Selektoren nachgucken.

Ich sage Ihnen das. Ich will im Grunde von Ihnen ja Antworten haben. Vielleicht können Sie mir beantworten in Ihrer Vorstellungskraft: Was wäre denn gewesen, wenn im August 2013 bekannt geworden wäre - öffentlich, im Nachklapp zu Snowden, einen Monat vor der Bundestagswahl -, dass der BND Zehntausende von Selektoren steuert, die er nicht versteht, und dass das Leck, der Datenabfluss, über diese Selektoren stattfindet? Was wäre denn dann los gewesen?

Zeuge Guido Müller: Wir würden hier nicht sitzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Oder Sie wären Präsident. Man weiß es gar nicht so genau, was dann wäre. - Sie haben vorhin lustigerweise meiner Ansicht nach eine genau andere Definition von Industrie- und Wirtschaftsspionage abgeliefert als Herr Dr. Kurz. Das wäre nicht das erste Mal. Die Leute erzählen da immer unterschiedliche Definitionen dazu. Deswegen frage ich Sie jetzt noch mal: Was ist Ihre Definition von Wirtschaftsspionage? Geht es da um die allgemeine wirtschaftliche Strategie einer Nation? Und was ist Ihre Definition von Industriespionage? Also, der zuständige Leiter des Auftragsprofils hat hier kurz vor Ihnen - das Geheimnis will ich lüften - gesagt, dass die Wirtschaftsspionage die allgemeine wirtschaftliche Strategie ist und die Industriespionage, da ginge es um Wettbewerbsvorteile. So habe ich es mir aufgeschrieben.

Zeuge Guido Müller: Ich will nicht bewerten - und kann das auch nicht -, was Herr Kurz gesagt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber wie würden Sie es definieren?

Zeuge Guido Müller: In dem Bericht, den ich erwähnt habe, aus den 90ern, 97/98, steht eine De-

finition der Bundesregierung: Wirtschaftsspionage, Konkurrenzausspähung. Der Begriff Industriespionage ist mir als vulgo bekannt, aber gemeint ist Konkurrenzausspähung nach der Definition. Konkurrenzausspähung ist das, was Firmen untereinander tun. Also, die Firma A versucht, ein Geschäftsgeheimnis der Firma B auszuspähen, um einen Wettbewerbsvorteil zu bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Industriespionage.

Zeuge Guido Müller: Konkurrenzausspähung.

(RA Johannes Eisenberg
unterhält sich mit dem
Zeugen)

Wirtschaftsspionage ist, wenn ein Staat diese Informationen einem Wirtschaftssubjekt zur Verfügung stellen würde. Also, jetzt ist es so: Die Firma A hat das Geheimnis, und der Staat C beschafft das Geheimnis, um es dem Wirtschaftssubjekt B zur Verfügung zu stellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was glauben Sie jetzt, oder was glaubt der BND, was die Amerikaner machen und was sie nicht machen? Glauben Sie, dass Wirtschaftsspionage passiert?

(MR Torsten Akmann
(BMI): Nein!)

Und könnte vielleicht, weil Herr Akmann so laut eben „Nein“ reingerufen hat, die Bundesregierung uns diese Definitionen zukommen lassen? Aber was machen die Amerikaner?

Zeuge Guido Müller: Konkurrenzausspähung ist etwas, was unter Firmen geschieht. Ich habe keine Belege dafür, dass die Amerikaner Wirtschaftsspionage betreiben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie ist es zu verstehen, wenn in Vermerken ans Bundeskanzleramt aus dem BND drinsteht, dass die Interessen - - wenn es um die Erweiterung der Kooperation geht in den Jahren



Nur zur dienstlichen Verwendung

2008/2010, der BND ausdrücklich das Bundeskanzleramt davor warnt, dass die Interessen der USA in Kooperationen von den Interessen der Bundesrepublik Deutschland abweichen? Welche Bereiche - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist dann die letzte Frage.

Zeuge Guido Müller: Also, Interessen - -

RD Philipp Wolff (BK): Aus welchen Dokumenten kommt das jetzt? Zitieren Sie das aus der Presse, Herr Abgeordneter?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbstverständlich, Herr Wolff. Wir haben darüber schon fünfmal geredet. Da haben Sie überhaupt nichts zu gesagt.

RD Philipp Wolff (BK): Das Dokument ist eingestuft. Ich weise nur darauf hin.

Zeuge Guido Müller: Also, wenn Sie von Interessen sprechen, ist mir nicht klar, ob Interessen Wirtschaftsspionage gleichzusetzen sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mir auch nicht. Deswegen frage ich Sie.

Zeuge Guido Müller: Ja. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen als jemand, der auf beiden Seiten des Ozeans, dieses BND-Kanzleramt-Ozeans, gearbeitet hat, Sie wissen nicht, wie das zu verstehen ist, und zwar nicht, wenn Sie es schreiben von BND-Seite aus, und nicht, wenn Sie es lesen auf Bundeskanzleramtsseite. Dann wissen Sie ja auch nicht, was in diesen Vermerken gemeint ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach der Antwort muss dann aber die nächste Fraktion drankommen.

Zeuge Guido Müller: Also, jetzt sage ich mal: Ich habe die ganze Zeit auf einen Vorhalt reagiert, den ich nicht kenne. Zeigen Sie mir das Schreiben? Dann kann ich es vielleicht einordnen. Ich

sag jetzt mal: Alles aus dem Stand, das ist ausgesprochen schwierig. Sie werden aber immer semantischer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir vorhalten.

Zeuge Guido Müller: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Machen wir gleich, in eingestufte Sitzung. - Ganz herzlichen Dank.

(MR Torsten Akmann
(BMI) meldet sich zu Wort)

- Herr Akmann, bitte.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich möchte nur einen Punkt erwähnen, Herr Abgeordneter von Notz. Der Vorhalt von Ihnen war eben nicht richtig. Herr Kurz hatte genau die gleiche Definition vorhin hier vorgetragen, wie hier das Herr Müller eben gemacht hat, was die Wirtschaftsspionage angeht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir ja im Protokoll noch mal nachgucken. - Sie haben das so aufgeschrieben? - Okay. Können wir ja noch mal nachgucken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir werden das im Zweifel nachgucken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin nicht unfehlbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber jetzt kommt als Nächste die Fraktion der CDU/CSU mit Frau Kollegin Warken und ihren Fragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Guten Tag auch von meiner Seite! Ich würde noch mal zurückkommen auch zu den Ausführungen, die Sie in Ihrem Eingangsstatement gemacht haben, auch hinsichtlich der Aufgaben des Referats, des neu geschaffenen Referats, das Sie übernommen haben. Sie haben das so geschildert, dass durch dieses Referat dann sozusagen die Fachaufsicht über den BND wahrgenommen wurde. Waren Sie das



Nur zur dienstlichen Verwendung

einziges Referat, das diese Fachaufsicht wahrgenommen hat, oder gab es da noch andere Kollegen in anderen Referaten, die zuständig waren?

Zeuge Guido Müller: Warum ich zögere, ist, weil ich im Moment überlege, ob es überhaupt ein Referat gibt, was keine Dienst- und Fachaufsicht betrieben hat. Ich sage mal aus dem Stand: Alle haben Dienst- und Fachaufsicht gemacht. Ich in meiner Zuständigkeit, Herr Kurz in seiner Zuständigkeit, aber es gibt auch ein Referat zur Aufklärung des internationalen Terrorismus, Piraterie, und natürlich gibt es einen Bereich, der den Personalbereich - ich sage jetzt mal - spiegelt, was man in der Ressortarbeit kennt, für den Haushalt. Alle Referate machen Dienst- und Fachaufsicht, auch Herr Kurz.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben ja erwähnt, dass es zum Beispiel diese Jour fixe gab, dass Sie da auch über Operationen unterrichtet wurden, dass sozusagen Controlling durch Sie durchgeführt wurde. Hat das so konkret auch ein anderes Referat gemacht, nämlich Berichte über laufende Operationen entgegengenommen? Ich frage das deswegen, weil da teilweise auch immer so ein bisschen die Verantwortlichkeit und die Zuständigkeit hin und her geschoben wurden. Deswegen - - Ich hatte das so verstanden, dass Sie zumindest da eine umfassende Aufsicht geführt haben bzw. sich umfassend ein Bild machen wollten zumindest. Oder gab es da noch andere Referate, die - -

Zeuge Guido Müller: Ich habe das ja nicht für alle Themen gemacht. Ich habe das für meine Themen gemacht. Und natürlich haben die anderen Aufgaben - - Ich versuche, das jetzt mal wie folgt zu sagen: Der, der den Bereich internationaler Terrorismus - ich sage jetzt mal - bearbeitet, hat natürlich den Teil auch im BND betreut, fach- und dienstaufsichtlich. Und ich habe eben versucht, darzustellen, dass, wenn das jetzt in Rechtsfragen ging oder in personale Maßnahmen, weil zum Beispiel ein Fehlverhalten disziplinar möglicherweise zu würdigen war, dann habe ich das an ein anderes Referat überwiesen, was aber auch eine Dienst- und Fachaufsichtskomponente für den Personalbereich zum Beispiel gehabt hat und bis heute auch hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Sie haben das ein bisschen so geschildert, als ob man sich da neu aufgestellt hat, das Referat ja neu geschaffen hat, um Dinge auch zu verbessern. Können Sie kurz schildern, wie es denn vorher organisiert war und was dann genau die Verbesserungen waren noch mal?

Zeuge Guido Müller: Ich meine, mich erinnern zu können, dass ich aufs Eis geführt wurde, so weit zu gehen, dass ich das sagen sollte, dass es verbessert wird. Ich habe das so nicht formuliert. Ich sage aber - - Ich habe gesagt: Wenn ein zusätzliches Referat zur Dienst- und Fachaufsicht eingerichtet wird, dann hat das damit zu tun, dass man vielleicht neue Akzente setzen möchte und das vielleicht genau dahin führt. Aber ich kann natürlich über die - ich sage mal - strukturellen, organisatorischen Überlegungen im Bundeskanzleramt, die seinerzeit dazu geführt haben, dass das auf politischer Ebene oder auf Leitungsebene im Kanzleramt betrieben wurde, leider nichts dazu ausführen. Ich kann nur ausführen, dass ich mich beworben habe und dann der Referatsleiter wurde.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber so dieser Ablauf, Jour fixe alle vier bis sechs Wochen usw., das hat es vorher auch schon gegeben? Oder war das dann - - Ich habe das irgendwie so verstanden, als ob da gewisse Dinge eben neu waren.

Zeuge Guido Müller: Dieses war neu. Ich sagte, wenn ich es richtig gesagt habe, vielleicht habe ich es aber auch falsch gesagt: Ich habe das so eingeführt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und neben diesem Jour fixe, gab es da noch andere Unterrichtungen dazwischen?

Zeuge Guido Müller: Absolut. Tägliche Gespräche, tägliche Telefonate, Besuche im BND, Besuche im Kanzleramt. Ich sage jetzt mal: Das ist halt so, wenn jemand aus dem BND ins Kanzleramt kommt, dann geht der natürlich auch in den Bereich, der, wenn Sie so wollen, für ihn zuständig ist. Das ist, glaube ich, auch bis heute so, ohne dass ich das jetzt so sagen würde, dass das außerhalb des wie auch immer gearteten - - Also, ganz



Nur zur dienstlichen Verwendung

klar: Wenn jemand dienstags zur Lage den Vortrag hält „Wie ist denn im Moment die Entwicklung in der Ukraine?“, dann ist es doch eine Selbstverständlichkeit, dass ich kurz in dem Bereich vorbeigehe, der für die Gesamtlage Russland/Ukraine zuständig ist, und sage: Ich bin hier. Gibt es was? Wollen wir mal miteinander reden? - Man isst auch mal zusammen Mittag. Klar.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Sie hatten vorhin gesagt, dass es nunmehr eine schriftliche Anweisung gibt oder eine Definition, was ein besonderes Vorkommnis ist. Ist grundsätzlich schriftlich geregelt, wer wann wem was zu melden hat? Also wer entscheidet im BND - oder wie läuft das ab? -, wann das Kanzleramt in jedem Fall zu unterrichten ist?

Zeuge Guido Müller: Also, letztlich ist es so, dass wir eine Kaskade im BND haben, wann welcher Vorgang, ich sage jetzt mal, auf den Präsidenten zuläuft. Und der Präsident entscheidet dann, ob er das Kanzleramt darüber unterrichtet - Klammer auf: in dem Sinne, dass er sagt: „Das ist so wesentlich, dass ich das so machen möchte“; Klammer zu.

Klar ist aus meiner Sicht, dass es bestimmte Elemente gibt. Ich will ein Beispiel machen. Sie wissen, dass es ein anhängiges Verfahren hinsichtlich einer nachrichtendienstlichen Quelle im BND gibt. Wenn so was bekannt wird, wird das natürlich auf dem Weg nach oben gemeldet. Und natürlich ist das ein meldewürdiges Ereignis, das dem Bundeskanzleramt unverzüglich zu melden ist. Ich hatte andere Beispiele, glaube ich, eben genannt, wo das auch der Fall ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie das Wort „Controlling“ vorhin benutzt und haben eben auch gesagt, Sie sind über Operationen unterrichtet worden, haben aber gesagt, das MoA sei Ihnen bis heute nicht bekannt; Sie haben auch nie was über Selektoren erfahren. Jetzt würde mich schon interessieren, was genau Sie dann über laufende Operationen des BND dort berichtet bekommen haben bzw. was Sie nachgefragt haben. Wussten Sie über technische Abläufe? Wussten Sie über rechtliche Vereinbarungen?

Was genau wurde dann über diese Operationen besprochen, wenn Sie es jetzt auch schon Controlling genannt haben?

Zeuge Guido Müller: Also, Controlling heißt ja nicht Kontrolle, sondern heißt Steuerung und, strategische Ziele zu erreichen. Was Sie meinen, ist: „Haben wir kontrolliert?“ wenn ich es richtig - -

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, aber man muss dann ja auch über gewisse Rahmenbedingungen -

Zeuge Guido Müller: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - des Projekts, der Operation Bescheid wissen.

Zeuge Guido Müller: Also, wir haben uns zum Beispiel bei dem Vorgang Koelbl - wurde eben gesagt; ich hatte den anders formuliert, glaube ich - natürlich dann auch vorlegen lassen: Welche Pläne gibt es dazu? - Im Operativen gibt es Operationspläne. Wie ist das organisiert? Wer hat wann was gesehen? Wer hat wann was gesagt? Ist das ordentlich abgearbeitet worden? - Und dann wird natürlich auch eingeladen. Ich erinnere mich, dass ich in dem Rahmen natürlich auch mit Herrn - - mit dem damaligen Präsidenten zusammengesessen habe und dann gefragt habe: Wann, wie war das? - Und das geht sehr tief.

Noch einmal: Die rechtlichen Dinge habe nicht ich betrieben. Das ist im Referat 611 betrieben worden, wie bestimmte rechtliche Vereinbarungen, die geprüft wurden, zwischen zwei - - ich sage jetzt mal, BND und einem Dritten oder einem zweiten Nachrichtendienst. Dann hat das Bundeskanzleramt das natürlich zur Verfügung gestellt bekommen.

Wenn ich in meiner Arbeit, wie Sie es gesagt haben, jetzt auf was Rechtliches gestoßen bin, ist das in Ordnung in dem Zusammenhang. Dann haben wir die natürlich beteiligt. Dann haben wir das gemeinsam gemacht.

Nina Warken (CDU/CSU): Was genau haben Sie dann berichtet bekommen, bzw. was genau war dann Ihre Aufgabe zu bewerten bei einem Projekt



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie zum Beispiel dem Projekt „Eikonol“, also der Zusammenarbeit mit der NSA?

Zeuge Guido Müller: Ist mir nie vorgestellt worden. Kann ich nichts zu sagen. Weiß ich nicht. Ist mir nicht vorgestellt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Das ist dann einem Kollegen vorgestellt worden?

Zeuge Guido Müller: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie jetzt grundsätzlich solche Operationen ablaufen? - Also, keine Ahnung, der Partner stellt Selektoren zur Verfügung, die dann in die Datensätze des BND eingestellt werden, usw. Über solche Dinge, also jetzt ganz allgemein gesagt, über technische Abläufe wissen Sie dann auch nicht Bescheid?

Zeuge Guido Müller: Ich habe auch über technische Abläufe Kenntnis gehabt, sicherlich, wie bestimmte Technik neu strukturiert werden soll. Aber das, was Sie genau fragen: Über Selektoren habe ich nichts gewusst. Ich kannte keine Selektorenproblematik. Das war mir nicht bekannt. So.

Ich habe mich bemüht, wenn Sie so wollen, bis zum Grund vorzustoßen. Das ist bestimmt nicht immer gelungen. Will ich nicht ausschließen. Aber ich gebe auch zu, dass ich so etwas auch als Katharsis betrachtet habe, also wenn jemand befragt wird und sagt - - Es ist ja im Übrigen auch nicht nur bei schlechten Dingen geschehen. Das ist vielleicht auch wichtig. Es gibt ja auch sehr positive Operationen. Ich rede jetzt vom HUMINT-Bereich. Ich rede jetzt nicht vom SIGINT-Bereich, wo ich vielleicht auch nicht so viele Kenntnisse habe an der Stelle. Aber dann wurde natürlich auch gesagt: Mensch, das ist doch gut gelaufen. - Es ist nicht so, dass Fach- und Dienstaufsicht immer nur draufhaut und sagt: Mensch, das war aber schlecht. So.

Aber an der Stelle kann ich nur sagen: Wenn Sie bestimmte technische Parameter nicht kennen, können Sie wahrscheinlich auch nicht die richtigen Fragen an der Stelle stellen. Das ist so. Ich habe die Fragen nicht stellen können. Wenn ich

gefragt worden wäre, hätte ich sie nicht stellen können, wenn ich zuständig gewesen wäre.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie sind aber aus Ihrer Sicht dafür auch nicht zuständig gewesen, sondern eben ein Kollege. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Guido Müller: Ja, ich sage jetzt mal so: Wenn ich aus den Medien richtig unterrichtet bin, ist das, was Sie eben gefragt haben, 2007 eingestellt worden. Und ich bin 2007 Referatsleiter geworden, war aber 2006 noch im BND und hatte damit nichts zu tun.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, aber ganz allgemein wären Sie auch für solche - -

Zeuge Guido Müller: Ich habe mich bemüht, mich um solche Dinge zu kümmern, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir hatten vorhin schon mal angesprochen, dass ja bereits seit 2005 bekannt war, dass die US-Seite auch versuchte, an Informationen zu kommen über EADS, Eurocopter, französische Behörden. In der Presse wurde berichtet, dass es da ja bereits auch erste vage Informationen und Hinweise im Kanzleramt, an das Kanzleramt gab über diese Vorfälle in 2005, nämlich im Jahr 2008. Es ist da die Rede von diesem Reisebericht zur Vorbereitung einer Reise des Bundesministers de Maizière im Februar 2008, der dann die Warnung enthalten hätte, dass die US-Seite eben versucht, die Nachrichtengewinnung auch auszunutzen und auch auszudehnen auf Bereiche, die eben nicht im deutschen Interesse sind.

Haben Sie Kenntnis darüber, dass im Jahr 2008 das Kanzleramt diese Hinweise gehabt hat, dass diese auch Eingang in den Reisebericht gefunden haben, bzw. gab es in anderer Weise außer oder neben diesem Bericht noch Gespräche oder Unterrichtungen im Kanzleramt über diese Hinweise?

Zeuge Guido Müller: Zunächst würde ich lieber in geheimer Sitzung was dazu sagen. Ich kann mich nicht dran erinnern, dass ich damit je befasst war 2008. Ich kann mir nicht vorstellen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ich das je gesehen habe. Ich kann mich daran nicht erinnern.

Nina Warken (CDU/CSU): Nicht gesehen und auch kein Gesprächsthema?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann sei ja eben zu diesen Vorkommnissen in den Jahren 2010 und 2011 das Kanzleramt mehrfach auch unter konkreter Nennung der Firmennamen EADS und Eurocopter informiert worden. Und der *Spiegel* hat am 2. Mai dieses Jahres geschrieben, Sie seien im Jahr 2010 in Ihrer Funktion in der Abteilung 6 im Bundeskanzleramt Empfänger eines Vermerks des BND gewesen, der den Titel gehabt habe „Sachstand Zusammenarbeit der Abteilung TA mit NSA“, in dem der BND das Kanzleramt sowohl über den Fund problematischer Selektoren - also EADS, Eurocopter, französische Behörden - im Jahr 2005 als auch über weiterhin gegen deutsche Interessen gerichtete Aufklärungsarbeit von US-Nachrichtendiensten informierte. Es hätte da insgesamt sieben Vermerke gegeben, die solche Warnungen enthalten haben, zuletzt einen Vermerk am 2. Dezember 2011.

Können Sie sich an diese Vermerke, an den Vermerk an sich oder an diese Hinweise aus dem BND an das Kanzleramt erinnern? Können Sie das so bestätigen?

Zeuge Guido Müller: Ich würde dazu gerne in geheimer Sitzung vortragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie sagen, welcher Personenkreis von den Vorkommnissen im Jahr 2010/2011 Kenntnis hatte im Kanzleramt?

Zeuge Guido Müller: Dazu würde ich gerne in geheimer Sitzung vortragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich später in geheimer Sitzung auf jeden Fall auf diese Fragen zurückkommen und jetzt vielleicht mal auf Ihre aktive Tätigkeit im BND zu sprechen kommen wollen. Das haben die Kollegen auch schon mehrfach angesprochen. So, wie ich es

verstanden habe, hat der BND erst nach den Enthüllungen von Herrn Snowden im Jahr 2013 Anlass gesehen, dem Verdacht nachzugehen, dass mal Selektoren überprüft werden müssten. Also obwohl es 2005 schon den Vorfall gab, hat man erst nach den Snowden-Enthüllungen im BND sich dann Gedanken darüber gemacht und das überprüft. Ist das auch Ihr Kenntnisstand?

Zeuge Guido Müller: Mir war nicht bekannt, dass 2013 etwas getan worden ist. Ich kannte das Wort Selektoren nicht. Und ich habe versucht, klarzumachen, dass ich erst jetzt, März, April, darüber Kenntnis erlangt habe.

Nina Warken (CDU/CSU): Und aus Ihrer jetzigen Kenntnis, können Sie da sagen, wie viele Selektoren denn im Jahre 2013 als unzulässig erkannt und aus der Erfassung genommen worden sind?

Zeuge Guido Müller: Ich kenne diese Liste nicht. Ich kann dazu nichts sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie was dazu sagen, wer das damals veranlasst hat?

Zeuge Guido Müller: 2013?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Guido Müller: So, wie ich das jetzt gelesen habe und verstanden habe, war das der Herr - - Moment, jetzt muss ich - - Ich kann Ihnen nur B. sagen. Wie der vorne ist, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, wir kennen einen D. B.

Zeuge Guido Müller: D. B., D. B. Es war D. B., Entschuldigung. D. B.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie, ob insoweit nur die Erfassungssysteme in Bad Aibling betroffen waren oder auch andere Systeme und Datenbanken?

Zeuge Guido Müller: Ist mir nicht bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Ist Ihnen nicht bekannt, oder wissen Sie - -

Zeuge Guido Müller: Kann ich nichts zu sagen. Kann ich nichts zu sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und können Sie noch mal konkret sagen - Sie hatten es vorhin, glaube ich, schon angesprochen bei den Kollegen -, wem dann die Prüfung in 2013 und ihr Ergebnis genau im BND wann gemeldet wurde?

Zeuge Guido Müller: Das kann ich nicht sagen. Ich habe aber eben versucht - - Zur Vorbereitung dieser Sitzung habe ich mit drei Menschen gesprochen und habe gefragt, warum sie das seinerzeit nicht weitergegeben haben bzw. nicht insistiert haben. Warum? Weil ich mich für diese Frage vorbereiten wollte. Ich habe keinen Anlass, zu zweifeln, dass die das durchaus aus lauterem Motiven aus ihrer Sicht gemacht haben. Aber ich halte es eben für ein Defizit.

Nina Warken (CDU/CSU): Wann wurde aus Ihrer Sicht denn dann das Kanzleramt über den Vorfall informiert? Welche Ebene wurde dann genau informiert? Und wie ging das dann im Kanzleramt seinen Weg?

Zeuge Guido Müller: Ich kann Ihnen das nicht definitiv sagen, weil ich nicht beteiligt war an dem Vorgang. Ich war auch da nicht an dem Vorgang beteiligt, weil es ein Vorgang war, den der Präsident selbst betrieben hat. Ich weiß, dass der BND irgendwann - ich finde das bestimmt auch in den Unterlagen, die Ihnen mitgeteilt worden sind; ich habe sie nicht; ich kenne sie nicht -, ich weiß nicht, Listen vorgelegt hat. Es war, glaube ich, freitags. Und daraufhin wurde samstags und sonntags eine Sonderschicht eingelegt, wo Kollegen ins Kanzleramt gebeten wurden.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann gebe ich mal an den Kollegen ab. Vielen Dank.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielleicht, Herr Müller, kann ich da mal anknüpfen. Jetzt haben Sie erzählt, Jour fixe und, was Sie alles für große Treffen haben. Und jetzt ist so eine wichtige Sache wie mit den Selektoren, was da auftaucht.

Und jetzt sind Sie Vizepräsident. Und das macht der Präsident alles alleine?

Zeuge Guido Müller: Ja. Die Aufklärung macht der Präsident mit einer Task Force selber.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Die Aufklärung dieses Sachverhalts. Aber normalerweise, ich meine, muss man doch den - - Sie sind ja einer der ranghöchsten Mitarbeiter. Die muss man doch entsprechend informieren, was da passiert. Man muss sie auf dem Laufenden halten. Sie vermitteln jetzt hier den Eindruck, Sie haben diesen ganzen Vorgang „Selektoren“ und „Listen“ aus der Presse erfahren.

Zeuge Guido Müller: Ich habe den Vorgang nicht nur aus der Presse erfahren. Aber es ist nicht so, dass Sie bei der Menge der - - Ich fange mal anders an. Im Moment bereiten sich alle auf Zeugenbefragungen vor. Und das Schlimmste, was im Raum steht, ist eine Zeugenbeeinflussung. Alle haben fürchterliche Angst, wenn sie mit einem sprechen: Oh, das könnte zu einer Beeinflussung führen. - Das führt dazu - das sage ich Ihnen ganz ehrlich -, dass mir gesagt wurde: Ob ich mit dem D. B. und dem W. K. und dem General Pauland sprechen sollte, ist vielleicht nicht schlau.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Es ist nicht so, dass es eine permanente Runde gibt: Wo stehen wir? An welcher Stelle sind - - Ich versuche es noch mal: 60 000 Seiten wurden übermittelt, 250 000 geprüft. Ich kann nicht den gesamten Sachstand kennen. Und ich habe den Präsidenten in der Tat nicht gefragt: Auf welchem Stand ist das jetzt genau? - Das ist so. Ich bin aber - ich kann mich doch hier outen - interessierter Leser insbesondere eines Blogs.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Verschiedene Zeugen sind da interessierte Leser dieses Blogs, aber gut. - Es ist ja schon merkwürdig: Wissen Sie, Ihr Eingangsstatement, wie sehr man sich da abstimmt und was man alles vorbereitet - - Und dann solche wichtigen Themen, die da auch in der Presse aufgegriffen werden, denke ich, kann man schon auch behördenintern natürlich dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

engsten oder dem höchstrangigen Mitarbeiter da kommunizieren.

Zeuge Guido Müller: Natürlich gibt es Kommunikation auch auf höchster Ebene, natürlich. Aber ich sage jetzt mal: Es gibt mit Sicherheit - wie soll ich das sagen? - verschiedene Steuerungskreise. Einer ist: Wie fahren wir die ganzen Themen, von denen ich eben gesprochen habe, die ja auch gleichzeitig laufen? Wie verhandeln wir gerade den Haushalt des BND für das nächste Jahr? - Doch, das machen wir auch gleichzeitig.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Müller, klar. Ich habe auch neben dem Ausschuss noch mehrere andere Sachen. Sie sind, glaube ich, nicht der Einzige, der da viel belastet ist. Aber ich wollte nur den Eindruck wiedergeben, wie das jetzt war. Ist ja nicht tragisch.

Jetzt hatte die Frau Warken auch noch mal gefragt nach Weisungen aus dem Kanzleramt. Abläufe, Meldeweg: Ist da irgendwas verschriftlicht, was da die Rechts-, Fachaufsicht betrifft? Sie hatten jetzt immer diesen Jour fixe, so mündliche Verabredungen in den Mittelpunkt gestellt. Gibt es da - - Jetzt hatten Sie Ihren General vorhin, der da nun seine Vorschrift irgendwo vorzauberte und sagte, deswegen konnte er nicht sprechen. Gibt es speziell für die Rechts- und Fachaufsicht Weisungen, Unterrichtungen, Abläufe und Meldewege?

Zeuge Guido Müller: Ja, die gibt es. Alle, ich sage das jetzt mal vulgo, alle Papiere, die den Dienst verlassen, Meldungen, Analysen, Berichte, die Produkte, alle gehen ins Bundeskanzleramt. Alle werden dort mitgelesen, werden geplottet. Es werden alle Personalmaßnahmen bei Beförderungen ab einer bestimmten Ebene und dergleichen mitgeplottet. Ist ja ein permanenter Papieraustausch, der vorhanden ist. Und natürlich muss der Präsident, wenn er ein besonderes Vorkommnis ans Kanzleramt meldet, dies schriftlich tun. Aber wir sind täglich im Gespräch. Ich habe versucht, darzustellen: Es gibt natürlich schriftliche Berichte. Es gibt schriftliche Ausarbeitungen. Natürlich wird der BND - - Wenn ich gesagt habe, ich habe Fragen gestellt, dann musste der die natürlich auch schriftlich beantworten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und diese Selektorensache, das wäre für Sie auch ein besonderes Vorkommnis gewesen? Das hätte selbstverständlich auch der Rechts- und Fachaufsicht in das Kanzleramt gemeldet werden müssen?

(Der Zeuge nickt)

- Okay. - Dann hatte ich noch eine Frage. Sie sagten vorhin: Ja, wenn man davon ausgeht, „Eikonol“ ist dann eingestellt. Sie kamen erst danach ins Bundeskanzleramt und haben die Rechts- und Fachaufsicht da betreut. Wären Sie denn für diese Sache zuständig gewesen?

Zeuge Guido Müller: Ich glaube schon.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also das heißt, Ihr Referat wäre - - Also was Auslandskooperation betrifft, da wären Sie der richtige Mann, der da hätte die Rechts- und Fachaufsicht machen müssen?

Zeuge Guido Müller: Die Dienst- und Fachaufsicht. Die Rechtsaufsicht - habe ich versucht zu erläutern - wäre in einem anderen Referat gewesen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also die Dienst- und Fachaufsicht.

Zeuge Guido Müller: Ja, ich denke schon.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und in dem entsprechenden Untersuchungszeitraum, den wir behandeln, da kam aber nichts anderes auf Ihren Schreibtisch, was uns interessieren könnte, außer „Eikonol“? Ich meine, da waren Sie noch nicht da.

Also es kommt - - Ich sage mal, der Herr Kurz hatte vorhin den Eindruck vermittelt, das war keine aktive Aufsicht. Sie haben vorhin gesagt, Controlling heißt nicht Kontrolle. Aber ich denke, Aufsicht ist schon ein ganzes Stück Kontrolle. Also diese Kooperation mit anderen Partnern, da sind Sie schon ordentlich eingebunden normalerweise? Ich meine, jetzt bei „Eikonol“ konnten Sie es ja nicht, weil Sie ja da noch nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Dienst waren. Aber normalerweise wird Ihnen alles ordentlich nach oben gemeldet? Sie sehen das, Sie sagen: „Das ist gut, das ist schlecht, kann man machen, usw.“?

Zeuge Guido Müller: Mir ist ausgesprochen schwierig, zu bewerten, was ich nicht vorgelegt bekomme. Sie haben gesagt, ich kriege alles vorgelegt. Ich kriege nicht alles vorgelegt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Ich kann mich im Moment nicht daran erinnern, dass etwas Einschlägiges da gewesen wäre. Ich kann es Ihnen nicht sagen, was da gewesen sein kann. Ich habe aber sicherlich in der Zeit im Bereich HUMINT 30, 40, 50 Operationen bearbeitet. Ich kann Ihnen das jetzt nicht so wechseln; tut mir leid.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Und wie viele Operationen würde man parallel - - bekommen Sie da auf den Tisch?

Zeuge Guido Müller: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Können Sie auch nicht sagen.

Zeuge Guido Müller: Also, ich sage jetzt mal, ich habe eine ganze Menge Operationen gesehen, zu denen ich auch, ich sage jetzt mal, dann eben Fragen gestellt habe - - bewertet habe. Ich habe auch versucht, bei der Bewertung eben nicht nur, ich sage jetzt mal, die Pannenfälle, um es mal so zu formulieren, herauszugreifen - die waren natürlich Hauptziel -, aber auch eben mal positive. Ich erinnere mich, dass wir auch seinerzeit positive, also erfolgreiche Operationen zum Beispiel der Abteilungsleitung haben vorstellen lassen, die wir gesehen haben, damit eben gesehen wird, wie das funktioniert.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Wir sind dann durch.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein, ich habe noch eine. - Ich würde gerne auf einen anderen Sachverhalt noch mal kurz zu sprechen kommen, und zwar einen Sachverhalt, über den Ende Oktober

2013 die *Washington Post* berichtet hatte, nämlich, es habe da angeblich beim BND im Jahr 2008 einen Vorfall gegeben. Dabei seien Listen mit Telefonnummern von 300 US-Bürgern an die NSA gegeben worden. Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern?

Zeuge Guido Müller: Ich kenne den Vorgang nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Herr Schindler hat in seiner Zeugenaussage in öffentlicher Befragung gesagt, er sei diesen Vorwürfen im Herbst 2013 nachgegangen. Das Ergebnis war wohl, dass mal in früheren Jahren eine Steuerung vom BND angestoßen worden ist unter dem Rubrum von Angehörigen einer Stiftung und dass man da aber nicht erkennen konnte, dass das US-Bürger sind, und dass die Amerikaner das dann eben abgelehnt hatten als Selektor. Die Größenordnung selbst konnte er nicht bestätigen. Herr Schindler habe dann noch weitere Fragen gehabt an die zuständige Abteilung. Das hat er uns berichtet. Also Sie können sich an diesen Vorgang nicht erinnern?

Zeuge Guido Müller: Ich war weder an dem ersten noch an dem zweiten beteiligt.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Vielen Dank.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wir haben noch eine kurze Zeit. Dann würde ich einfach doch noch mal eine Frage aufwerfen, die der Kollege Flisek vorhin versucht hat mit Ihnen zu erörtern. Das heißt, dieser Wechsel, wenn Sie vom Kanzleramt dann wieder zum BND kommen - - Jetzt kommen Sie ja von der Dienst- und Fachaufsicht und sind jetzt Vizepräsident BND, haben eine neue Funktion und bekommen in dieser neuen Funktion ja sicherlich auch neue Informationen. Sind das denn jetzt auch konkret in Ihrem Fall Informationen, die über das, was Sie in der Dienst- und Fachaufsicht haben, hinausgehen?

Zeuge Guido Müller: Selbstverständlich.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und sind da Informationen dabei, wo Sie sagen: „Das hätte ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja eigentlich damals wissen müssen“? Ich weiß, das läuft in jedem - - Das läuft beim BfV, beim LfV, bei den Innenministerien ganz genauso, wie das bei Ihnen im BND läuft. Aber das, was der Herr Flisek aufgeworfen hat, ist ja nicht völlig unberechtigt, wenn Sie jetzt als BND-Vizepräsident Informationen erhalten, wo Sie eigentlich vielleicht als Fachaufsicht hätten dann sagen können: Na ja, ist ja merkwürdig, dass ich das nicht weiß.

Zeuge Guido Müller: Mein Portfolio, das ich vorgestellt habe, ist marginal übereinstimmend mit den Dingen, die ich vorher gemacht habe. Marginal, würde ich sagen. Ich sage Ihnen mal: Ich habe in meiner gesamten Karriere nicht ein Mal mit dem Haushalt zu tun gehabt. Das ist schon ein dickes Brett, das Sie dann bohren müssen, wenn Sie plötzlich mit dem Haushalt betraut sind. Und dass ich vorher die VSA bearbeitet hatte, hilft mir natürlich im Moment als Geheimschutzbeauftragter nachhaltig; das stimmt. Aber ich habe völlig andere - - Ich war vorher inhaltlich und bin jetzt, wenn Sie so wollen, der Servicebereich. Ich bereite den Service für, ich sage jetzt mal, die Maschine BND, dass das funktioniert. Ich versuche, mit dem Personalrat Gespräche zu führen, mit der Schwerbehindertenbeauftragten, mit der JAV zu sprechen und Interessen - - Ja, das ist meine Aufgabe. Das ist mein Portfolio.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, ja. Ich meine aber, im Rahmen des Geheimschutzes haben Sie da also jetzt nichts Neues erfahren, was Sie im Rahmen der Fachaufsicht sonst da erfahren hätten?

(Der Zeuge nickt)

- Okay. Ich habe das verstanden. Aber Sie - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Runde beendet. - Es geht weiter zu Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Müller, haben Sie inzwischen Gelegenheit gehabt - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Entschuldigung; wir waren in der ersten Runde. Die erstaunten Gesichter waren berechtigt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah. Ich habe mich auch gewundert.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Es geht bei der Linken weiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe die Gelegenheit aber gerne wahrgenommen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Wir sind ja immer noch in der ersten Runde. Das zieht sich hier heute.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Müller, ich würde gerne fragen zu einer Aussage des Präsidenten Schindler hier, dass es im November 2013 einen mündlichen Erlass gegeben hat, mit dem insbesondere bei BND-Selektoren in Zukunft europäische Interessen geschützt werden sollen. Können Sie uns dazu etwas sagen?

Zeuge Guido Müller: Ich kann das Wort Selektoren damit nicht verbinden.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat Ihr Chef so gesagt.

Zeuge Guido Müller: Ich kann ja nur sagen, was ich als Zeuge aussagen kann. Was er gesagt hat, kann ich jetzt nichts zu sagen. Bitte ich Sie um Verständnis. Ich versuche ja - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich Sie bitten, mir zu sagen, ob Sie sich an einen mündlichen Erlass des BND-Präsidenten aus 11/2013 erinnern, mit dem europäische Interessen geschützt werden sollten.

Zeuge Guido Müller: Ich weiß, dass es einen Erlass gegeben hat - ich würde den jetzt nicht einordnen können, das war am 5., 3. oder sonst was; aber das wird schon passen -, wo er gesagt hat: Europäischen Interessen gegenüber muss mehr Sorgfalt gewahrt werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Bei eigenen oder bei gemeinsamen Operationen?

Zeuge Guido Müller: Ich habe das ausschließlich auf eigene - -

Martina Renner (DIE LINKE): Heißt das, dass in der Vergangenheit bei eigenen Operationen europäische Interessen nicht so beachtet wurden?

Zeuge Guido Müller: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden in der Vergangenheit bei eigenen - - Wie nennen Sie es? Sie hatten vorhin das schöne Wort. Sie nennen es nicht Selektoren.

(RA Johannes Eisenberg:
Suchmerkmale!)

Zeuge Guido Müller: Merkmale.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich glaube, Sie haben immer noch kein Rederecht, Herr Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich wollte Ihnen ja nur
helfen! Entschuldigung!)

Bei eigenen Suchmerkmalen, wurden dort auch europäische Interessen verletzt?

RD Philipp Wolff (BK): Also, ich will darauf hinweisen, dass das nicht untersuchungsgegenständlich ist, weil es sich da dann lediglich um eigene Operationen und nicht um den Kontext Five Eyes handelt, der untersuchungsgegenständlich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Das hätten Sie aber dann dem Präsidenten Schindler sagen müssen, als er hier die Auskunft gegeben hat, Herr Wolff. Da haben Sie wahrscheinlich dann gerade nicht zugehört. Also, Herr Schindler hat ausdrücklich gesagt, es hat sich auf BND-Selektoren bezogen. Und das legt ja dann die Frage nahe, ob in der Vergangenheit gegebenenfalls europäische Interessen verletzt wurden. Haben Sie dazu Kenntnisse?

Zeuge Guido Müller: Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich Sie bitten, mir mal zu erklären, was Geheimanrecht und Geheimschutzwort ist, wer über so eine Sicherheitsstufe verfügt, was man dafür tun muss und in welcher Niederschrift geregelt ist, was das ist.

Zeuge Guido Müller: Also, die Niederschrift habe ich jetzt nicht zur Hand. Ich kann Ihnen das jetzt nicht so genau sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir auch nicht.

Zeuge Guido Müller: Aber wir haben natürlich nach VSA verschiedene Stufen: VS-Vertraulich, Geheim und Streng Geheim. Und es gibt in der Tat Bereiche, die insbesondere mit der Fernmeldeaufklärung zu tun haben wie FMA-Verpflichtung, die mit einem Schutzwort einhergeht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo ist denn das geregelt?

Zeuge Guido Müller: Kann ich Ihnen nicht abschließend sagen. Haben wir mit Sicherheit irgendwo in der FMA-Verpflichtung, also in der VSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind doch Geheimschutzbeauftragter, oder? So haben Sie sich am Anfang hier vorgestellt. Hallo!

MR Torsten Akmann (BMI): Frau Abgeordnete, wir haben doch vorhin dazu schon Stellung genommen. Er weiß es ja offenbar nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage auch nicht Sie, Herr Akmann, sondern Herrn Müller. Entschuldigung.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, aber das ist doch jetzt unfair. Er hat doch gesagt, er weiß es nicht, und ich habe Ihnen angeboten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Er ist der Geheimschutzbeauftragte. Ich kann ihn doch als Zuständigen fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg:
Aber er kann sagen, dass er
es nicht weiß!)

Also, er hat sich vorhin hier vorgestellt als Geheimschutzbeauftragter.

Zeuge Guido Müller: Aber ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): So. - Und was muss man dafür tun, um Anrecht zu erwerben?

Zeuge Guido Müller: Es ist nichts anderes als Geheim, nur für einen besonders ermächtigten Teilnehmerkreis.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer ermächtigt?

Zeuge Guido Müller: Ich sage jetzt mal, der Abteilungsleiter TA. Das weiß ich aber nicht abschließend. Sie fragen mich nach einem Verfahren, wo ich Ihnen sage: Ich weiß es nicht. - Dann helfe ich Ihnen und versuche Ihnen zu sagen: Das ist der Kreis. - Dann sagen Sie: Wer war es? - Dann weiß ich es immer noch nicht. Das erschwert mir natürlich, zu helfen. Ich versuche, zu helfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich helfe Ihnen als Geheimschutzbeauftragter, jetzt einigermaßen noch aus Nummer rauszukommen.

Zeuge Guido Müller: Ah. Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Also, während wir uns nämlich wundern, dass es eben - - Wir hatten vorhin das Problem, dass Herr Kurz bestimmte Dinge nicht lesen darf, die an ihn adressiert sind, weil sie waren Schutzwort oder Anrecht, und wir nicht klären konnten, wie man dazu kommt, das lesen zu dürfen. Jetzt sagen Sie, das gilt lediglich für TA. Dann fragen wir uns, warum man das dann an Herrn Kurz adressiert.

Zeuge Guido Müller: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass es nur für die TA gilt. Ich habe das für den BND für den TA gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Guido Müller: Es gibt auch im Kanzleramt einen Geheimschutzbeauftragten. Wenn ich gewusst hätte, es geht ums Kanzleramt, hätte ich das anders beantwortet.

Martina Renner (DIE LINKE): Aha. Wie ist es denn im Kanzleramt?

Zeuge Guido Müller: Da gibt es einen Geheimschutzbeauftragten. Bei dem wird ein Antrag gestellt. Und danach wird geprüft, ob das möglich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Anrecht und Schutzwort?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das ist dann auch dort niedergelegt in was, dass es so was gibt überhaupt?

Zeuge Guido Müller: Jetzt fragen Sie mich das dritte Mal, wo ich schon drei Mal gesagt habe: Nein - ich sage noch immer -, ich weiß es nicht. - Das weiß bestimmt die Geheimschutzbeauftragte im Kanzleramt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Na ja, weil wir kennen unsere Geheimschutzordnung, und die endet eben mit der Ü3 bei Streng Geheim. Und wir haben uns gewundert, dass es noch Dinge gibt, die so spezial geregelt sind, die aber relativ undurchsichtig, intransparent sind. Dürfte ja auch für die Aufsichtsbehörde - -

Zeuge Guido Müller: Wenn der Vorgesetzte von Herrn Kurz beantragt hätte, dass er FMA-ermächtigt wird, wäre er mit Sicherheit auch schutzwortermächtigt worden. Bin ich mir ziemlich sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch mal eine Frage zu diesem Referat 623, das Sie ja am 20.09.07 übernommen haben. Und Sie sagten vorhin, Sie haben sich darauf hin beworben. Also, es gab eine Ausschreibung für dieses neu gegründete Referat?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ich bin mir nicht ganz sicher, was das mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun habe, aber ich sage: Ja, so war das.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Das lässt sich ja für uns dann auch sicherlich noch mal irgendwie rekonstruieren. Weil es ja schon auffällt - also, ich sage es jetzt einfach noch mal - im Organigramm: Es gibt ansonsten keine neu gegründeten Referate, nur das. Ist ja schon interessant, dass man damit anscheinend bestimmte strategische Ziele verbunden hat. Und Sie hatten dann das Glück, da beim Auswahlverfahren genommen zu werden.

Zeuge Guido Müller: Frau Abgeordnete, ich bin mir ganz sicher, dass es auch andere Neuschöpfungen an Referaten gibt - ganz sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Können Sie etwas dazu sagen, wie häufig Sie und zu welchen Anlässen in den USA bei der NSA waren?

Zeuge Guido Müller: Ich bin mir nicht sicher, ob das der Untersuchungsgegenstand ist. Ich war mehrfach in den USA. Ich habe aber auch keine Liste jetzt erstellt, wann ich in den USA war. Ich war mehrfach in den USA.

Martina Renner (DIE LINKE): In welcher Funktion? Also von was reden wir? Bundeskanzleramt?

Zeuge Guido Müller: Also, ich bin mir ziemlich sicher, dass ich in beiden Funktionen in den USA war.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann fangen wir doch mit dem Bundeskanzleramt mal an. Wer waren dann auf der anderen Seite die Gesprächspartner und die Gesprächsanlässe?

Zeuge Guido Müller: Ich habe in der Regel einen Vorgesetzten begleitet. Ich war Teil einer Delegation. Das ging vom Weißen Haus bis zu einzelnen Nachrichtendiensten, in denen ich, wenn Sie so wollen, als einer von drei, vier Leuten in der Delegation dabei war.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil sich Ihr Referat mit Auslandsbeziehungen befasst hat? Weil? Warum?

Zeuge Guido Müller: Also, ich würde beispielsweise sagen, dass wir mal zu Proliferationsvorgängen uns unterhalten haben bzw. der Abteilungsleiter sich dazu unterhalten hat. Und dann war der, der Proliferation macht oder der dafür zuständig ist, natürlich ganz gut dabei, wenn es an ein Detail gegangen wäre.

Martina Renner (DIE LINKE): Also es war thematisch zum Thema Proliferation, oder?

Zeuge Guido Müller: Na, ich wurde dazugeladen. Aber ich sage jetzt mal: Die Freude war groß, aber die Gründe hat man nicht hinterfragt. - Wenn der Abteilungsleiter sagt: „Ich fahre in die USA“, und man darf begleiten, dann ist das eine tolle Sache.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja vorhin gesagt, Sie haben auch menschliche Quellen, HUMINT-Quellen geführt im Bereich Proliferation.

Zeuge Guido Müller: Ich habe gesagt, dass ich menschliche Quellen geführt habe in den Zeiten, wo ich nicht im Kanzleramt war.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeuge Guido Müller: Und ich habe nicht gesagt, dass ich Proliferationsquellen geführt habe. Das wüsste ich, dass ich das gesagt habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie haben keine Proliferationsquellen geführt?

RD Philipp Wolff (BK): Das ist nicht untersuchungsgegenständlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Also, ich will noch mal hinaus, ob es gemeinsame Operationen mit der NSA gab bei dieser Führung von menschlichen Quellen. Sagt Ihnen „Goldmine“ etwas?

Zeuge Guido Müller: Wenn Sie mir helfen können. Mir sagt es nichts. Ich kann Ihnen da nichts zu sagen. „Goldmine“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Guido Müller: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagt Ihnen nichts? - Okay.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Schade. Gut.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Aber wir kommen ja noch mal wieder darauf zu. - Jetzt die CDU/CSU-Fraktion.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben in öffentlicher Sitzung derzeit keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann sind wir beim Bündnis 90. So, jetzt Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Müller, jetzt darf ich endlich. Ich wollte Sie als Erstes fragen: Haben Sie selber die Selektorenliste mal gesehen?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie nicht interessiert? Oder dürfen Sie nicht?

Zeuge Guido Müller: Ich wusste oder rechnete damit, dass ich hierher komme. Und ich gebe offen zu: Da war mein Interesse nicht so groß.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müsste doch besonders groß sein, dass Sie uns erklären können, was da vielleicht drin ist.

Zeuge Guido Müller: Ich bin mir nicht sicher, ob ich die richtige Ebene bin, die das zu entscheiden hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie haben das nicht gesehen?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eigentlich die Veröffentlichung der Dokumente von Edward Snowden verfolgt, sich das mal angeguckt, was da so veröffentlicht wurde?

Zeuge Guido Müller: Ich habe in Teilen den Medien folgen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, haben Sie folgen können. - Haben Sie da mal auch Ihren Dienst erwähnt gefunden?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es da auch Dokumente, wo sogar Mitarbeiter von Ihnen genannt worden sind oder angebliche?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja und? Hat Sie das nicht beflügelt, jetzt zu sagen: „Jetzt gucke ich mal, ob da was dran ist, wenn da solche Behauptungen aufgestellt werden, sogar unter Nennung von Namen“?

Zeuge Guido Müller: Ja, aber es gab und gibt eine Task Force, die sich genau um diese Fragen kümmert. Und daran war ich nicht - - Ich war bis Ende Oktober daran beteiligt etwa 2013. Da habe ich offensichtlich ja auch was getan. Aber das habe ich nicht getan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie nicht getan?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war da - - Erinnern Sie sich an ein Dokument, wo es auch um Selektoren ging?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Kann ich nicht sagen, dass ich ein Selektorenpapier gesehen habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Namen, -

Zeuge Guido Müller: Kann ich nicht sagen, dass ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die vielleicht jetzt auch hier schon eine Rolle gespielt haben -,

Zeuge Guido Müller: Kann ich nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die Buchstaben?

Zeuge Guido Müller: Kann ich nicht sagen. Ich habe das Schreiben nicht gesehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht gesehen, oder erinnern Sie sich nicht?

Zeuge Guido Müller: Wenn ich mich nicht erinnere, könnte es sein, dass ich es auch nicht gesehen habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hat Sie ja der Vorsitzende vorhin schon gefragt, ob Sie nach diesen Veröffentlichungen, die ja dann auch Gegenstand waren von vielen Fragen, auch aus dem Parlament, aber nicht nur, das nicht interessiert hat, ob das nun stimmt oder nicht, was da so veröffentlicht wird. Wieso hat Sie das nicht motiviert, zu sagen - vielleicht nicht genau so, wie das dann geschehen ist 2013 durch Ihre Mitarbeiter, ohne dass Sie davon wussten -, dass Sie mal so was anregen? Also, wenn ich Chef einer Behörde bin und da ist Riesenauferregung in den Medien - -

Zeuge Guido Müller: Aber der Chef kümmerte sich gerade.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dass der Chef - -

Zeuge Guido Müller: Der Chef kümmerte sich gerade.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder der Vizechef. Nein, damals Vizechef, im Sommer 2013 oder auch 2014. Inzwischen sind ja mehr als zwei Jahre rum. - Dass Sie mal selber sagen: Das interessiert mich aber jetzt, umso mehr da rauskommt, umso mehr sich sogar als richtig erweist. Vielleicht ist das alles richtig, was da steht. Und das kann ich doch in meinem Laden mal versuchen festzustellen.

Zeuge Guido Müller: Der Herr Schindler hat sich persönlich der Sache angenommen, hoch engagiert, hat alles aufgeklärt, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles aufgeklärt?

Zeuge Guido Müller: - alles gehört auf den Tisch, nichts wird zurückgehalten - zu jeder Zeit gesagt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Bis auf die Listen!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt kommen wir noch mal wieder zu den Listen. Also ein Mitarbeiter von Ihnen, der nicht ganz die hohe Stellung hat wie Sie, kommt auch auf die Idee, weil er das liest, was da alles ist: „Jetzt gucke ich doch mal selber nach“, nahe- liegender Gedanke eigentlich, -

Zeuge Guido Müller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und macht das. Aber die Chefs, weder Sie noch Herr Schindler, kommen auf den Gedanken. Oder wollten Sie es gar nicht wissen? Haben Sie gedacht: „Hoffentlich kommt es nicht raus“?

Zeuge Guido Müller: Sie unterstellen, dass ich es gewusst hätte. Ich konnte, ich hatte - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber - -

Zeuge Guido Müller: Doch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht das in der Zeitung, und da werden Dokumente veröffentlicht, -

Zeuge Guido Müller: Aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und es wird immer deutlicher: Da ist auch was dran. - Im Laufe der Monate konnte man das ja nicht mehr leugnen.

Zeuge Guido Müller: Aber Herr Abgeordneter - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Guido Müller: Herr Abgeordneter, das sind doch - - Ich weiß nicht, wie viel Hundert Dokumente da thematisiert wurden. Ich erinnere mich, dass wir in der Tat über die 500 Millionen diskutiert haben. Das haben wir nicht erkennen können, weil wir es nicht gemessen haben. Man hat ja nicht jedes Wort eins zu eins übersetzen können. Wir haben das am Anfang versucht. Prism habe ich versucht darzustellen. So. Ich kann nur sagen: Ich habe das Wort nicht erkannt, und dabei bleibe ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier geht es ja jetzt nicht um das Wort Prism, sondern den Vorgang insgesamt.

Zeuge Guido Müller: Nein, es geht um die Selektoren. Das habe ich verstanden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine - weder Sie noch Herr Schindler - - noch sonst war das in den Leitungsgremien Thema: -

Zeuge Guido Müller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - „Jetzt gucken wir doch mal alles nach, ob da nicht was dran ist“?

Zeuge Guido Müller: Nein. - Wir haben ja auch regelmäßige Abteilungsleiterkonferenzen, verstehen Sie, wo mitgeteilt wird, was wesentlich ist. Und da ist nie darauf Bezug genommen worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt könnte es ja sein - also Ihnen ist ja vorhin die Frage auch schon gestellt worden -: Diese Mitarbeiter, die das gemacht haben, haben das dann nicht nach oben gegeben. Gab es vielleicht so eine Art Beißhemmung, zu sagen: „Um Himmels willen, nicht dran rühren; wenn wir jetzt auch noch rauskriegen, dass das stimmt, dann müssen wir das ja möglicherweise auch nach oben, das heißt ins Kanzleramt, und auch gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit rechtfertigen“? Also Beißhemmungen in Bezug auf den Partner, den AND?

Zeuge Guido Müller: Ich kann das Interesse nicht nachvollziehen, ehrlich gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht?

Zeuge Guido Müller: Nein. Was ist das Interesse, dass Mitarbeiter - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dass nicht bekannt wird, dass da, ich sage es mal, immer illegale oder nicht erlaubte Selektoren reingestellt wurden, die der BND selber aussortieren musste und in eine Sperrliste aufnehmen wollte.

Zeuge Guido Müller: Ich bin mir nicht sicher, ob das die Mitarbeiter so erkannt haben damals, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben die nicht erkannt?

Zeuge Guido Müller: - dass da so ist, wie Sie es unterstellt haben. Ich kann das nicht beurteilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Selektoren sind doch in eine Sperrliste aufgenommen worden, und der NSA ist das mitgeteilt worden. Das muss doch einen Grund haben, oder nicht?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und was war der Grund?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war nicht beteiligt, weder 2013 noch bei der Aufarbeitung 2015.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie mit den drei geredet. Haben Sie nicht mal gefragt: „Was war eigentlich so aufregend an den Selektoren, die ihr da aussortiert habt?“?

Zeuge Guido Müller: Nein, habe ich nicht gefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht? Interessierte Sie nicht? Um Himmels willen nicht dran rühren?

Zeuge Guido Müller: Doch, mich interessiert das schon. Aber ich habe mich darauf vorbereitet, dass Sie mich heute fragen werden: Warum haben die das nicht weitergemeldet?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Guido Müller: So. Und ich habe eine Menge Papier gelesen, um mich zurückzuerinnern, was ich wann gesehen habe und dergleichen. Und ich habe nicht gefragt: Was war so spannend daran? - Heute weiß jeder, jeder im BND und, ich sage jetzt mal, auch jeder außerhalb des BND, wie wichtig Selektoren sind. Heute jemandem in dem Gespräch zu sagen: „Aber was hast du dir denn damals gedacht, wo du den Fehler gemacht hast?“, ist sicherlich nachvollziehbar, dass das eine Frage ist, die sich stellt. Aber ich habe sie den drei Mitarbeitern nicht gestellt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Müller, sind wir uns darüber einig oder bestätigen Sie das, dass die Tatsache, dass diese Selektoren aussortiert worden sind und in eine Sperrliste gegeben worden sind, eigentlich ein Vorgang gewesen ist, den Sie auch dann im Laufe des letzten Jahres, die Unterlagen darüber, hier dem Untersuchungsausschuss hätten mitteilen müssen, mindestens dem Untersuchungsausschuss, wenn nicht noch anderen Gremien?

Zeuge Guido Müller: Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob - - Soviel ich weiß, ist das im Moment strittig zwischen Bundesregierung und Parlament. Ich bin Beamter und diene diesem Land. Ich will gerne der Weisung entsprechen, die ich bekomme. Aber ich habe da - - kann ich nicht, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber uns sind Akten vorenthalten worden, und erst durch ein Nachfragen, ein Nachhaken dieses Ausschusses sind, jedenfalls soweit wir inzwischen wissen, Sie und die Leitung des Dienstes und des Kanzleramtes überhaupt erst auf die Idee gekommen, da mal nachzufragen. Sehen Sie da nicht ein Versäumnis jetzt auch von Ihnen selber und der ganzen Hierarchie da beim BND über diesen drei Leuten, dass hier unvollständige Informationen gegeben werden an den Deutschen Bundestag, an den Untersuchungsausschuss? Wenn wir nicht nachgehakt hätten im Jahr 2015 und noch mal gesagt hätten: „Wir wollen die Unterlagen haben“, wäre das wahrscheinlich heute noch verborgen geblieben. Trotzdem haben Sie kein schlechtes Gefühl, denken: „Leider haben sie es rausgekriegt“?

Zeuge Guido Müller: Nein, im Gegenteil. Ich finde nicht, dass Sie es „leider“ rausgekriegt haben. Das ist gut, dass wir es rausgefunden haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie interessiert gar nicht, was da drinsteht.

Zeuge Guido Müller: Doch, mich interessiert, was da drinsteht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Interessiert Sie auch, ob da zum Beispiel Wirtschaftsunternehmen drin sind?

Zeuge Guido Müller: Würde mich interessieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde Sie interessieren. - Gucken Sie doch mal rein. Mich interessiert das auch. Warum ist da eigentlich so ein Desinteresse da?

Zeuge Guido Müller: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Umso höher man im Bundesnachrichtendienst kommt oder dann gar ins Kanzleramt kommt, umso größer scheint das Desinteresse zu sein.

Zeuge Guido Müller: Ich glaube eher, es hat ein bisschen auch mit der politischen Relevanz zu tun -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Nach der Antwort geht es dann weiter.

Zeuge Guido Müller: - und ich kann dazu nur in geheimer Sitzung aussagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, dazu können Sie nur in geheimer Sitzung aussagen. Wieso denn eigentlich?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Ströbele, dann ist die Runde zu Ende.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Leider!)

Dann kommen wir zur SPD. Gibt es da noch Fragen?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich hätte noch mal eine Frage. Sie haben vorhin ausgeführt, dass Ihr erster Gedanke nach den Snowden-Enthüllungen war, zu überlegen, ob irgendwo Backdoors drin sind, ob irgendwo auf diesem Wege Daten abfließen könnten.

(Der Zeuge schüttelt den
Kopf)

- Nein? Habe ich Sie falsch verstanden?

Zeuge Guido Müller: Also, wenn ich das gesagt habe, habe ich mich bestimmt missverständlich ausgedrückt. Ich habe gesagt, dass ich in dieser Zeit - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Guido Müller: Ich habe nicht gesagt: Der erste Gedanke war - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Ich will aber noch mal auf diese Backdoors und auf die Prüfungen, die Sie angestellt haben, hinaus. Was haben Sie denn - - Wie sind Sie da vorgegangen?

Zeuge Guido Müller: Ich habe - - Die Unterlagen liegen Ihnen vor, aber mir nicht. Deswegen sage ich jetzt mal: Wenn ich mich recht erinnere, habe ich drei, vier Fragen gestellt, ob wir bei der Übernahme von Technik - Klammer auf: die wir als möglicherweise problematisiert in Veröffentlichungen gesehen haben - seinerzeit, also zurück, untersucht haben, ob da Backdoors drin sind, hard- und softwaremäßig, ob es die Möglichkeit gibt, Bypässe zu legen, ja - nein. So. Diese Fragen habe ich jemandem im Leitungsstab so mitgeteilt. Der hat die verschriftet und hat die in die Firma gesteuert. Und Ihnen ist der gesamte Mailverkehr, der daraus entstanden ist, übermittelt worden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber können Sie noch - - Aber da kam nichts bei raus?

Zeuge Guido Müller: Doch, da kam eine ganze Menge bei raus, also zum Beispiel, dass bestimmte physikalische Grenzen verhindern, dass das so ist, dass es bestimmte Firewalls gibt, die das verhindern können. Und es gab insbesondere die Aussage, dass ganz viele verschiedene Equipmentdinger - deswegen sehen Sie mir nach, dass ich jetzt nicht die Tabelle Ihnen wiedergebe - untersucht wurden und untersucht wurde, wie das ist. So. Und ich sage jetzt mal, für mich zusammenfassend war: Da ist kein Problem; da gibt es kein Problem.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann noch ein anderer Punkt: 2011 ist ja Ihr Vorgesetzter versetzt worden. Das haben Sie ja wahrscheinlich auch mitverfolgt. Hat es dann in der Folgezeit im Bundeskanzleramt Bemühungen gegeben, das aufzuklären, ob da in größerem Maßstab Mitarbeiter des Bundeskanzleramts gezielt von ausländischen Nachrichtendiensten überwacht werden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ist mir a) nicht bekannt. Wäre ich aber auch nicht für zuständig, weil dafür müsste ja, ich sage jetzt mal, im Zweifel ein anderes Referat im Kanzleramt zuständig sein. Da geht es ja um die Sicherheit des Kanzleramtes.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut. Aber es könnte ja sein, dass Sie - - Also, da sind wir wieder bei dem Punkt Zuständigkeit und, was man mitbekommt. Sie haben da ja auch gearbeitet. Es könnte ja sein, dass man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versucht, zu sensibilisieren.

Zeuge Guido Müller: Kann ich mich nicht dran erinnern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Dann haben wir in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Danke schön. - Dann geht es weiter bei der Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Moment nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Im öffentlichen Teil nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, im Moment nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Im Moment nicht. - Dann geht es weiter bei der CDU. - Die hat im öffentlichen Teil auch keine Fragen. - Dann Bündnis 90/Die Grünen und Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe noch Fragen. Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Müller, Sie haben ja nun eine Zeit lang auch im Bereich Proliferation gearbeitet. Und da muss ja - - Die Frage der Suchmerkmale war ja bestimmt Teil der Arbeit auch für SIGINT. Also dass man so arbeitet, Datenströme praktisch rastert über so Suchmerkmale, das war ja da ein Kriterium. Korrekt?

Zeuge Guido Müller: Ich kann das nicht zeitlich genau einordnen, aber ich meine - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach habe ich gar nicht gefragt. Aber wo Sie es ansprechen - -

Zeuge Guido Müller: Darf ich den Satz zu Ende führen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Guido Müller: Ich erinnere mich, dass ich G-10-Anträge mitgeprüft habe - nicht was die rechtliche Bedeutung anging, sondern dass da Kriterien drin waren. Ja, kann ich mich dran erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kriterien?

Zeuge Guido Müller: Die Merkmale.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich bin nicht - - Also, ich finde, da fällt alles drunter, ich finde sozusagen, wie man es nennt, egal. Aber Sie sagen ja, unter Suchkriterien verstehen Sie was, und Selektoren ist das völlige Fremdwort; da weiß man gar nicht, worum es geht, auf einmal.

Zeuge Guido Müller: Heute weiß ich, was Selektoren sein könnten. Seinerzeit wusste ich es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seinerzeit heißt?

Zeuge Guido Müller: Vor März, April dieses Jahres.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor März, April dieses Jahres wussten Sie - -

Zeuge Guido Müller: Kannte ich den Begriff Selektoren nicht oder habe ihn, wenn ich ihn mal gelesen hätte, nie subsumiert oder abgespeichert. Ich kenne den Begriff nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wussten Sie, dass in der Behörde,



Nur zur dienstlichen Verwendung

in der Sie arbeiten, Millionen von Suchkriterien eines AND eingespeist werden? Sie wussten vielleicht nicht, dass die Selektoren hießen, aber - -

Zeuge Guido Müller: Ich glaube, das würde ich lieber in geheimer Sitzung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie über diese Kooperation mit den Amerikanern, und wussten Sie, dass Teil dieser Kooperation das Laufenlassen von Suchkriterien für die Amerikaner war?

Zeuge Guido Müller: Nein, wusste ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie nicht?

Zeuge Guido Müller: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wussten - -

Zeuge Guido Müller: Ich wusste, dass es Interessen gab. - Nein. Unter Geheim.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wussten, dass es eine Kooperation mit den Amerikanern gab -

Zeuge Guido Müller: Jawohl, ich war - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - im Hinblick auf Datenerfassung?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch auf deutschem Boden?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wussten nicht zwingend, dass eine Operation „Eikonol“ heißt?

Zeuge Guido Müller: Als ich ins Kanzleramt kam, glaube ich, gab es die gar nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben dann nie was davon - -

Zeuge Guido Müller: Ich kannte den Begriff nicht, und ich wusste auch nicht, was damit verbunden ist. Ich meine - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurz, Herr - - Sie kannten ihn nicht, als Sie ins Bundeskanzleramt kamen. Aber haben Sie dann in der - -

Zeuge Guido Müller: Auch nicht später.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht? Dann würde ich Ihnen gerne eine Akte vorhalten.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist geheim.

Zeuge Guido Müller: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir dürfen das hier machen. Wir dürfen sie nur nicht vorlesen. Die eine ist NfD. Ich gebe Ihnen aber erst mal die geheime, und die Kollegin kann Ihnen zeigen, ohne dass wir das vorlesen, auf welche Stellen es ankommt.

Zeuge Guido Müller: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Martina, vielleicht sagst du noch mal das Datum.

(Martina Kant (BT):
9. März 2010!)

- 9. März 2010. Das ist die Akte MAT A BND-9/6, Tagebuchnummer 20/14, Anlage 10, Ordner 193, Blatt 1 bis 5.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Guido Müller: Darf ich da reinmalen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Guido Müller: Ich würde dazu gerne was unter geheimer Sitzung sagen. Aber ich habe offensichtlich das Wort gekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, denke ich auch. - Und dann gibt es nämlich - das kann ich Ihnen jetzt Gott sei Dank vorhalten in öffentlicher Sitzung - - Sie haben sogar versucht, auf dieses Schreiben, wo dieses Wort „Eikonol“ vorkommt -

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und auch das Problem beschrieben ist und, ich glaube, auch EADS und Eurocopter - müsste ich jetzt kurz gucken; aber das steht da, glaube ich, auch alles drin - - darauf haben Sie eine Verfügung entworfen: Guido Müller, Leiter des Referats 623, März 2010. Da steht:

Operation der Abteilung TA mit
der NSA

Sehr geehrter Herr Dr. Conrad,

- damals Referatsleiter Bundeskanzleramt -

mit oben genanntem Bezugsschreiben wurde ein Sprechzettel für den Besuch des Leiters SUSLAG im Bundeskanzleramt übersandt ... Vor diesen Hintergründen bitte ich um Darstellung der Operation „Eikonol“. Angesichts der Bedeutung der weiteren im Sprechzettel skizzierten Operationen wird ebenfalls um ausführliche Darstellung gebeten. (?)

Und dann steht da wahrscheinlich noch was Interessantes, was leider für uns geschwärzt ist.

So. Und dann steht hier: „GL 62“ - - Also, oben das ganze Ding ist durchgestrichen, Ihr schöner Entwurf, dieses Schreiben; und dann hat jemand hingeschrieben - ich würde denken, es ist Vorbeck, aber ich weiß nicht genau -:

GL 62 sagte: kein Kontakt. (?)

Zeuge Guido Müller: Darf ich das mal sehen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Und da stellt sich mir die Frage - auch im Hinblick auf Selektoren und auch auf das, was Sie berichten über die Einsichtnahme für Selektoren -, ob es vielleicht so Operationen und Dinge gibt, die so abgeschirmt sind, dass also auch Vizepräsidenten besser gar nicht erst nachfragen?

Zeuge Guido Müller: Also, wenn Sie erlauben - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Guido Müller: Das ist ein Schreiben für und von einem Referatsleiter im Kanzleramt und hat nichts mit meinem heutigen Amt zu tun. Ich bitte, das zu unterscheiden. Ich bin jetzt Vizepräsident. Damals war ich das nicht. Sie sagen, dass es Operationen gibt. Das hat doch damit nichts zu tun, mit dem Vorgang. Verstehe ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihung, „verstehe ich nicht“?

Zeuge Guido Müller: Ich verstehe nicht, wie Sie mir vorhalten können, dass es Operationen gibt, die der Vizepräsident nicht kennt, wenn Sie mir ein Schreiben als Referatsleiter Kanzleramt vorlegen. Verstehe ich nicht. Ich habe es nicht verstanden. Sie sagen zu mir, kann es Operationen - - und geben mir ein Papier aus dem Kanzleramt. Ich verstehe nicht, was Sie meinen.

(RA Johannes Eisenberg:
Er war da nicht
Vizepräsident!)

Da war ich nicht Vizepräsident.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da waren Sie Referatsleiter im Kanzleramt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ja, aber Sie haben mich gefragt, ob es Operationen gibt, die ein Vizepräsident nicht kennt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber Sie wechseln ja nicht Ihr Gehirn aus, nur weil Sie die Abteilung wechseln. Oder doch?

Zeuge Guido Müller: Ich kann Ihnen deswegen nicht folgen, weil ich ein Papier in die Hand bekomme, was ich nicht kenne oder nicht mehr kenne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, nicht kenne? Also, Sie kennen es sehr viel besser als ich. Ich habe es Ihnen jetzt rausgesucht. Sie haben bis vor - - Ich sage Ihnen mal: Sie müssen hier wahrheitspflichtig aussagen, Herr Zeuge.

Zeuge Guido Müller: Ich sage hier wahrheitspflichtig aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind gefragt worden von der Kollegin Renner, ob Sie „Eikonol“ kennen. Sie haben hier gesagt, das kennen Sie nicht. Jetzt halte ich Ihnen zwei Dokumente vor.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie sogar darüber geschrieben und gesagt: Ich will mehr Infos zu „Eikonol“. - Und jetzt sagen Sie: Ja, da war ich Referatsleiter im Kanzleramt; da war ich nicht BND-Vizepräsident. - Also, was denken Sie, was das hier für eine Veranstaltung ist, Herr Müller? Also wirklich!

Zeuge Guido Müller: Ich finde - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen frage ich Sie jetzt das noch mal, weil mich das interessiert.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es könnte ja sein, dass das Hauspraxis ist, dass man bestimmte Dinge zu vergessen hat: „kein Kontakt“, „Eikonol“ geht dich nichts an, ja“, und „Selektorenliste, da fragst du besser nicht nach, wenn du deine Karriere nicht gefährden willst“. Das würde das Aussageverhalten von einigen Menschen hier erklären.

Zeuge Guido Müller: Also ich kenne dieses, was Sie beschrieben haben, nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Guido Müller: Richtig ist, dass ich zu einem Vorgang in geheimer Sitzung mehrfach aussagen wollte. Habe ich mehrfach gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gesagt, dass Sie „Eikonol“ nicht kennen, Herr Müller.

Zeuge Guido Müller: Ja. Und ich habe gesagt, wenn ich mich recht erinnere, dass „Eikonol“ beendet war, als ich ins Kanzleramt kam. An diesen Vorgang, den Sie mir zu Recht vorhalten, kann ich mich nicht erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Guido Müller: Richtig ist aber auch, dass das ein Entwurf war, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

Zeuge Guido Müller: - der offensichtlich nie das Haus verlassen hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum denn nicht?

Zeuge Guido Müller: Das kann ich doch nicht Ihnen beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war doch Ihr Vorgang. Woher soll ich es denn wissen? Sie sind hier als Zeuge.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ja, ich sage es Ihnen ja. Ich weiß es nicht. Ich kann es Ihnen nicht beantworten. Ich erinnerte mich eben noch nicht einmal daran, dass ich es hatte, wenn Sie so wollen. Und jetzt sagen Sie mit Recht - - Warum ich das nicht weiß, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Guido Müller: Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass ich das Schreiben nicht gesehen habe, als ich mich vorbereitet habe. Sonst hätte ich das anders formuliert eben. Das bedauere ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt sind Sie ja Vizepräsident des BND, Herr Müller. Und Sie haben ja vorhin in Ihrem Eingangsstatement berichtet: „Meldepflicht verändert“, ja?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat es irgendwie Probleme gegeben. Und wenn jetzt was Ernstes passiert, dann muss Meldung erstattet werden nach oben. Und jetzt stellt sich raus, dass in einer ganz, ganz heiklen Phase - August 2013, einen Monat vor der Bundestagswahl, Snowden-Affäre kocht hoch, ja? - innerhalb Ihrer Behörde von einem Unterabteilungsleiter Zehntausende von illegalen Selektoren gefunden werden. Und in einer Nacht-und-Nebel-Aktion - anders kann man das ja nicht bezeichnen - löschen die über Wochen diese Dinger. Wobei ich Ihnen sage, ich verstehe bis heute die Geschichte nicht - vielleicht können Sie das noch aufklären -, wie das zwischen D. B. und M. T., also Dr. T., und R. U. und W. O. genau gelaufen ist, also was da zwischen Pullach und Bad Aibling - - Es ist ein Mysterium, wie das gelaufen ist, weil W. O. hat ja die Dinger nachher gelöscht, aber er hat dieses Ding von Dr. T. überhaupt nicht bekommen. So.

Aber da will ich jetzt erst mal gar nicht drauf hinaus, sondern das passiert. Und jetzt sind Sie Vizepräsident. Und es soll aufgeklärt werden. Und einer dieser Beteiligten, D. B., der sagt hier nicht aus in bestimmten Bereichen, weil er Sorge

hat vor einem Disziplinarverfahren - ja? Und ich stelle fest: Niemand hat vor, irgendwas Disziplinarrechtliches zu machen. - Da hat Eisenberg auch eine Meinung zu. Die ist aber irrelevant gerade. Niemand hat vor, irgendwas Disziplinarrechtliches zu machen. Schindler, Sie, sie reden von Fehlerkultur, man muss verstehen, man muss offen sein miteinander und reden. Das ist mir grundsätzlich total sympathisch. Aber hier geht es ja irgendwie um gravierend ernste Vorgänge.

Könnte es sein, dass die Spitze des Hauses, weil sie es eigentlich richtig fand, wie das damals gelaufen ist, das einfach nicht sanktioniert, dass offenbar gegen die Vorschriften, die geänderten Vorschriften aus dem Jahr 2011, auf die Sie sich hier stolz berufen im Eingangsstatement, verstoßen wird, und das aber einfach hingenommen wird? Ein megarelevanter Vorgang: das Bundeskanzleramt nicht informiert, desavouiert - ja? -, peinlich, keine Rechts- und Fachaufsicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Jetzt die Frage eben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Frage eben.

(RA Johannes Eisenberg:
Welche?)

Kann es sein, dass das System hat, dass das eine interne Kulturgeschichte im BND ist und dass Sie dafür größtes Verständnis haben, vielleicht sogar dankbar sind, dass weder W. O. noch R. U. noch D. B. das nach oben gemeldet haben?

Zeuge Guido Müller: Nein, kein Verständnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Verständnis. Und warum sanktionieren Sie das nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Ich glaube, es ist gesagt worden, dass das möglicherweise außerhalb des Untersuchungsgegenstands ist, weil es in der Prüfung ist. Ich weiß das nicht - was Herr Schindler gesagt hat, weiß ich nicht -, aber ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass das noch geschieht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann ist die Runde zu Ende. - Dann kommen wir zur SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Keine weiteren Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Keine Fragen im öffentlichen Teil. - Dann zur Fraktion - - Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Jetzt bin ich wieder orientiert und weiß, was ich noch fragen wollte. - Und zwar muss ich mich noch mal auf den Artikel des *Spiegel* vom 02.05.2015 - bitte nicht wieder das nonverbal kommentieren - „Der unheimliche Dienst“ beziehen. Und zwar wird hier wiederum auf einen Artikel der *Bild am Sonntag* abgestellt, dass es 2011 einen Vorgang gegeben hat, wo im Kanzleramt Informationen aufliefen, dass die CIA wohl Kenntnis erlangt hat, dass ein leitender Mitarbeiter im Kanzleramt mit Medienvertretern „gute Storys“ teilen würde. Und daraufhin ist wohl die entsprechende Person - der wird hier auch bezeichnet mit seiner Dienstbezeichnung - in der Abteilung 6 versetzt worden. Nun macht *Der Spiegel* jetzt Folgendes: Er lässt jetzt drei Szenarien durchlaufen, die Grundlage dieses Vorgangs gewesen sein könnten. Ich will erst mal fragen - das ist ja Ihre Zeit im Bundeskanzleramt -: Können Sie sich an den Vorgang erinnern? Wir reden um Gr. 62.

Zeuge Guido Müller: Ich kann im Moment nicht einschätzen, ob das noch zum Untersuchungsgegenstand gehört.

Martina Renner (DIE LINKE): Doch, Spionage der Five Eyes zulasten der Bundesrepublik Deutschland und ihrer nachgeordneten Behör-

den - und der BND ist immer noch eine nachgeordnete Behörde - ist voll untersuchungsgegenständlich. Herr Wolff teilt diese Auffassung sicherlich.

RD Philipp Wolff (BK): Da ging es jetzt aber um eine Versetzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, es geht mir um die Spionage der CIA gegen den Bundesnachrichtendienst. Da komme ich jetzt gleich zu.

RD Philipp Wolff (BK): Dann führen Sie es vielleicht näher aus. Dann können wir beurteilen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir kommen jetzt dahin. Also, ich habe ja jetzt eingeleitet.

RD Philipp Wolff (BK): - ob das ein untersuchungsgegenständlicher Vorgang ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Aber mir geht es bei diesem Vorgang um den Aspekt Spionage der CIA gegen den Bundesnachrichtendienst, und damit ist es untersuchungsgegenständlich - und voll im Untersuchungszeitraum.

RD Philipp Wolff (BK): Die Spiona- -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Eine Spionage per se der CIA?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Am besten, wir lassen Frau Renner jetzt einfach die Frage stellen. Das klärt sich dann.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Ich frage jetzt erst mal. Wir kommen doch gleich darauf. - Können Sie sich an den Vorgang erinnern, dass Herr Vorbeck versetzt wurde?

(RA Johannes Eisenberg:
Wir bleiben jetzt wieder dabei, dass das nicht Untersuchungsgegenstand ist!)

Sie waren ja im Bundeskanzleramt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Nur in der geheimen Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Guido Müller: In der geheimen Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur in der geheimen Sitzung können Sie sich erinnern? Ich habe Sie eben gefragt, ob Sie sich erinnern können.

Zeuge Guido Müller: Ich habe nicht bestritten, dass ich mich erinnere.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Guido Müller: Ich erinnere mich.

Martina Renner (DIE LINKE): Wunderbar. Gut. - Dann frage ich jetzt weiter zum Artikel des *Spiegel*, der ja immer noch nicht eingestuft ist; vielleicht erleben wir das hier noch. So. Der Bericht lässt mehrere Szenarien zu, die damals auch im Kanzleramt durchgespielt worden sein müssen: Fängt die NSA im Berliner Regierungsviertel flächendeckend Gespräche auf und ist auf diese Weise auf den Kanzleramtsminister gestoßen, hören die Amerikaner gezielt die Konversation von Mitarbeitern des Kanzleramtes ab, oder überwachen die US-Dienste gezielt deutsche Journalisten?

Wie würden Sie - ich frage jetzt gar nicht zur Sache; nicht gleich wieder rufen: geheim - das denn rechtlich einordnen, wenn die Variante zutrifft, die NSA überwacht Mitarbeiter des Kanzleramtes? Und wie würden Sie es rechtlich einordnen, wenn es zutreffen würde, die NSA überwacht deutsche Medien?

Zeuge Guido Müller: Ich würde dazu nur in geheimer Sitzung gerne vortragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ihre rechtliche Auffassung ist jetzt geheim?

Zeuge Guido Müller: Aber wenn ich geahnt hätte, dass ich als Rechtsgutachter einbestellt bin - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind doch die Dienst- und Fachaufsicht. Also, Sie sind der BND-Vize.

Zeuge Guido Müller: Nein, ich bin nicht Dienst- und Fachaufsicht über das Bundeskanzleramt. Ich bitte um Verständnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Guido Müller: Wir reden über einen früheren Vorgesetzten von mir. Und ich bitte auch um Verständnis dafür, dass ich zu einer Einzelpersonalmaßnahme, wo Namen genannt werden, keine Stellung nehme.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht mir doch gar nicht um die Personalmaßnahme, ob es dem Kollegen dann nachher besser oder schlechter ging, sondern es geht mir um die Frage, wie man das eigentlich einordnet, wenn eines dieser beiden Szenarien zutrifft.

Zeuge Guido Müller: Ich kenne den Artikel zu wenig, um das einzuordnen, und ich bin auch kein Rechtsanwalt, um das so einzuordnen. Ich kann Ihnen das abschließend nicht sagen. Ich kenne die Vorgänge nicht, dass ich das so einschätzen könnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie kennen sie so gut, um in nichtöffentlicher Sitzung dazu dann Stellung zu nehmen? - Für welche Form der Sicherheit waren Sie im Bundeskanzleramt zuständig?

Zeuge Guido Müller: Für die Sicherheit im BND. Ich war der Teil, der den BND gespiegelt hat in seiner Sicherheit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Und jetzt haben wir ja doch einen sicherheitsrelevanten Vorgang, oder?

Zeuge Guido Müller: Im BND.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wissen Sie, wenn ein AND hier irgendwie einen Mitarbeiter einer Regierungsbehörde ausspioniert, dann muss das doch interessieren, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Müller: Für die Sicherheit im Bundeskanzleramt war ich nie zuständig.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann sind wir ja sehr erfreut, wenn wir dann irgendwann mal auch hören werden irgendwie, dass für die Sicherheit im BND auch niemand zuständig ist. Das wird Markus R. auch gerne hören jetzt hier.

Zeuge Guido Müller: Für die Sicherheit im BND bin ich zuständig.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Das trennt man so, ja? Also, es gibt nur entweder der oder der, und das interessiert einen dann nicht, was das dann bedeutet?

Zeuge Guido Müller: Aber es gibt doch Geschäftsverteilungspläne in jeder Behörde. Und der Geschäftsverteilungsplan im Bundeskanzleramt weist aus, dass ich nicht für die Sicherheit im Bundeskanzleramt zuständig war.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie schätzen Sie das denn heute ein, wenn ein BND-Mitarbeiter als Agent geworben wird durch einen befreundeten AND? Als BND-Vize frage ich Sie jetzt.

Zeuge Guido Müller: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, aber ich will das gerne sagen. Sollte es so sein, dass wir ein Verfahren haben, wo ein BND-Mitarbeiter möglicherweise Quelle geworden ist, dann wird der einem Verfahren zugeführt. Und in diesem Verfahren wird darüber zu entscheiden sein, ob er schuldig oder unschuldig ist. Das ist, glaube ich, ganz normale Justiz.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat sich der AND auch strafbar gemacht, wenn er dies auf dem Boden der Bundesrepublik ausgeübt hat?

Zeuge Guido Müller: Ich denke, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Was unternimmt man dann, um - -

Zeuge Guido Müller: Dafür müsste ich jetzt aber den Fall haben, was ich dann tue. Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich mit denen sprechen

würde. Ich kann mich auch erinnern, in Einzelfällen wurde schon mal jemand ausgewiesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe jetzt von strafrechtlicher Verfolgung und nicht von diplomatischen Schritten geredet.

Zeuge Guido Müller: So. Dafür bin ich nicht zuständig. Entschuldigung. Dafür gibt es - - Ich habe gedacht, was ich tun könnte. Ich bin ja nicht Straf- -

(RA Johannes Eisenberg:
Staatsanwalt!)

Staatsanwalt und Richter; ist nicht meine Zuständigkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat sich durch solche Aktionen der 360-Grad-Blick herausgebildet?

Zeuge Guido Müller: Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, was Sie meinen. Ich halte mich an das Auftragsprofil der Bundesregierung. Das ist geheim.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist übrigens total leicht, sich an was zu halten, was geheim ist. Das ist für die parlamentarische Kontrolle nicht ganz einfach.

Zeuge Guido Müller: Aber ich meine, es liegt dem Parlamentarischen Kontrollgremium vor.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, die dürfen aber noch nicht darüber reden, nicht?

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Nein, da liegt es
auch nicht vor!)

Zeuge Guido Müller: Liegt nicht in der Geheimchutzstelle vor?

Martina Renner (DIE LINKE): Tja. - Gut. 360- -

Zeuge Guido Müller: Dann bin ich falsch unterrichtet. Entschuldigung. -

(Der Zeuge wendet sich an
RD Philipp Wolff (BK))



Nur zur dienstlichen Verwendung

Liegt nicht vor? Warum nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich kenne das Aufgabenprofil des BND nicht. Ich kenne aber den Begriff „360-Grad-Blick“. Kennen Sie den auch?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und seit wann redet man über den 360-Grad-Blick?

Zeuge Guido Müller: Ich weiß es nicht mehr genau, aber wahrscheinlich 2013 im Sommer.

Martina Renner (DIE LINKE): Vorher nicht?

Zeuge Guido Müller: Kann nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagen Sie dann auch mal: „Danke, Edward Snowden, dass wir jetzt den 360-Grad-Blick haben“?

(RA Johannes Eisenberg:
Das war keine ernstgemeinte Frage!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Wenn die Antwort jetzt käme, dann wäre die Runde vorbei. Aber die Antwort warten wir natürlich noch ab.

Zeuge Guido Müller: Ich mache das, was im Auftragsprofil der Bundesregierung steht.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke schön.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht die Runde weiter an die CDU/CSU-Fraktion.

Nina Warken (CDU/CSU): Öffentlich keine Fragen im Moment.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte? - Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage, die sich mir aufdrängt, weil Sie ja geradezu Experte sind, auf beiden Seiten, also beim Kanzleramt und beim Bundesnachrichtendienst, länger tätig gewesen sind. Vielleicht können Sie mir da weiterhelfen. Wenn Sie jetzt als BND, als Vize oder als Mitarbeiter im BND, sich an das Bundeskanzleramt wenden, um da eine wichtige Information zu geben, beispielsweise vor einer Reise eines Ministers in die USA oder so, also von Wichtigkeit, und schreiben dann einen Brief - wir haben gelernt, da werden dann möglichst keine Mails genutzt, sondern Briefe geschrieben, die dann per Boten dahin kommen - und Sie richten diesen Brief jetzt zum Beispiel an einen Herrn Dr. Kurz, den wir hier auch als Zeugen hatten, gehen Sie dann davon aus, dass der Herr Dr. Kurz diesen Brief bekommt?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehen Sie von aus?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann das auch sein, dass der gar nicht dem gegeben wird und der nicht mal davon informiert wird, dass Sie ihm einen Brief geschrieben haben?

Zeuge Guido Müller: Ich habe aus der Frage eben geschlossen, dass offensichtlich eine Ermächtigung bei Herrn Dr. Kurz nicht vorgelegen hat, wenn ich es richtig verstanden habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Guido Müller: Das ist aber nicht die Aufgabe des Senders, sondern das ist die Aufgabe des Empfängers. Wenn mir als Sender nicht bekannt ist - wie in dem Beispiel, das Sie jetzt dargestellt haben -, dass der Empfänger so ermächtigt ist, dann prüft die Registratur, bevor sie etwas ausliefert. Im Grunde werden alle Schreiben, die ankommen, gestempelt und erfasst, damit das



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht verloren geht. Und bevor es ausgeliefert wird, wird geprüft: Ist derjenige ermächtigt?

Und ist der nicht ermächtigt, ist das Schreiben deswegen nicht verfallen. Das Schreiben geht natürlich dann in der Kette an den nächsthöheren Vorgesetzten, sei der ermächtigt. Wenn der nicht ermächtigt ist, geht es an den nächsten höheren. Wenn das jetzt dazu führt, dass niemand das bekommen kann - ich kenne keinen solchen Fall -, führt es dazu, dass man natürlich Bescheid geben würde. Man würde sagen: Da ist keine Ermächtigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber unterrichtet man nicht die Korrespondenzseite jetzt im BND mal davon, also: „An den kannst du nicht was schreiben, was die und die Themen betrifft, weil der gar nicht ermächtigt ist“? Also kann das sein, dass sie immer wieder Briefe an dieselbe Adresse schreiben -

Zeuge Guido Müller: Nein, gebe ich Ihnen vollkommen recht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und das wird immer wieder aussortiert?

Zeuge Guido Müller: Nein, gebe ich Ihnen vollkommen recht. Ich gehe davon aus, dass, wenn der Adressat nicht gefunden wird und das wird - ich sage jetzt mal - offensichtlich - - Bei einem oder zwei Schreiben mag das untergehen; aber wenn das eben regelmäßig geschieht - sage ich Ihnen ganz klar -, dann muss jemand Bescheid geben und sagen: Okay, der hat die nicht. - Ich glaube aber, es ist einfach nicht gemacht worden, ich sage jetzt mal - versäumt ist vielleicht zu viel -: vergessen worden. Ich glaube nicht, dass das ein Systemfehler war oder so was.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war jetzt gar nicht meine Frage, -

Zeuge Guido Müller: Doch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern Sie sagen, wenn jemand da mehrere Jahre beschäftigt ist und nicht nur mal einen Monat tätig ist, -

Zeuge Guido Müller: Ich kann Ihnen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass man dann auch mitteilt: „Hör mal zu, solche Briefe gehen gar nicht an den, sondern an den Vorgesetzten oder an jemand anderen“?

Zeuge Guido Müller: Also, bei der Einrichtung meines Referates, wovon ich heute gesprochen habe, sind ja mehrere Mitarbeiter gekommen. Und ich habe dafür Sorge getragen, dass alle so ermächtigt waren - alle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Kanzleramt?

Zeuge Guido Müller: In meinem Referat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Kanzleramt?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. Darum geht es mir jetzt gar nicht. - Jetzt meine letzte Frage dazu, zu dem, was wir vorhin oder wozu Sie vorhin schon intensiv befragt worden sind: Ist an Sie mal herangetragen worden - ich komme da auch drauf, weil sich das auch aus einem Schriftstück ergeben könnte - nicht nur das Wort „Eikonol“ - das wissen wir ja jetzt inzwischen, dass Sie mit dem zu tun hatten, mit dem Wort „Eikonol“, weil es in einem Brief von Ihnen vorkommt -, aber ist Ihnen in dem Zusammenhang auch mal gesagt worden, dass dieses Projekt eingestellt worden ist, unter anderem, weil die G-10-Filterung fraglich war?

Zeuge Guido Müller: Ich weiß, dass es - - Oh, also das sind mit Sicherheit geheime Unterlagen. So.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, aber da haben wir schon mal drüber gesprochen. Die Gründe für die Einstellung - -

Zeuge Guido Müller: Ja, das ändert nichts dran, dass es nach wie vor Geheim eingestuft ist. Aber ich erinnere mich daran, dass es möglicherweise einen Vorgang gegeben hat, wo so was stand.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo so was stand. Okay. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben noch ein bisschen Zeit, nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, noch ganze dreieinhalb Minuten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich habe noch mal zwei Fragen. Einmal zu den Dingen, die eben der Kollege Ströbele gefragt hat: Sie sind sich ganz sicher, Herr Müller, dass, wenn in Ihrer Behörde oder zwischen Bundeskanzleramt und BND oder in die andere Richtung vertrauliche, irgendwie eingestufte Unterlagen verschickt werden, dann das Problem beim Empfänger liegt, an wen diese Unterlagen gehen, mit welcher Einstufung?

Zeuge Guido Müller: Ich habe ehrlich - - Ich verstehe die Frage nicht. Ja, ich habe gesagt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist verantwortlich für die Geheim- -

Zeuge Guido Müller: Der Adress- - Der Sender stuft ein, der Herausgeber stuft ein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Zeuge Guido Müller: So. Und wenn es jetzt, weil offensichtlich was falsch gelaufen ist, falsch ankommt, liegt das nicht etwa an dem. Dafür gibt es ja eine VS-Registrierung. So wird sich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, was heißt „falsch ankommt“? Also, Sie schicken das an jemanden, den Sie kennen, in der Abteilung XY?

Zeuge Guido Müller: Ja. Also, nehmen wir doch, damit es meinen Horizont hat: Ich schicke was ans Bundeskanzleramt in die Abteilung 6, und ich gehe davon aus, der ist Streng-Geheim-ermächtigt, und der ist es nicht. Das liegt doch nicht an mir. Das kann ich doch gar nicht wissen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das frage ich Sie. Da muss es ja eine Handhabung für geben.

Zeuge Guido Müller: Ja. Ich habe Ihnen doch die Handhabung gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Die ist so? Das wollte ich noch mal fragen, weil ich mir das nicht vorstellen kann.

Zeuge Guido Müller: Das ist mein Kenntnisstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Guido Müller: Wenn ich bewusst weiß, dass derjenige nicht ermächtigt ist, glaube ich, wäre das nicht in Ordnung. Dann würde ich das sicherlich nicht tun. Aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Aber die Frage ist: Wer ist verantwortlich für diesen Vorgang? Das Bundeskanzleramt hört ja hier ganz aufmerksam zu. Die sagen gar nichts dazu. Deswegen gehe ich mal davon aus, dass das so richtig ist, wie Sie das beschreiben. Aber wir werden das noch mal abfragen.

Mein letzter Punkt für diese öffentliche Frageunde ist sozusagen: Ich wundere mich über den Umstand, dass Sie ja tatsächlich nach den Veröffentlichungen von Snowden alarmiert waren offenbar. Man ist in die USA gefahren, und man hat diese Sachen gelesen. Sie sagen: Ich habe einen Teil der Presseveröffentlichungen sozusagen verfolgt. - Ich kann mir ja vorstellen, dass innerhalb des BND das über Lesen von Zeitungsartikeln hinausging. Oder?

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da wird man doch irgendwie gesagt haben: „Wie schützen wir uns?“, und so. Und dass man da, weil Sie das vorhin so angesprochen hatten, nach Hintertüren sucht und so, weil man sieht auf diesen Zeichnungen, es fließen Da-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten ab: Da ist man tatsächlich nicht darauf gekommen, dass bei den Selektoren ein Problem liegen könnte? Das ist Ihre Aussage.

Zeuge Guido Müller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ist niemand auf den Gedanken gekommen in der Führungsebene? Man saß zusammen und sagt: „Mensch, du, da fließen Daten ab, um Gottes willen“, und niemand hat gesagt: „Was ist eigentlich mit diesen Millionen von Suchmerkmalen, die wir für die Amerikaner hier einsteuern?“? Ist niemand auf die Idee gekommen?

Zeuge Guido Müller: Heute wissen wir, dass Herr D. B. auf die Idee gekommen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber niemand sozusagen in der oberen Spitze?

Zeuge Guido Müller: Da, wo ich dabei war, ist niemand auf die Idee gekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemand in der Spitze des BND ist auf den Gedanken - -

Zeuge Guido Müller: Da, wo ich dabei war, ist niemand auf die Idee gekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist auch niemand im Bundeskanzleramt auf die Idee gekommen?

Zeuge Guido Müller: Also, meines Wissens nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, Ihres Wissens. Also nicht nur, dass Sie nicht dabei waren, sondern Sie wissen davon nicht?

Zeuge Guido Müller: Jetzt wird es sehr kompliziert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut so.

Zeuge Guido Müller: Wo ich nicht dabei war, weiß ich nichts drüber.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen keinen Vorgang, dass jemand auf höherer Ebene -

Zeuge Guido Müller: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - im BND oder im Bundeskanzleramt im August 2013 auf den Gedanken gekommen ist, nach einer Reise nach Washington oder so: „Mensch, du, die Selektoren könnten ein Problem sein“?

Zeuge Guido Müller: Also, bei allen Gesprächen, die ich geführt habe, ist das nie zum Thema gemacht worden - nie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der Umstand, dass Daten abfließen, wenn man sich diese Übersichten anguckt, der ist dann einfach hingenommen worden - bis zum Beweisbeschluss dieses Untersuchungsausschusses?

Zeuge Guido Müller: Ich versuche noch mal - - Ich hatte das versucht, bei meinem Eingangsstatement zu sagen. Wahrscheinlich habe ich das nicht richtig rausgebracht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe wahrscheinlich nicht richtig zugehört.

Zeuge Guido Müller: Nein, ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Versuchen Sie es noch mal, Herr Müller.

Zeuge Guido Müller: Ich versuche es noch mal. Nur weil es unwidersprochene Medienberichte gibt, heißt das nicht, dass sie richtig sind. Oder aber: Ich kann es vielleicht nicht beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt aber eine reichlich kryptische Antwort. Haben Sie denn - - Sie haben ja nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur die Medienberichte gelesen, sondern Sie haben sich ja auch die Snowden-Unterlagen und die Veröffentlichungen angeguckt. Und Sie haben das Problem ja sehr ernst genommen; denn Sie haben ja ab dem Zeitpunkt August 2013, Sommer 2013, den 360-Grad-Blick angenommen im BND. Und das kann man ja nur machen, wenn man diese Medienberichte - in Anführungszeichen - ernst nimmt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Zeuge Guido Müller: Ich glaube, ich habe zum 360-Grad-Blick was anderes ausgesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich der Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Der Zeuge kann zum 360-Grad-Blick eigentlich wenig beitragen hier. Das richtet sich auch nicht an den BND, sondern an das BfV.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Wir schauen mal, wie das sich weiterentwickelt. - Aber jetzt kommt als Nächstes die Fraktion der SPD mit ihren Fragen, wenn noch Fragen im öffentlichen Teil sind.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist nicht der Fall. - Dann frage ich die Fraktion Die Linke: Sind noch Fragen im öffentlichen Teil? - Das ist nicht der Fall. - Die Fraktion der CDU/CSU hat auch keine Fragen mehr im öffentlichen Teil. - Dann wären wir schon wieder bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es da noch Fragen im öffentlichen Teil?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Das, sehe ich, ist nicht der Fall.

Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Guido Müller am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist dann einstimmig, nehme ich an, mit konkludentem Stimmverhalten der Opposition, wenn ich das richtig - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor lauter
Zustimmung haben wir uns
nicht gemeldet!)

- So habe ich das auch verstanden.

Damit ist dies einstimmig beschlossen.

Herr Müller, bevor Ihre nichtöffentliche Vernehmung folgt, wird zunächst der nächste Zeuge, Herr Vorbeck, in öffentlicher Sitzung vernommen. Ich danke Ihnen an dieser Stelle aber schon mal ganz herzlich für die Bereitschaft, hier öffentlich auszusagen. Ich bitte Sie, sich bis zur nichtöffentlichen Vernehmung bereitzuhalten, und ich freue mich, wenn der Zeuge Vorbeck jetzt in den Ausschussraum gebracht wird.

Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung von
18.22 bis 18.35 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses damit erneut und darf ganz herzlich begrüßen unseren nächsten Zeugen, Herrn Hans Josef Vorbeck.

Vernehmung des Zeugen Hans Josef Vorbeck

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Vorbeck, Sie haben die Ladung am 29. Mai 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, Herr Vorsitzender. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersu-

chungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Strafverfahren [sic!].

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in eingestufte oder geheimer oder gar streng geheimer Sitzung fortzuführen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, habe ich nicht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum gesamten Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ohne von den Fragen der Fraktionen unterbrochen zu werden. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, auch dazu nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich darf Sie nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Mein Name ist Hans Josef Vorbeck. Ich bin noch 63 Jahre - [REDACTED] - und bin über das Bundeskanzleramt zu laden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wie ich es gerade angekündigt habe, möchte ich Ihnen zunächst die Möglichkeit geben, sich zum Beweisthema in Gänze zu äußern ohne Unterbrechungen. Das ergibt sich aus § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes. Möchten Sie hiervon Gebrauch machen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich möchte kein Eingangsstatement, vor allen Dingen kein längeres, hier halten. Ich möchte vielleicht eine kurze Vorbemerkung machen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: - zu meinem Werdegang. Ich bin im Juli 1992 in die Abteilung 6 des Bundeskanzleramtes gekommen, habe dort verschiedene Positionen bekleidet, war allerdings schwerpunktmäßig immer mit der Frage der Berichterstattung des BND und der Informationsverwertung dieser Berichte - wie werden diese Inhalte, die die Nachrichtendienste berichten, verwertet -, daneben natürlich auch immer Koordinierungsfragen, insbesondere im Bereich Terrorismus, Proliferation - - Womit ich weniger zu tun hatte, waren immer Fragen der Informationsgewinnung, wie nun der BND oder das BfV Informationen gewinnt. Das gilt sowohl im HUMINT- als auch im SIGINT-Bereich. Ich möchte das hier vorausschicken, weil es ja hier im Wesentlichen um SIGINT-Themen geht. Das heißt aber nicht, dass ich nie damit zu tun hatte; das ist ja auch den Akten zu entnehmen. Aber das war nie ein Schwerpunkt. - Dabei würde ich es schon belassen gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann würde ich mit der einen oder anderen Frage beginnen. Können Sie etwas zu Ihrem Werdegang sagen? Nach schulischer Ausbildung, wie ist es dann weitergegangen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich habe meinen Lebenslauf nicht mehr so richtig im Kopf, aber das Übliche: Abitur, Studium der Wirtschaftswissenschaften, anschließend eine Zeit an der Universität als wissenschaftlicher Assistent, bis ich dann 1987 in den BND kam. 1987 war ich bis 1992 in der Auswertung des BND beschäftigt, also auch da nicht mit der Beschaffung von Informationen befasst, und bin dann eben 1992 ins Bundeskanzleramt gekommen, war zunächst Referent im sogenannten Lagereferat, wo die BND-Berichte eingehen, habe dann gewechselt in das Proliferationsreferat, wurde, ich glaube, 1996 dann Referatsleiter in einem neu gebildeten Referat, das sich unter anderem auch mit Wirtschaftsspionage, mit dem Problemkomplex Echelon befasste. Und ein Schwerpunktthema, was mich fast durch 20 Jahre meiner Zeit im Bundeskanzleramt begleitet hat, das waren die Austauschverhandlungen für verstorbene israelische Soldaten. Und dann wurde ich, glaube ich, 2003 zum Gruppenleiter mit drei Referaten unter mir. Da ging es dann auch wieder um das Lagereferat, um das Terrorismusreferat und um Proliferation. Jetzt habe ich noch zwischendurch vergessen, dass ich das Terrorismusreferat auch eine Zeit lang geleitet hatte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Also mit Fragen nach Wirtschaftsspionage, da sollten Sie sich auch auskennen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Damals, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber was Wirtschaftsspionage ist, wissen Sie?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ungefähr noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was ist es denn?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich verstehe darunter, wenn Nachrichtendienste anderer Länder versuchen, Informationen aus dem Wirtschaftsreich, speziell aus Unternehmen, zu bekommen, und diese Informationen an andere Unternehmen weitergeben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gibt es da einen Unterschied zur Industriespionage?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich sehe das nicht so deutlich. Also, wir haben damals - glaube ich, 1996 war das - so eine Unterscheidung zwischen Wirtschaftsspionage und Konkurrenzspionage gemacht. Das war, glaube ich, so der erste Bericht, den die Bundesregierung mal zu diesem Thema gemacht hat. Und da haben wir eben unterschieden, ob im Hintergrund ein Nachrichtendienst steht oder ob es private Firmen oder andere private Institutionen sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist da so das Verhältnis? Kann man das sagen? Fifty-fifty, 20 : 80?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Kann ich, könnte ich heute keine Zahlen mehr zu nennen. Dazu bin ich zu lange da raus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und von damals?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich glaube, da gab es keine Zahlen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich dachte, Sie hätten - weil Sie gerade sagten, Sie hätten sich damit beschäftigt - sich das angeguckt, das Verhältnis.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Wir haben mal versucht, zusammenzufassen, was wir an Erkenntnissen hatten. Und da war natürlich der Schwerpunkt, ohne dass man Zahlen nennen könnte: Soweit ich mich erinnere, waren es die chinesischen und die russischen Dienste, denen man da große Fähigkeiten zuschrieb. Ich glaube, das ist heute nicht viel anders.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also das, was im Verfassungsschutzbericht -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - quasi drinsteht, das haben Sie auch rausgefunden?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und über die Konkurrenzspionage, weil es da keine Zuständigkeiten für uns gab, da wissen wir - ich glaube, bis heute - sehr wenig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will Sie jetzt nicht - - Oder: Ich würde Sie gerne fragen, welche Firmen denn da besonders bei Ihnen auf dem Schirm waren, die immer wieder Angriffspunkt von Spionagetätigkeiten werden; aber da können Sie wahrscheinlich jetzt nichts zu sagen.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, ich habe nur immer einen - - Es gab nicht viele Fälle. Das habe ich in Erinnerung. Es gab immer einen Fall, der, glaube ich, bis heute wiedergekaut wird, wo man einen amerikanischen Dienst hinter vermutete.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das war der Hersteller von diesen - - Also nicht Windmühlen. Stromerzeugung durch diese - - Ach, wie heißen sie denn? Jetzt komme ich nicht drauf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Windräder vielleicht?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Windräder, genau. Danke. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da weiß ich aber den Namen der Firma auch nicht mehr. Aber da schwang immer mit, da könnte ein amerikanischer Dienst hintergesteckt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist Ihnen das bekannt geworden?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Über die Presse, soweit ich mich erinnere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist das üblich, dass dem Kanzleramt oder dem BND solche Fälle, die aus dem eigenen Haus sind, durch die Presse bekannt werden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wir lesen Presse, natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber Eigenreflexion ist eher weniger, man liest Presse?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, die Firma hatte sich, glaube ich, an die Presse gewandt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Firma ist jetzt die Firma, die die Windräder baut, -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder die Firma, die sich BND nennt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, die Firma - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil der Zeuge eben hat von der Firma auch gesprochen und meinte den BND.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein? Ja?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das würde ich, glaube ich - - Die Terminologie ist mir nicht so geläufig. Wenn ich „Firma“ sage, meine ich den Hersteller der Windräder.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Windradhersteller. Okay. - Also, die hat sich an die Presse gewandt. Aber dass jetzt, sagen wir mal, im BND oder dann im Kanzleramt man sich gewahr wurde, dass man möglicherweise hier auch Sorge haben muss, dass deutsche Firmen Angriffsobjekt von Spionage sein können, das war nicht so der Fall? Wenn es in der Presse stand, dann aha, aber dass man sich da selbst aktiv Gedanken drüber machte?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Haben wir. Wir haben das auch in dem Bericht festgelegt. Also, wir haben damals relativ weitgehend ausgeschlossen, dass amerikanische Nachrichtendienste diese Art von Wirtschaftsspionage zugunsten amerikanischer Unternehmen durchführen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aufgrund welcher Überlegung haben Sie das ausgeschlossen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Weil: Wir hatten keine Erkenntnisse, aber es gab eine Reihe von Überlegungen, Plausibilitätsüberlegungen. Eine Überlegung war, dass die amerikanischen Dienste Probleme hätten, diese Informationen dann weiterzugeben an die Firmen. Man hätte sie nie einem Unternehmen geben können, sondern - - Wir haben immer das Beispiel gehabt: Autohersteller. Wenn man es Ford gegeben hätte, hätte man es auch General Motors geben müssen, und das wäre nie und nimmer geheim geblieben. Ich glaube, diese Überlegungen finden sich heute noch in der Presse wieder.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist Ihnen in Ihrer Zeit, und Sie waren ja zwischen 2003 und 2011 Leiter der Gruppe 62, -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - denn irgendein anderes Beispiel mal aufgefallen, wo die Alarmglocken angehen mussten: „Oh, das betrifft die Wirtschaft; jetzt sind wir im Bereich nachrichtendienstlicher Tätigkeit und Wirtschaft und müssen gucken, wie die Gemengelage jetzt hier aufzudröseln ist“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Sind Ihnen die Firmen EADS und Eurocopter bekannt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Jetzt mittlerweile ja natürlich durch diesen Untersuchungsausschuss und weil ich mir jetzt auch noch mal die entsprechenden Akten am Freitag angeguckt habe. Ich habe damals - - Es gibt da ja - - Ich glaube, 2010 war der eine Vermerk.

RD Philipp Wolff (BK): Die Vermerke nur - - Der Hinweis für den Zeugen: Die Vermerke sind eingestuft. Das dann bitte in eingestufte Sitzung.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Deswegen sage ich da zum Inhalt nichts. Aber ich glaube, ich kann ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen, dass ich diese Vermerke jetzt zur Kenntnis genommen habe und dass ich das heute - - Heute würde ich das höchstwahrscheinlich anders sehen, wenn ich es damals überhaupt gesehen habe, als damals.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann bleiben wir doch mal bei diesem Vermerk, über den wir jetzt inhaltlich nichts sagen, aber den Sie „aus Jahr 2010“ titulierte haben. Sind Sie da in der Funktion als BND-Grundsatz- und Rechtsfragen-Leiter der Gruppe für diesen Bereich mit beschäftigt worden?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich habe diesen Vermerk auch bekommen, und zwar, wenn ich die Akten jetzt richtig gelesen habe - das war nicht ganz einfach -, im Zusammenhang mit einer Besuchsvorbereitung, einer Gesprächsvorbereitung. Da war das eine von mehreren Unterlagen. Und ich habe, soweit ich mich erinnere, auch an diesem Gespräch teilgenommen. Da hat das keine Rolle gespielt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und diese Passage ist - - Ich weiß nicht, wie ich sie damals gelesen habe, ob ich sie überlesen hatte, weil ich einfach einen anderen Schwerpunkt hatte, oder ob ich mir nichts dabei gedacht habe. Das kann ich heute beim besten Willen nicht mehr sagen. Heute, gebe ich zu, würde ich das anders sehen. Das Gleiche gilt im Übrigen, um das vorwegzunehmen, für den Vermerk 2008.

RD Philipp Wolff (BK): Bitte über die Vermerke, die eingestuft sind, entsprechend in eingestufte Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da müssen wir mal gucken, weil zwei Vermerke - - Welcher ist welcher? Das würde ich dann natürlich schon detailliert mal gerne wissen. So. - Sie sagen, heute würden Sie das anders bewerten. Sie brauchen nicht in die Sachverhalte einzugehen, also in die Details dieser Vermerke einzugehen - will ich gar nicht wissen -, aber der Rahmen: Was stellt sich da für Sie anders dar? Meinen Sie inzwischen nicht mehr, dass die Amerikaner keine

Wirtschaftsspionage machen? Hat sich da Ihr Bild geändert? Oder?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da hat sich mein Bild nicht geändert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber ich würde höchstwahrscheinlich heute nachfragen - aber hinterher ist man immer schlauer -: Was ist denn da los? Das war ja relativ allgemein formuliert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber da hat aus Ihrer Erkenntnis keiner aus dem Bundeskanzleramt nachgefragt: „Was ist denn da los?“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Soweit ich das weiß, nicht. Ich habe diesen Vermerk ja weitergegeben an meinen Abteilungsleiter, und irgendwie ist der ja dann auch für das Gespräch verwendet worden. Aber da hat, soweit ich das weiß, niemand einen Anlass gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Dafür war ich da nicht alleine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich überlege, dass ich so fragen kann. Sie kommen gleich in die gleiche Schwierigkeit bei der Antwort wahrscheinlich.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Dann müssen wir das in - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat Sie denn bei dem Sachverhalt möglicherweise nicht - - Haben sich da nicht Fragen bei Ihnen aufgedrängt, ob das singuläre Sachverhalte sind, ob das generalisierbare Sachverhalte sind? Sie haben dem keine große Bedeutung beigemessen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Weil - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte, das wirklich in eingestufteter Sitzung zu behandeln, -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Okay.

RD Philipp Wolff (BK): - weil es kann sonst auch ein falscher Eindruck entstehen, wenn es konjunktivisch formuliert wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Kann ich an der Stelle mit leben, weil ich hätte sowieso erheblich vertiefendere Fragen, die interessant sind, die ich an der Stelle dann stellen möchte.

Ich frage mal ganz was anderes: Ist Ihnen aus anderen Zusammenhängen irgendwann mal der Verdacht gekommen, dass die Vereinigten Staaten hier spionieren können in Deutschland, zum Beispiel Telefonverbindungen vielleicht überwachen, Mailverkehre?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: „Verdacht“ ist viel gesagt. Da muss ich vielleicht mal etwas ausholen. Ich glaube - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich lese ja auch *Spiegel*.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, aber ich habe jetzt einen *Spiegel* aus dem Jahre 1993 im Kopf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, genau, ich auch.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da gab es einen Abteilungsleiter der Technischen Aufklärung - damals hieß die noch Abteilung 2 im BND -, und der ist davon ausgegangen, dass amerikanische Dienste Informationen hier aus Fernmeldekommunikation haben. Das war ein damals relativ aufsehenerregender Artikel. Ich glaube, „Staubsauger im Äther“ nannte er sich - *Spiegel* 1993, ich glaube, im April. Und im Laufe meiner Tätigkeit im Bundeskanzleramt, gerade in den 90er-Jahren, habe ich natürlich eine Reihe von Hinweisen bekommen, wo man aber nie wusste, was die Quelle dieser Hinweise war. Auch dazu, glaube ich, kann ich eher in einer eingestuften Sitzung etwas Näheres sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gibt es noch weitere Bereiche, wo Sie sagen können: „Mensch, da könnte es doch den Verdacht geben, gegeben haben, dass die Amerikaner mehr wissen als manch anderer, und das kann doch nur durch nachrichtendienstliche Tätigkeit hier in Deutschland passiert sein“? Ich meine so Sachverhalte aus dem Jahr 2008.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da fällt mir im Moment nichts ein, 2008.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Ich lasse es an der Stelle mal bewenden.

Wir kommen dann zu den Fragen der Fraktionen, und es beginnt die Fraktion Die Linke. Die Fraktion Die Linke hat acht Minuten Zeitkontingent, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch acht, die CDU/CSU 27 Minuten und die SPD 17 Minuten - nur dass Sie sich nicht wundern. Das geht reihum. Es beginnt die Fraktion Die Linke, und ich nehme an, Frau Kollegin Renner wird mit ihren Fragen beginnen.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Vorbeck, ich würde gerne zu einer Unterlage aus unseren Dokumenten, MAT A BK-1/2C, PDF-Blatt 51, fragen. Die ist NfD und deswegen auch hier verhandelbar. Das ist eine E-Mail von Ihnen an Herrn Ralf Kunzer. Und da geht es um Antworten auf Fragen, Antwortentwurf des BMI. Und Sie formulieren in dieser E-Mail - es geht um die Frage „Kenntnis zu ND-Aktivitäten der USA in Deutschland“ - :

Zum Einen hat es in der Vergangenheit Fälle von unabgestimmten ND-Aktivitäten der USA in DEU gegeben (z.B. BMWi und "Entführung" Carney). Zum Anderen werden US-Dienste in DEU auch in Abstimmung mit DEU-Diensten aktiv (z.B. gemeinsame Operationen).

Würde mich interessieren, was diese „unabgestimmten ND-Aktivitäten der USA in DEU (z.B. BMWi ...)“ bedeuten. - Also, ich sage noch, die Mail ist vom 1. August 2013, damit wir das zeitlich einordnen können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: 2013. - Also, damit kann ich was anfangen, mit dem BMWi. Es gab hier einen Fall, da wurde ein Referatsleiter im BMWi angesprochen. Das ist allerdings schon sehr lange her. Und der sollte wohl dazu verleitet werden, etwas zu sagen, was über seine Befugnisse hinausging. Wenn ich mich recht erinnere, musste dann der betreffende Mitarbeiter hier der Botschaft dann das Land verlassen. Das ist aber ein sehr alter Fall, der auch pressebekannt ist seit langem.

Beim zweiten Fall habe ich jetzt den Namen nicht verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): „Entführung‘ Carney“.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Carney. Ja, auch ein uralter Fall. Da muss ich aufpassen. Da ist jemand, der, wenn ich mich recht erinnere, zunächst für die amerikanische NSA gearbeitet hat, dann übergelaufen ist in die ehemalige DDR - - Und nach der Wiedervereinigung ist der dann wohl irgendwie in die USA gelockt worden und da auch verurteilt worden. Aber auch schon sehr lange her.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn wir dann bei diesem - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, „unabgestimmte Maßnahmen amerikanischer Dienste“ heißt immer, dass hier nicht mit den deutschen Diensten, je nachdem, wer zuständig wäre, das abgestimmt war. Ein Locken in die USA hätte man natürlich auch nie mit dem BfV oder dem BND abstimmen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Also das Ansprechen eines Mitarbeiters des BMWi ist sicherlich unabgestimmt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Davon kann man ausgehen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Davon ist auszugehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt stehen ja bei uns noch weitere Fälle im Raum, bei denen es zu solchen Handlungen gekommen ist. Sagt Ihnen denn überhaupt der Begriff der Selektoren etwas?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, „Selektoren“ habe ich das erste Mal vor ein paar Wochen gehört im Bundeskanzleramt. Wir haben da morgens so eine Presserunde, und da habe ich das erste Mal davon gehört. Ich habe mich dann gefragt: Was kann das sein? Erst dachte ich irgendwie, das sei eine neue Folge von *Star Trek* oder so etwas.

Martina Renner (DIE LINKE): Das denken wir bei Warpdrive.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich habe immer den Begriff „Suchbegriffe“ benutzt, und mir scheint das was Ähnliches zu sein - wobei man eben zwischen inhaltlichen und formalen Suchbegriffen unterscheiden muss.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei diesen Suchbegriffen, seit wann kennen Sie aus Ihrer dienstlichen Erfahrung heraus die Problematik, dass darunter auch Suchbegriffe sind, die die NSA versucht einzustellen, die gegen deutsche Interessen sprechen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, auch das ist mir ja jetzt erst bekannt geworden. Ich gestehe, dass ich zwar immer viel von Kooperationen des BND mit der NSA und mit anderen amerikanischen Diensten gehört habe, dass ich mir da aber immer was anderes drunter vorgestellt habe, und zwar im Wesentlichen Informationsaustausch. Das liegt aber auch an dem Schwerpunkt meiner Arbeit, die ich hatte. Dass die Amerikaner anscheinend - ich weiß es nicht - ungeprüft Suchbegriffe einsteuern, habe ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen können. Das war bei mir nicht unter „Kooperation“ gespeichert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage ja mal ganz konkret: Die Problematik EADS, Eurocopter kennen Sie auch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. Aber tauchte nach meiner Erinnerung ja so etwas noch nicht direkt auf. Das war ja etwas vage formuliert.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber dass das Hinweise waren aus Suchprofilen, das haben Sie damals schon erkannt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das habe ich nicht erkannt. Ich sagte ja eben schon, dass ich höchstwahrscheinlich sogar drüber weggelesen habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in dem Kontext war damals auch schon die Rede von französischen Behörden? Ist Ihnen das auch schon frühzeitig mal über den Schreibtisch gelaufen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Es muss mir über den Schreibtisch gelaufen sein. Aber ich sagte ja schon: Ich weiß nicht mehr, wie ich es und ob ich es überhaupt gelesen habe, überlesen habe. Also, heute würde ich es natürlich - deswegen eben meine Bemerkung - anders sehen. Eine Erklärung könnte sein - kann ich aber meine Hand nicht für ins Feuer legen -, dass ich es nicht ernst genommen habe.

(RD Philipp Wolff (BK): Ein Hinweis an den Zeugen: Wenn es um den Inhalt der Dokumente geht, dann in eingestufteter Sitzung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hören wir nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht aber gerade nicht um den Inhalt der Dokumente.

(Zuruf)

- Nein, wir haben über den Inhalt der Dokumente gar nicht gesprochen. Nein.

Wir haben mit Herrn Schindler hier die Frage diskutiert, wie er das rechtlich bewertet, wenn zum Beispiel unter diesen Suchbegriffen auch Telefonnummern oder E-Mail-Adressen des Élysée-Palastes in Paris ständen. Und er hat gesagt, er sieht da überhaupt kein Problem, weil der

Bundesnachrichtendienst für das Ausland zuständig ist. Wie würden Sie denn diese Problematik sehen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Mit rechtlichen Bewertungen tue ich mich schwer, weil ich kein Jurist bin. Aber ich bin nun eben in der Tradition groß geworden, die, seitdem ich im Bundeskanzleramt bin und in dieser Abteilung, immer sagte: Ausländer im Ausland sind nicht geschützt. - Da steht nicht, ob das außereuropäische oder andere Ausländer sind. Ich weiß, dass da im Moment viel drüber nachgedacht wird bei uns. Aber ich bin da nicht beteiligt und kann deshalb eigentlich auch nichts dazu sagen.

Vielleicht sollte ich das noch einschieben: Ich bin ja fast vier Jahre jetzt aus dem Geschäft raus, weil ich jetzt als Beauftragter für dieses Geschichtsprojekt eingesetzt bin. Kommen wir vielleicht auch noch zu.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wäre sehr spannend. Das würde mich vor allem interessieren. - Dann frage ich noch mal zu Ihrer Dienstzeit. Neben den von mir drei erwähnten Fällen - EADS, Eurocopter und französische Behörden - können Sie sich an keinen weiteren Suchbegriff erinnern, den man mal diskutiert hat vor dem Hintergrund: „Das geht aber nicht, wenn uns das die NSA oder die CIA oder wer auch immer versucht unterzuschieben“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich habe - soweit ich mich erinnere, muss ich natürlich immer vorausschicken - mit Suchbegriffen eigentlich nie was zu tun gehabt, weil das die Informationsgewinnung der Technischen Aufklärung ist. Das hat eine große Rolle immer im G-10-Bereich gespielt. Mit dem G-10-Bereich war ich nie befasst. Das war aus guten Gründen immer ein besonderer Bereich bei uns in der Abteilung. Da es da um Grundrechtsbeeinträchtigungen geht, wenn auch auf legaler Basis, wollte man den Kreis der Wissenden immer sehr klein halten. Und damit hatte ich also sehr, ganz sehr wenig zu tun.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben das jetzt alle Zeugen heute gefragt. Das frage ich Sie dann auch noch. Kennen Sie die Operation „Eikonol“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, jetzt aus der Presse.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch erst jetzt aus der Presse?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. Ich weiß bis heute nicht genau, was es ist, um ehrlich zu sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Also, ich höre gerade: Dazu gibt es dann gleich noch mal einen Vorhalt irgendwie von meinem Kollegen aus der Fraktion der Grünen. - Kennen Sie überhaupt Operationen, also Kooperationen der NSA mit dem Bundesnachrichtendienst? Oder wissen Sie, was in Bad Aibling stattfand? Ich frage jetzt mal ein bisschen allgemeiner.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nicht genau. Ich wusste, dass es eine Kooperation gab. Ich wusste, dass irgendwann die Amerikaner da abgezogen sind, aber ein Teil noch dablieb. Ich war sogar einmal selbst in Bad Aibling. Ich glaube, der Abgeordnete Ströbele war auch damals dabei. Und ich wusste, um welche Art der Aufklärung es da halbwegs ging. Aber diese neueren Formen - damals ging es hauptsächlich um Satelliten -, da habe ich auch keine Einblicke gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Als Sie in Bad Aibling waren, haben Sie die JSA besucht? Also, können Sie sagen, wann dieser Besuch - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da war das noch eine amerikanische Einrichtung, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach so. Da war das noch komplett amerikanisch, als Sie dort waren?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie danach dann noch mal in Bad Aibling?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Gar nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wir müssten jetzt -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann machen wir in der nächsten Runde weiter. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wechseln zur nächsten Fraktion. In der ersten Runde ist jetzt die Fraktion der SPD dran. Herr Kollege Zimmermann, kann losgehen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. - Herr Zeuge, ich würde noch mal ein bisschen einfacher anfangen. Gruppe 62: Was ist die Aufgabe der Gruppe 62 in Ihrer Zeit gewesen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, es waren drei Referate. Das erste Referat war das sogenannte Lagereferat. Das wurde in dieser Zeit geleitet von Herrn Dr. Kurz, der, glaube ich, heute auch hier war, bei dem sämtliche Berichterstattung des BND eingeht, der die prüft und dann entsprechend bei uns im Haus verteilt. Der prüft auch, ob das alles auftragskonform, mit dem Auftrag des BND kompatibel ist, ob das alles plausibel ist, ob auch alle Häuser, die an diesen Informationen Interesse haben könnten - - ob die auch entsprechend verteilt wurden vom BND. Es kommt immer mal vor, dass die irgendein Haus vergessen. Das ist ein Großteil dieser Aufgaben. Dann ging es um die Besuchs- und Gesprächsvorbereitungen mit ausländischen Gästen. Und eine Kernaufgabe ist eben auch die Auftragssteuerung des BND gewesen, die von dort geschäfts- - also im Grunde genommen koordiniert wurde. Es ist ja nicht das Bundeskanzleramt, was dem BND den Auftrag erteilt, sondern die Bundesregierung, und da gibt es unterschiedliche Informationsinteressen, und die wurden eben von diesem Referat zusammengeführt.

Dann haben wir das andere Referat. Das war das 622er-Referat, das ich teilweise selbst geleitet hatte. Das befasste sich überwiegend mit Terrorismusfragen. Das ist dann plausiblerweise nach 9/11 im Jahre 2001 entstanden. Und da ging es



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Wesentlichen um Terrorismusfragen. Das war aber in der Zeit, in der ich da Gruppenleiter war, auch Arbeit genug. Und diese Entführungsfälle wurden da auch bearbeitet, bei denen ja der BND, bei Entführungsfällen im Ausland natürlich nur, doch mal mehr - - eine stärkere oder eine weniger stärker große Rolle spielte.

Und dann halt kam noch das Referat 623 hinzu. Der damalige Referatsleiter war, glaube ich, auch heute hier, jetzt Vizepräsident des BND. Da war das Kerngeschäft zunächst die Proliferation. Aber dann kamen eben auch besondere Vorkommnisse und diese Dinge dazu. Wirtschaftsspionage hat der, glaube ich, auch noch in seinem Portefeuille gehabt. Und das war so ein bisschen Sammelurium, wie das häufig ist, wenn so ein Referat neu entsteht. - Das waren die wesentlichen Aufgaben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und - - Also, ich meine, Sie waren da ja von 2003 bis 2011 Leiter der Gruppe 62.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich meine, das ist eine lange Zeit; das ist ein großer Aufgabenbereich. Aber mich würde trotzdem mal da Ihre Tätigkeit interessieren. Wie sah das aus? Was waren Ihre Hauptaufgaben?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Meine Hauptaufgaben waren natürlich, die drei Referatsleiter irgendwie zu beaufsichtigen, dass sie das Richtige tun, dann natürlich die Unterrichtung der Leitung, einmal der Abteilungsleitung oder auch des damaligen Chef BK. Und dann habe ich natürlich noch eine Aufgabe jetzt wieder nicht erwähnt. Das habe ich immer als persönliche Aufgabe genommen. Das waren diese Verhandlungen, diese verschiedenen Verhandlungen, die wir im Auftrag der Israelis mit Hisbollah, Iran und so etwas führten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und - - Gut, also, ich meine, ich habe Sie jetzt gefragt, was das war. Das war jetzt sehr allgemein. Aber Sie haben gesagt: Unterrichtung Chef BK auch. Mich würde auch noch mal so zur Einordnung interessieren:

Wie eng war da so in dieser Zeit die Zusammenarbeit mit dem Chef BK?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das war unterschiedlich. Unter Herrn Steinmeier war das eigentlich sehr gut. Bei Herrn de Maizière dann später ist es etwas zurückgegangen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was kann ich mir denn jetzt unter - - Entschuldigung, dass ich da jetzt so nachfrage. Aber was kann ich mir denn unter „sehr gut“ und - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Unterschiedliche Führungsstile des Abteilungsleiters, ist die Ursache.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nach meiner Perception.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie sprechen Abteilungsleiter an. Das war ja dann Abteilungsleiter 6.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): War das - - Das waren auch mehrere. Wer - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, das war zunächst Herr Uhrlau, und dann war es Herr Fritsche.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie war da die Zusammenarbeit?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Gut.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was mich jetzt interessieren würde, um auf ein konkretes Thema einzusteigen: Welche Regelungen oder Vorgaben gab es zu Ihrer Zeit zu diesem Schlagwort oder Stichwort „Vorfälle von besonderer Bedeutung“, die der BND an das Bundeskanzleramt melden müsse? Das gibt es ja beim PKGr auch. Ist das bei Ihnen auch ein Rechtsbegriff gewesen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, das war wieder die andere Gruppe, die Gruppe 61. Ich glaube, da



Nur zur dienstlichen Verwendung

hatten Sie aber auch den Leiter hier schon kurz als Zeugen. Diese Rechtsfragen wurden immer von der Gruppe 61 damals gemacht, weil da überwiegend Juristen saßen. Ich hatte kaum Juristen bei mir. Das heißt aber nicht - - Wenn dann der BND einen besonderen Vorfall meldete, dann wurde das von dem Kollegen Müller gemacht im Referat 623. Aber die entsprechenden Vorschriften, wann der BND was zu melden hatte, das ist immer in der anderen Gruppe, die auch dafür zuständig waren, geschehen. Wir haben es dann gemacht.

Und da gab es natürlich laufend sogenannte besondere Vorkommnisse beim BND, die - - Ich meine, da wurde der BND dann auch im Vergleich zur Vergangenheit doch stärker gefordert, so etwas von sich aus zu berichten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Also, ich meine, wir reden ja wirklich über fast ein Jahrzehnt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Können Sie diese Entwicklung irgendwie so ein bisschen skizzieren?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich glaube, ein wichtiger Einschnitt war hier diese Journalistenaffäre. Da hatten wir ja einen eigenen Untersuchungsausschuss dann auch, also einen Teil eines eigenen Untersuchungsausschusses. Ein anderer großer Einschnitt war der Fall Koelbl. Den habe ich selbst dann eben mitgeprägt, weil man mich da zum Leiter einer Prüfgruppe gemacht hatte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Können Sie, also natürlich ohne Details zu nennen - - Aber Sie haben gesagt: Diese Anzahl von diesen besonderen Vorfällen hat zugenommen. - Um was für Ereignisse - - Von was kann man da - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich glaube - wieder meine Perzeption -, man hatte erkannt, dass das Bundeskanzleramt nicht mehr mit der Ausrede kommen konnte: „Wir haben das nicht gewusst“,

insbesondere vor dem PKGr. Es war in der Vergangenheit häufig so, dass durch die Presse etwas bekannt wurde. Und dann haben wir nachgefragt und kriegten dann auch vom BND was. Und dann musste das natürlich auch dem PKG vorgestellt werden. Und da - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist immer noch so!

- Nein, da meine ich aber in meiner Wahrnehmung - und da spielt auch Herr Fritsche, glaube ich, eine wichtige Rolle -, dass man gesagt hatte: „So geht das nicht weiter“, und den BND schon aufgefordert hatte, jetzt von sich - man hat dann auch definiert, was besondere Vorkommnisse sind; ich kenne die Definition allerdings jetzt nicht im Detail - die zu berichten. Und wir haben auch laufend dann nach meiner Wahrnehmung das PKG über diese Dinge unterrichtet. Das setzt aber voraus, dass natürlich die Leitung des BND das auch kennt. Aber die Spannbreite ist natürlich relativ weit, weil wenn einer einen Dienstausweis oder einen Laptop verliert oder so, dann kann das schon ein besonderes Vorkommnis sein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist aber wahrscheinlich der untere Bereich der Spannbreite.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie geht der dann nach oben weiter?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, da ist, glaube ich, dann dieser Fall Koelbl mit am gravierendsten gewesen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Andere, also - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Oder auch diese Journalistenaffäre.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber die - - Aber jetzt könnte man ja fragen: Vielleicht so was wie das Auffinden dieser Selektoren? Das könnte ja schon ein - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da kann ich nichts zu sagen, weil ich das alles nur aus der Presse kenne.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja. Aber das ist ja teilweise auch - - Also, das ist ja irgendwann passiert, weit bevor es dann in der Presse stand. Da sind wir wieder bei dem Punkt: Es kommt, nachdem es in der Presse stand.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, wenn das richtig ist, was in der Presse steht - das kann ich aber nicht beurteilen, weil ich die Fakten nicht kenne -: Selbstverständlich ist es dann ein besonderes Vorkommnis, was man hätte viel eher melden müssen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das sehen wir auch so.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber das sage ich jetzt auf der Basis von Presseberichterstattung. Das ist meine Wertung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja. Das ist ja genau das. Aber Sie waren ja damals in einer nicht ganz so niedrigen Position im Bundeskanzleramt -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - und nicht bei der Presse.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, aber wenn es stimmt, dass 2013 das bereits entdeckt wurde und erst jetzt gemeldet wurde: Da war ich schon wieder zwei Jahre aus dem Geschäft raus.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben vorhin gesagt, dass es zu einer Definition von diesem Begriff „besondere Vorkommnisse“ kam. Wann war das ungefähr?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich nicht damit befasst war. Und selbst dann könnte ich es zeitlich nicht mehr einordnen. Ich muss gestehen, dass ich nach fast 23 Jahren erhebliche Probleme habe, das auf

einem Zeitstrahl alles zu verorten, wenn ich nicht Akten oder so etwas als Hilfsmittel habe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut. Aber war das vor oder nach dem 11. September?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nach dem 11. September; ja, ja. Nein, also, ich glaube, es hat was mit dem Amtsantritt von Herrn Fritsche zu tun - und auch dem damaligen BND-Untersuchungsausschuss. Ich glaube, das muss man auch sagen. Das war ja 2005, wenn ich mich recht erinnere. Und da hat man dann die Konsequenzen daraus gezogen, hat gesagt: Nein, so geht das nicht.

Es gibt die alte Philosophie, die ich zum Teil in den 90er-Jahren noch kennengelernt habe: Wenn das Kanzleramt das nicht weiß - wir können da nichts dazu; da muss der Präsident seinen Kopf dafür hinhalten. - Und das ist etwas, was sich im Laufe der Jahre geändert hat, weil man sagt - und das erleben wir ja jetzt täglich, höchstwahrscheinlich auch zu Recht, dass man sagt -: Ja, aber ihr hättet ja nachfragen können; ihr hättet das ja wissen können. - Und ich glaube, das ist etwas, was im Moment auch gemacht wird - und nicht nur im Moment, sondern auch spätestens seit 2005; aber ich meine, unter Herrn Uhrlau ist das auch schon gewesen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ein bisschen anderes Thema noch; aber das ist vielleicht bei Ihnen ja auch diskutiert worden, weil Sie haben ja jede Menge Erfahrung schon mit Echelon. Sie haben über die 90er-Jahre schon gesprochen. Also, das ist ja wirklich ein riesiger auch Erfahrungsschatz. Und wie weit gab es Ihrer Erinnerung nach Vorgaben oder Vorstellungen, wie man mit dem Schutz deutscher Interessen umgeht oder wie man das definiert? Das ist ja, je länger man - - Also, im ersten Moment denkt man: Na ja, das ist relativ einfach. - Dann kommen Leute und erklären einem, dass das doch nicht so einfach ist. Aber wie ist da so Ihre Erinnerung, was dieses Thema angeht? Was verstanden Sie da drunter, oder was verstehen Sie heute drunter?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, das hat natürlich immer in Bezug auf Spionageabwehr eine Rolle gespielt. Aber da waren die Schwerpunkte



Nur zur dienstlichen Verwendung

relativ deutlich immer in Richtung Osten. Und auch diese Echelon-Diskussion hat zumindest in Bezug auf Wirtschaftsspionage da nicht allzu viel dran geändert, weil wir eben, wie auch heute noch, der Überzeugung sind, dass die Wirtschaftsspionage in diesem engeren Sinne, wie ich es gemeint habe, von den USA nicht betrieben wird.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das war Ihr - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das war die Auffassung zu Ihrer Zeit?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Wurde das auch so dann aus dem Kanzleramt in Richtung BND kommuniziert?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, kein Problem, die Amerikaner?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wir haben das ja häufig öffentlich auch bekannt gemacht. Also, ich erinnere mich noch, dass ich eine Podiumsveranstaltung in Bonn damals noch hatte, und da habe ich das auch vertreten. Da gab es natürlich Leute, die anderer Auffassung waren und meinten, das sei alles naiv. Aber ich bin heute noch davon überzeugt, dass es so ist. Wir hatten natürlich auch Zusicherungen der Amerikaner, ja. Und insofern glaube ich schon, dass - - Es passt nicht in das amerikanische System rein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wobei wir eben da drüber diskutieren können; es gibt natürlich Aufklärung von Wirtschaftspolitik oder so etwas. Aber das geht nicht zugunsten - - Da profitiert die Regierung von. Aber das geht eben nicht zugunsten von speziellen nationalen Unternehmen in den USA.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Davon bin ich heute noch überzeugt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, Sie meinen - - In Amerika funktioniert ja der personelle Austausch zwischen Regierung und Wirtschaft so ein bisschen wie der Austausch zwischen BND und Kanzleramt, also ständiges „Bäumchen, wechsle dich“.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber umso größer das Risiko, dass so etwas bekannt würde, weil es auch einen harten Konkurrenzkampf gibt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und wenn da eine Firma von der NSA unterstützt würde, und dann wechselt der in irgendeine andere Firma und wundert sich, dass die Unterstützung da fehlt - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, wie gesagt: Das sind alles Plausibilitätsüberlegungen. Wir haben keine handfesten Erkenntnisse bislang. Das kann sich aber morgen schon um 180 Grad drehen. Wenn ich die Selektorenliste kennen würde, wüsste ich vielleicht mehr.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das geht uns - - Wir meinen zumindest, dass uns das ähnlich ginge. - Aber Sie haben ja uns jetzt - das ist ja auch wirklich sehr spannend - erläutert, zu welchen Ergebnissen Sie gekommen sind. Auf welcher Basis - - Also, ich meine, es gab ja diesen Untersuchungsausschuss im Europäischen Parlament. Und das wabert ja, also gerade auch dieses Thema Eurocopter und so. Es sind ja immer wieder die gleichen Dinge. Hat man, haben Sie dann irgendwas gemacht, um das zu fundieren? Oder war das eher so ein Gefühl? Oder?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, wir haben natürlich immer nach Erkenntnissen gefragt der zuständigen Behörden. Und das ist ja in erster Linie das BfV, Spionageabwehr, gewesen. Die haben uns immer gesagt: Wir haben keine entsprechenden Erkenntnisse. - Wir haben auch damals in



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesem Bericht - ich meine, er sei 1996 entstanden - schon diesen 360-Grad-Blickwinkel gefordert. Aber wir haben nie Erkenntnisse dazu bekommen. Und es macht natürlich wenig Sinn, immer dann eine Nation an den Pranger zu stellen, wenn man nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür hat. Und wenn ich - - Jetzt kann ich ja wieder nicht über den Vermerk sprechen. Wenn Sie „Eurocopter“ sagen, ach, das ist natürlich auch Rüstung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, richtig. - Ja, aber wenn Sie vorhin sagen: „In Amerika, da beschwert sich dann vielleicht das eine Unternehmen beim anderen“ - - Ich meine, wenn man Flugzeuge oder so verkauft oder so: Es gab ja irgendwann mal - also ohne dass ich irgendwas wüsste; das ist jetzt auch nur aus der hohlen Hand - irgendwie einen Riesen-Milliardenauftrag für Tankflugzeuge, wo unter ominösen Umständen Airbus dann doch verloren hat. Also, ist ja ein Riesen-Business.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Herr Abgeordneter, ich kann es nicht ausschließen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber wir haben keine Belege dafür. Und dann ist es auch immer unfair. Wenn ich jetzt die Amerikaner drauf ansprechen würde - - Wir haben sie drauf angesprochen. Sie haben uns das erklärt. Es hatte auch damals irgendein Schreiben - ich weiß es nicht mehr - vom damaligen NSA-Leiter, der uns das versichert hat - - Und was soll ich dann bei einer Partnerschaft - es bleibt ja eine Partnerschaft - immer weiter bohren, wenn die mir das erklärt haben? Damit würde ich den guten Mann ja der Lüge bezichtigen. Und deswegen müssen wir uns da im Grunde genommen damit begnügen - außer wir haben konkrete Anhaltspunkte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Jetzt müssten wir wechseln. Es kommt nämlich jetzt als nächste Fraktion die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Reihe, und der Kollege von Notz beginnt mit den Fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich werde da auch gleich anknüpfen.

Herr Vorbeck, erst mal herzlichen Dank, dass Sie heute da sind und wir über diese Themen sprechen können. - Ich will genau an dem Punkt einhaken. Es gibt hier eine Unterlage. Die ist Geheim eingestuft. Ich darf die Ihnen trotzdem vorhalten. Wir dürfen sie nur nicht hochhalten und fotografieren lassen oder so. Aber Sie können trotzdem einmal reingucken. Die geht nicht an Sie, sondern an den Leiter des Referats 623, einen gewissen Herrn Guido Müller, der vorhin da war. Und da spielen genau die Themen, die wir gerade besprechen, eine Rolle, und zwar auf Seite 9. Vielleicht gucken Sie da einmal drauf und können mir sagen, ob Ihnen das bekannt vorkommt.

RD Philipp Wolff (BK): Können wir noch mal ganz kurz die Fundstelle haben? Weil ich habe es vorhin auch nicht mitgeschrieben. Das wäre super.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das kann ich Ihnen sagen - ich habe es vorhin auch schon mal gesagt -: MAT A BND-9/6, Tagebuchnummer 20/14, Anlage 10, Ordner 139, Blatt 1 bis 5. - Das zeigt, wie alchemistisch das alles ist eigentlich. Können Sie damit was anfangen, Herr Wolff?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, habe ich jetzt eben bei meiner Vorbereitung am Freitag gesehen. Es ist, glaube ich, keine Paraphe von mir drauf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber wenn ich die Akten richtig entschlüsselt habe, dann sind die mir gegeben worden in einer Kopie zur Vorbe- - Nein, muss nicht sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss nicht sein?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Also, jetzt habe ich es verwechselt. Es gibt ein ähnliches Papier mit demselben entscheidenden Satz, den Sie höchstwahrscheinlich meinen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich abstrahiere es mal, weil wir eben davon sprachen - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, ich weiß, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um EADS, Eurocopter und dass man seit dem Jahr Zwei- -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Genau. Brauchen Sie nicht weiter auszuführen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: An diesem Gespräch habe ich meiner Erinnerung nach nicht teilgenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Es gibt aber einen ähnlichen Vermerk, der, glaube ich, dann aus dem Juni 2010 ist, wo diese Passage auch auftaucht, zur Vorbereitung eines Gesprächs mit einem amerikanischen General.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt; genau.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und diesen Vermerk habe ich damals bekommen, und zwar im Rahmen einer Vorbereitungsmappe auf das Gespräch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das habe ich also jetzt am - - bei der Vorbereitung mir zusammengejoint, weil die nicht immer ganz einfach zu lesen sind.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 25. Juni!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie erinnern sich noch aufgrund der Vorbereitung, die Sie gemacht haben?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe dafür großes Verständnis, dass man sich nicht an jeden Vorgang erinnert. Sie hätten es vorher nicht abrufen können, aber - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Jetzt ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. So. Und mit diesem Vorgang war also der Kollege Müller beschäftigt. - Und jetzt gibt es hier ein Antwortschreiben von ihm: Verfügung per Kryptofax an den Leiter Leitungsstab Bundesnachrichtendienst, Herrn Dr. C. Und da schreibt er: In Bezugnahme wurde ein Sprechzettel für den Besuch des Leiters SUSLAG im Bundeskanzleramt übersandt. Steht nur: März 2010. - Ich lasse Ihnen den sofort rübergeben; nur, wir haben ihn nur einmal. - Also, es muss nach dem 9. März 2010 gewesen sein. Ein Entwurf, also offensichtlich von Herrn Müller. Und da schreibt er unter anderem den Satz:

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Darstellung der Operation „Eikonal“. (?)

Und das hat jemand durchgestrichen, dieses Ding, und hat oben hingeschrieben - - Das Erste kann ich nicht lesen, weil das bei der Kopie abgeschnitten ist; wäre vielleicht auch noch interessant. Aber das Zweite ist auf jeden Fall: „GL 62 sagte: kein Kontakt“. - Und dann: Das ist, glaube ich, Ihre Paraphe.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das könnte sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da frage ich mich: Warum ist das so? Was ist das für ein Vorgang? Warum durfte der Kollege Müller da nicht zurückfragen und Informationen über diesen Vorgang abfragen?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Muss ich mir noch mal anschauen. Ich habe das Ding gesehen.

(Der Zeuge liest in den
Unterlagen)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeit wird ja zum Glück angehalten.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. - Nein, kann ich in der Tat nichts zu sagen. Schade, dass man oben das nicht lesen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können die Akte noch mal im Original besorgen. Also, die ist - - Aber ich habe sie jetzt nicht hier. Wir können das nachher im nicht-öffentlichen Teil - -

(Der Zeuge liest in den
Unterlagen)

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Kein Kontakt? Kann ich mir nicht erklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass der Kollege Müller nicht legitimiert war, zu so einer heiklen Geschichte nachzufragen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Das glaube ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es irgendeine andere - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ist das Schreiben denn rausgegangen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube nicht.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ist nicht rausgegangen? - Nein, habe ich keine Erklärung für. Gut; er hat es draufgeschrieben, hat es mir aber anschließend nicht gezeigt. Kann ich nichts zu sagen. Tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Herr Vorbeck, ich möchte Ihnen noch einen anderen Sachverhalt vorhalten, der auch mit unserem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, und zwar gibt es eine Berichterstattung in der *Bild am Sonntag*, und zwar einmal eine Geschichte, die ist vom 26.04.2015. Ich lese da kurz draus vor. Da geht es insgesamt - - BND-Skandal, Kanzleramt war schon 2008 informiert. Das ist so ein bisschen der Tenor. Und dann geht es um EADS und Thomas de Maizière und die Frage, ob man da nicht bösgläubig war schon seit vielen Jahren. Und dann kommt: „Aus eigenem Interesse?“ Ich zitiere ab jetzt:

2011 enttarnte das Kanzleramt nach BamS-Informationen mit US-Hilfe einen Mitarbeiter, der Medien angeblich „gute Storys“ zu spielte. Der damalige Chef der US-Geheimdienste in Deutschland soll einen leitenden Mitarbeiter der Abteilung 6 für Geheimdienste als mutmaßlichen Maulwurf benannt haben.

Ein krasser Vorgang. Und daraufhin - ich höre jetzt auf zu zitieren - wurde der Mitarbeiter der Abteilung 6 kaltgestellt.

Und dann folgte in der *Bild am Sonntag* am 01.05., also am 1. Mai, ein weiterer Bericht, der das Ganze sozusagen konkretisierte und Sie ausdrücklich benennt, dass Sie der Beamte sind, um den es hier geht - - und dass sozusagen gesagt wurde, damals, dass man Sie als verdienten Mitarbeiter da offensichtlich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen rausgeschossen hat. Der Erklärungssatz ist hier: „Wir sind im Grunde darauf angewiesen, den Amerikanern zu glauben.“, wenn ich das richtig verstehe.

Und da wollte ich fragen, ob Sie uns was dazu sagen könnten, weil ja - so insinuiert es dieser Artikel - der Verdacht im Raum steht, dass die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Amerikaner entweder Journalistinnen und Journalisten überwachen oder das Bundeskanzleramt und dann auf solche Geschichten kommen. Können Sie uns dazu was erzählen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, soweit es um die da insinuierte Abhörmaßnahme geht, gehört das ja, glaube ich, zum Untersuchungsauftrag. Da kann ich Ihnen aber nur sagen: Ich weiß selbst nicht viel mehr, als da in der Zeitung steht. Ich habe es von dem Journalisten drei Tage vor dem Artikel erfahren. Ich kannte den Journalisten vorher nicht. Und der tauchte mit einem Mal bei mir zu Hause auf und erklärte mir, er hätte eine wichtige Information für mich und wollte mich dazu befragen. Und ich habe ihm dann genau das gesagt, was ich hier jetzt sage: Ich habe das nicht gewusst. Ich habe bis heute keine Bestätigung dafür. Ich habe meinen Dienstherrn gebeten, mir doch zu erklären, was man mir vorwirft. Das ist bis heute nicht geschehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber vollkommen unschlüssig kommt Ihnen die Geschichte auch nicht vor? Oder?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Es ist immer schwer, das selbst zu bewerten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich bin mir also keiner Schuld bewusst, was mir da unterstellt wird. Aber das ist nach vier Jahren sehr schwer. Das ist ja jetzt anscheinend so circa vier Jahre her. Und mehr kann ich eigentlich dazu nicht sagen, zumindest was hier diesen Untersuchungsauftrag - - Mein Schicksal, berufliches Schicksal, glaube ich, das gehört hier nicht hin, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: - und das interessiert auch niemanden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen spreche ich es auch nicht an, Herr Vorbeck. Das ist mir wichtig, das zu sagen.

Ich will da gar nicht irgendwie, ja - - Und das ist unerfreulich genug für Sie. Das kann ich gut verstehen. Nur, weil eben in dem Kontext, in dem diese Geschichte erzählt wird, praktisch gesagt wird: „Das Bundeskanzleramt ist spätestens seitdem bösgläubig, dass man eben selbst Spionageziel der amerikanischen Seite ist; sonst könnte man an solche Informationen gar nicht kommen“ - - Das ist ja das, was dahintersteckt. Wir werden andere Leute dazu befragen. Aber ich danke Ihnen für die Beantwortung.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Die wissen vielleicht mehr, ja. Das sehe ich auch so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Jetzt müssten wir zur nächsten Fraktion kommen. Und wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. - Guten Abend auch von meiner Seite! Ich würde noch mal kurz gerne auf die Zuständigkeiten der Gruppe 62 zurückkommen. Aus meiner Sicht waren Sie ja zuständig für die Fachaufsicht. Mich interessieren natürlich insbesondere die Bereiche BND-Dienstaufsicht und BND-Fachaufsicht. Können Sie kurz mal auseinanderhalten, was aus Ihrer Sicht zum Bereich Dienstaufsicht und zum Bereich Fachaufsicht gehört? In Ihrer Abteilung - habe ich das richtig verstanden? - ging es vor allem um die Fachaufsicht, die aber auch in anderen Referaten wahrgenommen wurde. Ist das richtig?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, sicherlich. Das ist richtig. Also, hier in meiner Gruppe ging es eben genau um die Fachaufsicht in diesen Bereichen Terrorismus, Proliferation und Lageberichterstattung, während die andere Gruppe sich insbesondere um die Rechtsfragen gekümmert hat: rechtmäßiges Handeln des BND und solche Dinge. Und bei uns war eben die tägliche Arbeit - Großteil der täglichen Arbeit, nicht alles - einmal, sich anzusehen, was der BND schreibt, dann zu sehen, wo Lücken sind, wo man vielleicht noch mal zusätzlich Informationen beschaffen müsste, indem wir einfach Aufträge eingesteuert haben - und dabei, das ist mir wichtig noch mal, aber nie irgendwelche Vorschläge gemacht haben, wie der BND diese Informationen beschafft, sondern wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

hatten einfach Interesse an diesen Informationen selbst -, und vor allen Dingen diese Steuerung, welche Informationen die Bundesregierung interessierten. Das musste nicht immer das Bundeskanzleramt sein; das kann auch das Auswärtige Amt sein oder das Verteidigungsministerium. Das war eine wesentliche Aufgabe bei uns. Oder auch, wenn wir von anderen, von Partnerdiensten Informationen bekamen, dass wir die dann in den Dienst eingesteuert haben, ob die korrespondierende Erkenntnisse hatten. Wir mussten überlegen, insbesondere in den Bereichen Proliferation, Terrorismus: Was machen wir damit?

Gerade in der Terrorismusgeschichte haben wir ja viele Hinweise von Amerikanern bekommen. Ich meine, das ist ja auch mittlerweile durch die Presse gegangen, die Sauerland-Gruppe und was es alles gab, was da verhindert wurde. Und das gehörte mit zu unseren Aufgaben. Insbesondere nach 9/11 haben die Amerikaner viele Hinweise direkt im Bundeskanzleramt abgegeben. Später hat sich das so ein bisschen dann auf die Dienste wieder verlagert.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Dienstaufsicht wurde dann aber in einer anderen Gruppe oder Abteilung wahrgenommen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, das ist mit - -

Nina Warken (CDU/CSU): Also Dienstaufsicht - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, ja. Also, bei uns war das im Wesentlichen Fachaufsicht, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie muss man sich das organisatorisch vorstellen? Ist das ein laufender Prozess? Gibt es regelmäßige Jour fixes? Telefoniert man, bzw. gibt es gewisse Regeln, nach denen der BND Ihnen dann berichten musste? Ist das irgendwo festgehalten? Und wer bestimmte dann letzten Endes, was der BND zum Beispiel von sich aus dann Ihnen berichtete? Sie haben ja auch schon gesagt, Sie haben nachgefragt. Aber gleichwohl denke ich auch, dass es ja auch dann Verpflichtungen gab, zu melden.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das ist ganz unterschiedlich. In vielen Bereichen hat der BND von

sich aus berichtet, was er eben für berichtenswert hält. Auf der anderen Seite hatten wir eben auch die Aufgabe, uns ein bisschen umzusehen: Wo könnte der BND denn noch ein bisschen mehr machen? Und es gab - - Wir standen im regelmäßigen Kontakt - telefonisch; aber es gab natürlich auch Besprechungen mit den Referatsleitern oder auch mit den Referaten. Man ist auch mal dahin gefahren und hat sich das angeguckt und die Arbeitsschwerpunkte betrachtet. Also, insofern war das ein regelmäßiger Austausch.

Nina Warken (CDU/CSU): Kann man sich das dann so vorstellen, dass Sie jetzt Projekte des BND, etwa wie mit der NSA-Operation, laufend begleitet haben oder eher punktuell? Und was genau waren dann Themen Ihrer Besprechungen, bzw. wussten Sie in Details, wie diese Operationen abgelaufen sind, auch aus technischer Sicht?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, wir hatten in meiner Gruppe im Wesentlichen immer mit den Berichterstatern zu tun, mit den Leuten, die berichten, nicht mit der Informationsgewinnung. Wir hatten ja auch lange Zeit die Trennung im BND zwischen Beschaffung und Auswertung. Und die ist ja heute noch nicht ganz aufgehoben, findet bloß auf verschiedenen Ebenen statt. Aber schwerpunktmäßig haben wir immer mit den Leuten gesprochen - - die Analytiker im Grunde genommen und nicht die, die die Informationen beschafft haben. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich jetzt auf einen Bereich zu sprechen kommen, den wir auch schon vorher hier besprochen haben und den die Kollegen auch schon angesprochen haben. Wir haben jetzt herausgefunden nach der bisherigen Beweisaufnahme, dass dem BND eben 2005 aufgefallen ist, dass es diese Begriffe gab, die die Amerikaner da versucht haben einzuspüren, bzw. es sollten Informationen erlangt werden über EADS, Eurocopter, französische Behörden. Und es gibt eben Berichte, nach denen dann das erste Mal das Kanzleramt 2008 vage davon gewusst haben soll. Unter anderem gab es da wohl einen Bericht zur Vorbereitung einer Reise von Bundesminister de Maizière.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Meine Frage ist jetzt: Können Sie sagen, wer genau im Kanzleramt im Jahr 2008 von diesen vagen Vorwürfen gewusst hat? Gab es nur diesen Bericht, der da in der Presse erwähnt ist, diesen Reisebericht - nenne ich es jetzt mal -, oder gab es auch Gespräche dazu?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, dieser Bericht, das muss das Februar-2008-Papier sein, ja? Den habe ich natürlich paraphiert, also den habe ich gesehen. Und wenn ich mich recht erinnere - nicht richtig erinnere; am Freitag habe ich mir das angesehen -, dann gab es noch einen ergänzenden Bericht, der einen Tag später kam, am 15.02. Das habe ich mir aufgeschrieben; sonst wüsste ich es auch nicht mehr. Und den habe ich dem Abteilungsleiter damals, Herrn Fritsche, vorgelegt. Was der dann damit gemacht hat, ist mir nicht klar.

Vielleicht kann ich da ergänzen, weil ich eben so eine etwas seltsame Pressemitteilung gesehen habe: Dieses Dokument war an Herrn Dr. Kurz adressiert. Der hat es aber nie gesehen. Und das ist völlig zu Recht deshalb so, weil er gar nicht ermächtigt war für diesen Bericht. Über Geheim gibt es eine sogenannte Schutzwortermächtigung, Geheimanrecht. Und da wir in der Gruppe 62 und insbesondere auch Herr Dr. Kurz mit diesen Dingen sehr wenig zu tun hatten, weil das in der anderen Gruppe überwiegend lief, hat er - - Ich weiß nicht, was er gesagt hat. Ich zumindest habe es nicht für notwendig gehalten, dass er diese Ermächtigung überhaupt benötigt. Es kam alle Jubeljahre mal vor, dass so ein Dokument in der hohen Einstufung kam. Das war im Regelfall immer dann, wenn wir Besuchsmappen für Minister- oder Abteilungsleiterreisen machen mussten. Und dann haben wir das da eingefügt. Und genau das ist hier wohl auch geschehen. Ich würde das nicht als - - Ich glaube, in der Presse wurde es irgendwie als Informationsproblem - - Dafür war ich ja da. Ich war als sein Vorgesetzter ermächtigt, habe mir das angesehen - anscheinend nicht genau genug; gebe ich zu, würde ich heute sagen. Aber da könnte ich vielleicht auch in eingestufter Sitzung noch mal was zu sagen. Das ist kein Informationsproblem im Kanzleramt gewesen. Und der Abteilungsleiter hat das auch bekommen. Und ich weiß nicht, ich nehme an, der Minister

hat es auch in seine Mappe bekommen. Aber man weiß ja auch, wie dick solche Ministermappen sind. Und eine solche Formulierung, wie sie da drin ist, ist, ehrlich gesagt, nicht hilfreich. Also, ohne jetzt den Inhalt wiederzugeben, wenn es wirklich gravierende Dinge gibt - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte, das in eingestufte Sitzung dann vorzutragen, Herr Zeuge.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Gut.

RD Philipp Wolff (BK): Es geht um eingestufte Inhalte.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Nur ganz kurz: Also Sie haben das dann - - Also, der Herr Kurz hat das im Prinzip auch so berichtet, dass er das nicht gesehen hat. Haben Sie das dann an seiner Stelle gesehen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und auch nur Sie? Und Sie haben das dann nach oben weitergegeben?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich habe es dem Abteilungsleiter - - Zusammen mit dem Schreiben vom 15.02. habe ich es ihm vorgelegt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben aber keine weiteren Gespräche dann geführt zu dem Thema?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wissen Sie, was der Abteilungsleiter dann gemacht hat bzw. welchen Gang - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Also Sie wissen nicht, wer dann neben dem Abteilungsleiter wann davon - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Es ist auch dem Dokument eben nicht zu entnehmen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also wer wann davon Kenntnis hatte, wussten Sie nicht. - Jetzt hätte der Kollege noch eine kurze Zwischenfrage.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Ich habe nur eine Zwischenfrage, weil Sie gesagt haben, was der Herr Fritsche damit gemacht habe, sei Ihnen nicht klar. Also weil Sie einfach nicht wissen, was er damit getan hat? Oder was wollten Sie damit sagen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich kann es dem Dokument nicht entnehmen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Noch eine andere Frage: Eingangs haben Sie ja oder vorhin haben Sie ja über die Berichterstattung gesprochen, und zwar über die Frage der Analytiker und der Art der Beschaffung - - also diese Trennung aufgewiesen. Aber ist es denn nicht relevant, dass man sich klar wird über die Art, wie die Informationen beschafft worden sind?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Also das braucht einen nicht zu interessieren?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Uns hat die Information interessiert - und dass die richtigen Leute, die sie benötigten, diese Information bekommen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Das heißt also, Sie stellen sich nicht die Frage über die Art, wie die Information gewonnen worden ist, das heißt also, auch nicht über die Frage der Rechtmäßigkeit der Art der Informationsgewinnung?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Also das trennt man dann einfach, das überlässt man anderen Leuten, oder?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, weil das im Wesentlichen ein G-10-Problem war.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Das ist eine seltsame Art, so ein gewisses Segment ganz auszublenzen.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, weil es gibt - - Ich habe es ja schon am Anfang mal angedeutet. Es ist natürlich schon diese Philosophie: Ich will gar nicht wissen, woher die Information kommt. - Ich meine, mittlerweile liest man es ja immer häufiger: Was der BND im Ausland macht, verstößt regelmäßig gegen das Gesetz dieses Landes - nicht zwangsläufig gegen deu- - ich hoffe, nicht gegen deutsche Gesetze, aber gegen das Gesetz dieses Landes. Das ist Auslandsspionage.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Ja, ja. Ich meine, Sie hatten eingangs ja darauf hingewiesen, dass Sie - ich glaube, Sie haben so gesagt - in der Tradition groß geworden sind, dass die Arbeit im Ausland, ja, zulässig ist. Und ich kann sozusagen diese Tradition auch nachvollziehen. Aber im Zusammenhang mit der Frage, ob man damit die Interessen etwa befreundeter Nachbarländer beschädigt und das zu Komplikationen führen kann - - Also diesen Gedankengang schließt man nicht an?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Danke.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut; dann würde ich noch mal auf meinen Komplex zurückkommen. Es war ja so, dass im Jahr 2008 es eben erstmals diese Hinweise gab - es seien vage Hinweise gewesen - auf Spähversuche. Und so, wie ich es verstanden habe, waren da ja diese Begriffe „EADS“, „Eurocopter“ und „französische Behörden“ noch nicht enthalten. Im Jahr 2010 und 2011 sei dann aber das Kanzleramt wieder informiert worden über diese Funde, auch dann unter Nennung dieser Firmennamen EADS und Eurocopter. So hat es zum Beispiel der *Spiegel* geschrieben im Mai dieses Jahres. Und der Herr Müller sei dann im Jahr 2010 - er war ja einer Ihrer Mitarbeiter - Empfänger eines Vermerks gewesen des BND mit dem Titel „Sachstand Zusammenarbeit Abteilung TA mit NSA“, in dem dann der BND das Kanzleramt über den Fund problematischer Selektoren im Jahr 2005, aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch über weiterhin gegen deutsche Interessen gerichtete Aufklärungstätigkeit von US-Nachrichtendiensten informierte. Sieben Vermerke hätte es insgesamt gegeben, die entsprechende Warnungen über solche Aktivitäten enthalten hätten. Können Sie den Inhalt dieser Berichterstattung im *Spiegel* bestätigen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, es bleibt natürlich dabei, was der Herr Wolff immer sagt. Die Dinge sind eingestuft. Ich würde gerne was dazu sagen, aber dann bitte in eingestufte Sitzung. Auch wenn es im *Spiegel* steht, kann ich es jetzt nicht so bestätigen.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Dann komme ich später wieder drauf zurück.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich hätte dann noch Fragen zu einem anderen Thema, was wir eben auch schon hatten. Sie waren ja im Bereich Grundsatz- und Rechtsfragen dann wohl auch mit der Frage des sogenannten Memorandum of Agreement beschäftigt.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Gar nicht?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Gar nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum nicht?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Weil es auch nicht in meine Zuständigkeit fiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das keine Grundsatz- oder Rechtsfrage?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich weiß nicht, welches Organigramm Sie haben, muss ich gestehen. Also, eigentlich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage nur, ob das keine Grundsatz- oder Rechtsfrage ist.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, ich stehe - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie waren doch von 2003 bis 2011 Gruppe 62, oder?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, das ist richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Habe ich mir mal auf jeden Fall aufgeschrieben.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, also Rechtsfragen bei mir nicht. Ich hatte kaum Juristen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Grundsatzfragen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Grundsatz ja. Aber was bedeutet „Grundsatz“? Also, ich kann sagen, dass ich mit diesem Memorandum of Agreement, heißt es, glaube ich, nicht befasst war. Ich kenne es bis heute nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie kennen es bis heute nicht. Okay. - Mit Auftragsprofilen der Bundesregierung für den BND, waren Sie damit beschäftigt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Damit waren Sie beschäftigt. Könnten diese beiden Dinge irgendwie zusammenhängen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Wenn ich Ihnen jetzt sage: „In dem MoA hat sich die US-Seite dazu verpflichtet, sich an die deutschen Gesetze und Bestimmungen für die Fernmeldeaufklärung, vor allem also an das G-10-Gesetz, zu halten“: Wäre das was Ungewöhnliches für Sie?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Alles andere, wäre das ungewöhnlich gewesen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, ich glaube schon, dass wir da drauf gedrungen haben. Aber ich kann da immer nur -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vermuten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: - spekulieren, weil ich an diesen Gesprächen und an dem Memorandum damals nicht beteiligt war. Ich habe eben gesagt: Ich habe es höchstwahrscheinlich nie gesehen. - Aber da muss ich vorsichtig sein. Ich kann mich zumindest nicht erinnern mal, dass ich es gesehen habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber dass es grundsätzlich mit weiteren Staaten solche MoAs gibt, das ist Ihnen bekannt gewesen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder war Ihnen das ganze Thema MoA, die Abkürzung nicht mal bekannt gewesen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, das weiß ich natürlich, dass es zahlreiche gibt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber ich kenne sie nicht, weil sie immer von anderen Stellen, für die ich nicht zuständig war, bearbeitet wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich habe, glaube ich, in dem einen oder anderen Fall in der Tat - - Wenn es um Terrorismusbekämpfung ging, dann ist mir das auch mal - - bin ich da beteiligt worden. Aber ich kann mich eben nicht dran erinnern, dass das bei dem MoA damals mit den USA - - Das war ja dieses Bad-Aibling-MoA, was Sie meinen vermutlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das vom 28. April 2002.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. - Ich wusste, dass es da Gespräche gab und dass es Verhandlungen gab. Aber das ist nicht bei mir gelaufen. Das ist in der anderen Gruppe, die sich vorwiegend mit diesen Dingen beschäftigt hat, gelaufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie werden denn die Mitarbeiter des BND davon in Kenntnis gesetzt, dass es solche Regelungen gibt? Sind die

überhaupt verbindlich? Oder ist das mehr so eine Sache: „Das schließt man auf höchster Ebene ab, verschließt es dann und freut sich insgeheim, dass es solche Vereinbarungen gibt“? Oder wofür sind die gut?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, das ist maßgeblich, soweit ich das mitbekommen habe, doch vom BND betrieben worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Und welchen Sinn hat so ein MoA dann unterm Strich? Also, ich bin ja nicht aus dem Bereich. Sie sind da der Experte.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, aber eben in dem Bereich bin ich auch kein Experte, Herr Vorsitzender; tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also zu Ihnen sind diese detaillierten Informationen aus MoAs nicht durchgedrungen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu wem sollten die dann durchdringen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: In dem zuständigen Referat, das müsste bei 601, und bei dem zuständigen Gruppenleiter - - Beziehungsweise damals hatten wir noch keine zwei Gruppen. Da war das der ständige Vertreter des Abteilungsleiters. Der hat, glaube ich, in dem Bereich viel gemacht, mithilfe seines Referatsleiters. Das müsste 601 - - Weiß ich nicht, wer das damals war. Und Herr Wenckebach müsste da, glaube ich, noch irgendwo auftauchen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also das vonseiten des Bundeskanzleramtes. Und was würden Sie sagen im BND? Wer sollte da alles Kenntnis von so einem MoA bekommen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Vor allen Dingen die Technische Aufklärung, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: - weil es die betrifft, aber natürlich der Präsident, der letztlich für den ganzen BND verantwortlich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Und wie läuft das dann allgemein? Der Präsident kriegt das natürlich auch mit, das MoA. Und macht der dann eine Dienstanweisung daraus? Wissen Sie so was?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Weiß ich auch nicht. Dienstanweisungen sind wieder in der Gruppe 61.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das hat Sie auch nie so richtig interessiert dann, weil es ja die Gruppe 61 ist?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Nein, das dürfen Sie nicht missverstehen. Aber man ist beschäftigt, und man wildert dann auch nicht in anderen Dingen. Wenn der Kollege es für nötig gehalten hätte, mich zu unterrichten oder mich einzubinden, hätte er das auch sicherlich gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, wir haben das dann hinterher immer praktisch ausgeführt, was in unserem Bereich lag. Aber die ganze technische Aufklärung, habe ich, glaube ich, schon mal gesagt, lag im Wesentlichen in der Gruppe 61, weil für die technische Aufklärung gab es ein großes Hindernis, und das war G 10, dass der BND höllisch aufpasste, dass er nicht versehentlich grundrechtsgeschützte Bürger in seine Maßnahmen laufen ließ.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Woher wissen Sie das denn jetzt? Das ist doch auch Gruppe 61.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das kriegt man durch Diskussionen in der Abteilung natürlich mit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Das eben kriegten Sie nicht durch Diskussionen mit. Jetzt kriegten Sie was mit. Das ist eine selektive

Mitnahme von Informationen. Oder wie verstehe ich das?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, aber seitdem ich im Bundeskanzleramt bin, spielt G 10 eine unheimlich große Rolle, seit 1992.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich hatte eben auf diesen *Spiegel*-Artikel 1993, glaube ich, hinge-

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also seitdem Sie im Bundeskanzleramt sind, spielt G 10 eine große Rolle? Habe ich das richtig verstanden? Vorher nicht?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Höchstwahrscheinlich vorher auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, vorher auch.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber jetzt weiß ich es aus eigener Erfahrung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Seitdem spielt aber nur G 10 - - Und die Europäer spielen auch da noch keine Rolle, oder wie?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie eben gesagt. Europäer, das sind andere; das sind Ausländer.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die spielen also gar keine Rolle?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Hat bisher nach der Rechtsauf-

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, Sie frage ich jetzt. Spielt das eine Rolle oder nicht?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich halte mich an das, was wir bisher in der Behörde - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, die Frage war doch: Spielten die Europäer eine Rolle? G 10 ja. Aber die anderen Europäer spielten wie jedwedes andere Ausland keine Rolle. Richtig? Das haben Sie eben gesagt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. Wobei - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das steht auch noch weiterhin so jetzt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein? Dann korrigieren Sie sich also?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Im Auftragsprofil haben wir natürlich keine europäischen Partner des BND. Das ist das Maßgebende.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das wäre auch ein Verstoß dann gegen das Auftragsprofil?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und gegen das Aufklärungsprofil?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig. Und so was würde dann im Zweifel vielleicht auch in irgendwelchen MoAs, MoUs oder wie auch immer drinstehen? Oder wissen Sie das nicht?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, aber wir würden es an der Berichterstattung merken -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: - und dann sagen: Das ist nicht im Auftragsprofil des BND. Wie kommt ihr dazu?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wer prüft das? Sie nicht, sondern?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, das war unsere Aufgabe, Gruppe 62.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha. Und haben Sie es gemerkt? Haben Sie es gemerkt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich kann mich nicht erinnern, dass wir Berichterstattung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie waren doch zuständig in dem Zeitraum. Und dann haben Sie doch entweder gemerkt, dass da europäische Dinge drin sind, die nicht zum Aufklärungsprofil gehören, oder Sie haben es nicht gemerkt. Das muss doch über Ihren Schreibtisch gegangen sein. Sie haben doch gerade gesagt, Sie sind zuständig.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Was meinen Sie jetzt, über meinen Schreibtisch gegangen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das, was Sie gerade sagten. Wenn europäische Ergebnisse, Meldungen aufgetaucht wären und nicht dem Aufklärungsprofil entsprechen, dann hätten Sie es gemerkt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. Ich habe aber keine Meldungen gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also Sie haben es nicht gemerkt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wollte ich doch nur wissen. Also dürfte es keine gegeben haben?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Meines Wissens nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das hat aber jetzt nichts mit diesem Bericht, über den wir jetzt schon länger sprechen, oder diesen beiden Dokumenten, wo es über die Zusammenarbeit, Stand der Zusammenarbeit mit den USA geht - - Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

rede von der Berichterstattung des BND über seine Erkenntnisse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und da achten wir drauf, dass der BND im Rahmen seines Auftragsprofils agiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Ich rede vom Zeitraum 2003 bis 2011. Und da hätte mich interessiert, ob in diesem Zeitraum - Ihre Erkenntnisse - Meldungen erstellt worden sind über europäische Treffer - will ich es jetzt mal nennen, damit ich etwas vage bleibe, um hier nicht in Schwierigkeiten reinzukommen -, die Ihnen aufgefallen sind, wo Sie sagen: Mensch, das ist doch Europa; das betrifft doch gar nicht das Aufklärungsprofil. - Weil Europa, hatten Sie ja gesagt, gehört nicht zum Aufklärungsprofil.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wie gesagt, kann ich mich nicht erinnern, so etwas gesehen zu haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Danke schön.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Bis zum Beweis des Gegenteils.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich glaube Ihnen das. Also, ich habe da keine Zweifel. Ich muss es nur halt klar herausarbeiten. Gut. - Danke schön.

Wir kommen zur nächsten Fragerunde. Die Fraktion Die Linke beginnt. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich fange mal mit dem Letzten auch an. Also, Sie haben ja gesagt, dass bestimmte Partnerländer nicht im Auftragsprofil stehen. Wir wollen ja jetzt nicht ins Detail dort gehen. Aber ich nehme jetzt mal Frankreich. Frankreich würde danach vermutlich nicht drinstehen. Wenn aber, wie wir ja wissen, französische Institutionen - Präsidentenpalast, vielleicht Europaparlament - in den Selektoren gewesen sind, dann müssten doch eigentlich jeden Tag bei Hunderten Telefonaten, die da geführt werden,

Mails, die geschickt werden, entsprechende Treffer auch beim BND landen und zu Berichten führen, die Sie bekommen. Das müsste Ihnen doch auffallen.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wenn sie in den Berichten sind, ja. Aber wie ich Ihnen sagte: Ich kann mich an solche Berichte nicht erinnern.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also hat der BND die möglicherweise, wenn sie denn angefallen sind, nicht weitergeleitet?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wenn er solche Treffer hatte, dann wurde nicht berichtet, weil er erkannt hat: Das ist nicht im Auftragsprofil des BND.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und was hätten die denn damit machen müssen, mit den Dingen, die da rausgekommen sind?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Dann hätten wir ihn gefragt, wie er dazu kommt, und er hätte das erläutern müssen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Fall ist aber nie eingetreten?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nach meiner Erinnerung nicht. Dann wären wir vielleicht eher auf diese Dinge gestoßen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben Sie am Anfang gesagt, dass Ihr Verhältnis, wenn ich das jetzt mit meinen Worten wiedergebe, zu Herrn Fritsche gut war oder ganz gut war. Wie war denn Ihr Verhältnis zu Abteilungsleiter Heiß in der Zeit?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Am Anfang auch gut.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wüsste nicht, was hieran Untersuchungsgegenstand sein soll.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das will ich Ihnen gleich erklären. Da komme ich mit den nächsten Fragen dann dazu. - Weil ja gemeldet worden ist in den Berichten, auf die Kollege von Notz schon eingegangen ist - - von einem zerrütteten oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenigstens gestörten Verhältnis die Rede war im Zusammenhang dann mit der Versetzung mit der Maßgabe „möglicherweise durch CIA-Informationen“ und in dem Zusammenhang die Entlassung hier verfügt worden ist oder betrieben wurde unter anderem mit seiner Einflussnahme, wollte ich Sie also fragen, wie das Verhältnis war. Sie haben die Frage zu Herrn Fritsche vorhin auch beantwortet. Dann können sie sie zu Herrn Heiß, denke ich, auch beantworten.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich - - wir arbeiten zusammen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kann ich daraus schließen: „Es ist nicht besonders“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Könnte besser sein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben Sie vorhin gesagt, Sie hätten von dem Journalisten erfahren, was der eigentliche Hintergrund war dieser Versetzung. Kann ich daraus schließen oder muss ich daraus schließen, dass bei dem Gespräch bei Kanzleramtsminister Pofalla, das es ja wohl gegeben hat, Ihnen etwas anderes mitgeteilt worden ist? Also noch mal konkret gefragt: Hat in dem Gespräch eine Rolle gespielt, dass es den Vorwurf gegen Sie gäbe des Geheimnisverrats und dass die Informationen möglicherweise durch einen anderen Nachrichtendienst gekommen sind? Hat man Ihnen das so dargestellt, oder war das nicht der Fall?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wie ich bereits sagte, bis heute nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie bitte?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Damals nicht und auch heute noch nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was hat man Ihnen denn gesagt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das, was man auch der Öffentlichkeit gesagt hat: Sparmaßnahmen und Umorganisation der Abteilung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie im Nachgang - - Jetzt frage ich auch konkret - es geht immer nicht um diese Versetzung, da können wir uns hier nicht ausgiebig mit befassen, sondern -: Hat in dem Gerichtsverfahren, was dann stattgefunden hat vor dem Verwaltungsgericht, die mögliche Zusammenarbeit oder die mögliche Information von Medien über geheime Dinge eine Rolle gespielt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Herr Wolff, muss ich das beantworten? Ist das Untersuchungsauftrag? - Also, es hat keine Rolle gespielt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also auch dort ist das nicht ins Feld geführt worden, -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - weder von der Regierung noch von Ihnen? Oder?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie denn Informationen gehabt oder den Eindruck gehabt, dass Sie selbst überwacht worden sind?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie etwas mitbekommen davon?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, wobei - und das gehört ja wieder zum Untersuchungsauftrag -: Ich in meiner Position, ich mit meinen Tätigkeitsfeldern, insbesondere Entführungsfällen, musste immer damit rechnen, dass irgendjemand auch auf meine Telefonate zugreift, wenn er kann.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hat denn das mal, wenn Sie für Grundsatzfragen zuständig waren, eine Rolle gespielt, wie denn die Sicherheit der Mitarbeiter aussieht? Oder haben Sie Kenntnis, dass möglicherweise auch andere Mitarbeiter des Kanzleramtes - wir haben uns jetzt über die Kanzlerin in den letzten Monaten immer unterhalten - durch zum Beispiel amerikanische Dienste ausgeforscht worden sind?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Habe ich keine Kenntnisse. Aber es wird ja nicht umsonst immer - - Und es wurden ja auch in der Abteilung 6 dann Kryptohandys eingeführt. Also deswegen - - Ich meine, wer in dem Geschäft arbeitet, muss immer damit rechnen. Man weiß, was möglich ist, wenn auch nicht im Detail, aber wenigstens in allgemeiner Form. Dann muss ich immer damit rechnen, dass mir irgendjemand beim Telefonieren zuhört. Das müssen nicht die Amerikaner sein. Das können auch andere sein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wann wurden denn die Kryptohandys eingeführt? Können Sie das - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Fragen Sie mich nicht mehr.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Vor oder nach Ihrer
Zeit?)

- Vorher. Vorher. Ich habe die bloß selten benutzt, gebe ich zu.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage deshalb, weil ja, seitdem wir hier uns damit beschäftigen, immer wieder zum Beispiel die Diskussion aufkommt, dass auf dem Dach der amerikanischen Botschaft Abhöranlagen seien, die ja das Regierungsviertel betreffen können, auch das Kanzleramt. Hat das mal eine Rolle gespielt in Gesprächen, die Sie geführt haben?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und dann ist in diesem *Spiegel*-Artikel, der schon heute erwähnt worden ist, von Mai 2015 die Rede von sieben Vermerken, die die Warnung enthielten mit Eurocopter, mit EADS und französischen Behörden. Ich habe jetzt drei auf die Schnelle finden können. Der letzte soll vom 2. Dezember 2011 sein. Können Sie noch mal sagen, was die letzten Vermerke angeht: „Für wen waren die geschrieben, und was ist daraufhin passiert?“, weil es ja im-

mer an unterschiedliche Leute auch ging und offenbar ja keiner dann reagiert hat? Also wer hat die anderen Vermerke bekommen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Also, ich habe jetzt in den Akten, die mir zur Verfügung gestellt wurden zur Vorbereitung, auch keine sieben gefunden. Ich habe nur gesehen, dass es fast immer identische Formulierungen waren, unterschiedliche Daten. Ich weiß auch nicht, wer diese Vermerke dann bekommen hat. Es waren, ist mein Eindruck, immer Vorbereitungsunterlagen für Gespräche oder Reisen. Und man scheint das immer irgendwie mit Copy-and-paste gemacht zu haben. Zum Beispiel diesen Vermerk, den mir der Abgeordnete Dr. von Notz vorgelegt hat, den habe ich jetzt bei der Vorbereitung nicht gesehen. Sonst hätte ich mir natürlich sicherlich Gedanken gemacht und vielleicht auch ohne dieses - - Den kannte ich bisher nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich beziehe mich auf die sieben Vermerke, weil das hier so steht. Und deshalb habe ich da nachgefragt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, ist ja richtig.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann habe ich noch einen letzten Punkt, den ich gern ansprechen möchte zunächst, und zwar gibt es da einen gewissen Widerspruch zwischen dem, was Sie hier gesagt haben und was Herr Kurz vorher gesagt hat, und zwar in einem Punkt. Herr Kurz hat gesagt, dass das Kanzleramt überhaupt keine Meldungen bekommt vom BND, sondern Profile, Lagebilder, Bewertungen, die dann genutzt werden, die von Interesse sind für bestimmte Vorbereitungen und für die politische Arbeit. Das ist ja völlig in Ordnung; das ist auch Aufgabe des BND. Und Sie haben vorhin mehrfach davon gesprochen, dass Sie die Meldungen - - oder dass die Meldungen bei Ihnen ausgewertet worden sind. Und wie gesagt: Herr Kurz sagt, das Kanzleramt hat gar nicht die Meldungen bekommen. Vielleicht können Sie den Widerspruch mal aufklären.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Höchstwahrscheinlich ein unterschiedlicher Sprachgebrauch. Herr



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kurz kommt ja aus dem Auswärtigen Amt. Für mich sind Meldungen - das gebe ich aber zu, das ist auch traditionelle alte BND-Terminologie - kurze, auswertende Berichte über bestimmte nachrichtendienstliche Erkenntnisse. Heute wird da mehr von Analysen gesprochen. Früher hat man immer Meldungen gesagt. Das sind aber eben Berichte von Analytikern. Das sind nicht die Rohmeldungen. Und die hatte höchstwahrscheinlich Herr Dr. Kurz im Hinterkopf. Wir kriegen im Regelfall keine Rohmeldungen im Bundeskanzleramt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wer bekommt denn die Rohmeldungen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Die bleiben im BND. Da ist ja erkennbar, wo sie weg sind. Da ist zumindest eine kurze Beschreibung des Informanten, also jetzt im HUMINT-Bereich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und auch im SIGINT-Bereich. Ich habe so was natürlich in den 20 Jahren mal gesehen, aber ich glaube, auch im SIGINT-Bereich sind bestimmte Kenner, wo man dann zumindest draus ablesen kann - wenn man das ganze System überhaupt versteht -, wo das herkommt. Aber wir kriegen eben die ausgewerteten Berichte im Bundeskanzleramt - wie auch die anderen Ressorts -, weil wir ja eben unsere Quellen schützen müssen; Quellen: sowohl Menschen, als auch Methoden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Gibt es da noch Fragen? Ja? - Nein. Nicht im öffentlichen Teil. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Zunächst zu dem, was der Kollege Hahn Sie schon gefragt hat. Sie haben - ob es nun vier oder drei oder sieben waren - in Vermerken diese Eurocopter und so was zur Kenntnis

bekommen. Da stellt sich natürlich bei Ihnen ja dieselbe Frage wie jetzt noch bei Ihren Vorgesetzten bis zum Chef des Kanzleramtes: Wenn Sie so was gelesen haben, haben Sie da nicht mal nachgefragt und gesagt: „Von wann, wie kamt ihr da drauf, was war da? Müssen wir jetzt nicht mal genauer hingucken?“, oder irgend so was? - Das verstehe ich nicht.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Herr Abgeordneter, nein, muss ich ehrlich sagen, haben wir, ich nicht gemacht und wohl andere auch nicht. Und ich hatte ja ganz am Anfang gesagt, dass ich das heute höchstwahrscheinlich anders beurteilen würde. Ich kann Ihnen aber heute nicht mehr erklären, warum das nicht geschehen ist. Ich könnte Ihnen verschiedene Erklärungen anbieten, aber ich weiß nicht mehr, ob ich mir a) damals überhaupt was dabei gedacht habe, und wenn ich mir was dabei gedacht habe: Gibt es dafür Erklärungen? Zum Beispiel 2005 wurde das entdeckt.

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte wirklich - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das kann ich, glaube ich, sagen, Herr Wolff, ja?

RD Philipp Wolff (BK): Nein, ich bitte, über die Inhalte in eingestufte Sitzung zu reden; sonst ist die Einstufung einfach hinfällig. Und das sollte sie nicht sein, weil es einstuftungswürdige Informationen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ist ja egal, was.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich will ja nichts zum Inhalt sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass da was gewesen ist, steht ja nun überall. Und das haben wir auch schon in öffentlicher Sitzung erörtert, Herr - -

RD Philipp Wolff (BK): Das steht in der Presse, aber es ist eben nicht freigegeben für eine öffentliche Sitzung, sondern es ist ein eingestufte Inhalt. Und dann reden wir darüber in eingestufte Sitzung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fechner und Herr Urmann haben darüber hier geredet, ohne dass Sie interveniert haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Wir haben doch auch in öffentlicher Sitzung darüber geredet. Ich will ja jetzt gar nicht die einzelnen Vermerke durchgehen. Ich will nur wissen, wenn solche Worte vorkamen, solche oder ähnliche Sachverhalte, warum das nicht Anlass ist, der Sache nachzugehen. Das ist für mich - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und das kann ich erklären, und ich glaube, ohne dass ich etwas viel über den Inhalt sagen muss, lässt es sich erklären. Die einfachste Erklärung ist: Ich habe einfach drüber weggelesen, ich habe überhaupt nicht erkannt, dass da was Brisantes sein könnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Die zweite Erklärung ist: Es war ja eine Anfangsphase. Und ich weiß, welche Probleme der Dienst hatte, G-10-Dinge auszufiltern. Und wenn man ein Projekt neu anfängt, kommt es auch immer irgendwie zu kleinerem Versagen. Der Dienst hat es abgestellt. Und damit war doch die Angelegenheit erledigt.

Und das Dritte, was ich sagen kann: Wenn das ernstzunehmende Vorgänge sind, dann gehören solche Vorgänge - und dann sind wir wieder bei besonderen Vorkommnissen - nicht in eine Vorbereitungsmappe für ein Gespräch, sondern dann muss man einen gesonderten Bericht machen. Und das ist etwas, was ich dann dem BND vorwerfe. Der hätte damals dann, als er das erkannt hat - und das war ja 2005 schon erkannt - - dann hätte der BND einen Bericht machen müssen an das Bundeskanzleramt: Wir haben hier die und die Vorfälle. - Und dann hätte man darüber beraten können: Was geschieht damit? - Aber in einen etwas längeren Vermerk - ich weiß nicht, wie viel Seiten die Vermerke haben - so einen Satz, so einen vage formulierten Satz da reinzuschreiben, halte ich nicht für besonders glücklich, kommt aber leider immer wieder vor.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber jetzt genau die Überlegung, die Sie jetzt anstellen: Musste die Ihnen nicht schon kommen, wenn Sie den Bericht gelesen haben: „Warum ist darüber nicht als besonderer Vorfall uns mal berichtet worden, ganz egal wie?“ - Sie sagen jetzt, sie haben es erledigt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen doch gar nicht, wie die das erledigt haben oder ob sie es erledigt haben, sondern Sie lesen so was. Sie sagen, Sie haben sich jetzt nichts dabei gedacht. Aber Sie sagen ja selber, wenn so etwas aufkommt, dann muss das ein besonderer Bericht sein. Das ist auch nicht gemacht worden.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Herr Abgeordneter, ich bin durchaus selbstkritisch. Ich habe Ihnen ja gesagt, ich würde es heute höchstwahrscheinlich anders machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber es ist einfach damals überlesen worden, und anscheinend nicht nur von mir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Ja, offensichtlich. Und jetzt komme ich auch zu der Frage - da hatte der Kollege Hahn auch schon nach gefragt -, was bei den Selektoren rausgekommen ist. Da haben Sie gesagt: Also, diese Selektoren sind möglicherweise, wenn da jetzt ein Ergebnis war mit französischen Behörden oder so was - - dann hat der BND, weil er gesagt hat: „Das gehört ja nicht zu unserem Auftrag“, das einfach weg- - Kann das auch sein, dass der BND das, weil das waren ja Selektoren der USA, also der NSA - - dass er gesagt hat: „Wir haben da nichts mit zu tun, das schieben wir jetzt mit den anderen Strömen alles an die NSA einfach weiter“, was natürlich auch nicht besonders richtig ist?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da kann ich nichts zu sagen, Herr Abgeordneter. Das ist vielleicht die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufgabe dieses Ausschusses, das rauszufinden. Was da gelaufen ist und wie das gelaufen ist, kann ich Ihnen nichts zu sagen, weil mir das ganze Phänomen unbekannt war und auch - wie ich am Anfang sagte - ein bisschen jenseits meiner Vorstellungskraft. Ich weiß nicht, wie die Ergebnisse dann behandelt wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich stelle mir vor - der BND hatte ja offensichtlich irgendetwas entdeckt -, dass er es einfach an den Ergebnissen erkannt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wie kommt das denn da rein?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, an den Ergebnissen, ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber das ist jetzt, muss ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die Ergebnisse finden wir ja nicht. Wir wissen ja nicht mal, wie lange die Selektoren überhaupt, ob und wie lange sie da in Arbeit waren.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wir wissen auch nicht, ob sie Ergebnisse hatten, wahrscheinlich deshalb, weil das alles einfach unangesehen an die USA abgeliefert worden ist oder an die NSA.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Herr Abgeordneter, ich befürchte, da kann Ihnen das Kanzleramt keine Antwort drauf geben, weder ich noch mein Abteilungsleiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das müssen die Leute vom BND, und die befragen Sie ja intensiv - - wir wissen - - Also, ich weiß darüber nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Das ist der zweite Komplex. - Jetzt habe ich zum dritten noch eine Frage und vielleicht auch noch mal eine Nachfrage. 2004, da waren Sie ja unzweifelhaft beteiligt an einer offenbar ja sehr schwierigen - ich will das jetzt gar nicht aus den Vermerken zitieren -, an einer sehr schwierigen Entscheidung, die sowohl vom BND als auch vom Kanzleramt zu treffen war: Wie ist das eigentlich, wie kommen wir an die Routineverkehre ran? - Da gab es offenbar verschiedene Auffassungen. Können Sie da mal das, soweit Sie das in öffentlicher Sitzung sagen, was da gewesen ist und was man vor allen Dingen sich für welche Gedanken gemacht hat hinsichtlich der G-10-Kommission? Weil Sie wissen ja selber - haben Sie vielleicht auch den Medien entnommen, der Presse entnommen -: Da sind einige - und wir haben ja einen hier gehabt - so sauer, dass sie gesagt haben: Wenn man uns damals das gesagt hätte, was man mit unserer G-10-Genehmigung da machen will und macht und gemacht hat, wir hätten das niemals genehmigt. - Also war das der Türöffner für was anderes? Oder war das eine ernstgemeinte - nach Ihrer Erinnerung -, eine ernstgemeinte G-10-Anordnung, wo man tatsächlich also jetzt eine berechnete G-10-Anordnung umsetzen wollte?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, da haben Sie mit mir den falschen Zeugen für diese Frage; denn damals war ich nicht beteiligt, weil das eine G-10-Angelegenheit war. Ich habe davon - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie stehen in dem Vermerk drin als Teilnehmer an solchen Diskussionen -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich habe - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit mehreren anderen.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich habe da - - Das muss das Gespräch bei Chef BK gewesen sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also 2004, 20.10. und 27.10.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da gab es noch mehr.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da kann ich mich nicht dran erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also wissen Sie gar nichts.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich habe davon im Grunde genommen in allgemeiner Form bei solchen Gesprächen mitbekommen, dass eben das Internet als Kommunikationskanal immer wichtiger wurde und dass man da Schwierigkeiten hatte, die Aufklärungsmaßnahmen mitzubekommen. Was an konkreten Maßnahmen dann veranlasst wurde, das ist mir - - Da war ich nicht beteiligt, weil das eben im Rahmen dieser G-10-Bearbeitung geschehen ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie erinnern sich überhaupt nicht daran, dass zum Beispiel erörtert worden sein soll, ob man die G-10-Kommission damit befasst, ob man sogar das G-10-Gesetz ändert oder ändern muss, um an die - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: 2004?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, 2004 - - und das dann abgelehnt hat offenbar? Das Kanzleramt hat offenbar die Auffassung vertreten: Brauchen wir nicht. - Und heute noch sagt die G-10-Kommission: Was ihr da mit uns gemacht habt - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich will das nicht ausschließen, dass ich da teilgenommen habe,

einfach als einer der Gruppenleiter. Aber an diesen ganzen Rechtsfragen habe ich mich naturgemäß nicht beteiligt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An der Stelle müssten wir jetzt zur nächsten Fraktion kommen, nämlich der Fraktion der SPD. Gibt es noch Fragen in öffentlicher Sitzung? - Ja, Frau Kollegin Mittag.

Susanne Mittag (SPD): Ja, ganz kurz. Sie waren zuständig für Grundsatzfragen. Da hatten Sie so gesagt: Hm. - Also, der Eindruck war nicht so toll oder nicht so viel. Wie viel hat das denn von Ihrem Arbeitsbereich ausgemacht? Ein bisschen? Die Hälfte?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, Grundsatzfragen waren immer - - Ich bin jetzt etwas erstaunt, dass es wirklich im Organigramm gestanden hat. Vielleicht stimmen auch die Organigramme nicht immer.

Susanne Mittag (SPD): Das können wir ja nicht ahnen.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Klären Sie uns auf.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Deswegen versuche ich, es ja auch zu beantworten. Also, wenn, dann kann es immer nur in den verschiedenen Bereichen, für die ich zuständig war - -

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das wiederhole ich: Proliferation, Terrorismus und Lage. Terrorismusbereich war natürlich eine Grundsatzfrage: Wie verbessern wir die Kooperation zwischen BfV und BND?

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das war nicht immer besonders glücklich. Und die hatten so eine Art Konkurrenzverhältnis eine Zeitlang. Und da haben wir dran gearbeitet, um dieses Verhältnis - und da wird auch heute noch dran gearbeitet -



Nur zur dienstlichen Verwendung

um dieses Verhältnis im Interesse unserer Sicherheit zu verbessern. Und da haben wir auch durchaus Fortschritte erzielt. Das war nicht immer ganz glorreich.

Im Bereich Proliferation stellten sich so viele Fragen im Bereich Ausfuhrgenehmigungen und solche Dinge, wie man da auch wieder verbessern konnte, auch die Zuarbeiten des BND fürs BAFA und solche Dinge. Das kann nur unter Grundsatzfragen gemeint sein.

Susanne Mittag (SPD): Aber wenn es um Grundsätzliches geht bei Grundsatzfragen, gerade in diesen beiden wichtigen Bereichen, dann wird natürlich auch Grundsätzliches erörtert worden sein, wie man mit einem ausländischen Nachrichtendienst umgeht; denn da sind ja auch sehr wichtige Informationen zu bekommen.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja. Das ist ein Mantra spätestens seit 9/11 2001 in allen, aber auch vorher schon in anderen Bereichen - Proliferationsbereich -, dass die Kooperation gestärkt werden muss und dass man etwas gemeinsam machen muss. Es war zunächst immer von einem verstärkten Informationsaustausch die Rede. Das war insbesondere nach 2001, aber auch vorher schon Proliferation. Da ging es immer um den Austausch von Erkenntnissen, die andere Nachrichtendienste haben. Und in den letzten Jahren hat dann auch immer mehr eine Rolle gespielt: gemeinsame Operationen. Das war aber im Wesentlichen - in meinem Bereich - immer auf sogenannten HUMINT-Operationen gemünzt. Es gab allerdings auch - das wissen wir ja jetzt auch nicht erst seit diesem Untersuchungsausschuss - gemeinsame Operationen im technischen Bereich. Das ist aber etwas, was wieder dann nicht bei mir gelaufen ist.

Susanne Mittag (SPD): Und was sind HUMINT-Operationen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: HUMINT sind Operationen mit menschlichen Quellen.

Susanne Mittag (SPD): Also ist das Thema Austausch unter Personen natürlich für Sie gerade bei Terrorismus und Proliferation ganz wichtig

gewesen. Und da schließt sich natürlich auch die nächste Frage an: Wenn man, sagen wir mal, mit Grundsatzfragen beschäftigt ist - wie kann man gut zusammenarbeiten? wie geht man mit Informationen um? -, dann wird ja sicherlich auch festgeschrieben werden: Wie geht man eigentlich - im Beamtendeutsch - mit Meldewegen um; also, ich kriege Informationen: Wo gebe ich sie weiter, wie kann ich nachweisen, dass die Information da auch angekommen ist? In welchem Rahmen sind denn auch Meldewege - - Ich gebe was hin, ich will ein Ergebnis haben, jemand stellt was fest. Wann muss er das melden, weil es wichtig ist? Ist das in dem Rahmen auch festgeschrieben worden?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das ist nicht festgeschrieben worden. Der BND macht in dem Bereich - - Im Wesentlichen berichtete er auf Eigeninitiative. Das blieb ihm zu überlassen, weil er hat ja die nachrichtendienstliche Information, die kein anderer hat. Und dann berichtet er von sich aus. Ausnahmen habe ich schon beschrieben: wenn wir irgendwo Informationsbedarf hatten, weil wir uns dafür interessierten, weil wir es für wichtig erachten, dass man auch in dem Bereich noch mal Informationen bekommt, oder weil die Leitung bestimmte Informationsinteressen hatte. Und die Meldewege waren auch in meinem Bereich relativ einfach. Der BND entscheidet zunächst mal selbst, wem er seine Informationen gibt. Und wir haben natürlich schon - auch das habe ich eingangs ja versucht zu erläutern - - Wir haben dann darauf gesehen, ob er wirklich alle, die möglicherweise an dieser Information, an diesem Bericht Interesse haben könnten, ob die auch beteiligt wurden. Das hat am Anfang, in den 90er-Jahren, eine Riesenrolle im Bereich der Proliferationsbekämpfung gespielt, weil der Zoll nicht immer vom BND genug bedacht wurde. Der Zoll war aber die Exekutivbehörde, die irgendwelche Lieferungen verhindern konnte. Und da hat dann eben das Bundeskanzleramt maßgeblich dazu beigetragen, dass hier - wie Sie sagen - die Meldewege besser wurden.

Susanne Mittag (SPD): Aber es hat ja offensichtlich nur bedingt gut geklappt. So, wie das geschildert wird, dann war das - jetzt mal ein biss-



Nur zur dienstlichen Verwendung

chen überspitzt gesagt - eher eine Neigungsveranstaltung, was BND weitergegeben hat oder nicht, obwohl es doch eigentlich - von der Abfolge her - eher eine nachgeordnete Dienststelle ist. Und deswegen - so habe ich Ihre Schilderung aufgenommen - war ungefähr 2005 - können Sie jetzt nicht mehr so ganz genau festlegen, ist auch nicht so tragisch - - Auf alle Fälle wurde dann definiert, was besondere Vorkommnisse sind. Da gab es ja wohl eine Erforderlichkeit, oder?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Also müssen vorher einige Dinge passiert sein, dass es erforderlich ist, das mal zu definieren.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Hatte ich ja erläutert, diese Journalistenaffäre, Fall Koelbl war dann später noch mal ein Fall, und es gab mehrere kleinere Fälle, die einfach dazu geführt haben, dass wir bzw. die Nachbargruppe dann mal versucht hat, festzulegen, was berichtenswert ist. Das ist aber wieder zu unterscheiden, diese besonderen Vorkommnisse, von dem, was der BND normalerweise berichtet. Das sind nämlich seine nachrichtendienstlich gewonnenen Erkenntnisse, die von Interesse der Bundesregierung sind. Und das war das Hauptfeld meiner Gruppe. Die besonderen Vorkommnisse wurden dann in dem Referat 623 von Herrn Müller bearbeitet.

Susanne Mittag (SPD): Aber es gab dann doch zumindest eine Festlegung, was besondere Vorkommnisse sind. Und im Nachhinein hat man ja gesagt: Ja, also, da wäre schon die Sache mit den Suchbegriffen besondere Vorkommnisse gewesen.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Offensichtlich sind die aber schon jetzt vor locker zehn Jahren in gewisser Weise festgeschrieben worden, was ein besonderes Vorkommnis sei. Wie ist das denn weitertransportiert worden?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Durch Schreiben an den Bundesnachrichtendienst, als Erlass, als Weisung, dass er bestimmte Dinge zu melden hat.

Susanne Mittag (SPD): Und wenn Sie jetzt jahrelang sozusagen keinen entsprechenden Rücklauf bekommen, dann muss ja irgendwie mal auffallen: Mensch, wir haben bestimmte besondere Vorkommnisse festgeschrieben, und in der Richtung kommt irgendwie überhaupt gar nichts. - Das kann ja eigentlich auch nicht sein.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein. Es gibt, glaube ich - ich habe die jetzt nicht im Kopf -, eine relativ allgemeine Definition, was ein besonderes Vorkommnis ist, was politisch problematisch sein könnte, wenn es bekannt wird, was die Sicherheit des BND und seiner Mitarbeiter beeinträchtigen könnte. Da gibt es so mehrere Kriterien. Und dann muss der BND anhand dieser Kriterien beurteilen, ob er das Ereignis für berichtenswert hält. Und das ist in dem Fall offensichtlich nicht geschehen.

Susanne Mittag (SPD): Aber es ist in den Abläufen von 2005 ja offensichtlich mehrfach nicht geschehen.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich kann mich da so nicht - - Ich weiß nur, dass diese besonderen Vorkommnisse, dass die Meldungen deutlich zugenommen haben und die ganze Spannweite, muss man dazu noch sagen. Aber das weiß höchstwahrscheinlich der Abgeordnete Ströbele besser; denn dem PKGr wird es ja berichtet.

Susanne Mittag (SPD): Ja, das können wir jetzt hier nicht klären. Was Sie vorhin gesagt hatten: Sie hatten unter anderem bei der NSA nachgefragt, in welchem Rahmen - - also ob das denn sein kann, dass die Amerikaner bei uns hier Spionage vollführen. Das ist jetzt - sagen wir mal - so ungefähr, als wenn ich einen Beschuldigten frage, ob er die Tat begangen hat, und wenn er dann zu mir sagt: Nö, habe ich nicht! - Alles klar! - Und Sie hatten noch mal gesagt: Es gibt so immer noch ein paar Probleme zwischen Verfassungsschutz und Ihrer Dienststelle. Und da hätten Sie auch nachgefragt, gab es auch keine Hinweise. - Lief das einfach nur auf Nachfragen, oder dass Sie mal nachgefragt haben: Mensch, wie kann man das denn begründen? Haben die mal gezielt nachgesehen oder mal gezielt hinterher ermittelt? Oder einfach nur: „Uns sind keine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erkenntnisse zugefallen, ja, dann wird da wohl auch nichts gewesen sein“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das BfV untersteht ja nun dem Innenministerium, und wir haben nur eine koordinierende Rolle.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wir haben nach Erkenntnissen gefragt. Da liegen keine an. Nach meiner Kenntnis ist es natürlich auch so, dass das BfV jetzt nicht aggressiv gegen amerikanische Dienste vorgeht.

Susanne Mittag (SPD): „Aggressiv“ hat auch kein Mensch gesagt. Entweder wir haben nichts, oder man kann mal ein bisschen nachstochern. Da gibt es noch eine Riesenbandbreite bis „aggressiv“. Ist überhaupt in irgendeiner Weise mal geguckt worden: Kann es sein? Oder: „Uns ist leider nichts zugeflogen, dann wird es auch nicht so sein“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Die haben immer die Fälle, wie ich auch schon sagte, der Beamte im BMWi und Herr Carney - - Und da mag es noch einen Fall von nicht abgestimmtem Verhalten gegeben haben. Aber das war im Grunde genommen alles. Was sie im Einzelnen gemacht haben, kann ich nicht beurteilen.

Susanne Mittag (SPD): Ich habe noch eine Frage zum Auftragsprofil, was Sie gesagt hatten.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Hm.

Susanne Mittag (SPD): Das war Ihnen also bekannt, das Auftragsprofil des BND, richtig?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Das ist natürlich - denke ich mal - im Laufe der Jahre immer mal wieder angepasst und geändert worden, die Probleme oder - sagen wir mal - die Notwendigkeiten haben sich natürlich geändert. Wie oft ist das geändert worden, angepasst worden?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, es gab eine Zielvorstellung früher, es alle drei bis vier Jahre zu

ändern. Es gibt dazwischen noch eine kurzfristige Auftragssteuerung; die sollte eigentlich halbjährlich oder jährlich erfolgen. Es ist in der letzten Zeit - ich glaube, ich kann es Ihnen nicht definitiv sagen - - Aber dieser Zeitplan ist nicht eingehalten worden in den vergangenen Jahren, weil wir nicht dazu gekommen sind. Wir sind aber im Moment dabei. Aber wir haben jetzt ein paar grundsätzliche Änderungen vor, und deswegen schleppt sich das ein bisschen hin, gebe ich zu.

Susanne Mittag (SPD): Gut. Also jetzt ist auch nicht maßgeblich, sondern in den letzten Jahren ist also das Profil auch - sagen wir mal - angepasst worden, und es gab nun seit einem Jahr schon eine Diskussion hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Amerikanern. Es stand auch immer mal wieder was in der Presse. Das hat gar nichts damit zu tun, ob man da jetzt dagegen ist oder dafür ist, sondern einfach nur: Hat sich das in irgendeiner Weise dann in dem Auftragsprofil niedergeschlagen, dass der hier mehrfach erwähnte 360-Grad-Blick vielleicht auch mal ganz hilfreich wäre?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Ist das denn da irgendwann erörtert worden? Weil alle Länder - das ist ja nun bekannt seit einigen Jahren - auch ihre eigenen Interessen haben, innerhalb Europas, USA, nicht nur China und Russland als erklärte Gegner, sondern es geht ja rundherum. Das muss doch dann auch mal irgendwann zumindest im Rahmen einer Grundsatzfrage - auch bei Terrorismus oder bei anderen Dingen, die Sie zu bearbeiten haben - zumindest mal erwogen worden sein.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also zumindest nicht von mir. Ich kenne nur die Aussage: Die Partner werden nicht ausspioniert. Und wenn die Politik das anders will, dann muss sie das deutlich sagen.

Susanne Mittag (SPD): Und das hätte Ihnen sozusagen gemeldet werden müssen vom Bundeskanzleramt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, nein, nein, das ist die Haltung, die hier im Bundeskanzleramt in der Abteilung 6 vertreten wird.

Susanne Mittag (SPD): Wer hätte es denn melden müssen oder sagen müssen, wenn sich das ändert?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, da hätte eine politische Entscheidung gefällt werden müssen.

Susanne Mittag (SPD): Wo? Also nicht im Bundestag wahrscheinlich?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Spätestens vom Bundeskanzleramt. Aber höchstwahrscheinlich nicht alleine, sondern dann in Abstimmung mit anderen Ressorts.

Susanne Mittag (SPD): Aber das ist ja jetzt keine parlamentarische Entscheidung.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber das sind hypothetische Fragen.

Susanne Mittag (SPD): Bitte?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Es sind hypothetische Fragen.

Susanne Mittag (SPD): Nein, also, so ein Profil zu ändern, ist nicht hypothetisch. Es ist einfach nur: Wer sagt wem was? Und wir haben hier einige Dinge schon festgestellt, die ganz erstaunlich sind, was nicht weitergeleitet wird, oder es gibt irgendwelche - sagen wir mal - Ziele, und wie die weitergegeben werden, gerade vom Bundeskanzleramt zum BND mit diesem MoA: sehr schwierig. Wer hat es wann wie inhaltlich eigentlich weitergegeben? Und da sind wir eigentlich immer noch nicht zum Ergebnis gekommen. Das ist ja am Ende der Arbeitsauftrag. Aber dazwischen gibt es ja organisatorische Lücken, wie wir festgestellt haben. Deswegen ist die Frage: Wer würde dann so ein Auftragsprofil ändern, wenn Sie so eine Vorgabe haben? Also käme es nur aus dem Kanzleramt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das Auftragsprofil wird geändert in Abstimmung mit den Ressorts

vom Bundeskanzleramt. Und entweder der Minister oder der Staatssekretär unterschreibt dieses Auftragsprofil.

Susanne Mittag (SPD): Und das ist jetzt schon aber eine Weile her, dass sich da was - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das ist schon länger her. Da war auch über diese jetzigen Probleme, die wir mit dem amerikanischen Partner haben, noch nicht die Rede.

Susanne Mittag (SPD): Wie viele Jahre ungefähr?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich schätze, fünf Jahre, wenn es nicht sogar schon sechs Jahre sind.

Susanne Mittag (SPD): Gut. Habe ich noch was?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vier Minuten noch.

Susanne Mittag (SPD): Sie hatten doch eben was erwähnt zu einem Kryptohandy, oder was verteilt worden ist. In welcher Bandbreite sind die denn verteilt worden?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich glaube, an die Referats- - Im Moment - nach Snowden - hat man noch eine neue Initiative. Da gibt es noch mehr Kryptohandys. Damals wurde es an bestimmte Referatsleiter gegeben.

Susanne Mittag (SPD): Ungefähr?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und Abteilungsleiter natürlich auch. Und ich hatte auch eins.

Susanne Mittag (SPD): Also, damit die Abteilungsleiter untereinander telefonieren können.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, die können ja nur - - Ich glaube, der Chef BK hatte damals auch eins.

Susanne Mittag (SPD): Also eine übersichtliche Anzahl, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Übersichtliche Anzahl?

Susanne Mittag (SPD): - dass sozusagen als Ersatz von Sitzungen, oder -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, dass man auch in kritischen Situationen dann eben, -

Susanne Mittag (SPD): - sich kurzschließen kann.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: - wenn man nicht im Kanzleramt selbst war, dass man dann eben auch - - wenn man auf Dienstreise war oder auch in der Tat mal über etwas sensible Inhalte sprechen konnte.

Susanne Mittag (SPD): Wurden die vom Grunde auch genutzt, oder haben dann alle gesagt: „Ach, das ist alles so aufwendig“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, ich glaube, jetzt mittlerweile werden sie intensiv genutzt. Damals gab es anfangs Probleme, weil die Technik nicht so besonders gut war. Deswegen habe ich dann auch meins irgendwann zurückgegeben. Und es hat eben den Nachteil: Sie können nur mit jemandem reden, der ein entsprechendes Kryptogerät hat.

Susanne Mittag (SPD): Ja, das kennen wir hier. Dann habe ich noch einen Punkt. Abschließend zur G-10-Diskussion hatten Sie eben gesagt, Ihnen war bekannt, es gab da technische Probleme, also mit der Ausfilterei. „Zu Anfang“ hatten Sie eben gesagt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Zu Anfang.

Susanne Mittag (SPD): So, dann war also natürlich - sagen wir mal - die Begrifflichkeit - - Wir sagen hier immer „Selektoren“, aber da heißt es ja „Suchbegriffe“. Dass es so was gibt, dass das gefiltert wird, dass es zu Anfang technische Probleme gibt, das war Ihnen dann ja grundsätzlich bekannt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, wobei: Da muss ich jetzt nochmal zurückkommen. Am Anfang, da gab es einen sogenannten Kinkel-Erlass. Wenn

bei der Erfassung des BND zufällig ein Deutscher oder ein deutsches Unternehmen reingeriet, dann sagte der Kinkel-Erlass - grob gesprochen -, dass es sofort zu vernichten ist. Das heißt, das geschah per Hand. Damit hat sich aber dann, glaube ich, manches Gericht hier in Deutschland nicht ganz einverstanden erklärt. Und deswegen musste der BND zu einer automatischen Sichtung und Vernichtung kommen. Sobald eine 49er-Nummer auftauchte, musste das automatisch vernichtet werden. Also, ich spreche hier jetzt als Laie im Grunde genommen. Und das hat am Anfang natürlich technische Probleme gemacht. Das war aber in den 90er-Jahren. Und das hat man meines Wissens nach schon stark verfeinert, sodass das heute - behaupten die Leute; ich kann es nicht beurteilen - fast perfekt ist, zumindest was Telefonate angeht. Diese ganze neue Entwicklung mit Internet, wo ganz andere Dinge eine Rolle spielen, da ist das natürlich höchstwahrscheinlich ähnlich schwierig.

Susanne Mittag (SPD): Wann waren Sie zuletzt noch an dem Thema dran, wenn auch etwas entfernt, aber - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Richtig nie.

Susanne Mittag (SPD): Ja, so ein bisschen, zu der Zeit.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja, einfach dadurch, dass man mit Kollegen spricht, dass wir Abteilungsbesprechungen haben. Es ist ja nicht so, dass kein Informationsaustausch - - Und dann werden auch schon mal Probleme erörtert.

Susanne Mittag (SPD): Wann war das zuletzt so ungefähr? Vor wie viel Jahren?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: G 10?

Susanne Mittag (SPD): Und dieses Aussortieren, dass das jetzt technisch läuft. - So ungefähr? Vor 2005 oder danach?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, ich meine, das sei Anfang der 2000er-Jahre beseitigt worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Susanne Mittag (SPD): Nein, wann Sie mit diesem Thema in den Besprechungen - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ach, das ich mit dem Thema - -

Susanne Mittag (SPD): Ja, dass Sie so in diesen Besprechungen waren, wo das auch ab und zu mal Thema war. Wie lange war das so ungefähr?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: So lange, wie ich für Terrorismus und als Gruppenleiter tätig war, letztlich bis 2011. Das sind aber keine gezielten Besprechungen jetzt zu dem Thema gewesen, sondern das ist einfach eine Abteilungsbesprechung, wo die Referatsleiter zusammensitzen und dann jeder aus seinem Arbeitsbereich anstehende Probleme kurz antippt.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Aber sagen wir mal: Ein Arbeitsbereich, wo Millionen von Suchbegriffen verarbeitet werden, ist ja kein ganz kleiner.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Das wird ja in den Jahren vielleicht gelegentlich noch mal irgendwann zum Thema geworden sein.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Suchbegriffe sind bei mir in meinem Gedächtnis nur gespeichert im Zusammenhang mit der G-10-Problematik, weil die Suchbegriffe, die der BND beantragt, ja schließlich von der G-10-Kommission genehmigt werden müssen. Und das hat natürlich immer wieder eine Rolle gespielt. Dann hieß es: Wir haben einen Verlängerungsantrag für Proliferation. Der ist auf der nächsten G-10-Sitzung zu behandeln. Oder: Wir haben einen Verlängerungsantrag für Terrorismus. In dem Bereich. - Dann hat es irgendwann mal, glaube ich, auch G-10-Anträge zur Migration gegeben. Da habe ich dann gehört, da hat man keine Treffer erzielt.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Dann hat man das eingestellt. In so allgemeiner Form, wie das eben bei einem Informationsaustausch innerhalb einer

Abteilung - - Da redet man eine Dreiviertelstunde über verschiedene Probleme, wenn überhaupt, sodass aber jeder wenigstens halbwegs weiß, was läuft. Und dann kann man auch nachfragen, wenn es einen interessiert oder wenn man die eigene Zuständigkeit berührt sieht.

Susanne Mittag (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen wieder der Fraktion Die Linke. - Frau Kollegin Renner hat im öffentlichen Teil keine Fragen mehr. - Dann wären wir bei der Fraktion der CDU/CSU. Da hätte ich noch zwei Fragen, die noch übrig geblieben sind. Mich würde interessieren: Sie haben ja vom Auftragsprofil gesprochen, und Sie haben vom Aufklärungsprofil gesprochen. Und das ist ja im Grunde auch das, was Sie in der Gruppe 62 machen - Auftragssteuerung -, wenn ich es richtig verstehe. Sie haben auch erzählt, wie das zustande kommt, wie das Definieren und das Runterbrechen passiert. Jetzt frage ich mich: Wie ist das denn, wenn wir jetzt Kooperationen haben? Dann wird ja der Bundesnachrichtendienst Ziele haben und deswegen ein Aufklärungsprofil, und der Kooperationspartner hat seine; die müssen ja nicht harmonisiert sein, sind sie in der Regel ja nicht. Wie wird denn gewährleistet, dass bei den Erkenntnissen bis hin zu den Meldungen das, was dabei rauskommt, auch dem Aufklärungsprofil und damit dem Auftrag der Bundesregierung, des Bundeskanzleramtes entsprochen wird?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Auch diese Frage klang ja eben schon einmal an. Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich nur die Ausgangsberichterstattung kenne. Ich weiß im Regelfall nicht, wo die Informationen herkommen. Wenn, dann kann nur der BND feststellen, dass da mit einem Mal Treffer sind, die gar nicht seinem Auftragsprofil entsprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber dann habe ich das richtig verstanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber das würde uns - - Ich meine, man kann dann darüber diskutieren, ob das ein Anlass wäre, das Bundeskanzleramt zu unterrichten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, so hatte ich Sie auch eben verstanden.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das würde mich nämlich zur zweiten Fragen bringen. - Entschuldigung, ich wollte Sie jetzt gar nicht unterbrechen, aber die ist eigentlich die spannende Frage. Wenn ich mir die Abteilung 6 angucke in den verschiedenen Jahren im Organigramm - ich will Ihnen jetzt nicht die Organigramme vorlegen; ich glaube, die grundsätzliche Sache wissen Sie auch -: Was mit da total fehlt, ist irgendein Referat - ich will nicht sagen Gruppe, irgendein Referat -, das sich mit Kooperationen des BND beschäftigt. Übersehe ich da was? Da wird ja alles Mögliche überlegt. Ich will jetzt das Organigramm hier nicht vortragen; das muss ja, glaube ich, nicht sein. Aber da gibt es keinen, der sich im Kanzleramt im Bereich der Dienst- und Fachaufsicht damit beschäftigt, welche Kooperationen der Bundesnachrichtendienst macht. Kann das sein?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Doch, es gibt im Rechtsreferat, in dem sogenannten Rechtsreferat 601 - - Da werden die verschiedenen MoUs und MoAs behandelt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, im Rechtsreferat, grundsätzlicher Art.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber allein unter dem rechtlichen Aspekt. Die Kooperation spielt dann natürlich immer eine Rolle in den Fachreferaten. Und selbstverständlich - nehme ich mal wieder Terrorismus, weil ich dieses Referat ja selbst hatte - gibt es da auch regelmäßige Gespräche mit den Amerikanern, mit den Briten, Franzosen weniger; das liegt aber an meinen Sprachkenntnissen, dass - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, aber jetzt muss ich - - Entschuldigung, dass ich jetzt

mal unterbreche. Aber das wäre jetzt genau in Ihrem Bereich.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist die Gruppe 62. Da ist das Referat 622. Aber dann müssten Sie ja Bescheid wissen, wenn das so wäre, ob es zu Treffern etc. und zu Problemen gekommen ist.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Eben nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte Sie eben so verstanden, dass Sie es nicht wissen können.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, eben nicht, weil auch da wird im Regelfall über Informationsaustausch gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn das Referat - -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Mit der Kooperation.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, mir geht es gar nicht darum - verstehen Sie mich bitte nicht falsch -, Sie jetzt hier auf ein Statement festzunageln. Mir geht es darum, ob möglicherweise organisatorisch hier ein Problem-bereich ist, weil ich sehe natürlich, dass wir das Rechtsreferat haben im Bereich der Gruppe 61, dass wir den Bereich Extremismus etc. haben, Waffenproliferation; das eine war 622, das andere war 623. Aber irgendwie guckt mir da keiner hin: Wie laufen die Kooperationen? - Und da gibt es ja nicht nur eine, mal irgendwie ein halbes Jahr lang. Mir fehlt da - - Und wenn es nur ein größeres Sachgebiet wäre, das soll mir ja egal sein; aber ich sehe da irgendwo nicht - - außer es ist der Bereich Sonderaufgaben. Ist der Bereich Sonderaufgaben ausschließlich für Kooperationen da -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - im Referat 622?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Herr Vorsitzender, das ist wie häufig bei organisatorischen Fragen: Sie können es so und so machen. Sie können natürlich ein eigenes Referat, was sich nur um Kooperationen mit Ausländern kümmert - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber die haben dann wieder nicht die Fachkenntnisse, die sie brauchen bei Proliferation, bei Terrorismus usw. Ich gehe davon aus, dass schon in diesen Referaten die Kooperationen auch besprochen werden. Definitiv weiß ich: Herr Müller in seinem Proliferationsreferat hat viel über Kooperation mit ausländischen Nachrichtendiensten gesprochen. Da wurde auch über gemeinsame Operationen gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wenn man ein Defizit sieht, worüber man nachdenken könnte, dann wäre es etwa ein Referat, was sich stärker mit der Informationsbeschaffung befasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hm.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Denn das ist etwas - im Lichte der letzten zwei Jahre -, wo man in der Tat mal sagen könnte: Da hat sich das Kanzleramt zu wenig drum gekümmert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da geht meine Frage hin: Was kann man besser machen? Weil offensichtlich ist ja hier ein Informationsleck gewesen, oder sagen wir mal: ein Defizit an Informationsfluss. Und da ist ja die Frage: Wie kann man es besser machen? - Und ich sehe halt in dem Organigramm - jetzt als Außenstehender fliegt mir nicht ins Auge -: Wer hätte es auf dem Schirm haben müssen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wir hören ja auch regelmäßig: Ich war es nicht. - Jetzt nicht auf Sie bezogen. - Aber: Ich war es nicht. Ich war es nicht. - Und wenn ich mir die Referate angucke, dann sehe ich die Fachreferate; das

kann ich nachvollziehen. Ich kann aber nicht sagen - und das war ja ein ganz interessanter Hinweis -, dass man die Problematik speziell irgendwo verortet. Jeder wird sagen: Aber bei mir ist es nicht aufgefallen. - Und das ist natürlich ein blöder Zustand auf Dauer.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das ist aber das, was ich eingangs sagte, dass es natürlich gerade diese traditionelle Scheu gab, zu fragen: Wo kommen denn Informationen her? - Und dann gibt es noch etwas Besonderes: Es ist vielleicht auch diese technische Aufklärung, die Besonderheiten schafft. Wir haben ja unerfreuliche Ereignisse schon häufiger in dieser technischen Aufklärung gehabt. Es ist eine hochkomplexe Materie. Und diese technische Aufklärung hat schon immer auch im BND eine Sonderrolle gehabt. Sie war besonders abgeschirmt; man brauchte besondere Zugangsberechtigungen. Und das hat auch vielleicht da zu einer gewissen Geisteshaltung geführt, dass man erst mal lieber alles alleine kocht. Denn ich muss jetzt sagen, wenn ich die Presse richtig lese und wenn das richtig ist, dann kann das Kanzleramt nur unterrichtet werden, wenn auch die Leitung des BND unterrichtet ist. Und wenn das stimmt, was der Meyer (?) - - der Präsident nicht unterrichtet. Und dann muss man schon genauer auf diese Abteilung schauen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eindeutig, eindeutig. Eigentlich haben Sie es auch beantwortet, was meine Frage war. Natürlich ist es immer richtig, dass die Information nach oben fließt. Aber man kann natürlich auch mal nachfragen. Nur wenn ich keinen habe, der speziell das auf dem Schirm hat - was ich nicht sehe und was Sie auch gerade, indirekt zumindest, gesagt haben: „man muss in dem Bereich der Auswertung vielleicht da speziell mal reingucken“, wenn ich es richtig verstehe, „ob man es bei 61 ansiedelt oder wo auch immer“ - - Auf jeden Fall müsste mal irgendwer sein, der die Sachen speziell auf dem Schirm hat, und nicht nur, der sich mit der jeweiligen Fachmaterie - ob es Extremismus, Terrorismus oder Proliferation ist - beschäftigt. Dann ist der wahrscheinlich überfordert, wenn er so in den Details drin ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Wenn ich noch mal ganz kurz was dazu sagen darf: Es ist in der Tat vor einigen Jahren mal überlegt worden, ob man die Abteilung 6 nicht anders strukturiert, und zwar als Spiegelbild zu den Abteilungen im BND. Das ist aber dann wieder verworfen worden. Die Hintergründe kenne ich nicht genau, aber wie ich eben sagte: Es gibt immer Pro und Kontra bei solchen Organisationsentscheidungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Jetzt wäre die nächste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Fragen dran. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Akten sollten wir beiziehen. Die Gespräche, die es damals gegeben hat, das wäre total interessant zu wissen, warum das nicht passiert ist; denn man könnte ja fast System dahinter vermuten, so wie das über die Jahre gelaufen ist. - Und da will ich auch noch mal nachfragen, Herr Vorbeck. Sie waren ja, wenn ich das richtig verstanden habe, früher, in den alten Tagen, mit Echelon beschäftigt.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und was waren denn so die Haupterkenntnisse von Echelon, wenn Sie das in einem Satz sagen sollten?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das ist lange her.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich könnten Ihnen jetzt die ersten zwei Sätze aus Wikipedia vorlesen, aber - - Also, was haben Sie mitgenommen aus diesem Ding?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Mitgenommen habe ich im Wesentlichen, dass die Amerikaner einen Riesenvorteil durch diesen Verbund haben, dass sie verschiedene geografische Standorte auf der Welt haben, mit denen sie doch relativ flächendeckend weltweit etwa agieren können im Gegensatz zu dem, was etwa der BND kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und kommt Ihnen dieses Problem nicht

irgendwie auf kuriose Weise synchronschwimmerisch vor zu den Dingen, die wir jetzt mit den Snowden-Veröffentlichungen erleben?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Manches kommt mir sehr bekannt vor, aber ich bin ja nicht mehr eingebunden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, klar. Aber Sie lesen ja auch Zeitung und haben Ihre Erfahrung. Und da frage ich mich dann schon - jetzt mal unabhängig von allen Aktenvermerken und so, an die man sich dann nicht erinnert, kann alles sein -: Aber hatte man wirklich die Erkenntnisse aus Echelon so schnell vergessen, dass man da über zehn Jahre dann eben diese problematischen Kooperationen machte, ohne mal ernsthaft zu prüfen, was da eigentlich vor sich geht in diesen alchemistischen Systemen, die man teilweise an die Glasfaser in Deutschland schiebt?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich glaube, Echelon ist einfach aus der Öffentlichkeit verschwunden. Was man sich beim BND dabei gedacht hat, das weiß ich nicht. Aber man ist auch immer davon doch ausgegangen, dass es gemeinsame Interessen gab. Und die gibt es ja auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die gibt es, kein Zweifel.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und gerade nach 9/11, vorher die Proliferation, auch jetzt noch, und da haben die Amerikaner uns doch eine Menge von Hinweisen gegeben, die wir verfolgen konnten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absolut.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Und dann kommt, glaube ich, hinzu, wenn ich es richtig lese, dass nun die Amerikaner nicht nur diesen Netzvorteil hatten, sondern auch technisch weiter waren und dass man davon ein bisschen profitieren wollte. Dafür muss man dann natürlich auch was geben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Frage ist, ob man dafür eben die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Augen zukneift bei den Problemen, die es gibt, weil das unverzichtbar ist.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Da kann ich eigentlich nichts zu sagen, weil ich in der Form mit dieser Fragestellung nie befasst war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber können Sie sich vorstellen, dass man Fünf gerade sein lassen hat, weil man gesagt hat: „Das ist so eine wertvolle Kooperation“?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Vorstellen kann ich mir viel, Herr Abgeordneter. Aber da müssen Sie die Verantwortlichen, die diese Entscheidung damals getroffen haben, befragen. Ich kann da nur spekulieren, und damit ist Ihnen, glaube ich, auch nicht geholfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Entscheidung ist mit dem MoA und dann 2004/2005 gefallen. Haben Sie von dem Freibrief was gehört damals? Wissen Sie, was das ist?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich habe nur irgendwie über den Flurfunk erfahren, dass es irgendwo in Deutschland was Gemeinsames mit den Amerikanern gibt. Aber das war - - Und dann fragt man auch nicht nach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und dazu komme ich jetzt. Das ist nämlich eigentlich was - - Das ist jetzt eine Sache, mit der Sie nicht unmittelbar befasst waren, aber Sie haben ja eine große Erfahrung innerhalb des BND, und ich kann es mir bis heute nicht erklären - Sie haben es ja bestimmt gelesen -: Es ist kurz nach den Snowden-Veröffentlichungen zu Löschkaktionen gekommen da in Bad Aibling, Rückkopplung mit Pullach, alles nicht so ganz klar, wie es genau gelaufen ist, aber es ist so gelaufen. Und jetzt wird behauptet - ich sage mal, von den vier Beteiligten irgendwie -, das wäre nicht nach oben gemeldet worden, und der Hinweis wäre auch nicht von oben gekommen. Ich habe starke Zweifel, sage ich ganz offen. Aber kann es sein, dass das gebilligte oder vielleicht sogar gewünschte Kultur des Hauses ist, dass,

wenn so ein Vorfall passiert, man bewusst nicht meldet?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Kann ich nur spekulieren, und ich weiß nicht, ob das hilft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Ihnen solche Fälle -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Es ist nicht - - Ja, es gibt ja Fälle, wo die Leitung auch nicht unterrichtet wurde. Der Fall Koelbl war so einer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber kann das gewollt sein -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Von der Leitung?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ja -, -

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Das glaube ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass man sagt: „Oh Gott, wenn so was Schreckliches passiert, sagt es uns bloß nicht, dann kommen wir in einen Untersuchungsausschuss, und dann will ich sagen können: „Ich habe von nichts gewusst““?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nein, das kann ich mir nicht vorstellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Also, schwer vorstellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Ihnen - das frage ich jetzt bewusst so allgemein, damit Herr Wolff da nicht intervenieren kann - aus Ihrer Erfahrung in den Jahren im BND Vorfälle bekannt, Vorfälle von Übergriffigkeiten von Five-Eyes-Staaten, die noch nicht das Licht der Öffentlichkeit gesehen haben?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Bewusst nicht. Aber ich habe ja auch die Vermerke von 2008 und



Nur zur dienstlichen Verwendung

2010 gelesen und habe es nicht gemerkt. Deswegen muss ich das sehr vorsichtig formulieren. Aber mir ist das nicht bewusst, dass ich so etwas gesehen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie diese Geschichte im *Spiegel* gelesen über diese McConnell-Versuche, im Bereich der Cyberabwehr mehr zusammen zu machen 2007?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: 2007, das war der Besuch, glaube ich - -

(Zuruf von RD Philipp
Wolff (BK))

- Ist eingestuft?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist eingestuft, aber der *Spiegel*-Bericht eben nicht.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Den habe ich aber, glaube ich, nicht gelesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gefragt, ob er den gelesen hat, Herr Wolff.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Nicht rememberlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht rememberlich. - Als Sie - Sie haben wahrscheinlich auch so ein bisschen die anderen Dinge verfolgt - gehört haben, dass ein No-Spy-Abkommen verhandelt wird mit den Amerikanern: Hatten Sie da eine Überlegung zu, die Sie mit uns teilen wollen?

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Ich war Geschichtsbeauftragter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gerade vor dem Hintergrund ist das ja interessant.

Zeuge Hans Josef Vorbeck: Aber aktuell: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Dann habe ich keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung, und der Kollege Ströbele auch nicht. Und ich danke herzlich für die Antworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann frage ich mal in die Runde: Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil an unseren Zeugen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Hans Josef Vorbeck am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, da besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer für diesen Beschluss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Die weiteren Zeugenvernehmungen folgen jetzt in nichtöffentlicher Sitzung. Wir müssen dafür den Raum wechseln. Wir haben uns bzw. die Obleute haben sich - und ich glaube, das gilt jetzt für den ganzen Ausschuss - geeinigt, dass wir zuerst jetzt mit dem Zeugen Dr. Kurz anfangen in einer ganz kurzen Fragerunde. Danach, Herr Zeuge, würden wir mit Ihnen weitermachen und dann mit unserem dritten Zeugen. - Okay. Die öffentliche Sitzung ist damit geschlossen.

Danke auch allen Zuhörern und der Presse auf der Galerie. Ich wünsche allen noch einen schönen Tag und gute Berichterstattung, wenn Sie weiterschreiben. Wir ziehen jetzt um, und es fängt danach sofort wieder an.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 20.46 Uhr –
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

ANLAGE 1



Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss

26. Juni 2015

Guido Müller

Vizepräsident für Zentrale Aufgaben und
Modernisierung, Beauftragter für den
Haushalt und Geheimschutzbeauftragter

POSTANSCHRIFT Bundesnachrichtendienst, Postfach 45 01 71, 12247 Berlin

An den
Deutschen Bundestag
Sekretariat des 1. UA der 18. WP
Herrn Harald Georgii o.V.i.A
Platz der Republik 1

11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Gardeschützenweg 71-101, 12203 Berlin

POSTANSCHRIFT Postfach 45 01 71, 12247 Berlin

TEL +49 30 54717-82222

FAX +49 30 54717-81899

INTERNET www.bundesnachrichtendienst.de

DATUM 23. Juni 2015

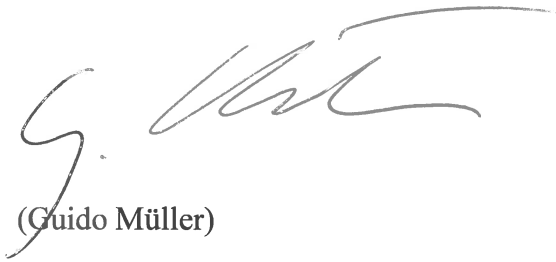
BETREFF 1. Untersuchungsausschuss der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages
HIER Prüfung des stenografischen Protokolls der 52. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 11. Juni
2015 (Beweisbeschluss Z-90)
BEZUG Schreiben des Ausschusssekretariats vom 17. Juni 2015, Gz. PA 25 - 5503

Sehr geehrter Herr Georgii,

bei der Prüfung des stenografischen Protokolls zu meiner Zeugenvernehmung am 11. Juni 2015 haben sich aus meiner Sicht gemäß Bezug folgende Korrektur- und Ergänzungswünsche ergeben:

1. Auf Seite 50, rechte Spalte, 1. Absatz, Zeile 21 ist bei beiden Nennungen des Begriffes „Raptar“ die Schreibweise „Rabta“ zu verwenden.
2. Auf Seite 54, linke Spalte, 2. Absatz, 6. bzw. 7. Zeile bitte ich um Korrektur der Satzstellung: Statt „Zumal bin ich der Geheimschutzbeauftragte des Bundesnachrichtendienstes.“ soll die korrekte Formulierung „Zumal ich der Geheimschutzbeauftragte des Bundesnachrichtendienstes **bin.**“ lauten.
3. Auf Seite 54, rechte Spalte, 1. Absatz, 1. Zeile ist „habe mich in dem zweiten Studium...“ durch „habe mich **mit** dem zweiten Studium...“ zu ersetzen.
4. Auf Seite 54, rechte Spalte, 3. Absatz, 5. Zeile bitte ich um die Vervollständigung des Satzes durch die folgende Ergänzung am Absatzende „... dann später Bundeskanzler Schröder/Chef BK Steinmeier **begleitet.**“
5. Ich bitte Sie darüber hinaus, das Wort „Kanzleramt“ im gesamten Protokoll durch den Begriff „**Bund**eskanzleramt“ zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'G. Müller', with a long horizontal flourish extending to the right.

(Guido Müller)

ANLAGE 2

Sehr geehrter Herr Georgii,

ich habe keine Korrektur oder Ergänzungswünsche zum Protokoll.

Nur eine Anmerkung: Eher unschön finde ich die wiederholte Einfügung von einem „sic!“ nach einem offenkundigen Versprecher. Damit soll offenbar insinuiert werden, dass mir dabei etwas herausgerutscht sei, was ich eigentlich nicht sagen wollte, bzw. womit ich meinen eigentlichen Kenntnisstand oder meine Einschätzung verraten hätte. Dies ist in keiner Weise der Fall, solche Einfügungen gehören m.E. nicht in dieses Wortprotokoll. Sie deuten auf eine unangemessene Voreingenommenheit gegenüber dem Zeugen hin.

Mit besten Grüßen
Thomas Kurz

Dr. Thomas Kurz
Gesandter/Elçi

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
Almanya Federal Cumhuriyeti Büyükelçiliği

Atatürk Bulvarı No. 114
Kavaklıdere 06680 Ankara
Tel. +90 (312) 45 55-104
Fax +90 (312) 45 55-334
E-Mail: [REDACTED]